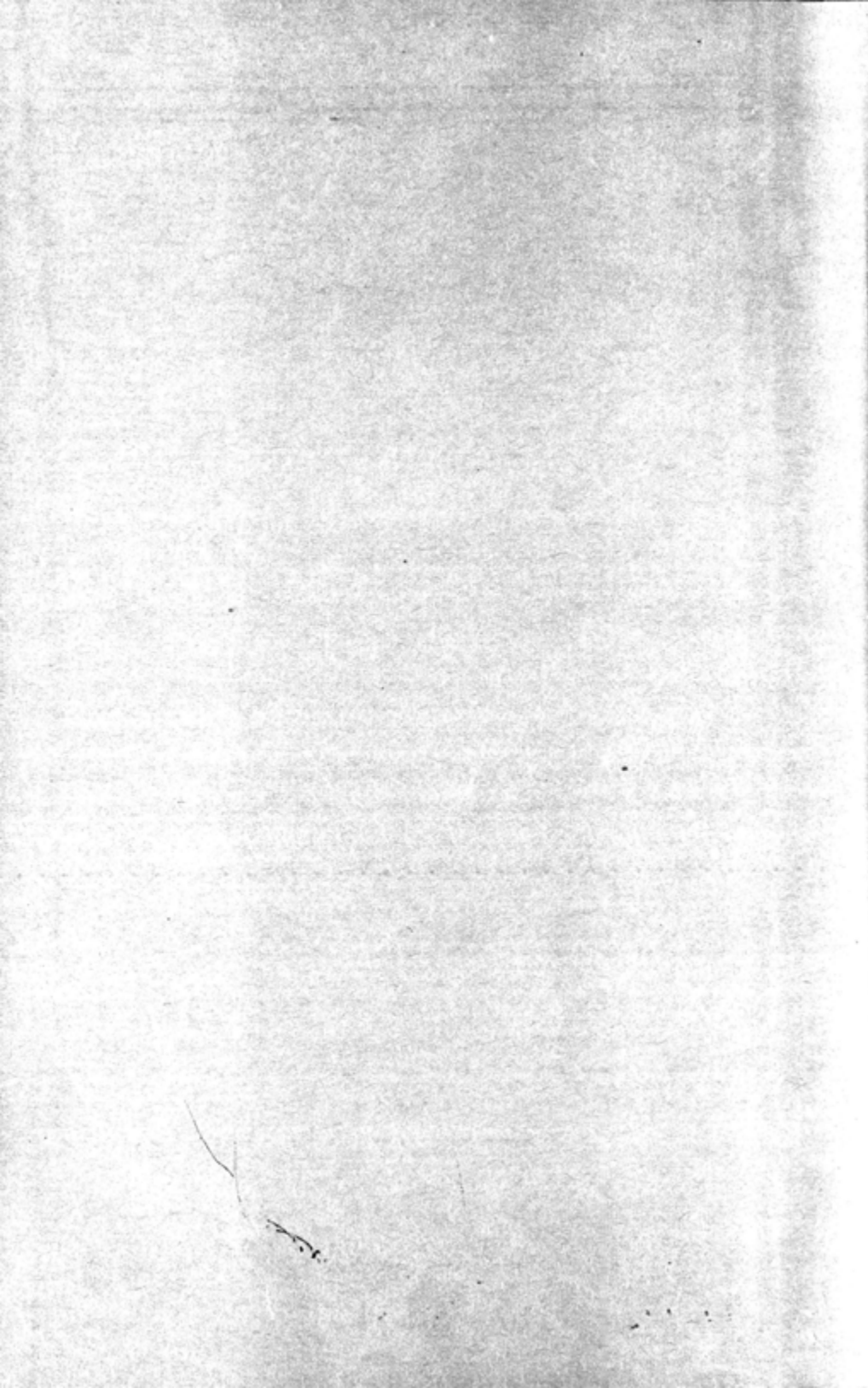




GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL ANNÉE JAHRGANG	} XV.	IANUARIE - FEBRUARIE JANVIER - FÉVRIER JÄNNER - FEBER	1937.	NUMĂRUL NUMÉRO NUMMER	} 1-2
---------------------------	-------	---	-------	-----------------------------	-------

Quod licet Jovi...

Vor einigen Wochen erschien im „Völkischen Beobachter“ ein Artikel, der die Lage der Kroaten beschreibt. Um deren trauriges Los zu schildern, wirft er einen Rückblick auf die Vergangenheit und stellt fest: kaum ist das kroatische Volk vom Druck des ungarischen Stuhlrichters, des ungarischen Gendarmen, des ungarischen Magnaten und Juden befreit, ist es wieder in Knechtschaft geraten. Wer nun einigermaßen mit der Vergangenheit der Kroaten bekannt ist, vermag den Wert dieser Feststellungen zu beurteilen. War doch in Kroatien niemals ein ungarischer Stuhlrichter, ungarischer Gendarm tätig und hatte doch das Kroatentum ebenso wie das Ungartum ihre, das eigene nationale Leben führenden Magnaten und Juden.

Der „Völkische Beobachter“ übernimmt ohne Überlegung alle Stimmen, die bezüglich der Ungarn so allgemein in der deutschen politischen Literatur verlauten, alle Feststellungen, die nicht einmal die gemeinsame Waffenfreundschaft dämpfen konnte und die heute in der deutschen Presse immer lauter und häufiger zum Ausdruck gelangen.

Zu den deutschen Eigenheiten gehört auch, dass die deutsche Nation ihre eigenen Interessen mit ganz anderem Mass ausmisst, als wenn von denen der anderen Nationen die Rede ist.

Wir entsinnen uns noch genau der Angriffe in den deutschen Zeitschriften und Tagblättern, die auf die Schriften von Alois Kovács, dem Präsidenten des Ungarischen Statistischen Amtes im Jahre 1934 erfolgten, als dieser hervorragende Fachmann die beweisführende Erklärung dessen abgab, wie und warum es geschah, dass die ungarische Volkszählung von 1930 nur 478.630 Deutsche, anstatt der in 1920 vorgefundenen 551.211

2225

BIBLIOTECA CENTRALA
A REGIUNII BANAT

268.214

Deutschen zählte. Umsonst wies Alois Kovács und viele Andere auf die Erscheinungen, die in vielen Staaten zu beobachten waren, nämlich, dass überall das Mehrheitsvolk – mancherorts in viel höherem Masse – einen Zuwachs zum Nachteil der Minderheiten aufweist, die deutschen Zeitschriften und Fachorgane hörten nicht auf, uns zu verleumden.

Als Fahnenträger dieser Blätter gilt die in Wien erscheinende Zeitschrift „Grenzland“, das amtliche Organ des deutschen Schulvereines „Südmark“. Fast in jeder Nummer meldet diese Zeitschrift die Regungen jener Gebiete, wo Deutsche als Minderheiten leben und beschreibt besonders die Kulturarbeit der Grenzgebiete in den deutschen Sprachinseln. So sind natürlich die Ereignisse des Burgenlandes an der Tagesordnung, es scheint sogar, als wäre dieser Landstrich ihr Lieblingskind.

Seit dem Jahre 1928 fügt diese Zeitschrift den Artikeln, die Aufschluss auf die Lage des Deutschtums in den einzelnen Ländern oder Landesteilen geben, eine Landkartenskizze bei und bezeichnet die Zahl der dort lebenden Mehrheits- und Minderheitsvölker. So finden wir bei den seither auf das Burgenland bezüglichen Artikeln auch die Abbildung jener merkwürdigen Provinz und daneben die Daten der dort lebenden Deutschen, Kroaten und Ungarn. In dem Artikel vom Jahre 1928 sind die diesbezüglichen Zahlen folgende: Deutsche 230.000, Kroaten 42.000 und Ungarn 15.000. Im Oktober-Novemberheft des Jahres 1936 ist eine Beilage erschienen, welche auf Grund der amtlichen Daten von 1934 eine eingehende, in jeder Gemeinde die Verteilung der Nationalitäten darstellende geografische Abbildung enthält. In der Rubrik Burgenland ist da die Zahl der Deutschen schon auf 241.000, die der Kroaten auf 40.500, die der Ungarn auf 10.000 gesetzt. Dies bedeutet, dass im Verlauf von acht Jahren laut Daten des „Grenzland“-es im Burgenland das Ungartum nicht weniger, als ein Drittel einbüßte, das heisst um 33% geringer wurde.

Die Verfasser des „Grenzland“-es, beziehungsweise die österreichischen Statistiker können sich nun nicht mehr darauf berufen, dass die ungarische Volkszählung irrtümlich war, denn sie zeigten ja schon bei Bekanntgabe der österreichischen Volkszählung von 1923 darauf, dass diese gegenüber der ungarischen Volkszählung von 1910 um beiläufig 10.000 weniger ungarische Seelen vorfanden. Eine solch ungeheuere Abnahme

der ungarischen Minderheit ist entweder der Entnationalisierung, oder unrichtiger Registrierung, oder dem Ergebnis soziologischer Erscheinung zuzuschreiben, welche soziologische Wirkungen eben dann nicht anerkannt werden wollen, wenn diese bei den ungarländischen Deutschen eine Abnahme von 13 % ergeben.

Aber nicht nur hinsichtlich der Statistik beobachten wir die merkwürdige Eigenheit deutscher Denkungsweise, die dem Prinzip: „Quod licet Jovi...“ folgt, natürlich immer sich als Jupiter betrachtend. Der „Völkische Beobachter“ betont z. B. in der Nummer 310 vom 5. November 1936 bei Beschreibung eines Vorfalles in Danzig, man könne nicht bloss dem Namen nach auf die Nationalität schliessen. Zur Bekräftigung dieses Ausspruches veröffentlicht das Blatt eine lange Liste der deutschen Namen polnischer Männer, an der Spitze den Namen des Aussenministers Beck. Am selben Tage und zum selben Anlass erklärt die „Berliner Börsenzeitung“, „wer sich als Deutscher bekennt, ist Deutsch“. Vor den deutschen sind also alle diese Prinzipien in Danzig selbstverständlich, wo es sich um Deutsche handelt. Im Satmargebiet aber bestehen sie nicht, wo man jenen Ungarn, dessen fünfter oder noch weiterer Vorfahre zwar deutsch war, der aber durch Jahrzehnte, sogar Jahrhunderte sich mit viel ungarischem Blut mischte, einzig den deutschen Namen beibehielt, muss dieser schonungslos regermanisiert werden. Hier ist es nebensächlich, dass der Betreffende sich als Ungar erklärt, Generationen hindurch nicht anders, als ungarisch sprach. Hier müssen die nur ungarisch verstehenden Kinder unerbittlich in die deutsche Schule gejagt werden, wo sie ausser der ihnen unbekannten Unterrichtssprache noch eine andere unbekannte, die rumänische lernen müssen. Wenn wir solche Vorgänge beobachten, kann es uns wirklich nicht verwundern, wenn die ungarischen und deutschen Minderheiten einander in politischen Beziehungen so schwer verstehen und die ungarische öffentliche Meinung nicht viel Neigung zeigt, der deutschen Minderheit des eigenen Landes alle Wünsche zu erfüllen.

Die nationale Zugehörigkeit der Richter, Staatsanwälte und sonstigen Angestellten des Justizfaches in Siebenbürgen am 1. November 1936.

Zusammengestellt von : **Dr. Árpád Kovács**

Referent der Minderheitensektion der Ungarischen Landespartei.

Ein trauriges Bild der neuerdings stark zunehmenden massenhaften Entlassung ungarischer Beamten gibt uns der, von der Zeitschrift „Buletinul Justiției“ für das Jahr 1937 herausgegebene „Calendarul Justiției“. Das Jahrbuch führt dem Namen nach alle, dem Justizministerium untergestellte und am 1. November 1936 dienenden Richter, Staatsanwälte, Beamten und Angestellte des Kassationshofes, der Tafelgerichte, der Arbeitergerichte an, gibt aber auch diesmal keine Zahlendaten bekannt und erwähnt auch nicht die nationale Zugehörigkeit der Beamten. Demnach können wir nur auf Grund der einzeln geprüften Namen Aufschluss über die Nationalität der Träger bekommen. Diese Art der Klassifizierung und Zusammenzählung kann zwar einige Verschiebung des Ergebnisses herbeiführen, -- da möglicherweise der Träger eines durchaus ungarisch klingenden Namens Rumäne sein kann und umgekehrt -- doch die eingelaufenen Kontrollbeweise haben bekundet, dass diese Verschiebung unbedeutend ist.

Bei der Herstellung des Registers über die Zahl und Nationalität der Angestellten des Justizfaches beachteten wir besonders behufs richtigen und genauen Überblicks die amtlichen Daten der Volkszählung von 1930, ferner die im Jännerheft 1936 der „Magyar Kisebbség“ erschienene Studie, betitelt „Nationale Verteilung der Richter, Staatsanwälte, Gerichts- und sonstigen Angestellten in Siebenbürgen am 15. Oktober 1934“.

Die Volkszählung von 1930 gibt an, auf dem von Ungarn abgetrennten Gebiete Rumäniens seien die Nationalitäten folgendermassen verteilt : 57·9 % der Bevölkerung rumänisch, 24·4 % ungarisch und 17·7 % sonstiger Nationalität. Laut der erwähnten Studie sind aber am 15. Oktober 1934 von den gesamt Angestellten des Justizfaches in ganz Siebenbürgen nur 16·9 %

Ungarn, 75 % Rumänen und 8.1 % sonstiger Nationalität. *) Hinsichtlich der Bedeutung der bekleideten Stellen ist aber auch diese Verhältniszahl nicht allgemein, da neben den zu 82.3 % rumänischen Richtern und Staatsanwälten nur 8.3 % zu ungarischer und 9.4 % zu anderer Nationalität gehörten. Von den übrigen Angestellten (Notäre, Grundbuchführer, Exekutoren, Kanzleileiter, Manipulanten, Zusteller waren 73 % Rumänen, 19.2 % Ungarn und 7.8 % andere Nationalität. **)

Vom 15. Oktober 1934 bis 1. November 1936, das heisst im Laufe der letzten zwei Jahre schrumpft diese, für die Ungarn ohnedies nachteilige Verhältniszahl noch mehr zusammen, so dass die Abnahme in einigen Kategorien 80 %, ja sogar 100 %, erreicht.

In den zentralen Gerichtsämtern, sowie im Justizministerium und am Kassationshof finden wir auch jetzt keinen Ungarn.

Hinsichtlich der nationalen Verteilung der Richter ist das Bild für die Ungarn nicht minder ungünstig. An den 5 Tafelgerichten Siebenbürgens sind von 83 Tafelrichtern 78 rumänischer, 3 ungarischer und 2 deutscher Nation zugehörig, wodurch die Verhältniszahl der ungarischen Tafelrichter von 6.7 % auf 3.6 % herabgedrückt wird. Von den Oberstaatsanwälten ist kein einziger, der zur ungarischen oder einer anderen Nationalität gehören würde. An den 24 Gerichtshöfen sind 269 Richter und 64 Staatsanwälte tätig. 89.6 % der Richter sind rumänisch, 4.8 % ungarisch. (Am 15. X. 1934 waren 86.2 % zu 5.7 %). Ungarischen Staatsanwalt gibt es ebenfalls keinen, gegenüber den 98.4 % rumänischen existiert ein einziger deutscher Staatsanwalt im Jahrbuch. Von den 383 Bezirksrichtern und Richtern des Arbeitergerichtes sind rumänisch 300, ungarisch 40 und zu anderer Nationalität gehörig 43. Von dem gesamten 810 Richtern und Staatsanwälten Siebenbürgens sind also 85.6 % Rumänen und nur 6.9 % Ungarn, 7.5 % andere Nationalität. (Am 15. X. 1934 82.3 %, 8.3 %, 9.4 %).

Im Zahlenstand der, in den Gerichtsämtern angestellten Beamten sind die Gegensätze weniger krass, doch vom Ende des Jahres 1934 ist hier die Abnahme noch gewaltiger, als bei

*) Die Endsumme der Studie gibt zwar 74.9 % Rumänen und 17 % Ungarn an, ohne aber den Zahlstand der in der Tabelle angeführten Angestellten des Arbeitergerichtes dazuzurechnen.

**) In der Studie sind 72.9 % resp. 19.2 % im Verhältnis erwähnt wieder ohne Beizählung der Arbeitergerichte.

den Richtern. Von 170 Beamten der Tafelgerichte sind 147 Rumänen, 18 Ungarn. Bei der Gerichtshöfen sind 1110 Rumänen, 135 Ungarn, und 79 andere Nationalität angestellt, zusammen 1324. Von den 1742 Beamten der Bezirksgerichte sind 1445 Rumänen, 193 Ungarn und 104 anderer Nationalität. Der Summierung nach sind ausser den Richtern und Staatsanwälten von 3236 Angestellten (Beamten, Zustellern, Dienern) am 1. November 1936 schon 83·5 % Rumänen, 10·7 % Ungarn und 5·8 % sonstiger Nationalität (am 15. X. 1934 73 %, 19·2 %, 7·8 %), das heisst das Verhältnis der in niedrigeren Stellen befindlichen Ungarn sank wieder um fast 100 %.

Das Ergebnis dieser Klassifizierung ist: in Siebenbürgen sind am 1. November 1936 von 4046 Gerichtsbeamten (Richter, Staatsanwälte und sonstige Beamte) 3395 Rumänen (83·9 %) nur 402 Ungarn (9·9 %) 249 und andere Nationalität (6·2 %), demgemäss der Gesamtbestand der ungarischen Gerichtsbeamten binnen zwei Jahren um 70 % abnahm (am 15. X. 1934 75 %, 16·9 %, 8·1 %).

In den öffentlichen Gerichtsämtern ist also das Ungartum nicht bloss seinem offiziell-statistisch anerkannten Volksprozent-satz entsprechend nicht vertreten, (24·4 %) sondern die Zahl der ungarischen Richter (56) ist um 365 %, die der übrigen Angestellten (346) um 227 %, die der beiden Kategorien zusammen (402) um 246 % geringer als dem Ungartum eben zufolge des so oft erwähnten Prinzips der Proportionalität gebühren würde. Ferner können wir feststellen, dass in den einzelnen Klassen das Rumänentum um 80 %, durchschnittlich bei sämtlichen Gerichtsämtern um 50 % stärker als es seiner völkischen Verhältniszahl (57·9 %) entsprechen würde, vertreten ist und dass von den angestellten Ungarn — seien es Richter oder sonstige Angestellte — keiner eine leitende Stelle innehat.

Das Ergebnis detaillierter Verteilung ist folgendes:

Nationale Verteilung der Richter, Staatsanwälte und sonstigen Beamten, resp. Angestellten des Justizfaches in Siebenbürgen am 1. November 1936.

Tafelgerichte

Ort, Stadt	Gesamtzahl der Richter	D a v o n				D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige	Sonstige Beamte	rumänisch	ungarisch	deutsch
Braşov	13	12	1	—	—	26	19	5	1
Cluj	24	22	1	1	—	45	44	—	1
Oradea	14	14	—	—	—	28	23	5	—
Târgu-Mureş	9	8	1	—	—	15	10	5	—
Timişoara	23	22	—	1	—	41	37	2	2
Zusammen	83	78	3	2	—	155	133	17	3
Von hundert	100	94	3·6	2·4	—	100	85·8	10·9	2 13

Komitat	Gesamtzahl der Richter	D a v o n				Sonstige Beamte	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Gerichtshöfe										
Braşov	12	11	—	1	—	40	32	4	3	1
Făgăraş	6	5	—	1	—	26	18	2	5	1
Sibiu	13	13	—	—	—	64	53	4	6	1
Târnava-Mare	5	4	1	—	—	37	26	4	7	—
Treiscaune	6	5	—	—	1	26	23	2	1	—
Alba	11	8	—	2	1	42	37	3	1	1
Cluj	25	24	—	1	—	78	67	8	2	1
Hunedoara	15	14	—	—	1	79	66	8	3	2
Năsăud	5	5	—	—	—	41	36	3	1	1
Someş	10	10	—	—	—	51	40	8	3	—
Turda	7	6	—	—	1	33	30	2	1	—
Bihor	24	21	3	—	—	106	97	8	—	1
Maramureş	7	6	1	—	—	45	33	9	1	2
Sălaj	9	7	2	—	—	36	26	6	2	2
Sătmar	12	10	2	—	—	46	40	5	1	—
Ciuc	7	7	—	—	—	32	17	13	2	—
Mureş	14	14	—	—	—	44	36	6	2	—
Odorheiu	6	3	2	1	—	39	22	14	2	1
Târnava-Mică	6	6	—	—	—	39	33	4	1	1
Arad	21	19	1	1	—	101	89	6	5	1
Severin I. (Lugoj) . .	7	7	—	—	—	36	26	6	3	1
Caraş	8	6	—	2	—	36	35	—	—	1
Timiş-Torontal . . .	26	24	1	1	—	101	97	1	3	—
Severin II. (Caranseb.)	7	6	—	1	—	59	56	—	2	1
Zusammen	269	241	13	11	4	1237	1035	126	57	19
Von hundert	100	89.6	4.8	4.1	1.5	100	83.7	10.2	4.6	1.5
Stadt										
Oberstaatsanwaltschaft bei der Tafel										
Braşov	2	2	—	—	—	3	2	1	—	—
Cluj	3	3	—	—	—	4	4	—	—	—
Oradea	2	2	—	—	—	2	2	—	—	—
Târgu-Mureş	2	2	—	—	—	3	3	—	—	—
Timişoara	2	2	—	—	—	3	3	—	—	—
Zusammen	11	11	—	—	—	15	14	1	—	—
Von hundert	100	100	—	—	—	100	93.3	6.7	—	—
Komitat										
Staatsanwaltschaft beim Gerichtshof										
Braşov	3	3	—	—	—	6	5	1	—	—
Făgăraş	2	2	—	—	—	1	1	—	—	—
Sibiu	3	3	—	—	—	4	4	—	—	—
Târnava-Mare	2	2	—	—	—	3	2	1	—	—

Komitat	Gesamtzahl der Richter	D a v o n				Sonstige Beamte	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Treiscaune	2	2	—	—	—	4	3	1	—	—
Alba	2	2	—	—	—	5	4	1	—	—
Cluj	5	4	—	1	—	9	7	1	1	—
Hunedoara	4	4	—	—	—	5	5	—	—	—
Năsăud	2	2	—	—	—	4	4	—	—	—
Someş	2	2	—	—	—	4	3	—	1	—
Turda	2	2	—	—	—	4	3	1	—	—
Bihor	5	5	—	—	—	2	2	—	—	—
Maramureş	2	2	—	—	—	4	3	1	—	—
Sălaj	2	2	—	—	—	3	3	—	—	—
Satmare	2	2	—	—	—	5	4	1	—	—
Ciuc	2	2	—	—	—	1	1	—	—	—
Mureş	3	3	—	—	—	4	4	—	—	—
Odorheiu	2	2	—	—	—	2	2	—	—	—
Târnava-Mică	2	2	—	—	—	2	2	—	—	—
Arad	4	4	—	—	—	2	2	—	—	—
Severin I. (Lugoj)	2	2	—	—	—	3	3	—	—	—
Caraş	2	2	—	—	—	3	2	—	—	1
Timiş-Torontal	5	5	—	—	—	5	5	—	—	—
Severin II. (Caranseb.)	2	2	—	—	—	2	1	1	—	—
Zusammen	64	63	—	1	—	87	75	9	2	1
Von hundert	100	98.4	—	1.6	—	100	86.2	10.35	2.3	1.15

Komitat	Bezirksgerichte									
Braşov	10	10	—	—	—	41	37	3	1	—
Făgăraş	8	6	1	1	—	37	29	5	2	1
Sibiu	15	15	—	—	—	55	49	3	1	2
Târnava-Mare	10	6	—	4	—	42	32	5	4	1
Treiscaune	8	5	2	1	—	41	28	13	—	—
Alba	15	12	2	—	1	79	65	10	3	1
Cluj	26	24	1	—	1	113	95	11	6	1
Hunedoara	27	24	1	2	—	124	98	15	9	2
Năsăud	11	8	—	3	—	42	35	3	2	2
Someş	17	11	4	1	1	82	63	15	2	2
Turda	10	8	2	—	—	47	41	3	2	1
Bihor	37	28	5	4	—	152	130	15	4	3
Maramureş	9	5	1	2	1	45	32	4	3	6
Sălaj	21	16	3	1	1	99	79	16	2	2
Satmare	20	14	3	2	1	99	81	10	4	4
Ciuc	6	5	—	—	1	33	22	11	—	—
Mureş	17	13	2	1	1	72	61	9	1	1
Odorheiu	7	5	1	1	—	29	17	10	—	2

Komitat	Gesamtzahl der Richter	D a v o n				Sonstige Beamte	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Târnava-Mică	10	7	3	—	—	46	37	7	1	1
Arad	27	24	2	—	1	134	123	9	—	2
Severin I. (Lugoj)	8	6	1	1	—	41	35	4	1	1
Caraş	15	12	1	1	1	69	62	3	3	1
Timiş-Torontal	33	23	4	4	2	160	141	6	7	6
Severin II. (Caranseb.)	8	7	1	—	—	40	35	1	3	1
Zusammen	375	294	40	29	12	1722	1427	191	61	43
Von hundert	100	78.4	10.7	7.7	3.2	100	82.9	11.1	3.5	2.5
Ort, Stadt										
Arbeitergerichte										
Arad	2	2	—	—	—	5	4	1	—	—
Braşov	2	2	—	—	—	4	3	1	—	—
Cluj	2	1	—	—	1	6	6	—	—	—
Timişoara	2	1	—	—	1	5	5	—	—	—
Zusammen	8	6	—	—	2	20	18	2	—	—
Von hundert	100	75	—	—	25	100	90	10	—	—

*Nationalitäten-Statistik der in Siebenbürgen am 1. November
1936 tätigen sämtlichen Gerichtsbeamten*

Stadt	Gesamtzahl der Beamten	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Tafelgerichte					
Braşov	44	35	7	1	1
Cluj	76	73	1	1	1
Oradea	46	41	5	—	—
Târgu-Mures	29	23	6	—	—
Timişoara	69	64	2	3	—
Zusammen	264	236	21	5	2
Von hundert	100	89.4	7.9	1.9	0.8
Komitat	Gerichtshöfe				
Braşov	61	51	5	4	1
Făgăraş	35	26	2	6	1
Sibiu	84	73	4	6	1
Târnava-Mare	47	34	6	7	—
Treiscaune	38	33	3	1	1
Alba	60	51	4	3	2
Cluj	117	102	9	5	1
Hunedoara	103	89	8	3	3
Năsaud	52	47	3	1	1
Someş	67	55	8	4	—

Komitat	Gesamtzahl der Beamten	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Turda	46	41	3	1	1
Bihor	137	125	11	—	1
Maramureş	58	44	11	1	2
Sălaj	50	38	8	2	2
Satmare	65	56	8	1	—
Ciuc	42	27	13	2	—
Mureş	65	57	6	2	—
Odorheiu	49	29	16	3	1
Târnava-Mica	49	43	4	1	1
Arad	128	114	7	6	1
Severin I. (Lugoj)	48	38	6	3	1
Caraş	49	45	—	2	2
Timiş-Torontal	137	131	2	4	—
Severin II. (Caransebeş)	70	65	1	3	1
Zusammen	1657	1414	148	71	24
Von hundert	100	85.3	8.9	4.2	1.6

Komitat	Bezirksgerichte				
Braşov	57	52	4	1	—
Făgăraş	45	35	6	3	1
Sibiu	70	64	3	1	2
Târnava-Mare	52	38	5	8	1
Treiscaune	49	33	15	1	—
Alba	94	77	12	3	2
Cluj	147	126	12	6	3
Hunedoara	151	122	16	11	2
Năsăud	53	43	3	5	2
Somes	99	74	19	3	3
Turda	57	49	5	2	1
Bihor	189	158	20	8	3
Maramureş	54	37	5	5	7
Sălaj	120	95	19	3	3
Satmare	119	95	13	6	5
Ciuc	39	27	11	—	1
Mureş	89	74	11	2	2
Odorheiu	36	22	11	1	2
Târnava-Mica	56	44	10	1	1
Arad	168	153	12	—	3
Severin I. (Lugoj)	49	41	5	2	1
Caraş	84	74	4	4	2
Timiş-Torontal	200	170	10	11	9
Severin II. (Caransebeş)	48	42	2	3	1
Zusammen	2125	1745	233	90	57
Von hundert	100	82.1	10.9	4.3	2.7

Summierung

	Gesamtzahl der Richter, Staatsanwäl- te, resp. Be- amten		D a v o n					
			rumänisch		ungarisch		deutsch und sonstige	
	1934	1936	1934	1936	1934	1936	1934	1936
Richter und Staatsanwälte								
1. Tafelrichter und Oberstaatsanwälte	87	94	80	89	5	3	2	2
2. Gerichtsrichter u. Staatsanwälte	356	333	310	304	19	13	27	16
3. Bezirksrichter u. Arbeiterrichter	416	383	317	300	47	40	52	43
Gerichtsbeamte und Angestellte								
4. Tafelgerichte- und Oberstaatsan- waltschaften	177	170	142	147	23	18	12	5
5. Gerichtshöfe u. Staatsanwalt- schaften	1326	1324	979	1110	248	135	99	79
6. Bezirks- und Arbeitergerichten	1720	1742	1234	1445	348	193	138	104
Gesamtzahl der siebenbürgischen Richter und Staatsanwälte								
1—3 zusammen in absoluter Zahl	859	810	707	693	71	56	81	61
Von hundert	100	100	82·3	85·6	8·3	6·9	9·4	7·5
Sonstige Beamte zusammen								
4—6 zusammen in absoluter Zahl	3223	3236	2355	2702	619	346	249	188
Von hundert	100	100	73	83·5	19·2	10·7	7·8	5·8
Gesamtzahl der Richter, Staatsanwälte, Gerichtsbeamten und sonstiger Angestellten								
1—6 zusammen in absoluter Zahl	4082	4046	3062	3395	690	402	330	249
Von hundert	100	100	75	83·9	16·9	9·9	8·1	6·2
Laut amtlicher Na- tionalitätenstatis- tik von 1930 in Siebenbürgen von hundert	100	100	57·9	57·9	24·4	24·4	17·7	17·7

Die Ausschliessung von vierzehn Schülern aus dem ungarischen röm. kath. Gimnasium von Timișoara wegen des nicht-ungarischen Klanges ihrer Namen.

Vor einem Jahr wurde dem römisch-katholischen Gimnasium von Timișoara mit ungarischer Lehrsprache das Öffentlichkeitsrecht entzogen, zu Ende des vergangenen Schuljahres fiel ein grosser Teil seiner Schüler im Verlauf der, vor fremden Professoren abgehaltenen Prüfung durch und dieses Trauerspiel wiederholte sich im September bei den Nachprüfungen. Vor Weihnachten aber kam von der Unterrichtsdirektion mit Berufung auf eine ministerielle Verordnung die Weisung an die Schuldirektion, aus der ersten Klasse seien zehn, aus der zweiten Klasse vier Schüler sofort zu entfernen. Begründung: die vierzehn Schüler gehören, wie aus ihren Namen zu folgern ist, nicht zur ungarischen Nationalität. Diese Vierzehn dürfen nicht mehr in ihren Klassen erscheinen. Zu Beginn des Schuljahres hatten die Eltern bei den Einschreibungen ihre Kinder als zur ungarischen Nation gehörig erklärt und ausserdem ein Zeugnis von der Stadtbehörde beigegeben, laut welchem die betreffenden Eltern bei der Volkszählung von 1930 sich und ihre Kinder als Ungarn eingetragen hatten.

Die Schuldirektion erstattete über diesen Vorfall sofort Meldung bei der bischöflichen Behörde, welche in Angelegenheit der vierzehn Schüler beim Unterrichtsministerium um das Ausserkraftsetzen der Verfügung des Schulinspektorates ansuchte. Nun besteht für die vierzehn Schüler ausserdem, dass sie nicht in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, noch die Gefahr, ein Schuljahr zu verlieren, denn laut Gesetz können solche Schüler, die mitten im Schuljahr aus jedwedem Grunde — auch nicht aus eigenem Willen — die Schule verlassen, sich nicht in eine andere Schule einschreiben lassen, erst zu Beginn des folgenden Schuljahres.

Und nun hat die zweite Hälfte des Schuljahres begonnen, die ausschliessende Verordnung wurde aber noch immer nicht zurückgezogen.

Wie sich zwei Geschichtsschreiber über uns äussern.

Die letzten Wochen des vergangenen Jahres brachten die Angelegenheiten des Ungarntums abermals mehr in den Vordergrund. Scheinbar war es dieser Umstand, der zwei der bekanntesten Geschichtsschreiber von Jugoslawien, beziehungsweise Rumänien veranlasste, ihre Ansichten über diese Probleme bekanntzugeben.

Von jugoslawischer Seite war es Dr. *Alexa Ivics*, der im verbreiteten Tagblatt von Belgrad, dem „*Dan*“ am 26. November seine Meinung als Historiker bekanntgab, in Rumänien tat dasselbe *Nikolaus Iorga*, am 26. Dezember in den Spalten der „*Balkan Press*“.

Während Ersterer sich vornehmlich über die jugoslawisch-ungarischen Gefühlsverbindungen verbreitet und damit auf die ungarische öffentliche Meinung wirken will, beschränkt sich Letzterer eher auf theoretische Erläuterungen dessen, wie die Minderheiten in Allgemeinen zu behandeln seien.

Dr. *Alexa Ivics* schreibt Folgendes:

Auch an unserer Seite wünschen Viele mit aufrichtigem Herzen, dass die Beziehungen Jugoslawiens zu seinem nördlichen Nachbarn je herzlicher werden mögen... Wir Serben mussten während des Weltkrieges viel von den Ungarn leiden, diese waren aber in diesem Kampf das Werkzeug fremder Interessen. Sollen wir aber immerfort vor Augen halten, was uns von den Ungarn trennt und vergessen, dass die neue serbische Kultur ihren Ursprung in Ungarn hatte, die ersten serbischen Schriftsteller, Dichter und Gelehrten im XVIII. und XIX. Jahrhundert auf ungarischem Boden geboren und erzogen wurden, dass der erste serbische Bildungsverein, die „*Matika Srpska*“ in Pest gegründet wurde und *Sava Tekelja* in Pest das *Tekelijanum* errichtete, welches der serbischen Intelligenz als kräftiger Nährboden diente? In ihrer Denkart stehen die Ungarn uns viel näher, als alle anderen Nationen. Serben und Ungarn verlebten von den ältesten Zeiten bis heute gemeinsam die wechselvollsten Schicksale, waren nahe Freunde und Verbündete, aber auch erbitterte Gegner. Wir hatten genügend Gelegenheit, einander kennenzulernen. Die Lebensweise, die Gewohnheiten und viele Eigenschaften der Ungarn gleichen den Unsri-

gen sehr. Der Ungar ist offen, als Gegner tapfer, als Freund treu und verlässlich. Der Serbe ist wenig vertraulich. erwärmt sich schwer, wenn er aber jemand mit seinem Vertrauen beschenkt, so kann man zuversichtlich auf ihn bauen . . .

Nikolaus Iorga schreibt folgendermassen :

Vielleicht das grösste Problem des staatlichen Lebens vom heutigen Rumänien ist die Minderheitenfrage. Jahrhunderte hindurch war unser Volk das Opfer schwerer historischer Ungerechtigkeiten, welche Europa vor sieben Jahren gutmachte. Jetzt leben in unserem Lande fremde Völker in grosser Zahl, denen gegenüber wir die weitestgehende nationale Duldsamkeit und vollstes Wohlwollen erweisen müssen. Auch ich bin Nationalist, ja selbst Patriot, jedoch liegt mir nichts so fern, wie chauvinistische Gehässigkeit.

Ich möchte die Nationalminderheiten als vollberechtigte Staatsbürger betrachten und halte diese ausgezeichneten und arbeitsamen Minderheiten als glückliches Geschenk des Schicksals, die ebenso wie das rumänische Mehrheitsvolk im Schweisse ihres Angesichts für das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes arbeiten. Diese Minderheitsvölker stellen auf der reichen Malerpalette der Natur, als welche unser Herrgott Rumänien geschaffen hat, eine frische Farbe dar.

Geben wir jeder Volksminderheit volle Daseins- und Entwicklungsfreiheit, denn dann werden sie selbst die Wahrheit erkennen, dass dieses Land das Vaterland ihres Wohles sein kann. Viele unter den nüchtern denkenden Ungarn erkennen das schon aufrichtig an.

Mein Ideal ist der Nationalstaat, worin allein der durch die Kultur gesicherte wahre Friedensgeist herrscht.

Interessante Verfügungen des jugoslawischen Konkordates.

Mitte Dezember unterbreitete die Stojadinovics-Regierung dem jugoslawischen Parlament jenes Konkordat, behufs Verhandlung und Inartikulierung, welches Jugoslawien mit dem Vatikan am 25. Juli 1935 schloss. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Verhandlungen dieser Gesetzesvorlage Anlass zu heftigen Debatten geben, denn auch in Jugoslawien ist die orthodoxe Kirche dominant, obwohl die Anhänger der katholischen

Kirche nicht nur ihrem Zahlenverhältnis nach, sondern gemäss ihrer höheren Kulturstufe bedeutende Faktoren sind.

Das mit Jugoslawien geschlossene Konkordat enthält auch solche Verfügungen, deren Auswirkungen sich weit jenseits der jugoslawischen Grenzen fühlbar machen.

Vom Minderheitenstandpunkt sind die Abschnitte X. und XI. dieses Konkordats am bedeutungsvollsten.

Artikel X. :

„In Pfarrgemeinden, welche von völkischen Minderheiten bewohnt werden, müssen die Pfarrer *ausser der Sprache ihrer Gläubigen* auch der Nationalsprache mächtig sein, um sich derselben im Schriftwechsel mit den Zivil- und Militärbehörden zu bedienen.“

Artikel XI. :

„Die Behandlung jener Katholiken, welche auf dem jugoslawischen Reichsgebiet wohnhaft sind und völkischen Minderheiten angehören, hat hinsichtlich des Gebrauches ihrer Muttersprache bei der Ausübung religiöser Riten, beim Religionsunterricht und in kirchlichen Vereinigungen nicht ungünstiger zu sein als die Behandlung, welche sich auf dem Gebiete jenes fremden Staates, der den betreffenden Minderheiten entspricht, aus der gesetzlichen und *tatsächlichen* Lage der Bürger jugoslawischer Abstammung und Sprache ergibt.“

„Nachdem die jugoslawische Regierung ohne Säumen dieser für nichtjugoslawische Minderheiten günstigen Vertragsbestimmung zugestimmt hat, erklärt der Heilige Stuhl, dass er, im Einklange mit den Prinzipien, welche er jederzeit hinsichtlich der Verwendung der Muttersprache in Seelsorge, im Religionsunterricht und im Leben der katholischen Organisationen verfochten hat, sich gelegentlich des Abschlusses *künftiger Konkordatskonventionen mit anderen Staaten dafür verwenden wird*, dass auch in diese Abkommen gleichartige Bestimmungen zum Schutze der jugoslawischen Minderheiten aufgenommen werden.“

Autour du Concordat en Yougoslavie.

Le gouvernement de M. Stoyadinovitch a déposé, il y a quelques semaines, sur le bureau de la Chambre le texte du Concordat, signé le 25 juillet 1935 à Rome. La représentation

nationale a nommé une commission spéciale pour étudier cet acte diplomatique et faire un rapport à l'Assemblée aux fins de ratification.

Le journal officieux „Samouprava” publie un article qui dénonce en propagande anonyme que certains cercles ont déchainée subitement contre le Concordat. Après avoir rappelé les conditions dans lesquelles a été négocié ce traité, le journal conclut en ces termes :

„Si ces personnes désirent se présenter comme plus grands Serbes et plus susceptibles dans leurs sentiments orthodoxes que M. le Dr. Stoyadinovitch, chef actuel du gouvernement, elles ne doivent pas oublier non plus que M. le Dr. Stoyadinovitch tient aussi à ses sentiments non seulement par suite de son éducation et de ses convictions personnelles, mais encore par tradition de famille, puisqu'il est le descendant de Hadji-Milentije Pavlovitch, premier Serbe métropolitain de Serbie, qui, il y a 100 ans, du 18 août 1831, jusqu'à la fin de sa vie, occupa le siège archiepiscopal de Belgrade. C'est pourquoi nous considérons qu'il ne serait pas possible à M. le Dr. Stoyadinovitch de reconnaître à quelqu'un la qualité de plus grand orthodoxe serbe que lui et que, puisque dans son gouvernement se trouve aussi M. le Dr. Korochetz, connu comme ardent catholique, il ne serait également pas possible d'imaginer que le gouvernement de M. le Dr. Stoyadinovitch, dont le chef a toujours su trouver jusqu'à présent, avec l'autorité d'un homme d'Etat, la solution la plus adéquate à un si grand nombre de questions nationales, ne pourra pas et ne saura pas résoudre encore cette question du Concordat. Il est certain que le gouvernement trouvera une solution et que cette solution satisfera tous les catholiques, comme elle satisfera aussi tous les orthodoxes.

La minorité bulgare en Roumanie est loyale.

Le correspondant particulier de „La Parole Bulgare” vient de transmettre à ce quotidien par l'un de ses numéros de décembre l'article que nous reproduisons en ce qui suit :

L'organe de la minorité bulgare en Roumanie, le „Dobrudjanski Glas”, qui avait été suspendu par les autorités pour

trois semaines, a paru de nouveau, dans le même format. Dans plusieurs articles il confirme que la minorité bulgare, dont il exprime les vues, est parfaitement loyale et remplit scrupuleusement tous ses devoirs.

„Les Bulgares de la Dobroudja du Sud, lisons nous dans le dernier numéro du journal, sont des sujets loyaux, paisibles et consciencieux de l'Etat qu'ils habitent. Nul ne saurait nier qu'ils sont irréprochables en ce qui concerne leurs devoirs de citoyens, et on ne saurait invoquer aucun argument en leur défaveur dans ce sens. Attachés à leur terre, ces habitants honnêtes et travailleurs ne prétendent qu'à voir leur vie et leur existence garanties. Une telle prétention est-elle contraire aux lois ?

Dans un autre numéro, discutant l'article d'un journal de Constantza qui paraît adresser certaines imprécations à la minorité bulgare, le „Dobroudjanski Glas” tient à rappeler „les principes et les idéals qui l'animent, et qui sont ceux de tous les Bulgares en Roumanie :”

„Nous voulons vivre en paix, dans l'ordre, en pleine harmonie avec tous les habitants du pays, en tenant compte scrupuleusement des lois. Nous travaillons à la création d'un chaînon organisé de la minorité bulgare en Roumanie, afin d'obtenir ce que nos confrères supposent que nous possédons, mais qui nous manque en réalité — (Il s'agit des droits prévus par le traité des minorités.)

„Toute notre activité s'exerce uniquement dans les cadres d'une loyauté et d'une légalité éprouvée, que personne ne peut nous contester.”

Toujours pour répudier les faits controuvés que certains organes malicieux de la presse roumaine attribuent à la minorité bulgare, le „Dobroudjanski Glas”, dans son troisième numéro, celui de 10 décembre courant, exprime ses regrets. „Nous repoussons avec indignation, écrit-il, toute attaque d'une presse malintentionnée. Nous sommes convaincus de notre stricte loyauté et nous savons bien ce que les scribes poursuivent, lorsqu'ils répètent et reimpriment des accusations inventées, douteuses et malveillantes. On ne peut pas sur de telles informations, se prononcer au sujet de toute une population minoritaire qui depuis plusieurs années a insisté des centaines de fois sur ses intentions de vivre en bonne amitié et en plein accord avec tous les citoyens du pays avec lesquels elle entre en contact”.

Evoquant les paroles d'amitié et de compréhension que M. Grégoire Filipesco, chef du parti conservateur roumain et directeur du journal „Epoca” de Bucarest, avait écrit au sujet des relations de confiance qui doivent exister à l'avenir entre Roumains et Bulgares, le même journal minoritaire bulgare s'en réjouit. En guise de conclusion il ajoute, que non seulement le peuple bulgare a donné des preuves de sagesse, ce que M. Gr. Filipesco reconnaissait dans son article, mais aussi que „la minorité bulgare en Roumanie a fait la preuve qu'elle est paisible, loyale et respectueuse des lois du pays qu'elle habite.” Il regrette uniquement les vingt années qui se sont écoulées en vain car c'est à peine maintenant qu'on entend la voix de la vérité.

Il est très intéressant de constater qu'un autre organe de la population minoritaire bulgare en Roumanie, qui paraît à Timișoara, dans le Banat roumain, imprimé en caractères latins, et qui est plus spécialement le porte-parole des Bulgares catholiques qui habitent cette province, s'exprime dans le même sens. Dans un éditorial de son numéro du 6 décembre courant, intitulé „Gardons nous d'erreurs”, il s'adresse à ses lecteurs dans sa langue bulgare locale si pittoresque, la langue du Père Païssi et note, que la population minoritaire bulgare doit vivre dans la plus rigoureuse légalité, et qu'elle doit être loyale envers l'Etat qu'elle habite. „Il est du devoir de la minorité de vivre suivant les lois de l'Etat. Les lois sont faites pour l'Etat tout entier, et tous les habitants doivent les respecter sans distinction. Nous, les Bulgares du Banat, nous sommes des minoritaires. Nous connaissons et nous remplissons nos devoirs ; c'est pourquoi nous avons le droit de demander qu'on nous accorde les droits que le Parlement a consacrés par les lois qu'il vote. Tâchons de rester aussi à l'avenir des citoyens fidèles de l'Etat et de ne pas céder à la tentation”.

Ces affirmations, venant de la part des seuls organes de la minorité bulgare en Roumanie, sont précieuses. Du moment que la population minoritaire bulgare donne tant de preuves de ses sentiments et de sa conscience civique, elle a le droit de compter sur un traitement correspondant de la part de l'Etat. On ne peut plus lui refuser le bénéfice des lois et d'un traitement équitable, égal à celui accordé aux autres habitants.

Le procès des 367 paysans de Dobroudja.

Il semble que le procès de Silistra, où 367 paysans, tous d'origine bulgare, sont inculpés, commence à intéresser les milieux politiques roumains. Voici ce que nous lisons au sujet de ce procès dans le „Dimineața“, de București (8 février), dont le directeur politique n'est autre que M. M. Sadoveanu, le grand prosateur roumain.

„Le 22 février sera jugé, à Silistra, le procès des 367 paysans, provenant de 14 villes. Le nombre des témoins cité dépasse un millier de personnes.

„Une délégation, composée d'accusés, de parents, de paysans des mêmes villages, ainsi que de citoyens de Silistra, est arrivée à București. Elle s'est présentée à certains membres en vue des partis démocratiques, notamment des nationaux-paysans, des radicaux-paysans, des amis de M. Dobresco, des social-démocrates, ainsi qu'à certains personnalités politiques, en leur exposant la situation des paysans de la Dobroudja. La délégation a reçu un bon accueil. On l'a assurée que les paysans dobroudgiens, victimes des abus administratifs et d'une politique erronée du gouvernement, seraient aidés par la presse, par des avocats et au parlement.

„La délégation a indiqué que l'origine du procès n'était pas „irrédentiste-communiste“, comme cela a été soutenu, mais qu'il tient à la façon comme on a défalqué une tierce partie des terres de la population autochtone (bulgare et turque), à la façon dont on a fait la colonisation et surtout à la conduite des autorités administratives envers la population.

„La délégation affirme que les organes de l'administration ont commencé à exploiter à leur profit, sous des formes diverses, et au détriment des paysans autochtones et des colons, les terres autour des villages, destinées aux pâturages, provoquant ainsi le mécontentement des intéressés. Les habitants ont manifesté leur mécontentement par des protestations inoubliables et par des délégations auprès des autorités supérieures.”

Notrufe aus Deutschland.

Diesen Aufsatz entnehmen wir der Blattfolge 8 der *«Neuen Sonntagsblatt»*, Wochenzeitung für das deutsche Volk in Ungarn.

Aus Deutschland kommen erschütternde Nachrichten über den hasserfüllten Kampf gegen das Christentum der dort genau mit demselben Waffen geführt wird, wie in Spanien, bevor man dort anfang die Kirchen in Brand zu stecken, die Priester zu morden und die Kreuze umzustürzen. Der Kampf gilt den Protestanten ebenso wie den Katholiken. An seiner Spitze stehen vielfach Männer, die im Staate hohe Würden bekleiden. Das Konkordat, welches den Katholiken freie Ausübung ihrer Religion und den Bestand ihrer konfessionellen Schulen zusichert, wird als Fetzen Papier behandelt. Der Notschrei der in ihren heiligsten Gefühlen aufs tiefste beleidigten Christen dringt manchmal über die Grenzen Deutschlands in die weite Welt hinaus. Ein erschütterndes Dokument dieser Zustände ist das Schreiben des Bischofs von Ermeland in Ostpreussen, Dr. Maximilian Kaller, welches am vergangenen Sonntag von allen Kanzeln Ermelands verlesen wurde. In diesem Dokument wird darauf hingewiesen, was man der Kirche in Deutschland im Jahre 1933 vertraglich versprochen hat und wie man diese Versprechungen mit Füßen tritt. In dem Schreiben des Bischofs Kaller heisst es unter anderem: „Es ist nicht das erstemal im Ablauf der 2000 jährigen christlichen Geschichte, dass eine hasserfüllte Gegnerschaft den Untergang des Christentums verkündet. Noch nie aber war unser deutsches Vaterland in einem Masse wie heute die Arena für den erbitterten Geisteskampf um den Bestand des christlichen Glaubensgutes.

Der Kampf ruft lautet: Das Christentum hat seine 2000 jährige Rolle ausgespielt. Weg mit allen fremdrassigen Lehren und Einflüssen, weg mit einer Religion, die von Christus, dem Kreuzigten, ihr Heil und ihre Erlösung entgegennimmt!

Das ist die Kampfansage an das Christentum, besonders an die katholische Kirche.

Ja, wir stehen im Kampfe und kein Konkordat, kein feierliches Bekenntnis des Führers zum positiven Christentum schützt uns vor dem Fanatismus der Christusfeinde, die gegen Gesetz und Vertrag ihren Angriff gegen Kirche, Priester und katholi-

sches Volk richten und die vor sinnloser Verleumdung und Verdächtigung nicht zurückschrecken.

Das Konkordat verspricht Bischöfen und Diözesanbehörden „volle Freiheit gegenüber den Gläubigen in allen Angelegenheiten des Hirtenamtes“. Die Hirtenbriefe der Bischöfe dürfen aber in den kirchlichen Diözesanblättern nicht erscheinen.

Während die christentumsfeindliche Richtung, z. B. die deutsche Glaubensbewegung, in Vorträgen, Flugblättern und Broschüren ungehemmt eine Flut von Schmähungen über den Heiligen Vater, über Bischöfe und Priestertum der Kirche ergiessen, ist uns in der Presse und im Vortragssaal die Richtigstellung der verleumderischen Angriffe verwehrt.

Das Konkordat garantiert die konfessionelle Schule. Ihr wisset selbst, geliebte Diözesanen wie an der konfessionellen Schule in unserer Diözese gerüttelt wird. Ihr wisset selbst, mit welchen Druckmitteln die Freiheit eurer elterlichen Entscheidung zunichte gemacht wird.

Wir fragen alle, die auf die Entwicklung der Verhältnisse in unserem Vaterland Einfluss haben: Soll es so weitergehen? Soll unserem deutschen Volk das Letzte und Schlimmste nicht erspart bleiben? Sollen auch noch die Seelen der deutschen Katholiken vergewaltigt werden? Hat das Christentum versagt, hat es wirklich seine Bedeutung verloren? Schon bei dieser Frage möchte ein heiliger Zorn den wahren Katholiken packen, der katholisch ist bis ins Mark.

Sehet nach Russland! Es hat dem russischen Bauern die Maschine gegeben, aber die Frömmigkeit genommen und eine Hungersnot folgt der andern. Sollten die russischen Zustände nicht eine Warnung sein für die Feinde Gottes in unserem Vaterland?

Zeigen sie nicht greifbar deutlich, dass eine Zivilisation, die nur auf den materiellen und technischen Kräften des Menschen ruht, Zerstörung und Vernichtung im Gefolge hat?“

Bischof Kaller schliesst sein Hirtenwort mit einem Ausspruch des grossen Erneuerers katholischen Geisteslebens in England, Kardinal Newmans: „Die Zeit ist voller Bedrängnis. Die Sache Christi liegt, wie im Todeskampfe. Und doch – nie schritt Christus mächtiger durch die Erdenzeit, nie war sein Kommen deutlicher, nie seine Nähe spürbarer, nie sein Dienst köstlicher, als jetzt. Darum lasst uns zwischen Sturm und Sturm

zu Ihm beten : O, Gott, Du kannst das Dunkel erleuchten. Du kannst es allein !“

Ein protestantisches Gegenstück zu diesem Aufschrei eines katholischen Bischofs findet sich in der Botschaft der protestantischen Bekenntnissynode von Breslau. Es heisst in derselben : „Der Kampf gegen Christus und seine Kirche nimmt versteckt und offen immer schärfere Formen an. Menschlich gesehen, werden wir Christen heute in eine dunkle, ja auswegslose Lage gestossen. Wir können jetzt nicht mehr darauf vertrauen, dass die Verkündigung des Evangeliums und die christliche Erziehung durch irdische Sicherung erhalten werde.

In unserem Vaterlande wird das öffentliche Leben, je länger je mehr, von einem Geist beherrscht, der die Christen in Versuchung bringt, die Gebete Gottes nicht mehr ernst zu nehmen und in ihrem Glauben an Christus unsicher zu werden. Es wird zwar viel vom Glauben an Gott geredet, aber diese „Gottgläubigkeit ist eine Religion ohne Christus und darum Götzendienst“.

Es ist ein Kampf gegen Christus und seine Gemeinde im Gange der von leitenden Stellen des Lebens nicht nur geduldet und unterstützt, sondern planmässig geführt wird.

Die letzten Worte erhalten die furchtbare Anklage, dass der Kampf gegen das Christentum von „leitenden Stellen“ unterstützt und geführt wird.

Die Notrufe der katholischen und protestantischen amtlichen Stellen über den planmässigen Kampf gegen das Christentum in Deutschland stimmen vollständig überein. Niemand kann also der Welt Sand in die Augen streuen mit der Behauptung, es sei dies alles nur feindliche Zeitungsmache ! Es ist leider bittere Wahrheit, die auf jeden vernünftigen und anständigen deutschen Menschen im Ausland eine niederschmetternde Wirkung ausüben muss.

Germanicus.

Die Angelegenheit der Ruthenen aus der Bukowina vor dem Senat.

Mittels einer ministeriellen Ratsverordnung wurde die Kirche der griechisch-katholischen Ruthenen in Suceava dem Verband der griechisch-katholischen Konfession genommen und der griechisch-orientalischen rumänischen Kirche zur Verfügung gestellt.

In dieser Angelegenheit interpellierte der griechisch-katholische Bischof von Maramureş, Dr. Russu in der Senatssitzung vom 30. Jänner, worauf eine heftige Debatte entstand, deren bezeichnendste Phasen im Folgenden wiedergegeben seien :

Minister Iamandi antwortete auf die Interpellation. Er führte aus, die Kirche sei im Jahre 1550 von der Gemahlin Petru Rareş, Frau Elena gegründet worden. Anfänglich sei sie orthodox gewesen und im Jahre 1782, fünf Jahre nach dem Entstehen der österreichischen Herrschaft in der Bukowina, übergaben die Österreicher sie den Katholiken. Im Jahre 1836 bauten die Katholiken sich eine eigene Kirche, übergaben die Rareş-Kirche aber doch nicht den Orthodoxen, sondern belassen sie im Gebrauch der Ruthenen, denn Österreich versuchte alle Mittel, um die Ruthenen in der Bukowina zu fördern. Die rumänische Regierung hatte auch nur ihre Pflicht erfüllt, als sie die ursprüngliche Lage wiederherstellte. Der griechisch-katholische Bischof von Maramureş, zu dessen Bistum Suceava gehört, strengte auch einen Prozess gegen das Ministerium in dieser Sache an. Ein Bischof, der unter allen Umständen rumänisch bleiben muss, dürfte hierüber gar nicht rechten.

Hierauf trat Bischof Russu auf die Rednertribüne. Zuerst sprach er über die Angelegenheit des Bukowinaer Vikariates. Er sagte aus, er sei nicht zugegen gewesen, um die, gegen das Vikariat gerichteten Angriffe abzuwehren. Darauf entstand ein heftiger Wortwechsel.

Iorga schrie ausser sich : „Sie haben nicht das Recht, die Verleumdungen zurückzuweisen ! Sie müssen die Missbräuche ahnden ! Weisen Sie ihre Priester zurecht und nicht Denjenigen, der Ihnen dazu verhalf, Rumäniens Bürger zu werden !

Russu : Ich will keinen Augenblick der Bischof solcher Priester sein, die wegen Irredentismus verklagt werden könnten !

Iorga : Er wisse zwar nicht, was in der Bukowina vorgeht, er sei fast nie dort gewesen. In den ruthenischen Kirchen beginnt der Gottesdienst in rumänischer Sprache ohne Gläubige und nach einigen Minuten geht man auf die ruthenische Sprache über, worauf die Kirche sich füllt. In jedem Dorf ist der Leiter der russischen Irredenta der Pfarrer.

Russu nahm nun mit scharfen Worten den Vikar von Cernaui in Schutz, worauf Minister Iamandi dazwischenrief :

„Befolgen Sie nicht solche Methoden, die wir nicht ge-

wohnt sind. Sie polemisieren mit dem Ministerium in einer Art, die nicht nur unerlaubt ist, sondern verdiente, dass wir gegen Sie Untersuchung einleiteten.

Einige Stimmen: Schande.

Iamandi: Ja, ich habe gegen das Vikariat die Untersuchung angeordnet, trotz des gesetzlich vorgesehenen zehntägigen Zeitraumes, denn viel höhere Interessen gilt es zu wahren, als jene theoretischen Ausführungen, worüber Herr Bischof Russu sich verbreitet.

Oamea: Auf beiden Seiten sollte man Untersuchungen anordnen. Auch bei den Orthodoxen, denn die Ruthenen treiben Spott mit beiden Konfessionen.

Iorga erklärte im Verlauf des weiteren Wortwechsels, der das Konkordat erwähnte, er wolle das Konkordat und die griechisch-katholische Kirche beschützen, da diese der rumänischen Nation grosse Dienste erwies. Die Ruthenen seien aber die Erzfeinde des Rumänentums und von ihnen sei hier die Rede, nicht von der griechisch-katholischen Konfession.

Russu entgegnete den von allen Seiten leidenschaftlich durcheinanderredenden Debatten sehr energisch und erklärte, er werde die Sache des Vikars von Cernauii untersuchen und sofern es sich herausstellen sollte, dass er rumänenfeindliche Haltung einnahm, er entfernt würde, bevor noch der Minister Gelegenheit hätte, in gesetzwidriger Frist Verfügungen gegen ihn zu treffen. Er habe es nicht nötig, über Beobachtung der rumänischen Standpunkte belehrt zu werden.

Mich hat — so setzte er fort — Siebenbürgen gelehrt, ein guter Rumäne zu werden. Diese siebenbürgischen Lehren sind denen im Altreich nicht zuteil geworden. Zurückkehrend auf die Angelegenheit der Kirche in Suceava, bezeichnete er es als rechtlichen Missgriff, dass das Kultusministerium in Fragen des Eigentumsrechtes disponiert.

Darauf entstand wieder ein Sturm der Entrüstung.

Iamandi: Es ist unerlaubt, dass ein Bischof eine Frage, die vor allem eine nationale Frage ist, in solcher Weise bespricht.

Russu: Niemals werde ich den rumänischen Standpunkt ausser Acht lassen, doch das Recht meiner Kirche muss ich erkämpfen, und wenn ich noch so hoch appelliere!

Iorga: Auf diesem Wege gelangen Sie bis nach Genf, vor den Völkerbund, über Budapest.

Russu : Ich schütze die Kirche der heutigen Ruthenen, die die zukünftigen Rumänen sein werden.

Iorga : Die heutigen Rumänen werden die morgigen Ruthenen sein, wenn sie solche Bischöfe haben.

Hierauf wandte sich die Rede wieder einem geschichtlichen Überblick zu. Ein Zwischenruf erklang :

Merkwürdig, dass Bischof Russu die Regierungstätigkeit Josefs II. anerkennt, die Rechtskraft der Verfügung der rumänischen Regierung jedoch bezweifelt. Worauf Iorga entgegnete : Josef II. trieb Spott mit Nationen ebenso, wie mit Religionen. Er war Atheist, ein kaiserlicher Zyniker. Ihm gegenüber steht aber unser religiöser Herrscher, dessen Regierung die erwähnte Verfügung traf.

Endlich gab Bischof Russu der Hoffnung Ausdruck, das rumänische Gericht werde seiner Kirche Gerechtigkeit tun, worauf Zwischenrufe hörbar wurden, wie : das rumänische Gericht könne kein Urteil fällen, womit die Interessen der rumänischen Nation verletzt würden.

Die zwölf Punkte der „Acțiunea Patriotica.“

Am 31. Jänner hielt die „Acțiunea Patriotica“, der Verein, genannt „Patriotische Bewegung“ in Cluj seine Generalversammlung. Die Eröffnungsrede sprach General a. D. Danilă Pop. Er verkündete, der Verein habe den lokalen staatlichen Institutionen Zuschriften unterbreitet bezwecks Rückrumänisierung der Namen, verfasste die Namensliste der rumänischen Gewerbetreibenden und Kaufleute, damit das gehörig unterrichtete rumänische Publikum nicht bei Nichtrumänen einkaufe, resp. Arbeit bestelle. Der Verein arbeite, — so sprach der Redner — an einer Gesetzesvorlage, die bestimmt wäre, endgiltig alle fremdsprachigen Aufschriften abzuschaffen und die in unsere Stadt kommenden Rumänen vom Gefühl zu befreien, als seien sie in einer fremdländischen Stadt. Schliesslich beantragt er, der Einzug der rumänischen Armee solle am Hauptplatz (Piața Unirii) mit einem mächtigen Denkmal verewigt werden.

Danach sprach der gewesene Staatssekretär Ștefan Metes über die Minderheitenfrage. Er erklärte, nirgends auf der ganzen Welt ginge es den Minderheiten so gut, wie in Rumänien.

Er unterschied zweierlei Minderheiten: solche mit historischer Vergangenheit, wie die Ungarn, Székler und Sachsen und Fremdlinge (Zugewanderte) wie die Russen, Ruthenen und Juden. Die Gesamtzahl dieser beträgt vier Millionen, eine Zahl, die noch immer nicht genügt, um Rumänien zu einem Nationalitätenstaat zu machen. In scharfem Ton verwahrte es sich dagegen, dass die Minderheiten – wegen der Schwäche und geringen Autorität der Staatsgewalt – im Ausland frei agitieren können und ihre unberechtigten Klagen nur zu häufig dem Völkerbund vorlegen.

Schliesslich beantragte er zwölf Punkte, welche die Generalversammlung auch annahm. Diese zwölf Punkte der „Acțiunea Patriotică“ sind folgende:

1. Alle politischen Parteien sollen bezüglich ihrer Haltung den Minderheiten gegenüber ein Übereinkommen treffen.
2. Die in Albaulia in 1918 gefassten Resolutionen sollen als nichtig erklärt werden, da deren auf die Minderheiten bezüglicher Teil dem rumänischen Staat nachteilig ist.
3. Die Wahlgesetze sollen abgeändert werden.
4. Der Friedensvertrag von Trianon soll dem rumänischen Staat als Richtlinie bezüglich seiner Haltung den Minderheiten gegenüber dienen.
5. Das Vermögen der Minderheiten und der ihnen zugehörenden Institutionen soll im Masse, wie das Agrargesetz es vorsieht, expropriert werden.
6. Längs der Landesgrenze sollen in fünfzig Kilometer Breite alle verkäuflichen Immobilien aus Minderheitenhänden zuerst dem rumänischen Staat zum Kauf angeboten werden.
7. In fünfzig Kilometer Breite längs der Landesgrenze soll kein einziger Minderheits-Angehöriger zu Staatsbeamten ernannt werden.
8. Die rumänischen amtlichen Funktionäre sollen zwischen Székler und Ungarn unterscheiden und Erstere als gesonderte Nationalität betrachten.
9. Die Gestaltung einer wahren und unabhängigen Széklerpartei soll unterstützt werden, die Ungarische Partei ist nämlich in fortwährendem Kontakt mit Ungarn, unserem Todfeind.
10. Das neue Pressegesetz soll genau vorschreiben, dass zur Herausgabe eines neuen Blattes vorhergehende Erlaubnis und Kautions nötig ist.
11. Der Staat soll nicht die konfessionellen Schulen, nur die staatlichen Schulen mit ungarischer Lehrsprache materiell unterstützen.
12. Im Gewerbe, Handel und in den freien Berufen soll das Prinzip der Zahlenproportion zur Geltung kommen.

Urteile.

Das Schicksal der Immobilien des Premonstratenser-Ordens.

Die Sektion II. des Gerichtshofes von Oradea befasste sich am 20. und 22. Februar mit dem Prozess des Premonstratenser-Ordens. Der Prozess ergab sich aus der Tatsache, dass auf Grund einer einfachen Privatanklage die Immobilien der Premonstratenser im Grundbuch auf den Staat umgeschrieben wurden.

Der Rechtsanwalt des Ordens wies darauf hin, dass der Grundbuchsbehörde nur das Recht der Richtigstellung zustehe, keinesfalls aber das Recht, auf Grund einer einfachen Privatankündigung den Grundbesitz einer Rechtsperson einfach auf den Namen einer anderen umzuschreiben, wie dies im gegebenen Falle geschah. Der Vertreter des Staates betonte demgegenüber, die Immobilien des Ordens gehörten dem Staat, weil der Premonstratenser-Orden keine Rechtspersönlichkeit besäße. Das Bistum wiederum habe keinerlei Rolle im Prozess inne, da eine alte Rechtsverfügung aussagt, die Mönchsorden unterstehen nicht der bischöflichen, sondern nur der Provinzialbehörde. (Im Sinne des Konkordats steht aber den Bistümern das Recht der Aufsicht und des Güterschutzes über die kirchlichen Güter zu. *Der Schriftleiter.*)

Der Rechtsvertreter des Staates erklärte, auch die ungarischen Adeligen hätten mit den Donationsgütern nur Nutznießungsrecht bekommen, nach Aussterben der Familie sei der König Erbe des Gutes geworden. Bezüglich der Kirchengüter bestand aber die Regel, dass nach Absterben der einzelnen Besitzer die Güter immer wieder der Krone zufielen, jeder neu in Besitz tretende musste vom König einen neuen Schenkbrief bekommen. (Die Regel des ungarischen Staatsrechtes war dem gegenüber, dass die Einkommen der Kirchengüter, bei Absterben eines Besitzers im Interregnum zwar dem König gehörten, der kirchliche Besitz aber nicht seiner kirchlichen Bestimmung entzogen werden durfte. *Der Schriftleiter.*) Laut Aussage des Rechtsanwaltes habe der ungarische Staat den Kirchenbesitz ständig beaufsichtigt und der Orden habe alle sechs Monate über die Verwendung des Einkommens dem Staat verrechnen müssen und seine Aufsicht sei viel weitgehender, als eine Vormundschaft gewesen. Der ungarische Staat habe das Gimnasium der

Premonstratenser gegründet, um die Magyarisierung des, zum Grossteil rumänisch bewohnten Gebietes, zu fördern.

Vor nicht langer Zeit — setzte der Rechtsanwalt fort — liess der Staat aus rechtmässigen Ursachen das Gimnasium der Premonstratenser schliessen, wonach der Orden aus den Einkünften der Güter in Oradea, in Gödöllő (Ungarn) ein Gimnasium errichtete, alle Professoren von hier hinüber schaffte und nur einige Ordensmitglieder hier zurückliess.

Ist es zulässig, dass sieben-acht Menschen den Besitz einer Liegenschaft im Wert von mehreren hundert Millionen geniessen? Wenn auch der Orden Rechtspersönlichkeit besitzt, so steht dem Staate das Recht und die Pflicht zu, Aufsicht über den Besitz des Ordens zu üben und zu fragen, wo die Einkünfte des Felix-Bades hinkommen?

Nun besprach der Rechtsvertreter des Staates die Rechtspersönlichkeit des Ordens und erklärte, mit solchem Namen, wie der Orden im Grundbuch eingetragen ist, existiert kein Orden.

Zum Schluss bat er das Gericht, im Namen des Staates, die Immobilien im Besitz des gegenwärtigen Eigentümers (des Staates) zu lassen und die Grundbuchs-Umschreibung als rechtmässig anzuerkennen.

Das Gericht liess zu, dass als Experte des Unterrichtsministeriums Prof. Onişifor Ghibu, das Wort ergreife. Er war der eigentliche Anreger der Vermögenskonfiszierung.

Prof. Ghibu verkündete, die Premonstratenser hätten in Rumänien keine Daseinsberechtigung, da sie schon lange nicht mehr ihren Beruf erfüllen. Seit Jahren haben sie aufgehört, lehrende Ordensbrüder zu sein und „der Papst lässt diesen Orden nur darum in unserem Lande, damit sie die Restauration der Habsburger fördern.“

Ich bin orthodox, setzte Ghibu fort, achte aber jedermann, der Achtung verdient und achte den Heiligen Stuhl. Aber ich erhebe mein protestierendes Wort, wenn der Papst sich in unsere inneren Angelegenheiten einmischt.

Sind denn die Premonstratenser so gute Patrioten und lieben Rumänien so sehr, dass sie um jeden Preis hier bleiben wollen? Diese Frage stellte Professor Ghibu. Nachher sprach er noch davon, dass die Schüler des Premonstratensergimnasiums in Gödöllő zu irredentistischer Propaganda erzogen werden.

Nachdem der Rechtsvertreter des Ordens die Aussagen Ghibu und des Vertreters des Staates zu widerlegen trachtete und die Aufmerksamkeit des Gerichtes abermals auf die allbekannte Tatsache lenkte, dass der Orden darum nicht zu unterrichten fähig sei, weil das Unterrichtsministerium seine Schulen schliessen liess, machte er den Rat aufmerksam, dass jenes von Prof. Ghibu den Gerichtsmitgliedern vorgelegte Buch in der Ausgabe der Antirevisionistischen Liga erschien, folglich die darin enthaltenen „beweisführenden Feststellungen“ nicht als rechtskräftig betrachtet werden können, bat er das Gericht, der Bitte des Premonstratenserordens Genüge zu leisten und die im Grundbuch vorgenommene Umschreibung rückgängig zu machen.

Der Gerichtshof verkündete nach kurzer Beratung, er weise das Ansuchen sowohl des Bistumes von Satumare – Oradea, wie des Premonstratenserordens von Oradea, als unbegründet zurück und bekräftigte die verbessernde Bestimmung der Grundbuchbehörde.

Gegen diesen Bescheid ist binnen 30 Tagen zum Kassationshof Appellation möglich, welches Recht der Orden für sich wahrscheinlich in Anspruch nehmen wird.

Ein schwer verurteilter Redakteur.

Die Weltpresse beschäftigte sich vor drei Jahren eingehend mit den Friedensverträgen und gab auch die diesbezüglichen Äusserungen verschiedener Staatsmänner bekannt. Die aussenpolitischen Ereignisse besprach die inländische rumänische Presse ebenfalls reichlich und ebenso gab ein ungarisches politisches Tageblatt, von Târgu-Mureş die „Reggeli Ujság“ auf Grund des, durch die Donau-Post und das Radio erhaltenen Materials, ohne jegliches Kommentar dieselben bekannt. Wegen dieser Veröffentlichungen beschuldigte die Staatsanwaltschaft Sigismund Gyulay, den Chefredakteur der „Reggeli Ujság“ der staatsfeindlichen Propaganda und nationsfeindlicher Agitation. Der Gerichtshof von Târgu-Mureş hielt mehrere Tagsatzungen in dieser Angelegenheit und verkündete am 19. Dezember sein Urteil. Der Gerichtshof sprach den Chefredakteur Sigismund Gyulay für verantwortlich aus und verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis und 5000 Lei Geldstrafe. Gyulay appellierte gegen das Urteil.

Zwei Székler wegen ihres Gesanges verurteilt.

Der 23-jährige Thomas Nagy und sein 24-jähriger Bruder Stefan Nagy, sowie der 24-jährige Johann Selyem, Székler-Burschen aus Gheorgheni kehrten auf einen Trunk in ein Wirts-

haus von Mercurea-Ciuc ein. Bald waren sie froher Stimmung und begannen zu singen. Sie sangen Lieder, deren Inhalt ein in der Nachbarschaft befindlicher städtischer Polizist als gegen den Staat aufhetzend beurteilte. Er nahm die Burschen fest und liess sie zur Staatsanwaltschaft vorführen. Im Sinne des Marzescu-Gesetzes wurden sie auf Grund der Anklage binnen vier Tagen abgeurteilt. Thomas und Stefan Nagy wurden zu je drei Monaten Gefängnis und je 5000 Lei Geldstrafe verurteilt. Die zwei Burschen nahmen das Urteil zur Kenntniss und somit ist es rechtskräftig. Sie begannen auch schon ihre Strafe abzubüssen. Johann Selyem sprach der Gerichtshof frei.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Schicksalsfragen der deutschen Volksgruppen.

Die im Auftrag des Verbandes der deutschen Volksgruppen herausgegebene Monatschrift *«Nation und Staat»* hat ihre letzte Ausgabe als Doppelsonderheft unter dem obigen Motto herausgebracht und es der Gemeinschaft des deutschen Volkes gewidmet. Dieses beachtenswerte Heft ist in gewissem Sinne ein Niederschlag der Erfahrungen, welche die Volksgruppen in den letzten beiden Jahrzehnten gemacht und des Gedankengutes, das sie in Zeiten schweren Kampfes um ihre Lebensrechte erlangen haben. Die Volksgruppen erweisen sich auch in diesem Heft als eines der wesentlichsten Ordnungselemente, auf welche die Zukunft wird aufbauen müssen.

Das Geleitwort dieses Heftes wurde vom Präsidenten des Verbandes, Konrad Henlein, geschrieben. Es hebt hervor, dass die hier vereinten Arbeiten von einzelnen Männern mit ihrem eigenen Temperament und ihrer Auffassungsweise geschrieben wurden und schon deshalb nicht als Programm aufgefasst sein wollen. Wohl aber stellen sie, so schreibt Henlein, insofern eine Gemeinschaftsarbeit dar, als sie dem Niederschlag gemeinsam gemachter Erfahrungen und eines in seinen Spannungen gleichen Schicksals sind. Dr. h. c. Johannes Schmidt-Wodder, der deutsche Abgeordnete im dänischen Reichstag, steuert eine Abhandlung über „Volk und Völkerleben in Europa“ bei, in der er den Gedanken entwickelt, dass nicht der natürliche Vorgang des Reifens der Völkerschaften zu einem vollen nationalen Selbstbewusstsein eine Quelle der Gefahr darstellt, sondern dass es die Versuche tun, diese Entwicklung gewaltsam zu unterdrücken. Der Obmann des parlamentarischen Klubs der Sudetendeutschen Partei, Ernst Kundt, zeichnet in einer Arbeit „Volkstumsrecht in der völkerrechtlichen Entwicklung“ die Grundzüge eines neuen Volkstumsrechtes, wie es den deutschen Volksgrup-

pen vorschwebt. F. v. Uexküll, der Herausgeber der Zeitschrift „Nation und Staat“ und stellvertretender Generalsekretär des Nationalitätenkongresses, weist in einem Aufsatz „Der Heimatbegriff der Volksgruppen“ auf die schicksalhafte Verbindung der Volksgruppen mit ihrem Heimatboden hin. Allein aus dieser engen Verbundenheit schöpfen die Volksgruppen die innere Kraft, gleichzeitig vollwertige Glieder ihres Volkstums und vollwertige Teile in der Gemeinschaft ihres Staates zu sein. M. v. Wrangell, der Präsident der deutschen Kulturverwaltung in Estland, schreibt über „Volkstum und Volkszugehörigkeit“. Er untersucht hier das im praktischen Leben der Volksgruppen so ausserordentlich wichtige Problem, wie die Volkszugehörigkeit einzelner Glieder der Volksgruppen zu bestimmen sei. Der Vorsitzende der deutschen Vereinigung in Polen, Dr. Hans Kohnert, berichtet über „Die Verluste der deutschen Volksgruppen in der Nachkriegszeit“. In diesem Artikel wird ein wahrhaft erschütterndes Bild aufgerollt. Kohnert weist auf die ungeheuere Verantwortung hin, welche die Führung einer Volksgruppe im Kampf gegen das Abbröckeln der materiellen und rechtlichen Lebensgrundlagen zu tragen hat. Der Obmann des Deutschen Volksrats in Rumänien, Fritz Fabritius zeigt in einer Abhandlung „Volkstum und Raum“ die Gefahren der Verstädterung auf. Der Leiter des Deutschen Ausland-Institutes, Dr. R. Gsaki, spricht in seinem Beitrag „Auslanddeutsches Wirken in der deutschen Kulturgeschichte“ von den charaktervollen Zügen, mit welchen die Volksgruppen das Bild des deutschen Gesamtvolkes bereichern. Insbesondere weist er auf die Rolle hin, die den Volksgruppen als Wahrerinnen alten deutschen Kulturguts zugefallen ist, das in dieser Form im Kernvolk vielfach nicht erhalten blieb.

Im restlichen Teil des Heftes finden sich die wie immer aufschlussreichen Rechenschaftsberichte über die Lage einzelner Volksgruppen und zahlreiche Anzeigen über einschlägige Neuerscheinungen des Büchermarktes.

Von besonderem Interesse ist schliesslich ein Bericht über die letzte, in Karlsbad abgehaltene, Jahrestagung des Verbandes der deutschen Volksgruppen, auf welcher bekanntlich Konrad Henlein zum Präsidenten des Verbandes gewählt wurde.

Alles in Allem: Dieses Sonderheft von „Nation und Staat“ ist in seiner Reichhaltigkeit, in der Fülle geistvoller Artikel berufenster Sachkenner, ein überaus wertvoller Beitrag zur nationalitätenpolitischen Literatur unserer Tage.

Dr. Stefan Csekey : Der deutsche Führerstaat.

(Dr. Csekey István : A német vezéri állam *)

* Herausgegeben von der Buchdruckerei „Szegedi városi nyomda R. T.“ Szeged. 1936.

Der hervorragende Professor an der Universität Szeged, Dr. Stefan Csekey äusserte seine Gedanken über den deutschen Führerstaat in einer Vortragsfolge im Rahmen des Verbandes der Universitätsfreunde und gab diese auch in einem anderthalb Bogen starken Heft heraus.

Es liegt ausserhalb des Bereiches unserer Materie, die neuen Staatseinrichtungen und deren einschlägige Literatur bekanntzugeben, sofern sie nicht im Zusammenhange mit der Minderheitenfrage steht. Csekeys Ausführungen enthalten jedoch einen Teil, der uns näher betrifft. Dieser bespricht seine eingenommene Haltung gegenüber der Rassentheorie, wovon unter anderem folgendes erwähnt sei :

„In Hitlers Reich lebt ein Rassenmythos. Das ist aber ein Negativum, auf Grund dessen die Ausscheidung des, vor den heutigen Leitern unerwünschten Elementes aus der deutschen Volksgemeinschaft möglich ist, welches aber nicht genau bestimmt, wer also die Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft sind. Dies heute auf Grund der Rasse oder Abstammung zu bestimmen, ist unmöglich. Auch dem Gefühl nach nicht, denn das subjektive Bekenntnis, als Methode der individuell-liberalen Auffassung, verwirft der National-Sozialismus. Die Frage der Zugehörigkeit kann den Interessen der Gemeinschaft entsprechend, einzig die Gemeinschaft entscheiden. Zweifellos ist aber die Rasse im Endergebnis ein biologischer Begriff, dem der Mensch nur in physiologischer Beziehung unterliegt. Die Nation jedoch, als kulturelle Schicksalsgemeinschaft ist in erster Reihe ein geistiger und kein biologischer Begriff.

Die Idee des Rassenstaates für uns zu übernehmen, würde nicht nur keinen positiven Wert bedeuten, sondern wäre hinsichtlich des inländischen, ebenso wie des in den Nachfolgestaaten lebenden Ungartums gefährbringend. Die Ungarn waren schon damals, als sie bei ihren Wanderungen das Becken der Karpathen erreichten, ein Mischvolk mehrerer Rassen. Sie bestanden aus der glücklichen Verschmelzung der finnisch ugrischen und von den Türken abstammenden Wolgabulgaren-Elemente. Hier setzte sich die Blutmischung fort. Wir können unbezweifelt feststellen, dass heute das Ungartum rassenmässig den im Donaubecken lebenden Nationalitäten nähersteht als den Finnen. Und diese Blutmischung war der Gestaltung des heutigen Ungarnvolkstums nicht nachteilig, sondern trug nützlich dazu bei die edle ungarische Rasse heranzubilden.

Director și redactor răspunzător : Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG } XV.

MARTIE - AVRIL
MARS - AVRIL
MÄRZ - APRIL } 1937.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 3 - 4

Die Regierung Stojadinović und die ungarische Minderheit.

Von: **Emmerich Prokopy.**

Die Regierung Stojadinović hat seit dem Herbst vorigen Jahres der ungarischen Minderheit gegenüber ganz gewiss mehr Wohlwollen und Verständnis bekundet, als jede andere Regierung seit dem 1929 eingeführten diktatorischen Regime. Die unmittelbaren Auswirkungen ihrer mit den Führern der anfangs 1929 aufgelösten Ungarischen Landespartei am 23. und 24. Oktober v. J. gepflogenen Verhandlungen haben sich bislang in einer grösseren Bewegungsfreiheit der ungarischen Minderheitszugehörigen, in einer liberaleren Zuteilung von Reisepässen an Personen ungarischer Volkszugehörigkeit, in der Gestattung der Abhaltung von Volksversammlungen und der Gründung ungarischer Volksbildungsvereine, in der Ermöglichung der Erörterung gewisser Wünsche des dortigen Ungartums in der Presse, in einer duldsameren Haltung der Behörden, in der Verhinderung weiterer Ausschreitungen der sogenannten „unverantwortlichen Elemente“, letzthin in der Zulassung der Veranstaltung einer Kunstausstellung des ungarischen Malers Bardócz in der Grenzstadt Szabadka (Subotica) und in einigen Aufsätzen der serbischen Presse über die ungarisch-serbische Annäherung bemerkbar gemacht.

Es wäre jedoch verfehlt, die Bedeutsamkeit dieser namentlich im Vergleich mit den früheren Zuständen gewiss erfreulichen Änderung zu überschätzen, denn was bis jetzt geschah, bedeutet noch keineswegs die Abstellung der hauptsächlichsten kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beschwerden der ungarischen Minderheit. Die Erfüllung ihrer vollauf berechtig-

ten Wünsche lässt noch immer auf sich warten, wie dies auch aus einigen nachstehend angeführten Beispielen ersichtlich ist.

Die in Aussicht gestellte Abschaffung der berüchtigten Namensanalyse ist noch immer nicht erfolgt. Von den inzwischen gegründeten 21 ungarischen Volksbildungsvereinen wurden bisher bloss die Satzungen eines einzigen genehmigt. Dabei dürfen sie weder Zweigstellen, noch einen zur einheitlichen Leitung sämtlicher ungarischen kulturellen Vereine berufenen Zentralverband gründen, wie dies der deutschen Minderheit in Südslawien gestattet wurde. Von den an die ungarischen Gehöfteschulen der bis zu 94 % von Ungarn bewohnten Stadt Magyar-kanizsa (Pavlovgrad) unlängst ernannten Lehrern stellte es sich heraus, dass sie kein Wort ungarisch verstehen. Die Gehöfteschulen der ebenfalls überwiegend von Ungarn bewohnten Stadt Zenta sind noch immer gesperrt, da der Unterrichtsminister die mehrmals zugesagte Ernennung der erforderlichen Lehrkräfte geflissentlich verzögert. In den Klassen der im Rahmen der staatlichen Elementarschulen errichteten „ungarischen“ (?) Parallelabteilungen wird der Grossteil der Lehrgegenstände noch immer in der Staatssprache unterrichtet. Das 87.000 Seelen starke Ungartum der Drau-, Sawe- und Drinabanschaft besitzt noch immer keine einzige Elementarschulabteilung mit ungarischer Unterrichtssprache. In den ernannten Stadtvertretungen ist das Ungartum nach wie vor bloss durch einige Stadtverordnete und keineswegs im Verhältnis seiner Seelenzahl vertreten, wie dies die auch in der Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung erfordern würde.

Es würde zu weit führen, hier auch die sonstigen ähnlichen Fälle und dringliche Abstellung erheischenden Beschwerden anzuführen, die allesamt den Beweis erbringen, dass zwischen Versprechungen und Wirklichkeit eine grosse Lücke klafft. Darüber hinaus gibt es aber auch andere höchst bedenkliche Erscheinungen, die darauf schliessen lassen, dass zwischen dem wohlwollend scheinenden Standpunkt der Regierung und der Auffassung gewisser Kreise in Bezug auf die der ungarischen Minderheit gegenüber anzuwendende Behandlungsweise ein scharfer Gegensatz besteht. In diesem Belange verdient eine vom Universitätsprofessor und Vorstand der Unterrichtsabteilung der Donaubanschaft Dr. Dimitrie Kirilović unlängst herausgegebene Flugschrift besondere Aufmerksamkeit, in welcher er

die Reslawisierung sämtlicher Ungarn verlangt, die in aufsteigender Linie bis ins X-te Glied slawischer Abstammung sind oder einen slawisch klingenden Namen führen. Zur Durchführung seines Entnationalisierungsplanes schlägt er folgendes vor: Die Entmagyarisierung der im Laufe der Jahrhunderte im Ungartum aufgegangenen (und nicht wie er schreibt „magyarisierten“) Abkömmlinge der slawischen Renegaten hat die Schule zu verrichten. Daher sind sämtliche Schulkinder slawischer Abstammung, *ohne Rücksicht auf die nationalen Gefühle ihrer Eltern*, Schulen mit slawischer Unterrichtssprache zuzuweisen. Die römisch-katholische Kirche soll sie durch ihre slawische Geistlichkeit entmagyarisieren und der slawischen Einheit zurückerwerben. Den Sokolen, der Narodna Odbrana, der serbischen und slowakischen Matica fällt die Aufgabe zu, sämtliche Renegaten nach einem sorgsam zurechtgelegten Plan einzelweise in das Slawentum zurückzuführen.

Einen ähnlichen Plan hat in dem Szabadkaer bunjewatzischen Blatt „Neven“ auch dessen Schriftleiter loco Šokšić ausgeheckt, der den Vorschlag Kirilović' folgendermassen ergänzt: Die Sokolen müssen je mehr Nicht-Slawen, insbesondere magyarisierte Renegaten in ihre Reihen aufnehmen, um sie zu assimilieren. Es dürfen überhaupt keine rein slawischen Vereine gegründet werden, *da als Gegenwirkung rein ungarische Vereine entstehen könnten*. Man soll ein Puppentheater schaffen, denn die Reslawisierung der Renegaten müsse bereits im frühesten Kindesalter einsetzen. Der Staat soll im eigenen Interesse die Gründung einer ungarischen berufsmässigen Schauspielertruppe gestatten. Dadurch würden die ungarischen Liebhaber-Theatergesellschaften eingehen, deren Mitglieder samt und sonders werktätige Faktoren der ungarischen Kultur bilden, da eben durch ihre gemeinsame Arbeit die verschiedenen sozialen Schichten der ungarischen Minderheit in der Wojwodina zu einer geschlossenen volklichen Einheit zusammengeschweisst werden.

Überaus bezeichnend für die Lage der ungarischen Minderheit in Südslawien und ihre Rede- und Pressefreiheit ist, wie ein führendes Blatt des dortigen Ungartums („Reggeli Ujság“) zu diesen beiden Entnationalisierungsvorschlägen Stellung nimmt: „Wir können – schreibt das Blatt – dem in der Flugschrift und im Aufsatz erörterten Standpunkt keinesfalls zustimmen, unserer gegenteiligen Meinung können wir jedoch erst dann entsprechenden Ausdruck verleihen, wenn dies nicht mehr auf unüberwindliche Hindernisse stossen wird.“

Das Amtsblatt der Regierung, „Samouprava“, begrüsst in seiner Folge vom 23. Jänner die Bereitwilligkeit der ungarischen Minderheit zu gemeinsamer Arbeit mit der Regierungspartei, „die die gesetzlichen Rechte des in Südslawien siedelnden Ungartums stets achten und schützen wird. Die Zeit der hohlen Worte ist vorüber. Die jetzige Regierung hat dies mit Taten bewiesen und will auch nichts anderes, als dass man sie nach ihren Taten beurteile.“

Dieser eindeutigen Erklärung des Regierungsblattes fügen wir lediglich den Wunsch bei, dass die in diesen Belangen angekündigten Taten endlich (!) und je eher zur Wirklichkeit werden.

Übersicht der Nationalitäten und der wirtschaftlichen Lage in der Hauptstadt des Banates.

**Bekanntgabe und Kritik der Studie von Professor
C. Stoicanescu.**

Von : **Dr. Georg Páll**

Generalsekretär der Ungarischen Parteisektion des Banates.

In der letzten Nummer der Zeitschrift „Revista Institutului Social Banat-Crişana“ (Revue des sozialen Institutes Banat-Crişana) unter der Schriftleitung des gewesenen Bürgermeisters von Timişoara, Dr. Kornelius Groşorean und des Museumdirektors Dr. Joachim Miloia, erschien eine grossangelegte und sehr interessante Studie von der Feder des Professors C. Stoicanescu, betitelt „Die wirtschaftliche Lage und die Nationalitätenfrage in der Stadt Timişoara“, worin der Verfasser eine, von rumänischem Standpunkt trostlose Darstellung der ethnischen und wirtschaftlichen Daten bekanntgibt, mit der Endfolgerung, die Lage in Timişoara sei für die Rumänen tragisch, für die Deutschen beunruhigend, bezüglich der Ungarn trügerisch, dagegen bedeute sie aber für die Juden einen unerhörten, nie geträumten Fortschritt.

Der Verfasser verarbeitet unzählige statistische Daten und trachtet diese sachlich zu erläutern, doch trotz seines vollkommen guten Glaubens, ist er zweifellos oft im Irrtum, woran offenbar seine einseitige Kenntnis der ihm verfügbaren bloss amtlichen Daten Schuld trägt, ihm aber die Stadt selbst, deren Bevölkerung, das wirtschaftliche Leben und die Faktoren der natürlichen Entwicklung derselben nicht genügend bekannt sind.

1.

Professor Stoicanescu befasst sich in erster Reihe mit der Bevölkerungsstatistik, mit der Verteilung nach Nationalitäten und vergleicht die Lage des Jahres 1932 mit der von 1935, wonach laut Verfasser die Daten folgendes Bild zeigen:

Die Bevölkerungsverteilung ist in Timișoara im Jahre 1932 folgende gewesen: Rumänen 23.740, Deutsche 29.926, Ungarn 23.709, Juden 9640, sonstige Nationalitäten 4945, zusammen 91.960.

Demgegenüber soll das Nationalitätenbild von 1935 folgendes gewesen sein: Rumänen 25.726, Deutsche 24.790, Ungarn 25.236, Juden 12.543, sonstige 4831, zusammen 93.126.

Bezüglich der auf 25.326 geschätzten Seelenzahl der Ungarn ist Verfasser der Ansicht, hievon seien als Rassenungarn bloss 8000 zu rechnen und die Rassenungarn bedeuten für das Rumänentum keine Gefahr, umsoweniger, als von ihnen zu erwarten ist, dass sie den Weg des politischen Realismus betreten werden. Der grössere Teil des Ungartums besteht aus Assimilierten, besonders Juden, die infolge ihrer exaltierten Mentalität verhindern, dass zwischen Rumänen und Ungarn ein gutes Einvernehmen, gute Nachbarschaft zustandekomme.

Wie sich in der Vergangenheit die ungarische Assimilation gestaltete, diesbezüglich gibt die Studie auch fotografische Kopien aus dem alten „Städtischen Anzeiger“ von der Tabelle der magyarisierten Namen. Demgemäss haben in Timișoara im Jahre 1900 280 Personen, in 1905 46, in 1910 36, in 1915 32, in 1916 49 ihre Namen magyarisieren lassen, die Zahl minderjähriger Kinder mit inbegriffen. Die abgelegten Namen haben deutschen, serbischen, kroatischen, rumänischen und hauptsächlich jüdischen Klang. Auf Grund dieser Erhebungen schliesst der Verfasser darauf, dass von 1900 bis 1936 das Judentum allein die Seelenzahl des Ungartums von Timișoara um mehr als 10.000 gehoben habe. In den Daten der gewesenen ungarischen Volkszählungen gelten die Juden nicht als gesonderte Nationalität, ihre Zahl wird nur in der Rubrik der Religion in Evidenz gehalten. Im Jahre 1910 waren in Timișoara 6647 Juden, laut Verfasser eine massive Gruppe im Körper der ungarischen Bevölkerung, wozu sich noch unter rumänischer Herrschaft eine erhebliche Menge gesellte. Beweisführend erwähnt der Verfasser die amtlichen Daten der Volkszählung von 1931 bezüglich der nationalen Verteilung der Juden von Timișoara, die folgender-

massen aussieht: als Rumänen erklärten sich 116, als Deutsche 921, als Ungarn 3373, als Juden 8160 und zu anderer Nationalität gehörig 3 jüdische Einwohner.

Diese 3373 ungarischen Juden vermehren laut Verfasser die Seelenzahl der ungarischen Einwohner von Timișoara zurzeit der rumänischen Herrschaft, noch wichtiger und für den rumänischen Standpunkt gefährlicher ist die magyarisierende Rolle des Judentums im Timișoaraer Gewerbe und Handel, sowie in der Presse, die gänzlich ungarisch eingestellt ist.

II.

Diese Ausführungen können wir mit folgenden kritischen Bemerkungen beantworten:

Dr. Sabin Manuila, Chef des rumänischen statistischen Amtes veröffentlichte hinsichtlich Timișoara ganz andere Daten in der letzten Volkszählung, als Professor Stoicanescu, der wahrscheinlich die tendenziöse Zusammenstellung der lokalen Behörden, die bloss die christlichen Ungarn als Ungarn gelten liessen, zur Grundlage seiner Feststellungen nahm, jene 3373 Ungarn jüdischer Religion, die sich am 31. Dezember 1930 ausdrücklich als Ungarn bekannten, einfach und willkürlich jüdischer (oder vielleicht anderer) Nationalität bezeichnete. Den Daten Dr. Sabin Manuilas zufolge gestaltet sich nämlich die Nationalitätenverteilung Timișoara's am 31. Dezember 1930 folgendermassen: Rumänen 24.225, Deutsche 27.782, Ungarn 27.562 und anderer Nationalität zugehörig (Juden, Serben etc.) 11.876.

Zwischen den zweierlei Daten ergibt sich eine Differenz von 3853 Seelen zum Nachteil des Ungartums, worin wahrscheinlich die 3373 als Ungarn jüdischer Religion geltenden Seelen enthalten sind, der Überschuss aber das Gewissen der Lokalbehörden belastet. In der Studie sind zwar die Daten vom Jahre 1932 angeführt und nicht die von 1930–31, da aber bekanntlich seit 31. Dezember 1930 keine Volkszählung war, konnte auch das lokale statistische Amt nur die Volkszählung von 1930 als Grundlage nehmen. Übrigens veröffentlichte Professor Virgil Pau auf seiner Nationalitäts-Karte vom Komitat Timiș-Torontal die gleichen Daten, vermutlich aus derselben Quelle, wie Professor Stoicanescu, bloss mit dem Unterschied, dass Ersterer die Serben gesondert, mit der Seelenzahl 1800 anführt.

Die Daten des Dr. Sabin Manuila erscheinen unbedingt

glaubwürdiger als die willkürlichen Zusammenstellungen der Lokalbehörden, denen es unerträglich vorkommt, dass auch heute noch die ungarische Bevölkerung in Timișoara zahlenmässig zuhächst steht. Mit Ende des Jahres 1930 zeigen die Daten der amtlichen Volkszählung noch um 220 Seelen mehr Deutsche, als Ungarn, seitdem ist aber die deutsche Bevölkerung stark hinter der ungarischen zurückgeblieben.

Das städtische statistische Amt von Timișoara veröffentlichte unlängst Daten der Nationalitätenverteilung der Bevölkerung, laut welchen am 1. Jänner 1937 die gesamte Seelenzahl der Stadtbewohner 98.601 betrug, wovon 26.731 Rumänen waren (vermutlich das Militär und die in der Stadt lernenden Studenten inbegriffen), 26.117 Ungarn, 26.827 Deutsche, 11.973 Juden, 2362 Serben, 158 Bulgaren, 209 Zigeuner und 2224 anderer Nationalität. Vorausgesetzt, dass diese Angaben im Allgemeinen genau sind, sind sie dennoch bezüglich des Ungartums unsicher, da die 3373 Juden ungarischer Nationalität nicht zu den Ungarn gerechnet sind, sondern die Rubrik der Juden bereichern. Indem wir diesen Fehler umgehen, können wir die Seelenzahl des Ungartums in Timișoara den Angaben Prof. Stoicanescu's gegenüber in 1935 mit 28.609 bestimmen, am 1. Jänner 1937 jedoch mit 29.490.

Dass im städtischen statistischen Amt Namensanalyse betrieben wird, haben wir zu wiederholtenmalen erfahren. Dafür spricht schon die Tatsache, dass die fortwährend abnehmende Seelenzahl der Serben von 1800 des Jahres 1930 heute mit 2362 festgesetzt ist, woraus unschwer zu schliessen ist, dass in dieser Zahl viele Ungarn mit slavisch klingendem Namen vertreten sind.

Auch darin ist Professor Stoicanescu jedenfalls fehlgegangen, wenn er annimmt, dass in der im Jahre 1932 mit 23.709 Seelen und in 1935 mit 25.236 Seelen bestimmten Menge der Ungarn Juden inbegriffen sind, noch dazu in einer Anzahl von mehr als 10.000 Seelen. In Wahrheit bedeuten diese Ziffern die Anzahl der in Timișoara lebenden christlichen Ungarn.

III.

Professor Stoicanescu sieht ausser dem ungarisch gesinnten Judentum noch in der massenhaften Ansiedlung von Szék-lern in Timișoara grosse Gefährdung der rumänischen Intreres-

sen. Er betrachtet diese Erscheinung als eine zielbewusste, organisierte Anwerbung, die er ebenfalls dem Judentum zuschreibt und behauptet, die jüdischen Unternehmungen förderten die Zuwanderung der Székler. Diesbezüglich führt er die Daten des statistischen Amtes vom 1. Jänner 1931 bis 1. Juli 1936 an, woraus erhellt, wie viele Ungarn und Székler in die Hauptstadt des Banates kamen und wie viele Juden.

Es überrascht uns zu erfahren, dass diesmal der Verfasser die Ungarn und Székler unter gemeinsamer Rubrik anführt, worin wir das erfreuliche Zeichen erblicken, dass endlich ernste rumänische Faktoren anerkennen: die Székler sind und waren immer Ungarn und werden es auch bleiben.

Aus dem Zahlenmaterial des Meldebüros gehen folgende Daten der Zuwanderung hervor: in 1931 kamen 561 Männer und 941 Frauen, in 1932 565 Männer und 880 Frauen, in 1933 617 Männer und 952 Frauen, in 1934 766 Männer und 1182 Frauen, in 1935 1328 Männer und 2299 Frauen, in 1936 296 Männer und 442 Frauen (letztere im ersten Halbjahr) nach Timișoara, das heisst, während fünf und einhalb Jahren 10.829 Ungarn (Székler), davon 4133 Männer und 6696 Frauen. Gleichzeitig kamen 1083 jüdische Männer und 926 jüdische Frauen nach Timișoara, zusammen 2009 Seelen.

Leider finden wir in dieser anregenden Studie keine Erwähnung dessen, wie viele Ungarn im selben Zeitraum Timișoara verlassen haben, denn wäre das notiert, so hätten wir heraus, dass dieser rege Zufluss nur ein scheinbarer ist, da verhältnismässig wenige sich für ständig hier niederliessen, höchstens die Székler Dienstmägde können als ständige Mehrzahl im Bestand des Ungartums gelten. Die übrigen Wanderer gehen, so wie sie gekommen sind, nach ein-zwei Monaten wieder fort, weil sie anderswo die Arbeit suchen müssen, die sie hier nicht bekommen haben. Arbeitslosigkeit treibt diese Menschen aus den Komitaten Bihor, Satmar, Salaj und Arad, sowie aus Transilvanien nach Timișoara. Die zuwandernden Ungarn sind grösstenteils in Lumpen gekleidete, hungrige Wanderer, wovon nur wenige in Timișoara bleiben. Das städtische statistische Amt veröffentlichte unlängst bezeichnende Daten über den Bevölkerungsverkehr der Stadt Timișoara. Demgemäss siedelten hieher im vergangenen Jahre 8814 Einwohner, fortgezogen sind 5943 Seelen. Von den Zugewanderten sind 3220 Rumä-

nen, 2457 Ungarn, 2504 Deutsche, 576 Juden, 50 Serben und 7 zu anderer Nationalität gehörig. Dagegen wanderten in 1936 1444 Rumänen, 3118 Ungarn, 1132 Deutsche, 249 Juden, zusammen 5943 Personen fort von Timișoara. Daraus geht hervor, dass die als gefährlich bezeichnete „Invasion“ bei weitem nicht so bedeutend ist, wie es die Studie behauptet und die Zuwanderung des Ungartums das normale Mass nicht überschreitet. Freilich blieben die Székler lieber in ihrer Heimat, wenn sie dort ihren Lebensunterhalt fänden. Doch was bleibt ihnen anders übrig, wenn dort kein Brotverdienst ist? Sie gehen dienen, in grossen Mengen ins Altreich, nach București und in andere Städte, manche hieher in die Städte der Westgrenze. Vom ungarischen Standpunkt ist dies erfreulicher, als wenn sie im grossen rumänischen Meer des Regates untergehen, doch kann natürlich nicht von einer planmässig betriebenen „Siedlungsaktion“ die Rede sein, dem Schreckensbild des Verfassers.

IV.

Diese ungarisch-széklerische Zuwanderung stellt der Verfasser mit Bitterkeit jenem lange gehegten rumänischen Plan gegenüber, die Umgebung von Timișoara zur Mehrheit mit rumänischen Siedlungen zu bevölkern, rumänische Vorstädte zu gründen, wobei er das tragische Misslingen dieses Unternehmens feststellt. Er meint, nicht nur misslungen sei das Zustandekommen eines rumänischen Gürtels um die Banatshauptstadt herum, sondern das gerade Gegenteil sei entstanden, laut Verfasser gab es in den Periferien Ungarn-, Székler-, ja selbst jüdische Siedlungen. Diese Feststellung Professor Stoicanescus ist irrtümlich: in den Periferien wohnen überhaupt keine Székler und die jüdische Ansiedlung ist wahrscheinlich nichts anderes, als die Ackerbauschule des jüdischen Nationalverbandes in den Weinärten des zweiten Bezirkes, wo die zionistische Jugend im Gärtnerei- und Landwirtschaftsfach unterrichtet wird.

In der unmittelbaren Umgebung von Timișoara sind in den vergangenen dreissig Jahren folgende Siedlungen entstanden: im Süden die Gemeinde Fratelia, welche aus den Siedlungen Chișoda-Nouă und Colonia Besseney hervorging, im Südwesten Freidorful-Nou (zur Gemeinde Freidorf gehörig), im Südosten, längs der Buziașer Landstrasse, Ciarda-Roșie (Vöröscsárdatelep), welches zur Gemeinde Moșnița - Nouă und Colonia - Bânszky

(Bánszky-telep) zur Gemeinde Medveş gehört. Im Osten die Gemeinde I. G. Duca (vormals Colonia-Kardos) und Ghiroda-Nouă (vormals Colonia-Crişan). Von diesen Siedlungen ist Fratelia am zahlreichsten bevölkert und schon ganz mit Timișoara zusammengebaut, auch elektrische Bahn verbindet diese mit der Stadt. In 1934 hatte Fratelia 7683 Einwohner, wovon Rumänen 875 waren (11·3 Prozent), Ungarn 3454 (44·9 Prozent), Deutsche 3268 (42·5 Prozent), Serbe 1 und zu anderer Nationalität gehörig 86. Die Nationalitätenverteilung ist in den übrigen Siedlungen beiläufig die gleiche.

In der Umgebung von Timișoara, aber einige Kilometer entfernt gelegen sind die Gemeinden Moșnița-Nouă und Uisenteș, diese sind ungarisch bewohnt, Ghiroda und Medveş, halb rumänisch halb ungarisch, Omoșnița, Ghiroc und Utvin rumänisch, Săcălaz und Freidorf sind schwäbisch. So erhalten alle drei Völker natürliche Ergänzung aus der Umgebung.

Professor Stoicanescu stellt in seinem Aufsatz fest, Timișoara sei während der rumänischen Herrschaft mehr von der Magyarisierung bedroht, als früher und an der ganzen Westgrenze sei dieselbe Gefahr zu beobachten. Er schreibt, während die Macedo-Rumänen in fremden Ländern gelassen werden, unterdessen sorgen andere dafür, dass ihre Macedonier (d. h. die Székler) hieher gebracht werden, wobei die Juden dem Ungartum behilflich sind.

Professor Stoicanescu behauptet, sogar das Volk Ungarns bestehe aus assimilierten Völkern, denn die Rasseungarn sind untergegangen. Die ungarische Aristokratie und die Führer des Ungartums sind assimilierte Fremde, sowie ihre politisch, geistig und militärisch hervorragenden Männer, wie Johann Hunyadi, Mathias Corvinus, Paul Kinizsi, die rumänischer Abstammung waren, war Ludwig Kossuth ein Slowake, Alexander Petőfi ein Serbe und Slowake, Maurus Jókay ein Jude (!), Liszt und Munkácsy Deutsche und Johann Fadrusz ein Slowake usw.

V.

Aus obigen Daten zieht Professor Stoicanescu nachstehende Folgerungen:

1. Die Seelenzahl der Rumänen vermehrt sich in natürlicher Weise, doch infolge der unrichtigen liberalen und international-demokratischen Politik können sie sich nicht ständige

wirtschaftliche Basis verschaffen und wenn dies so fortgeht, werden die Rumänen zu einfachen Steuerzahlern des jüdisch-ungarischen Kapitalismus herabsinken.

2. Überraschend ist die Abnahme der Deutschen. Im Jahre 1900 waren in Timișoara 29.614 Deutsche, in 1910 31.644, in 1932 29.926, doch in 1935 sank ihre Seelenzahl auf 25.710, was ihrem massenhaften Fortwandern zuzuschreiben ist.

3. Die Ungarn treten immer mehr hervor, beständig durch das Judentum unterstützt.

4. Die Juden haben sich infolge der Kriegs- und der „demokratischen“ Konjunktur zahlenmässig erheblich vermehrt und durch das Ansichbringen des Wirtschaftswesens imposant gekräftigt. Ihre ungarfreundliche Gesinnung kann dem Rumänentum noch grosse Gefahr bedeuten. Wenn die Rumänen ihre Macht sehen und wissen, dass für die gesamte ungarische Minderheit nur eine einzige Ungarische Partei existiert, die, nachdem sie keine Konkurrenz besitzt, sich gar nicht mit Wahlfragen zu befassen braucht, nur Siedlungen schafft und den materiellen Widerstand zu sichern hat, wozu die jüdische Freundschaft noch hinzukommt, welche die Versorgung von Zugewanderten ermöglicht, so findet man begreiflich, welche bedrohliche Rolle solche Juden spielen, wie Sigmund Szana, Adolf Ungár, Friedrich Hajdu, Ladislaus Heller, Árpád Róna, Sigismund Róna, Koloman Jakobi, Eugen Dornhelm, Desider Szenes, Alexander Nobel, Adolf Barta, Otto Szűsz, Adolf Balázs, Sigismund László, Sigismund Mayer, Ármin Lakatos, Sigismund Baruch, Löwi, Latter, Österreicher, Deutsch, Kecskeméti, Lendvai, Lindner, Löffler, Frankl, Neumann, Lukács, Montág, Krausz, Győry, Freund, Friedmann, Fischer, Spitzer, Jávör, Dénes, Pollák, Kohn, Klein, Weisz, Sárkány, u. s. w.

Laut Verfasser ist der Missbrauch, der in der lokalen Presse, auf der Strasse und im Gespräch ausschliesslich das Ungarische geltendwerden lässt und den Eindruck macht, als wäre in Timișoara ein mächtiges ungarisches Zentrum, nicht den Ungarn, sondern den Juden zu verdanken, die zu grosser Mehrheit nur ungarisch sprechen.

VI.

In obiger Namensliste sind jedenfalls einige vornehme jüdische Männer genannt, die auch in der Ungarischen Partei wichtige Rollen innehaben, vom Grossteil der aufgezählten Namen

weiss aber das Ungartum nicht einmal, wer deren Träger sind, so wenig Anteil nehmen sie am ungarischen Gemeinleben. Wahrscheinlich sind diese stille, biedere Geschäftsleute. In der Aufzählung finden wir auch einen der Führer des jüdischen Nationalverbandes, einen begeisterten Zionisten. Auch den Namen des vor Jahren verstorbenen Bankdirektors sehen wir da, der zweifellos stark ungarisch fühlte, ebenso den verstorbenen pensionierten Gerichtspräsident der königlichen Tafel, später Generalsekretär des Lloydgerichtes, dessen Volkszählungsblatt ich in 1926 zufälligerweise mit eigenen Augen gesehen habe, worin er eigenhändig hingeschrieben hatte: Religion römisch - katholisch, Nationalität jüdisch.

Seit dieser Zeit haben sich unzählige Juden mit ungarischer Kultur vom Ungartum losgelöst, die jüngere Generation aber, deren Bildung nicht mehr die ungarische Herrschaft gab, fühlt mit dem Ungartum schon gar keine Gemeinschaft mehr, sondern bekennt sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zur zionistisch-jüdischen Nationalität. Oft sind die Söhne der bei der Ungarischen Partei Verdienste erworbenen Väter überzeugte Zionisten, oder kurzweg Internationalisten, jedoch keinesfalls Ungarn. Mit der Abnahme der älteren Generation werden sich immer weniger von den Juden mit ungarischer Muttersprache zum Ungartum bekennen, tatsächlich sprechen aber die jüdisch-national fühlenden Zionisten zum überwiegenden Teil ungarisch, lesen ungarische Blätter und Bücher und besuchen gerne die Vorstellungen des ungarischen Theaters, dessen zahlungsfähigstes Publikum sie auch sind.

Wir stellen fest, dass zwischen dem Ungartum und dem jüdisch-national fühlenden Judentum ein gutes Freundschaftsverhältnis besteht, zum Schutz ihrer gemeinsamen Minderherheitsangelegenheiten finden wir sie häufig in einem Lager versammelt und es scheint, diese Tatsachen sind dem rumänischen Auge unliebsam.

Leider geben die jüdischen Eigentümer und Leiter der Grossunternehmungen nur zu bereitwillig und leicht dem Druck gewisser Amtskreise nach und nehmen in praktischer Ausführung derartige Deutung verschiedener Gesetze und Verordnungen hin, so wie es dem extremen rumänischen Chauvinismus gefällt. In Timișoara ist es seit Jahren fast ausgeschlossen, für einen ungarischen Privatangestellten Unterkunft bei einem Gross-

unternehmen zu finden. Heute nimmt man aber nicht einmal mehr einen ungarischen Gesellen oder Arbeiter bei Grossunternehmungen in Dienst.

Das Ungartum kann auch gegen die Grossunternehmungen mit ungarländischem Interessenkreis berechnete Klage führen. Die hiesigen Exponenten der vornehmsten Budapester Geldinstitute, an deren Spitze in der Hauptstadt Exzellenzen mit historischen Namen stehen, opfern schwere Geldsummen für verschiedene rumänische Zwecke, während ihre Gaben für ungarische Bestimmung lächerlich gering und selten sind.

Dies ist die tatsächliche Lage in Timișoara – mit ungarischem Auge gesehen.

VII.

In der Studie Professor Stoicanescus finden wir noch Aufschluss über die nationale Verteilung der Besitzer von Häusern und Unternehmungen in Timișoara und dem Namen nach alle Hauseigentümer der inneren Stadt und Josefstadt aufgezählt. Beigelegt sind interessante grafische und statistische Darstellungen, die aber nicht gewisse Tendenz entbehren. Der Verfasser nimmt zur Grundlage seiner Untersuchungen gerade den I. und IV. Bezirk, Innere- und Josefstadt, welche die rumänisch am wenigsten bewohnten Stadtteile sind und vermeidet eine Übersicht der Bezirke II., III. und V., in welchen schon vor dem Kriege ansehnliche rumänische Volksmassen wohnten, rumänische Kirchen und konfessionelle Schulen mit rumänischer Lehrsprache existierten.

Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt findet der Verfasser die Lage der Rumänen in Timișoara trostlos und behauptet, wenn nicht ein Wunder geschieht, müsse hier das Rumänentum untergehen. Seiner Feststellung nach sei bezüglich der Zahl der in rumänischen Händen befindlichen Häuser das Rumänentum nicht schlecht daran, da fast ein Viertel der Häuser rumänische Besitzer habe, davon sind aber die meisten nur ebenerdige Familienhäuser und in den Periferien gelegen, so dass deren Wert weit hinter dem der übrigen Nationalitäten zurückbleibt.

Im Gebiete der Stadt Timișoara gestaltet sich die nationale Verteilung der Hausbesitze folgendermassen:

Es stehen 8793 ebenerdige Häuser, davon 135 öffentliche Gebäude (1·54 Prozent) oder städtisches Eigentum, 2270 ebenerdige Häuser (25·82 Prozent) sind in rumänischem Besitz, 1774

(20·17 Prozent) in jüdischem, 2106 (23·95 Prozent) in deutschem, 1719 (19·55 Prozent) in ungarischem und 789 Häuser (8·97 Prozent) in Händen sonstiger Nationalitäten.

Die Zahl der einstöckigen Häuser beträgt 735, wovon 46 öffentliche Gebäude oder Eigentum der Stadt sind (6·26 Prozent), 136 in rumänischen Besitz (18·50 Prozent), 314 (42·72 Prozent) in jüdischem Besitz, 150 (20·41 Prozent) in deutschem, 47 (6·39 Prozent) in ungarischem und 42 (5·72 Prozent) im Besitze sonstiger Nationalitäten sind.

Zweistockhohe Häuser sind 294, davon 49 öffentliche und städtische Gebäude (16·66 Prozent), 23 gehören Rumänen (7·82 Prozent), 130 gehören Juden (44·25 Prozent), 48 Deutschen (16·32 Prozent), 25 Ungarn (8·5 Prozent) und 19 besitzen Angehörige sonstiger Nationalität (6·45 Prozent).

Dreistöckige Häuser sind 51 davon 11 öffentliche und städtische Gebäude (21·57 Prozent), 6 stehen in rumänischem Besitz (11·76 Prozent), 20 besitzen Juden (39·22 Prozent), 9 Deutsche (17·65 Prozent), 4 Ungarn (7·84 Prozent) und 1 Haus einer anderen Nationalität (1·96 Prozent).

Vier- und fünfstöckige Häuser bestehen in Timișoara 11, davon sind 2 öffentliche, resp. städtische Gebäude (18·18 Prozent), ein Haus ist in rumänischer Hand (9·09 Prozent), 4 in jüdischer (36·37 Prozent), 3 in deutscher (27·27 Prozent), eines hat einen ungarischen Eigentümer (9·09 Prozent).

Insgesamt sind also in Timișoara 9884 Häuser, wovon 243 (2·46 Prozent) öffentliche oder städtische Gebäude sind, 2436 Häuser (24·65 Prozent) gehören Rumänen, 2242 Häuser Juden (22·68 Prozent), 2316 Häuser (23·43 Prozent) Deutschen und 1796 Häuser (18·17 Prozent) gehören Ungarn, während die Eigentümer von 851 Häusern (8·61 Prozent) zu sonstigen Nationalitäten gehören.

VIII.

Um zu beweisen, wie unverhältnismässig der Wert der Häuser der Rumänen gegenüber dem der Minderheiten, besonders aber der Juden sich zum Nachteil der Rumänen gestaltet, führt die Studie bezüglich der inneren Stadt folgende Daten an:

Im ersten Bezirk von Timișoara sind 98 Häuser in rumänischem Besitz, davon 32 ebenerdig, 52 einstöckig, 9 zweistöckig und 5 dreistöckig. Deren jährlicher Zinswert beträgt 7,100.000 Lei, was 10·35 Prozent entspricht.

In jüdischem Besitz sind in der inneren Stadt 159 Häuser, davon 20 ebenerdig, 83 einstöckig, 36 zweistöckig, 16 dreistöckig und 4 vierstöckig, zusammen im Zinswert von 34,209.500 Lei (49·84 Prozent).

Die Zahl der in deutschen Händen befindlichen Häuser ist 82, davon 13 ebenerdig, 33 einstöckig, 26 zweistöckig, 7 dreistöckig und 3 vierstöckig, im Zinswert von 15,837.200 Lei (23·07 Prozent).

In ungarischen Händen sind in der inneren Stadt 46 Häuser, davon 8 ebenerdig, 20 einstöckig 14 zweistöckig, 3 dreistöckig, 1 vierstöckig, mit 7,400.100 Lei (10·77 Prozent) jährlichem Zinswert.

Zu sonstiger Nationalität gehörige Personen besitzen 27 Häuser, wovon 6 ebenerdig, 14 einstöckig, 6 zweistöckig und 1 dreistöckig sind. Der Zinswert dieser beträgt jährlich 4,084.000 Lei (5·97 Prozent).

Öffentliche und städtische Häuser sind 56, davon 9 ebenerdig, 15 einstöckig, 22 zweistöckig, 9 dreistöckig und 1 vierstöckig.

Zusammen sind in der inneren Stadt 468 Häuser, davon 88 ebenerdig, 217 einstöckig, 113 zweistöckig, 41 dreistöckig und 9 vier- oder fünfstöckig. Der jährliche Zinswert dieser Häuser beträgt 68,631.350 Lei.

Die Daten vom vierten Bezirk der Stadt Timișoara, der Josefstadt, sind folgende:

Rumänen besitzen 172 Häuser, davon 156 ebenerdige, 10 einstöckige, 5 zweistöckige, 1 dreistöckige. Jährlicher Zinswert derselben ist 6,065.100 Lei (6·95 Prozent).

In jüdischer Hand befinden sich 298 Gebäude, davon sind 212 Häuser ebenerdig, 46 einstöckig, 37 zweistöckig, 3 dreistöckig. Deren jährlicher Zinswert ist 39,532.700 Lei (45·27 Prozent).

In deutschem Besitz sind 331 Häuser, davon 290 ebenerdige, 31 einstöckige, 9 zweistöckige und 1 dreistöckige, zusammen im jährlichen Zinswert von 22,081.300 Lei (25·28 Prozent).

Ungarische Eigentümer haben in der Josefstadt 220 Häuser, wovon 208 ebenerdig sind, 5 einstockhoch, 7 zweistöckig, insgesamt im jährlichen Zinswert von 10,024 100 Lei (11·48 Prozent).

Angehörige sonstiger Nationalitäten besitzen dort 100 Häu-

ser, davon sind 84 ebenerdig, 9 einstöckig, 7 zweistöckig. Jährlicher Zinswert derselben ist 9,618.830 Lei (11'02 Prozent).

Öffentliche und städtische Gebäude sind 61, davon 40 ebenerdig, 13 einstöckig und 9 zweistöckig.

Im vierten Bezirk von Timișoara sind somit insgesamt 1182 Häuser, darunter 990 ebenerdige, 113 einstöckige, 74 zweistöckige, 5 dreistöckige, zusammen im jährlichen Zinswert von 87,321.930 Lei.

Indem Professor Stoicanescu die nach dem Weltkrieg eingetretene Veränderung im Häuserbesitz prüft, entdeckt er das überraschende Vordringen des Judentums und zugleich auffallenden Rückgang der Deutschen, welch letzteren Umstand er darin zu finden meint, dass entsprechend der Politik des deutschen Reiches, die deutsche Bevölkerung zielbewusst ihr städtisches Vermögen veräußert und aufs Land übersiedelt, um Deutschland mit landwirtschaftlichen Produkten versehen zu können. Dieses Ansinnen finden wir geradezu fantastisch und können ihm keinen ernststen Hintergrund zusprechen. Und obwohl Professor Stoicanescu behauptet, auch im Gewerbe hätten die Deutschen Verluste aufzuweisen, können wir dieser Feststellung nicht beistimmen, sondern sehen auffallend viel neue deutsche Unternehmungen in Timișoara entstehen.

Unserer Auffassung nach besteht das vermeintliche Zurücktreten des Deutschtums in einem anderen Umstand, den wir in der Namensanalyse finden können. Viele der gewesenen und heutigen Hausbesitzer in Timișoara haben deutsch klingenden Namen, sind aber tatsächlich Ungarn. Die Häuser von gewesenen Beamten, Pensionären, nach Ungarn repatrierten Personen gelangten zum Verkauf, doch die ihre Häuser verkaufenden deutschnamigen Besitzer waren in Wirklichkeit Ungarn, was Stoicanescu nicht wissen konnte und nur nach dem deutschen Namensklang urteilte.

Auf Grund der Daten des Dr. Sabin Manuila führt die im Tagblatt „Vestul“ erschienene Studie den auffallenden Rückgang der deutschen Bewohner von Timișoara darauf zurück, dass die sogenannten deutschen Bürger nach und nach aussterben und das aus den umliegenden Dörfern einwandernde Schwabentum diesen Verlust nicht wettmacht. Diese Bürger gehören zu einer Volksklasse, welche der Muttersprache nach zwar deutsch sind, aber mit Vorliebe – häufig recht fehlerhaft – ungarisch spre-

chen und viele unter ihnen bekennen sich auch heute noch als Ungarn.

Seit dem Umsturz schwindet die deutsche Bevölkerung nicht nur von Timișoara, sondern auch in der Umgebung. In den Dörfern des Banates lebten – laut Angaben Dr. Sabin Manuila – im Jahre 1910: 183.934 Deutsche, in 1930 waren nur mehr 170.485 vorhanden. Folglich ist die Annahme Professor Stoicanescu irrig, wonach die Deutschen von Timișoara auf das Land gewandert sind.

IX.

Professor Stoicanescu weist in folgenden Daten auf den Wechsel der Hausbesitze von 1915 bis 1936 hin:

In rumänischen Händen waren im Jahre 1916 940 Häuser, von 1919 bis 1936 haben 1167 Rumänen Häuser gebaut, in 1936 hatten sie 2436 Häuser, ausser den Bauten erwarben sie noch 329 Häuser durch Ankauf.

In jüdischen Händen waren im Jahre 1916 373 Häuser, von 1919 bis 1936 bauten sie 699 Häuser, in 1936 waren in ihrem Besitz 2242 Häuser, demnach erwarben sie im Kaufwege 1170 Häuser.

Deutsche besaßen im Jahre 1916 1883 Häuser, von 1919 bis 1936 bauten sie 1346 Häuser, in 1936 waren in deutschem Besitz 2316 Häuser, so dass die Deutschen einen Verlust von 913 Häusern aufzuweisen haben.

In 1916 waren in ungarischem Besitz 975 Häuser, von 1919 bis 1936 haben diese 1153 Häuser gebaut, in 1936 besaßen sie 1796 Häuser, sodass die Ungarn im Verkauf 332 Häuser eingebüsst haben.

Im Besitz von Angehörigen sonstiger Nationalitäten standen in 1916 861 Häuser, von 1919 bis 1936 bauten sie 327 Häuser, im Jahre 1936 besaßen sie 851 Häuser, sodass sie im Verkaufswege 337 Häuser verloren.

Öffentliche und städtische Gebäude waren im Jahre 1916 159, durch Ankauf kamen noch 83 dazu.

Diesem Ausweis ist zu entnehmen, dass sowohl die Juden, wie die Rumänen seit dem Umschwung ihren Besitz in riesenhafter Weise vergrösserten, während bei den übrigen Nationalitäten dies nicht zutrifft.

X.

Seit dem Anschluss an Rumänien entstanden in Timișoara 4692 neue Häuser neben den vorhandenen 5191 Häusern, worin der Verfasser die üppige Entwicklung der Stadt sieht, jedoch zur Folgerung gelangt, dass diese Entwicklung eher für die Minderheiten, als für die Rumänen gilt. Im Hausbesitz stehen zahlenmässig die Deutschen obenan, doch in den stockhohen Häusern und bezüglich des Zinswertes gebührt den Juden die erste Stelle.

Gemäss der Studie waren in 1870 in Timișoara 2957 Häuser vorhanden, in 1880 3214 (die Zunahme ist 257, das heisst 3·71 Prozent), im Jahre 1900 bestanden 4331 Häuser (die Zunahme 1117, d. h. 16·13 Prozent), in 1918 waren 5191 Häuser (Zunahme 860, d. h. 12·42 Prozent) und in 1936 waren 9883 Häuser. Der Zuwachs der letzten 18 Jahre beträgt 4692 Häuser, eine Vermehrung von 67·74 Prozent entsprechend.

In den einzelnen Jahren errichteten die verschiedenen Nationalitäten Gebäude im nachfolgenden Masstab:

Im Jahre 1919 bauten die Deutschen 1 ebenerdige und 3 dreistöckige Häuser, die Ungarn 3 mindestens dreistöckige Häuser, die Juden 2 mindestens dreistöckige Häuser und sonstige Nationsangehörige 2 mindestens dreistöckige Häuser. In diesem Jahre bauten die Rumänen noch nichts.

In 1920 haben die Rumänen 3 ebenerdige und 1 zweistöckiges Haus gebaut, die Deutschen 15 ebenerdige, die Ungarn 19 ebenerdige und 1 einstöckiges Haus, die Juden 16 ebenerdige, 1 einstöckiges und 1 zweistöckiges Haus, sonstige Nationsangehörige bauten 2 ebenerdige Häuser.

In 1921 bauten die Rumänen 3 ebenerdige Häuser, die Deutschen 19 ebenerdige und 1 einstöckiges Haus, die Ungarn 12 ebenerdige, die Juden 22 ebenerdige, 1 einstöckiges und 1 mindestens dreistöckiges Haus, sonstige Nationsangehörige haben 4 ebenerdige Häuser gebaut.

In 1922 haben die Rumänen 16 ebenerdige und 1 einstöckiges Haus gebaut, die Deutschen 28 ebenerdige, 1 einstöckiges und 1 zweistöckiges, die Ungarn 32 ebenerdige, Juden 28 ebenerdige, 9 einstöckige und 1 zweistöckiges, andere Nationsangehörige haben 8 ebenerdige Häuser gebaut.

In 1923 bauten Rumänen 20 ebenerdige und 3 zweistöckige Häuser, Deutsche 58 ebenerdige und 1 zweistöckiges, Ungarn

41 ebenerdige und 4 einstöckige, Juden 27 ebenerdige und 2 einstöckige, sonstige Nationsangehörige bauten 8 ebenerdige Häuser.

In 1924 bauten Häuser: Rumänen 42 ebenerdige, 4 einstöckige und 2 mindestens dreistöckige, Deutsche 69 ebenerdige, 1 zweistöckiges und 1 mindestens dreistöckiges, Ungarn 58 ebenerdige und 1 zweistöckiges, Juden 26 ebenerdige, 6 einstöckige und 1 zweistöckiges, Angehörige sonstiger Nationalitäten bauten 13 ebenerdige.

In 1925 errichteten Rumänen 30 ebenerdige, 6 einstöckige Häuser und 1 drei- bis vierstöckiges Haus, Deutsche 65 ebenerdige, Ungarn 57 ebenerdige und 2 einstöckige, Juden 16 ebenerdige, 8 einstöckige und 1 drei- bis vierstöckiges Gebäude, sonstige Nationsangehörige bauten 11 ebenerdige.

In 1926 bauten die Rumänen 54 ebenerdige, 6 einstöckige, und 1 drei- bis vierstöckiges Haus, die Deutschen 100 ebenerdige und 3 einstöckige, die Ungarn 42 ebenerdige und 3 einstöckige, die Juden 22 ebenerdige, 5 einstöckige, 4 zweistöckige und 1 drei-vierstöckiges, sonstige Nationsangehörige 4 ebenerdige und 2 einstöckige Häuser.

In 1927 bauten die Rumänen 40 ebenerdige, die Deutschen 75 ebenerdige und 1 einstöckiges, die Ungarn 57 ebenerdige und 2 einstöckige, die Juden 33 ebenerdige, 5 einstöckige und 2 zweistöckige, sonstige Nationsangehörige 12 ebenerdige Häuser.

In 1928 bauten die Rumänen 71 ebenerdige und 4 einstöckige, die Deutschen 100 ebenerdige, 6 einstöckige, die Ungarn 113 ebenerdige, die Juden 46 ebenerdige und 5 einstöckige, sonstige Nationsangehörige bauten 21 ebenerdige Häuser.

In 1929 haben die Rumänen 98 ebenerdige und 5 einstöckige, die Deutschen 102 ebenerdige, 5 einstöckige und 1 dreistöckiges Haus gebaut, die Ungarn 100 ebenerdige, 1 einstöckiges und 1 dreistöckiges, die Juden 45 ebenerdige und 5 einstöckige, sonstige Nationsangehörige 42 ebenerdige und 1 einstöckiges Haus.

In 1930 bauten Rumänen 87 ebenerdige und 9 einstöckige, die Deutschen 80 ebenerdige, 6 einstöckige und 4 zweistöckige, die Ungarn 55 ebenerdige und 3 einstöckige, die Juden 22 ebenerdige, 9 einstöckige, sonstige Nationsangehörige 20 ebenerdige und 2 einstöckige Häuser.

In 1931 bauten Rumänen 95 ebenerdige Häuser, 5 ein-



stöckige und 2 zweistöckige, die Deutschen 80 ebenerdige, 5 einstöckige und 1 zweistöckiges, die Ungarn 100 ebenerdige und 6 einstöckige, die Juden 24 ebenerdige und 12 einstöckige, sonstige Nationsangehörige 18 ebenerdige und 2 einstöckige Häuser.

In 1932 bauten Rumänen 77 ebenerdige, 14 einstöckige, die Deutschen 89 ebenerdige und 10 zweistöckige, die Ungarn 88 ebenerdige und 6 einstöckige, die Juden 41 ebenerdige, 14 einstöckige, 6 zweistöckige und 1 mindestens dreistöckiges, sonstige Nationsangehörige bauten 42 ebenerdige Häuser.

In 1933 bauten Rumänen 98 ebenerdige und 11 einstöckige, die Deutschen 72 ebenerdige, 12 einstöckige und 1 zweistöckiges Haus, die Ungarn 100 ebenerdige und 6 einstöckige, die Juden 41 ebenerdige, 12 einstöckige, 3 zweistöckige und 3 mindestens dreistöckige, sonstige Nationsangehörige 37 ebenerdige und 1 einstöckiges Haus.

In 1934 bauten Rumänen 98 ebenerdige, 16 einstöckige und 1 zweistöckiges Haus, die Deutschen 73 ebenerdige, 10 einstöckige, 2 zweistöckige und 2 mindestens dreistöckige, die Ungarn 77 ebenerdige, 2 einstöckige und 1 zweistöckiges Haus, die Juden 46 ebenerdige, 10 einstöckige, 5 zweistöckige und 1 mindestens dreistöckiges, sonstige Nationsangehörige 25 ebenerdige und 2 einstöckige Häuser.

In 1935 bauten die Rumänen 119 ebenerdige, 8 einstöckige, 1 zweistöckiges und 1 mindestens dreistöckiges Haus, die Deutschen 131 ebenerdige, 6 einstöckige, 4 zweistöckige und 2 mindestens dreistöckige, die Ungarn 89 ebenerdige und 9 einstöckige, die Juden 45 ebenerdige, 17 einstöckige und 6 zweistöckige, sonstige Nationsangehörige 31 ebenerdige, 2 einstöckige und 1 zweistöckiges Haus.

In 1936 bauten Rumänen 109 ebenerdige, 5 einstöckige und 1 zweistöckiges Haus, die Deutschen 86 ebenerdige und 9 einstöckige, die Ungarn 60 ebenerdige, 4 einstöckige und 1 zweistöckiges, die Juden 23 ebenerdige, 8 einstöckige und 2 zweistöckige, sonstige Nationsangehörige 14 ebenerdige, 1 einstöckiges und 1 zweistöckiges Haus.

Die Summierung der von 1919 bis 1936 errichteten Gebäude gestaltet sich den Nationalitäten nach folgendermassen:

Rumänen: 1060 ebenerdige, 97 einstöckige, 6 zweistöckige und 4 drei- bis vierstöckige Häuser.

Deutsche: 1249 ebenerdige, 76 einstöckige, 15 zweistöckige und 6 drei- oder vierstöckige.

Ungarn: 1100 ebenerdige, 49 einstöckige, 3 zweistöckige und 1 dreistöckiges Haus. (Das Ungarische Haus).

Juden: 523 ebenerdige, 136 einstöckige, 32 zweistöckige und 8 drei- oder vierstöckige.

Angehörige anderer Nationalitäten: 312 ebenerdige, 13 einstöckige, 2 zweistöckige Häuser.

Zusammen 4244 ebenerdige, 371 einstöckige, 58 zweistöckige und 19 drei- oder vierstöckige Häuser.

Die Studie übergeht schweigend, was wir aber betonen müssen; während die von Rumänen und Juden errichteten ebenerdigen Gebäude zum Grossteil prunkvolle Herrschaftswohnhäuser sind, zeigen sich die von ungarischer Seite gebauten als vorwiegend ein-zweizimmerige Familienhäuserchen in den Periferien. Auch die ebenerdigen Häuser der Deutschen sind zumelst wertvolle, grössere Objekte.

XI.

Mit Bitterkeit beschreibt Professor Stoicanescu die Lage des Gewerbes in Timișoara vom Standpunkte des Rumänentums. Er stellt fest, dass seit dem Imperiumwechsel das dortige Gewerwesen, befreit von der Konkurrenz der grossen Industriemittelpunkte der alten Monarchie, nun im Bereich des nichtindustrialisierten Rumäniens grossartig aufblühte, doch sei für die Rumänen von tragischer Bedeutung, dass die Verhältniszahl der im Gewerbe beschäftigten rumänischen Angestellten nur 12 oder 18 Prozent beträgt, gegenüber den 82 oder 88 Prozent erreichendem Anteil der Minderheitsangestellten. Er führt aus, die Industrie in Timișoara sei eigentlich die Kolonisation der Budapest Anglo-Ungarischen Bank, vertreten durch Szana und Kompagnie, diese Bank von Timișoara herrsche also über der dortigen Industrie zugunsten Budapest.

Verfasser zählt 91 grossindustrielle Unternehmungen auf, darunter drei städtische und drei staatliche Betriebe. Seiner Feststellung nach ist die Nationalitätenverteilung in den industriellen Privatunternehmungen folgende:

Rumänische Grossunternehmung besteht überhaupt keine, rumänisch-jüdische zwei, jüdische 63, deutsche 14, deutsch-ungarische 1, ungarische 2 und sonstige 3, zusammen 85. Im Pro-

zentsatz ausgedrückt: rumänisch-jüdisch 2'35, jüdisch 74, deutsch 16'5, deutsch-ungarisch 1'3, ungarisch 2'35 und sonstig 4'5 Prozent.

In diesem Punkte sind die Erhebungen Professor Stoicanescu unhaltbar und oberflächlich. Er kennt nur zwei ungarische Grossbetriebe (die Strumpffabrik der Brüder Dobay und die Bandfabrik von Karl Nagy), wir kennen ausserdem noch vier Grossunternehmungen als ungarisch, wovon die Studie drei als deutsch, eine als jüdisch verbucht. Schlecht unterrichtet ist der Verfasser, wenn er die Bierbrauerei von Timișoara als jüdische Unternehmung bezeichnet, da diese zu 100 Prozent in deutschen Händen ist. Viele grossindustrielle Unternehmungen können nicht genau hinsichtlich ihres Nationalcharakters beurteilt werden, weil dort Rumänen und Juden (manchmal auch Ungarn) zu gleichen Teilen als grössere Aktionäre interessiert sind. Stoicanescu bezeichnet jede Grossunternehmung, worin irgendwie jüdische Elemente beteiligt sind, als jüdisch, ohne Rücksicht darauf, zu welcher Nationalität sich der betreffende Eigentümer bekennt. Auf diese Weise ist es leicht, die ungeheure Überlegenheit der Juden in der Industrie nachzuweisen.

Laut Feststellung des Verfassers sind von den bestehenden Grossbetrieben von Timișoara 26 unter ungarischer Herrschaft gegründet worden (30'5 Prozent) und 59 unter rumänischer Herrschaft (69'5 Prozent). Schweigend übergeht er die mächtigen städtischen und staatlichen Betriebe (städtisches Elektrizitätswerk, Ziegelfabrik, Milchversorgung, staatliche Tabakfabrik, Zündholzfabrik, Eisenbahnwerkstätten), aus welchen die Minderheitsangestellten fast gänzlich verdrängt sind und an deren Stelle rumänische Dorfbewohner herbeigeschafft wurden.

Bezüglich der Kleinindustrie (*industria mică*), die nicht mit dem Kleingewerbe zu verwechseln ist, führt Verfasser folgende Daten an:

Rumänische kleinindustrielle Unternehmungen sind in Timișoara 11 (6'06 Prozent), jüdische 132 (73'86 Prozent), deutsche 37 (11'75 Prozent), ungarische 24 (6'44 Prozent) und sonstiger Nationalität angehörig 14 (1'89 Prozent). Eingehenden Aufschluss gibt die Studie diesbezüglich nicht.

XII.

Hinsichtlich des Handels von Timișoara und der nationalen Verteilung der darin Beteiligten verbreitet sich Professor

Stoicanescu mit derselben Bitterkeit wie oben und stellt fest, zwischen den rumänischen und dem jüdisch-ungarischen Kapital besteht eine solche Unproportion, dass hierin jedwede Anstrengung umsonst ist. Würde man das in rumänischem Besitz befindliche Gesamtvermögen und den vollen Zinswert der rumänischen Immobilien im reichsten Stadtviertel in einen einzigen Verband hinterlegen, auch dann könnte man nicht mit dem Kapital des einzigen Szana-Konzerns Schritt halten.

Diese Lage verbittert den Verfasser umsomehr, als er aus eigener Erfahrung weiss, dass vor Weihnachten in den Weisswarengeschäften 69 Prozent, in den Spezereigeschäften 75 Prozent, in den Parfümerien 91 Prozent der Käufer Rumänen waren.

(Diese Feststellung beleuchtet die Kaufkraft des Rumänentums und die Verarmung der Minderheitsangehörigen).

Die nationale Verteilung des Grosshandels in Timișoara gestaltet sich laut Prof. Stoicanescu wie folgt:

Rumänische Firmen sind 16 (5·04 Prozent), jüdische Firmen 195 (60·55 Prozent), deutsche Firmen 31 (16·97 Prozent), ungarische Firmen 17 (11 Prozent), sonstige Nationalität 5 (6·44 Prozent), zusammen 264 Grosshandlungen.

Nationale Verteilung im Kleinhandel:

Rumänisch 80 Firmen (8·83 Prozent), jüdisch 474 (52·32 Prozent), deutsch 192 (21·19 Prozent), ungarisch 108 (11·92 Prozent), sonstige Nationalität 52 (5·74 Prozent), zusammen 906 Kleinhandlungen.

Nationale Verteilung der Gastwirte in Timișoara:

Rumänisch 40 (18·26 Prozent), dem Verfasser nach sind diese zumeist nur dem Namen nach Rumänen, rumänische Kriegsinvaliden oder -freiwillige, in Wirklichkeit gebrauchen jüdische Gastwirte ihre Rechte.

Jüdische Wirte und Gasthausbesitzer sind 109 (49·77 Prozent), deutsche 23 (10·51 Prozent), ungarische 25 (11·42 Prozent) und sonstige Nationalitäten 22 (10·04 Prozent), zusammen 219 Gastwirte und Restaurateure.

XIII.

Zum Abschluss veröffentlicht Professor Stoicanescu eine Liste der im Bereich der Stadt Timișoara ausgeteilten äusserst preiswerten, fast geschenkten Hausplätze und deren Besitzer.

Er stellt fest, die wichtigsten und wertvollsten Hausplätze seien im Kaufwege in jüdische Hände übergegangen.

Seinerzeit haben in Timișoara 1572 Personen Hausplätze bekommen, davon 1108 Rumänen, 97 Juden und 464 sonstige Minderheitsangehörige.

Bis 1934 verkauften 107 Rumänen und 117 sonstige Nationalitätsangehörige ihre Hausplätze. Käufer der von rumänischer Seite veräusserten Hausplätze waren 67 Juden, 40 anderer Nationalität zugehörig.

Besonders pikant muten uns die Daten bezüglich des sogenannten Hausplatz-Austausches an, die in den letztvergangenen Jahren so grosses Aufsehen erregten, um derentwillen die Ungarische Partei (ergebnislos) eine ganze Reihe von Appellationen auf Grund der Vergeudung des städtischen Vermögens anstrebte. Unter der Regierung der Liberalen vertauschten von 1934 bis 1937 99 Personen ihre ungünstiger gelegenen Hausplätze um günstigere, wertvollere, darunter verkauften aber 27 ihre Bauplätze sofort. Käufer dieser waren 22 Juden und 5 anderer Nationalität. Unter den Verkäufern finden wir die bekanntesten Persönlichkeiten der rumänischen Öffentlichkeit von Timișoara, lauter höhere Beamte oder Politiker. Der Kaufpreis dieser Bauplätze schwankt zwischen 200–300.000 Lei, es gibt aber auch Bauplätze, die um 350.000 Lei erstanden wurden. Da die eingetauschten Bauplätze in den Vorstädten lagen, gelangten die glücklichen Protektionskinder, natürlicherweise Rumänen per Kopf zu einem Geschenk beiläufig im Wert von einer Viertelmillion aus dem Vermögen der Stadt. Verfasser tadelt, dass ein Teil dieser Beschenkten ihre Bauplätze verkaufte. Er kommt zum Endergebnis, Timișoara sei durch die lügnerische Demokratie binnen 18 Jahren zu einem schwerreichen Ghetto geworden, welches obendrein im Dienste von Budapest steht. Das Geheimnis der Bereicherung der Juden sei die Korruption und solange kein korruptionsfreies Regime käme, würde die Lage der Rumänen in Timișoara tragisch bleiben.

*

Stoicanescu liess in seiner Studie äusserst lehrreiche Daten bekanntwerden, doch ist er sehr einseitig befangen, da er auf jede Weise bezeugen will, in Timișoara sei das Rumänentum in den Hintergrund gedrängt und könne nicht zur Geltung kommen. Nüchtern und ohne Voreingenommenheit können wir

aber feststellen, dass Stoicanescu in vielen Fällen irrtümlich folgert. Im Jahre 1910 wohnten in Timișoara erst 7566 Rumänen, gegenüber den 28.552 Ungarn (darunter befand sich auch ein grösserer Teil der damals zur jüdischen Konfession zählenden 6718 Personen) und 31.644 Deutsche. In 1920 zählte die amtliche rumänische Volkszählung schon 15.892 Rumänen und nur 26.185 Ungarn, 29.188 Deutsche und 8.296 Juden. Seither vermehrt die rumänische Bevölkerung sich stetig und das rumänische Vermögen wächst immens. Das Rumänentum hält alle öffentlichen Ämter in Händen und geniesst die zahllosen damit verbundenen Vorteile. Seine Söhne, zumindest von den gebildeteren Klassen, finden überall in den Beamtenlaufbahnen Platz. Gleichzeitig sehen wir das Ungartum überall, sogar aus den Privatunternehmungen immer mehr verdrängt. Zahlenmässig hat zwar das Ungartum nicht ab- sondern zugenommen, doch ist diese Zunahme bloss das Eindringen der existenzlosen ungarischen Massen in die Stadt. Nicht die Lage des Rumänentums, sondern die des Ungartums ist tragisch nicht nur in Timișoara, sondern in den Städten längs der Grenze und überall in Siebenbürgen.

Die Debatte in der Kammer über das Theatergesetz.

Rede des Abg. Josef Willer am 26. Februar.

Von der reichen Tagesordnung der Sitzung obigen Datums war zuerst die Gesetzesvorlage über die Förderung der Landwirtschaft vorgesehen und die Abgeordneten dachten, dass nach Herunterleiern einiger minder bedeutungsvollen Fragen dann diese Vorlage aufs Tapet kommen würde. Überraschenderweise – das heisst, derlei Überraschungen bereite man uns schon oft, sodass sie gar nicht mehr überraschend wirken – zog man aus dem Material der Tagesordnung das Theatergesetz hervor, welches den Wirkungskreis der rumänischen Nationaltheater und Opern regelt, zugleich aber den ohnedies nur vegetierenden Minderheitstheatern empfindlichen Schaden zufügt. Von den Minderheitsrednern waren aber glücklicherweise zwei am Wachposten: von deutscher Seite Franz Kräuter und von seiten der

ungarischen Partei Dr. Josef Willer, ausserdem waren von beiden Lagern angesehene Abgeordnete zugegen. Ihre offenkundig improvisierten Reden verklangen auch diesmal nicht zwecklos, denn der Minister, der im Komitee noch unbeugsam war, tat nun einige wertvolle Zugeständnisse und erklärte sich sogar bereit, die seitens der zwei Parteien unterzeichneten ändernden Beantragungen zu beherzigen.

Franz Kräuter lobte in seiner Rede die für die rumänischen Schauspielanstalten nützlichen Verfügungen der Gesetzesvorlage, doch stellte er mit unverhüllter Aufrichtigkeit alle minderheitsfeindlichen Gesetzartikel dar, die geeignet sind, die Tätigkeit der einzigen deutschen Schauspielertruppe hierzulande unmöglich zu machen. Minister Iamandi fiel ihm mehrmals ins Wort und betonte, er könne nicht für die einzige deutsche Schauspielertruppe sorgen, obwohl er dieser nicht schaden wolle, doch könne er keine Ausnahme machen, denn die einer Kunstanstalt gegebene Konzession beziehe sich auch auf die andere.

Nach einigen rumänischen Rednern kam die Reihe an Josef Willer, der folgendermassen sprach:

Herr Präsident! Meine Herren Abgeordneten!

Als ich die Gesetzesvorlage über die Regelung des Theaterwesens zur Hand nahm, hatte ich die Absicht, alle politischen Gesichtspunkte beiseite zu lassen — diese pflege ich ohnedies nicht zu missbrauchen — und die zur Förderung der vokalen ebenso wie der musikalischen dramatischen Kunst bestimmten Verfügungen mit dem Interesse eines bescheidenen Fachmannes zu studieren. Ich trachtete nämlich von jeher, ausser dem juridischen Studium, musikalische Bildung zu erlangen und übernahm mit dem juridischen Doktordiplom in der Tasche die Leitung einer Theatermusikkapelle, dirigierte jahrzehntelang und leite heute noch Musik- und Gesangschöre und befasse mich auch mit Musikpädagogie. Diese meine Tätigkeit ist nicht unbekannt, der unvergessliche Traian Grozavescu und mehrere von Ihren hervorragenden Musikern hatten mich zum ersten Meister. Dies erwähne ich nur, damit Sie begreifen, mit welcher aufrichtiger Freude ich die, für die Sache der rumänischen Theaterkunst wahrhaft heilsamen Verfügungen gelesen hätte, wenn mir nicht zu meinem grössten Bedauern klar geworden wäre, dass gleichzeitig der Schauspielkunst der Minderheiten ein verhängnisvoller Schlag versetzt würde. Ich fühle es schmerz-

haft, dass meine Rolle viel schwerer ist, als die meines Freundes Kräuter: er hat das Glück, die Deutschen zu vertreten, meine traurige Aufgabe ist aber, im Namen meiner armen ungarischen Gefährten zu sprechen.

Rigo (liberal): Warum ist diese Rolle traurig?

Willer: Weil ich fühle, wie viel Voreingenommenheit ich zu bekämpfen habe und fürchte, dem nicht gewachsen zu sein. Um aber sachlich zu sein, muss ich diesmal das Vorurteil des Herrn Ministers vollkommen verstehen.

Iamandi: Bitte, Herr Abgeordneter, ich erfülle meine Pflicht unparteiisch, bin nicht voreingenommen und sehe nicht darauf, wer ungarisch, wer deutsch ist. Sie waren mir persönlich immer lieb und ich habe Sie immer hoch geschätzt.

Willer: Danke für diesen Zwischenruf, aber ich muss betonen, dass ich mich nicht wundere, wenn Herr Minister uns gegenüber voreingenommen sind. Denn ich lese ja auch tagtäglich Blätter, die im Überfluss „empörende“ Nachrichten darüber verbreiten, wie das ungarische Theaterwesen irredentistische, rumänenfeindliche, also gefährliche Tätigkeit ausübt. Gleichlaufend erscheinen amtliche Meldungen, die Öl ins Feuer giesen, die Unduldsamkeit uns gegenüber anregen und es fehlen dem Minister, sowie hervorragenden Fachleuten und dem Generaldirektor der Theaterangelegenheiten die Mittel und Wege, sich von der Stichhaltigkeit der verbreiteten Gerüchte und Informationen zu überzeugen. Geradezu unbegreiflich ist die Antipathie, womit man dem Wirken des ungarischen Theaters begegnet und dem Angriffe bereitet werden, — sei es offen, oder in verhüllter Weise —, auch von solcher Seite, wo man es am wenigsten erwartet. Ich will nur einen Vorfall erwähnen: in Timișoara plante man einen Programmabend zu veranstalten und Herr Sabin Dragoiu, der bekannte Komponist, Bartók's Schüler, zugleich Inspektor des Theater- und Künstlerfaches, beruhigte die Arrangeure, sein Genehmigungsgesuch sei schon an das Ministerium befördert, dort solle man die Bewilligung urgieren. Sie können sich meine Überraschung vorstellen, als man mir das „Gesuch“ zeigte, wo die Randbemerkung prangte: „bitte nicht zu genehmigen.“ Meine Herren! Ich habe niemals unüberlegt gehandelt und würde kein Wort verlieren, wenn ich nur den geringsten Grund wüsste, warum dieser Vermerk dem Gesuch zugefügt wurde. Dass aber eine in jeder Hinsicht voll-

kommen einwandfreie Vorstellung einzig aus unfreundlicher Gesinnung in derartiger Weise verunglimpft werde, — noch dazu von amtswegen —, woraus an kompetenter Stelle berechnete Folgerungen gezogen werden können, da ist es wirklich schwer, solchen Zielsetzungen entgegen zu arbeiten.

Vielleicht wäre ich am meisten berufen, über diese Fragen mit dem Herrn Minister zu beraten, der immer fühlen musste, dass ich nur berechnete Angelegenheiten vertrat und die verantwortlichen Regierungsfaktoren niemals irreführte. Leider sind wir beide sehr in Anspruch genommen und vielbeschäftigt, wir haben nie Zeit, über die Tätigkeit des ungarischen Schauspielertums mit erforderlicher Gründlichkeit zu verhandeln und vielleicht ist dies die Ursache, weshalb in der Gesetzesvorlage die Stimmung uns gegenüber unfreundlich und falsch orientiert ist.

Es ist nicht meine Absicht, die von Herrn Kräuter in überzeugender Art vorgebrachten Argumente zu wiederholen, damit würde ich nur die Geduld des geehrten Hauses missbrauchen, übrigens werden wir gelegentlich der eingehenden Verhandlungen über die Gesetzesvorlage unsere ändernden Vorschläge beantragen.

Doch muss ich schon jetzt, während der Debatte im allgemeinen wenigstens auf jene verhängnisvollen Verfügungen hinweisen, die uns drohende Gefahr vorausdeuten. Mein Freund Kräuter äusserte seine schwere Besorgnis über den 4. Gesetzartikel, wonach die im Besitz der Gemeinden und Komitate befindlichen Theatergebäude zur ausschliesslichen Benützung des rumänischen Nationaltheaters übergeben werden müssen. Dieser Artikel nimmt auch die Möglichkeit vorweg, dass die Führer der Komitate und Städte aus menschlichem Gefühl auch den Minderheiten diese Gebäude zur Benützung überlassen, selbst wenn sie leer stehen. Daraufhin beruhigt uns der Herr Minister und erklärt, es stünde der Gesetzgebung fern und würde auch niemals vorkommen, dass die Minderheiten die Theater nicht zur Verfügung gestellt bekämen. Erlauben mir Herr Minister, mit Berufung auf meine langjährigen Erfahrungen muss ich behaupten, dass die während der Verhandlung der Gesetzesvorlagen verklungenen ministeriellen Erklärungen noch niemals beachtet wurden, weder von Behörden noch vom Gericht, selbst dann nicht, wenn der Text des Gesetzes unklar war. Wie soll es erst

sein, wenn der Wortlaut des Gesetzes im ausgesprochenen Gegensatz zur Äusserung des Ministers ist?

Ich muss den grossen Vorteil des rumänischen Theaterwesens hervorheben: es bezieht Subvention und zahlt keine Steuern. Ich beneide es darum keineswegs, ich billige nur diese Begünstigung. Ist dieser Umstand aber mit dem Prinzip der gleichen Behandlung vereinbar, da das Schauspielertum der Minderheiten staatliche Subvention vollends entbehrt, obwohl ihm in den internationalen Verträgen verbürgtes Recht hiezu besteht und obendrein noch schwere Steuern zu entrichten hat?

Der Artikel 145 der Gesetzesvorlage ist mir ebenfalls unverständlich. Dieser ermächtigt die Bürgermeister, Dorfrichter, ja selbst den in der betreffenden Gemeinde befindlichen Direktor des rumänischen Theaters, die für den Staat gefährliche, unsittliche, oder rumänenfeindliche Vorstellung des Minderheitstheaters sofort abzuschaffen. Sie werden nicht voraussetzen, dass ich mich auf den Beschützer unsittlicher, oder antirumänischer Bewegungen aufspiele, doch werden Sie einsehen, dass der Herr Dorfrichter dort in der Gemeinde doch nicht berufen ist, so eine heikle Frage zu entscheiden, noch weniger kann die Grenze bestimmt werden, welche die nationale Empfindlichkeit des rumänischen Theaterdirektors von dem Interesse seiner Tasche trennt und bis wir den Herrn Minister davon überzeugt haben, ist die Theatergesellschaft auch schon zugrundegegangen.

Diese und noch viele andere Mängel erfüllen uns mit Besorgnis und ich will nicht glauben, dass der Herr Minister, dessen Freundschaft und Vertrauen mich seit Jahren ehrt, der sicher von meiner guten Absicht überzeugt ist, meine Beschwerden nicht überlegen werde. Auch Sie, meine Herren Kollegen, müssen sich dessen erinnern, dass es sich nicht lohnt, die Minderheiten unnütz zu verletzen. Seit dreissig Jahren verkünde ich, wir müssen einander verstehen und noch nie war das Problem der Zusammenarbeit und der Annäherung aktueller, als es heute ist. Und glauben Sie mir, während ich im Interesse der Minderheitenschauspieler das Wort gegen die verletzenden Artikel der Gesetzesvorlage erhebe, tue ich das auch um jene günstige Atmosphäre zu schaffen, die unumgänglich nötig ist beim Angriff der bauenden Arbeit, die auf uns wartet.

Referent Stefan Pop Turda anerkannte in seiner Antwort die sympathische, achtunggebietende Form, womit Redner seine Beschwerden vorbrachte, wonach der Minister auf einige Repliken reflektierend, um die Änderungsvorschläge bat.

La Tchécoslovaquie et les minorités.

Du „Mir“ :

„Il n'y a pas longtemps que le gouvernement tchécoslovaque a pris une décision très importante touchant les droits des minorités, chose qui laisse voir avec quels soucis cet Etat avancé s'intéresse aux nationalités étrangères qui se trouvent sur son territoire. Sous l'influence de la crise économique qui se fait sentir encore en Tchécoslovaquie et surtout dans les régions peuplées d'Allemands, le gouvernement de Prague a entrepris une série de mesures pour l'allègement de la situation de ces derniers.

„Ainsi que cela est relevé dans la Constitution démocratique tchécoslovaque, il est accordé aux minorités tous les droits dont elles ont besoin pour le développement de leur vie économique, spirituelle et sociale. Les Tchécoslovaques reconnaissent que les minorités ne sont et ne doivent pas être les ennemis de l'Etat. Au contraire, elles doivent être attirées à une collaboration dans le domaine de l'édification de l'Etat commun. En défendant les droits qui sont établis au profit des minorités dans les traités internationaux ou dans le code, la République tchécoslovaque reconnaît qu'elle édifie de cette manière son succès personnel. Et il faut souligner que la voie d'une collaboration étroite et franche avec les minorités, suivie avec persévérance par le gouvernement tchécoslovaque est la seule qui puisse assurer le développement paisible et heureux d'un pays qui possède sur son territoire des populations minoritaires.“

Nationalisation de la frontière roumano-hongroise.

Les journaux de București reproduisent le texte d'un projet de loi tendant à faire passer toute la propriété rurale dans une zone de cent kilomètres de la frontière, entre les mains de l'Etat ou de personnes de nationalité roumaine.

On se propose d'exproprier, en conséquence, tous les biens ruraux, acquis depuis 1914, à n'importe quel titre, par des citoyens roumains d'une autre origine ethnique que roumaine.

L'exposé de motifs qui accompagne le projet de loi insiste sur le fait, que la roumanisation urgente de la frontière du côté de la Hongrie constitue „un impératif catégorique de l'Etat et du peuple roumain.“ „La défense et sécurité à tout prix de la frontière constitue un devoir élémentaire pour un peuple conscient. Il est absolument nécessaire que la frontière occidentale du pays soit gardée non pas par des comtes et des barons hongrois, exploiters et „magyariseurs“ de l'élément roumain, où par des gros propriétaires „judéo-hongrois“ irrédentistes, mais par des consciences nationales, par des âmes dans lesquelles l'amour de la patrie bouillonne.“

„C'est la seule réponse convenable et efficace, donnée à ceux qui persévèrent dans leurs revendications territoriales et qui entretiennent parmi leurs frères de race dans notre pays des idées irrédentistes ; c'est là la première et une réelle possibilité de défense des frontières de l'ouest du pays.“

L'exposé des motifs s'efforce de faire la preuve que de telles mesures ne sont ni anti-constitutionnelles, ni contraires aux conventions internationales en vigueur, étant prises pour cause d'utilité publique et en vue de la défense nationale. On insiste pour le vote rapide de la loi qui serait „une loi de la conscience roumaine“ et qui serait de nature à élever „un mur infranchissable, bâti non pas en fer et en béton, mais plus puissant encore, parce qu'il serait constitué par des âmes purement roumaines.“

La presse minoritaire en Roumanie est cependant vivement alarmée par ce projet de certains groupements nationalistes.

Une pétition de la minorité ukrainienne à Genève.

Le numéro de „La Parole Bulgare“ du 12 Mars 1937 publie :

On sait que le nombre des ukrainiens en Roumanie, habitant la Bucovine et la Bessarabie, s'élève à environ 700.000 âmes. Ceux de la Bucovine sont organisés en parti politique minoritaire et, grâce à une entente avec le parti radical-paysan, ils ont réussi à se faire représenter au parlement.

Une pétition vient d'être déposée à Genève, au nom de la population ukrainienne de Roumanie, qui prétend que le traité pour la protection des minorités serait enfreint à leur égard dans son article 10 par le fait que toutes les écoles de cette minorité seraient roumanisées et que même les enfants sont punis lorsqu'ils parlent entre eux, dans la rue, leur langue maternelle. On sollicite l'intervention de la Société des Nations, afin que celle-ci oblige la Roumanie à faire respecter le Traité de minorité dans son article 10.

La pétition est introduite à la Société des Nations par un groupe de dix hautes personnalités anglaises, savants, hommes politiques, membres de la Chambre des Communes et de la Chambre des Lords, dont le professeur Galbert Murray et Lord Dickinson, personnalités appartenant à la League of Nations Union, et bien connues par leur compétence en matière minoritaire.

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG } XV.

MAI-IUNIE
MAI-JUIN
MAI-JUNI } 1937.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 5-6

Prima incercare.

**Pactul Partidului Maghiar cu Partidul
Averescan. Precedentele, motivele incheerii,
textul, modificările, consecințele, desfacerea
și concluziunile lui.**

De : **E. Gyárfás**, senator.

A trecut un deceniu și jumătate dela ratificarea tratatului de pace, care a stabilit hotarele noi ale României și a eliminat în așa fel cauza, pentru care maghiarimea transilvăneană era constrânsă a păstra pasivitate în primii ani ale dominațiunei române.

Cauzele pasivității.

Această pasivitate era aspru criticată, cu toate că importante motive morale și practice au impus-o.

Nu se poate contesta, că în primii ani ale imperiului românesc ar fi fost incomparabil mai ușoară incadrarea noastră în noul sistem de Stat. Am pierdut pe rând cele mai importante poziții în viața publică și economică și trebuia să privim nepăsători ocuparea lor rapidă din partea românilor. Nu s'a exploatat acel moment sufletesc, când atașarea noastră la noul regim ar fi evocat bunăvoința și recunoștința celor dela putere și ar fi apropiat sufletele celor două popoare.

Nu contestăm acest lucru, dar, cu toate acestea nu puteam face altceva decât ceea ce am făcut.

Nu vreau să invoc ca scuză, lipsa noastră de orientare. Indiscuabil, popoarele conviețuitoare cu noi, avusese în acest timp informațiuni incomparabil mai precise asupra tot, ce se petrecea în lume, precum și despre intențiunile Marilor Puteri pri-

viitor la această bucată de pământ, pe care trăim. E drept, că și caosul, ce domina la Budapesta și știrile primite cu mari întârzieri și din izvoare contradictorii, ne incurcau. Granițele spre Budapesta erau închise, mult timp ne despărțea chiar un front de războiu și nici nu prea se găsea acolo cineva, care s'ar fi îngrijit de îndrumarea noastră.

Un lucru știam însă chiar și din presa de la București.

Știam, că Puterile Mari întocmează o nouă hartă a Europei Centrale. Aveam cunoștință și despre eforturile guvernelor Ungariei — orișice guverne ar fi fost acelea — prin care s'au străduit a salva ce putea fi încă salvat din teritoriul fostei Ungarii. Din indemnurile, adresate nouă, dinspre București și Sibiu, ne dădeam seama, că orice act al nostru, care putea fi interpretat ca o acceptare a noii stări de lucruri, va fi utilizat drept contra-argument împotriva sforțărilor Ungariei, în procesul, ce aștepta soluționarea în fața Puterilor Mari.

Sașii puteau aduce hotărârea lor de atașare la Mediaș. O fracțiune a Evreilor putea constitui Partidul Național Evreesc, ce se încadra în noul regim. Toată lumea putea să-și asigure o poziție, ce-i promitea cele mai multe avantaje și mai sigure succese în așezarea viitoare. Numai maghiarimea ardeleană nu putea urma această cale. Un imperativ moral o constrângea, să păstreze o tăcere și să se abțină de orice manifestare, care ar fi putut-o pune în conflict cu fosta sa țară-mamă și prin care ar fi trădat unitatea seculară sufletească și de rasă.

Sunt convins, că și Românii ne-ar fi disprețuit și ne-ar disprețui și astăzi, dacă noi, în acele timpuri grele istorice, ne-am fi atașat le acei, cari urmăreau construirea de noi state naționale pe ruinele fostei Ungarii.

Comunitatea de sânge și de rasă ne impunea tăcere tot timpul, până când nu s'a lichidat spinoasa problemă a războiului mondial prin tratativele de pace.

Dar înafară de acest imperativ moral, erau și motive de ordin practic, care ne constrângeau la tăcere și pasivitate.

Dacă Românii ardeleni doreau sincer realizarea, în Transilvania, a acelei Elveții răsăritene, pe care o pretindeau sub dominațiunea maghiară, aveau toată posibilitatea de a crea condițiunile psihologice, necesare unei asemenea formațiuni. Depresiunea morală, produsă de pierderea războiului și de izbucnirea și intronarea comunizmului la Budapesta, apăsa atât de

oribil asupra sufletului maghiarimei transilvăneni, încât ea ar fi acceptat cu bucurie orice propunere de apropiere sau colaborare amicală.

Așa ceva însă nu s'a produs, ci din contra, s'a produs tocmai contrarul. Nu vreau să fac azi nimănui vreun reproș. Poate veni timpul, când ambele părți vor recunoaște erorile comise. Ceeace s'a întâmplat și mai ales cum s'a întâmplat, a îndurerat mult sufletele tuturor, cari -- adeseori chiar contra opiniei noastre publice -- am propovăduit la fiecare ocazie, că popoarele noastre, ori și cine și orișicare dintre ele are conducerea și puterea supremă, trebuie să trăiască în pace și iubire pe acest pământ istoric.

Nu era deci numai meritul nostru, că am respectat fidel porunca morală a tăcerii în tot timpul, până la ratificarea contractelor de pace. Și greșelile frunțașilor Românimei ne-au ajutat să păstrăm disciplinați, tăcerea impusă.

După ratificarea contractelor de pace.

În primii ani, după schimbarea regimului, conducerea în Vechiul Regat o avea Ionel Brătianu, iar în Ardeal Iuliu Maniu, în fruntea Consiliului Dirigent, cu aproape ilimitate puteri în chestiuni interne.

Ionel Brătianu, nevoind să-și angajeze Partidul sau pe sine, prin semnarea stipulațiunilor minoritare ale tratatelor de pace și a înjumătățirii Banatului, cedase guvernul D-lui Vaida, care convocând primul Parlament al României Mari, sub prezidiul D-lui Iorga, începuse așezarea temeliiilor, cu ajutorul așa numitului „marele cabinet.”

Imediat însă, ce „maurul și a făcut datoria” și contractele oneroase erau semnate, D-l Vaida, care între timp ducea tratative la Londra, se deșeptase, cu proverbiala cărămidă, căzută de data aceasta pe capul lui, că nu mai este primministru (15 Martie 1920).

Ionel Brătianu avusese neapărată nevoie de acesi concurs al D-lui Vaida, ca pretențiunile teritoriale ale României să fie reprezentate de un ardelean și ca tot acesta să ia asupra-și condițiunile oneroase ale tratatelor de pace. Dar nici cum nu intenționase să perpetueze, prin aceasta, dominațiunea ardelenilor și cu atât mai puțin să admită extinderea acesteia și asupra Vechiului Regat, din contra, primul act al său era, că

dizolvase Consiliul Dirigent, pe care o considera oarecum, un obstacol al planurilor sale de unificare.

Astfel Ion Brătianu avea nevoie de un primministru băștinaș în Regat, spre a nu lăsa domnia pe mâna ardelenilor, iar de altă parte de concursul unui ardelean, care să slăbească puterea Consiliului Dirigent și ca amândoi să netezească calea spre domnie. Omul cel mai popular al Vechiului Regat era Generalul Averescu, învingătorul dela Mărășești și astfel pe el desemnase să ia asupra și greutățile începutului. Iar pentru descompunerea frontului românesc ardelean, până atunci compact, îl alesese pe D-l Goga, de al cărui antipatie personală față de D-l Maniu, avuse cunoștință încă din timpul dominațiunii maghiare. Astfel a ajuns D-l Goga Ministru al Cultelor, în primul guvern Averescan și i-a reușit — bineînțeles și prin vraja puterii, — să atragă de partea sa un număr suficient de fruntași ardeleni, pentru a putea da o lovitură Consiliului Dirigent, care până atunci beneficia de deplinătatea puterniciei. (10 Aprilie 1920).

Poate nici chiar interesații nu-și dădeau seamă de acest scop ascuns al primului guvern Averescan, maghiarimea ardeleană însă, deși încă prea novice în tainele intrigilor dela București, totuși numai decât simțise, că *s'a făcut o schimbare de regim, favorabilă soartei sale*. Frontul compact al românimei ardeleni, care, sprijinindu-se pe Brătianu în Vechiul Regat, dispunea ilimitat la noi, și-și aranja treburile, în primul rând în sarcina maghiarimei, acaparând toate pozițiile ale vieții publice și economice, ce se clătinase până în temeliile sale.

D-l Goga însă, ca bun diplomat, își dădea seama, că masa populațiunii românești din Ardeal, — cu toate defectele Consiliului Dirigent, — va persista pe lângă D-l Maniu. Și deoarece, atunci încă nu putea conta pe partizani în Vechiul Regat, dar mai ales, că dela el era așteptată convertirea, cel puțin în parte, al Ardealului, în mod necesar era împins să caute și să găsească vreo combinație cu minoritarii din Ardeal, dintre cari maghiarimea întotdeauna îi era mai simpatcă, decât Sașii, pe cari, — fiind sibian, — îi considera în primul rând, ca o stavilă a aspirațiunilor poporului său.

Dar în afară de aceste momente de ordin tactic, D-l Goga avea și o intuiție, când se orienta către maghiarime. Năzuințele D-lui Goga în această direcție erau sprijinite și de intențiunile

răposatului Regele Ferdinand, care — după cum astăzi nu mai suferă nici-o indoială — dorea cu nobleța sufletului și cu bună-voința sa sinceră, să facă nu numai suportabilă, ci chiar plăcută, domnia sa, pentru noii săi supuși.

Jurământul episcopilor.

Ratificarea tratatelor de pace era bază de plecare în vederea unei apropieri.

Înainte de ratificare, episcopii, ca și ceilalți funcționari publici se abțineau dela depunerea jurământului de credință, iar guvernul refuzase orice ajutor preoției noastre, care înfrunta mari dificultăți. Dl Goga, în cursul tratativelor, conduse de el cu mult tact, a pus în vedere o subvenție echitabilă și remedierea altor importante doleanțe dela depunerea jurământului. În toamna anului 1920, organizațiile autonome ale Cultelor Minoritare iar își puteau ține adunările generale, iar la 14 Decembrie 1920 și Eparhia reformată de dincolo de Piatra Craiului își putea începe organizarea. Într-o asemenea atmosferă pregătia Dl Goga, ca Ministru al Cultelor, depunerea jurământului episcopilor, care avea scopul să documenteze consolidarea situației și s'a desfășurat cu cea mai mare solemnitate.

Prima solemnitate avea loc la 19 Martie 1921, în sala de tron al palatului regal din București. Cu această ocazie și-au depus jurământul în mâinile Regelui Ferdinand episcopii catolici contele Gustav Carol *Mailáth* din Ardeal, Dr. Iuliu *Glattfelder* din Timișoara și episcopul luteran, sas: *Deutsch*. Regele Ferdinand le-a primit cu o amabilitate accentuată, atât la depunerea jurământului, cât și la masă. Se vedea, că Suveranul se bucură, că poate primi pe acești distinși capi ai Bisericii între supușii săi.

Este caracteristic pentru cugetarea, tactul și bunăvoința acestui nobil domnitor, modul precum a soluționat Regele Ferdinand chestia spinoasă a limbei, care forma obiectul unor lungi discuțiuni, deoarece episcopii nu cunoșteau limba română, iar Regele pe cea maghiară. În fine, s'a stabilit, ca episcopii catolici să depună jurământul în limba *latină*, limba oficială a Bisericii catolice, iar după depunerea jurământului, episcopul *Mailáth* să rostească un discurs de felicitare în limba *franceză*. Abia terminase însă episcopul *Mailáth* discursul său istoric, redactat cu o deosebită grijă în limba diplomației, Regele Ferdinand i-a răspuns, pe un ton captivant de amical și călduros, în limba

germană, care a rămas apoi limba conversației și la masă, a cărei solemnitate o ridica și mai mult prezența primministrului Averescu, Dlui Goga, ministru al Cultelor, răposatului Mișu, ministru de Curte și a altor notabilități.

Este caracteristic pentru situația și atmosfera de atunci, că în afară de episcopul Mailáth, fusese invitat la depunerea jurământului și Statusul romano-catolic din Ardeal, reprezentat prin referentul Dr. Balázs Andrei și subsemnatul. Această invitare documenta indubitabil, că episcopul depune jurământul de fidelitate nu numai pentru sine însuși, ci și pentru toți credincioșii săi, fapt învederat de altfel și prin intențiunile reciproce și prin textul jurământului.

Acelaș procedeu fusese urmat cu câteva zile mai târziu, la depunerea jurământului episcopului reformat-calvin Carol Nagy, la care au asistat și cei doi curatori de ai lui (9 Aprilie 1921).

Episcopul catolic contele Széchenyi Niculae din Oradea depusese jurământul mai târziu, iar episcopul Bornemissza Tiberiu din Satu-Mare și episcopul unitarian Ferenz Iosif din Cluj, din cauza vârstei lor înaintate, depuseră jurământul la reședințele lor, în fața unui comisar regal.

Depunerea jurământului deschisese și porțile Senatului înaintea arhipăstorilor maghiari, cari — în conformitate cu legile ungare, atunci încă în vigoare, — au și ocupat locurile ce li se cuvenea. Episcopului Mailáth, — precum, mai târziu și răposatului Nagy Carol, — președintele Senatului i-a făcut o călduroasă primire în Senat. Episcopul Mailáth plăcut surprins de această primire, și-a exprimat mulțumirea printr'un discurs improvizat în limba franceză, care fusese viu aplaudat.

Toate aceste circumstanțe arată atmosfera desghetată, în care frunțașii competenți ai maghiarimei, ajunsă în minoritate, și-au făcut *intrarea în viața publică românească* și care ne îndreptăția să sperăm zile mai frumoase după încercările grele, îndurate timp de trei ani lungi și să credem, că cu bunăvoință reciprocă, vom putea asigura viața și desvoltarea poporului nostru.

În atmosfera prielnică, creiată prin depunerea jurământului arhipăstorilor, se începuseră primele mișcări de organizare politică a maghiarimei ardelenе; mai întâi s'a constituit Uniunea Maghiară pe județe, apoi la un sfert de an dela depunerea jurământului, în ziua de 6 Iulie 1921 a avut loc la Cluj și adu-

narea constituantă, care alesese de președinte al nouii formațiuni pe baronul Jósika Samuil, fost președinte al Camerei Magnaților.

Toată lumea era plină de încredere și speranță și era înțemeiată presupunerea, că maghiarimea minoritară de aci, îndrumată pe această cale, își va găsi posibilitățile lui de existență și de propășire și în noua formațiune de Stat. Atmosfera era atât de optimistă, încât după obiceiul tradițional maghiar, au și început la noi unele intrigi personale, reînviând controversele politice, transplantate din regimul ungar.

Rolul istoric al episcopilor Mailáth și C. Nagy.

Amabilitatea călduroasă de care făcuse dovadă regretatul Regele Ferdinand, față de episcopul Mailáth, tovarășii săi și suita lor cu ocazia depunerii jurământului, nu era numai un act de prudență și de politețe, ci expresia sinceră a sufletului nobil al Domnitorului. Regele Ferdinand ajunsese pe tronul României în vârstă adultă și se trăgea dintr'o ramură profund religioasă catolică a dinastiei Hohenzollern. Era deci ușor de înțeles simpatia, ce simțise față de arhieriei germani sau cel puțin crescuți în cultura germană și mai ales, față de episcopii propriei sale biserici. Episcopul Mailáth, ședea la masă la dreapta Regelui și cu manierele lui fine și tactul său înăscut, a câștigat în câteva momente simpatia Regelui.

Această simpatie se menținuse în tot timpul vieții marelui Domnitor și asigurase episcopului Mailáth un prestigiu și o autoritate în viața publică românească, de care poate nici el nu-și dădea suficient seama. Nu numai biroul, dar și saloanele regretatului Rege erau deschise episcopului Mailáth, și orice greutate și neînțelegeri ivite mai târziu, — mai ales în timpul guvernului liberal, ajuns la putere în 1922, — orice politician își dădea seamă de poziția distinsă, ocupată la curte și purtată cu atâta nobleță de episcopul Mailáth, grație căreia și-a putut apăra și persoana, cât și instituțiunile sale, în tot timpul vieții Regelui Ferdinand, față de toate atacurile, cari mai târziu sau deslănțuit cu atâta vehemență.

Considerația, ce o avea regretatul Regele Ferdinand față de episcopul Mailáth, se extindea și asupra conducătorilor instituțiilor arhipăstorului și astfel delegații Statusului romano-catolic din Ardeal avuseră de multe ori posibilitatea de a înainta

personal nobilului Domnitor doleanțele lor, care le ascultase totdeauna cu o amabilă bunăvoință, și chiar dacă nu putea ajuta în totdeauna, prin vorbele lui călduroase îi inspira încredere și liniște, înlesnind și prin aceasta învingerea sau cel puțin suportarea greutăților.

Personalitatea marcantă și energică a episcopului reformat *Nagy Carol* era tocmai contrarul figurei fine a episcopului Mailáth.

Nagy Carol era încarnarea adevărată a maghiarului calvin transilvănean, conștient, dârz, energic, caracter ferm, pătruns până în adâncul sufletului de infalibilitatea convingerilor sale, neadmițând nici-o concesiune în sarcina acestora. Era tipul omului care se frânge, dar nu se 'ndoaie.

Personalitatea energică a lui *Nagy Carol* se validita întocmai și în conducerea bisericii sale. Cu mâna energică îi conducea pe cei de sub puterea lui în direcția, pe care o socotea favorabilă, fără să admită rezistențe sau deviațiuni. În calitate de cap al bisericii, era comandantul unei formațiuni unitare, de care dispunea necondiționat, deoarece preoții și credincioșii săi se puneau cu încredere sub autoritatea lui, iar acolo, unde eventual lipsea supunerea voluntară, unitatea o refăcuse prin autoritatea și mâna sa energică.

Răposatul episcop *Nagy Carol* făcea el concesiuni față de concepția sa puternică calvinistă, numai într-o singură privință.

Considera mai presus de orice interes, ca *întreaga maghiarime ardeleană* — fără deosebire confesională — să *procedeze unitar* în orice chestiune publică, care interesează maghiarimea. Or, ca să asigure armonia deplină sufletească și unitatea disciplinată a maghiarimei, — împărțită în diferite confesiuni și lipsită de orice organizațiune politică, — era neapărat necesară: *concordia* și conlucrarea armonioasă a capilor bisericii.

Dacă nu era poate el inițiatorul consfătuirilor noastre interconfesionale, în tot cazul era sufletul acestora. Prezidiul acestor consfătuiri îl cedase de obicei episcopului unitarian Ferencz Iosif, cu vârstă patriarhală, sau episcopul Mailáth, care era mai bătrân și mai vechi în funcție, el a rămas însă promotorul, încurajatorul și neobositul propunător al acestor consfătuiri, aducând cele mai mari sacrificii în interesul cauzei comune, subordonând adeseori majorității chiar și convingerile sale personale, ca să asigure armonia și să salveze unitatea de acțiune.

Dela depunerea jurământului episcopilor și până la intrarea în parlament al unui considerabil grup de deputați ai Partidului Maghiar — dela 1921 și până la 1926 — consfăturile interconfesionale, inițiate și îndrumate în majoritatea cazurilor de Nagy Carol, erau singurul factor, care delibera și lua deciziuni în privința atitudinii ce s-o urmeze maghiarimea ardeleană.

Acești frunțași neobositori își dădeau toată silința să facă auzite și să pună în aplicare hotărârile aduse la aceste consfătuiri, înaintând memorii, organizând delegații, ducând tratative cu membrii guvernului și făcând demersuri chiar la supremul for al Statului. În chestiuni principiale — cu toate greutatea și necunoașterea limbii — și-au expus părerile și depe tribuna Senatului episcopul Mailáth și uneori chiar și episcopul Nagy Carol.

Că nu ne-a sufocat depresiunea sufletească, după schimbarea imperiului, că iarăși s'au înseninat fețele noastre și că iar începusem să avem încredere în viitorul nostru, este meritul exclusiv și inmutabil al acestor distinși frunțași ai Bisericii noastre, cari în aceste timpuri grele conduceau în același spirit turma împărțită în trei a maghiarimei ardeleni și nu se poate face istoria acestei perioade, fără a se face o cuvenită amintire și rolului lor istoric.

Alegerile liberale din 1922.

Uniunea Maghiară, constituită în Iulie 1921, în atmosfera ușurată prin depunerea jurămintelor episcopale, și a început activitatea sub cele mai bune auspicii, sub conducerea înțeleaptă a baronului Samuil Jósika, om cu simț și tact politic admirabil. Începutul era plin de greutate. Trebuia să se lichideze mai ales controversele politice, rămase încă din regimul ungar, care — deși fără rost deja — erau totuși suficient de vii, pentru a cauza multe dificultăți la început, mai ales în chestiuni personale. O altă dificultate era, că aproape nici unul dintre frunțașii noștri de atunci, nu cunoștea mentalitatea, felul de a se gândi și aspirațiunile românilor, iar limba o cunoșteam și mai puțin.

Cu toate greutatea începutului, Uniunea Maghiară desfășurase deja în primul semestru al constituirii sale, o frumoasă muncă de organizare. Ședințele se țineau în loja francmasonică dizolvată din Cluj, unde — mai ales la început, — era curios să vezi prelați și alți frunțași catolici, sub emblemele simbolice masonice.

Uniunea Maghiară era încă în toiul muncii de organizare

și de orientare, când căzuse guvernul Averescan, care a creat atmosfera prielnică și urmăse guvernul lui Ionel Brătianu, cu intenția declarată de a convoca Adunarea Constituantă, spre a pune temeliiile Constituției unitare a României Mari, după concepțiile lui Brătianu.

Fruntașii maghiarimei au sperat cu drept cuvânt, că și maghiarimea ardeleană va avea locul cuvenit în această adunare constituantă și că legile fundamentale, ce se vor aduce, vor preciza și pune la punct chestiunea minoritară și vor stabili situația noastră în conformitate cu contractele internaționale, spre mulțumirea tuturor. Având toată încrederea în aceasta, conferința frunțașilor maghiarimei, ținută în Cluj, la 5 Febr. 1922, a decis începerea *activității politice* și luarea parte la alegeri.

Poate unii dintre noi presimțirăm, dar nici unul nu vedeam clar, cât era de neîntemeiat și pripit a lega vreo speranță de munca acestui parlament constituant și că, Ionel Brătianu, care se ferise a semna convențiunile minoritare, lăsând-o în sarcina Dlui Vaida, nu putea concilia cu concepțiile sale naționaliste starea de drept internațională și istorică a minorităților, ci vrea să așeze în Constituție temeliiile unui Stat național puternic român și ideile lui erau diametral opuse nu numai concepției noastre de drept public, dar și situației speciale, pe care tindeau să asigure Dl Maniu și partizanii săi pentru Ardealul și mai ales pentru românimea ardeleană, chiar și după căderea Consiliului Dirigent.

Poate singur răposatul baron Josika Samuil presimțise — instinctiv — că guvernul liberal, ajuns la cârmă în Februarie 1922, ne amenință cu înfrângere, atât pe noi cât și pe Partidul Național Român din Ardeal și îndemnat de acest instinct, în timpul pregătirilor pentru alegeri, făcuse o vizită Dlui Iuliu Maniu, care zăcea cu piciorul frânt în spitalul din Cluj. Ce discutaseră acești doi șefi, nu s'a aflat nici până astăzi dar frontul ardelenesc, — poate singurul care ne-ar fi putut salva — nu s'a putut forma nici prin această convorbire și astfel am luat parte singuri la alegeri.

Alegerile din 1922 au fost făcute încă după sistemul cercurilor electorale și astfel Samuil Jósika nu dispunea la fixarea candidaturilor de puterea disciplinatoare, asigurată partidelor organizate prin legea electorală actuală. Uniunea Maghiară nu era un partid politic, dar exista deja partidul Poporului Maghiar

și adversarul acestuia : Partidul Național Maghiar. Controversele personale și politice, rămase din trecut, se mențineau încă vii și de altă parte necesitatea colaborării și a unității de acțiune încă nu era clar și deobște simțită. Simțul politic, înțelepciunea, tactul și experiența de conducere a Baronului Jósika Samuil trebuia să facă minuni pentru a ne prezenta într'un front unitar și a elimina ostilitățile interne. Recunoștință imutabilă se cuvine lui Jósika Samuil, pentru faptul că a reușit să creeze acest front unitar și compact la prima încercare. Eram martori, cum acest om, cu toată bătrânețea și debilitatea sa, lucra zi și noapte, ascultând cu răbdare dorințele delegațiilor locale în privința candidaturilor, soluționând întotdeauna înțelept și cu mult tact rivalitățile personale. Trebuie să apreciem deci acest serviciu fără seamăn, prin care aducea poate un serviciu mai mare națiunii sale, ca prin toată munca sa de până atunci, în împrejurări incomparabil mai ușoare, sub dominațiunea ungară.

Unitatea era deci asigurată prin munca neobosită a lui Jósika Samuil și lista candidaților maghiari s'a întocmit în perfectă unitate. Ar fi foarte educativă odată această listă, pe care au figurat și cei cari s'au bucurat de stima maghiarimei ardelene pentru munca lor prestată în epoca anterioară, precum și cei, cari au fost considerați ca oamenii viitorului în împrejurările schimbate. Se vede din această listă tensiunea politică din trecut, dar și un avânt puternic pentru soluționarea nouilor probleme. Dacă acest grup ar fi intrat — prin alegeri libere — în parlamentul constituant al României Mari și ar fi fost primit acolo cel puțin atât de amical, cum au fost primiți episcopii la ocuparea locurilor lor în Senat, sunt convins, că s'ar fi putut soluționa pentru decenii problema dificilă a încadrării maghiarimei ardelene în noul regim și a raportului popoarelor istorice ale Transilvaniei, dar eventual ar fi putut îndruma într'o direcție mult mai fericită și raportul internațional al României cu Ungaria.

Ionel Brătianu însă, — cum menționasem mai sus — avea cu totul alte intențiuni cu parlamentul constituant și anume : el urmăria să creeze o majoritate solidă pentru partidul său puternic și disciplinat și cu ajutorul acestuia să construiască apoi sistemul de Stat al României Noi, *înfrângând orice rezistență și interes local, pe baza principiului Statului național, unitar, asigurând conducerea Statului unitar pe seama intelectualilor Vechiului Regat*. În realizarea acestei concepții era cel mai mare

obstacol opoziția Partidului Național Român din Ardeal de sub conducerea Dlui Maniu, care își menținuse atunci încă aproape intact unitatea sa disciplinată, făurită sub regimul ungar. Astfel stând lucrurile, Ionel Brătianu se putea aștepta că în caz de alegeri liberale, Transilvania va vota în mod unitar împotriva lui. Încheiasse deci carteluri electorale cu sașii și șvabii, cari aveau această „tradiție” deja din timpul regimului ungar, iar împotriva Partidului Național Român a fost decis la cele mai dure mijloace, deși își dădea seama, că chiar și în acest mod va avea față de Partidul Național un succes redus, deoarece autoritățile, chiar și organele puterii publice, puteau fi utilizate împotriva românilor ardeleni, numai până la un anumit grad. Cu maghiarimea nici nu încercase vreo înțelegere, știind sigur că nu ne dăm efort, iar prețul convenit el nu era dispus să ne dea.

Guvernul Brătianu avea însă neapărată nevoie de un număr considerabil de mandate din Ardeal, ceea ce nu era posibil fără a câștiga cercurile electorale maghiare. Și astfel, din interes de partid a luat naștere principiul, — care mai târziu în anul 1931 a fost aplicat de Dl Vaida împotriva comuniștilor, iar în 1933 de Dl Tătărescu față de Garda de Fier, — *că Uniunea Maghiară și candidații ei, sunt dușmanii Statului Român și în consecință interesul superior al Statului — mult compromitatul „salus res publicae” — impune, ca intrarea acestor elemente indezirabile în parlament să fie împiedecată cu orice preț, chiar prin forță sau violență.*

Natural, această teorie a fost invocată numai ulterior, ca scuză și justificare a violențelor comise, — necunoscute de noi până atunci. Nimeni nu s'a gândit ce ne așteaptă. Ne pregăteam pentru alegeri, făcusem candidaturi și rostisem discursuri de propagandă. Nici vorbă, ne așteptam la presiuni din partea autorităților, chiar la presiuni dure și eram pregătiți pentru aceasta, dar nici prin minte nu ne-a trecut posibilitatea aplicării a acelor mijloace, care se aplicaseră împotriva noastră câteva zile mai târziu.

În ziua depunerii candidaturilor pentru Cameră la 26 Febr. 1922, președinții de alegeri, numiți din personalul administrativ în conformitate cu legea atunci în vigoare, au respins, sub cele mai variate pretexte, toate candidaturile noastre, cu singura excepție a Dlui Gh. Bernády. În acest mod, candidatul liberal,

rămas fără adversar în cercurile electorale maghiare, a fost declarat deputat ales, fără alegere.

Această procedură cinică și brutală era o lovitură, care a amărât întreaga maghiarime ardeleană. Și guvernul simțise greutatea nedreptății comise și la alegerile pentru Senat s'a purtat ceva mai domol, încât au putut intra la Senat, Pál Stefan la Odorheiu și Fülöp Béla la Timișoara. Amândoi erau trecuți de 60 de ani și nici unul nu poseda limba română. Iar la alegerile suplimentare pentru Cameră la 28 Mai au mai fost aleși Sándor Iosif la Sfântul-Gheorghe și Zima Tiberiu la Arad, iar pentru Senat la 29 Mai baronul Jósika Samuil la Ciuc.

Aceasta era însă prea puțin pentru a putea potoli tensiunea și amărăciunea noastră, care se intensifica și mai mult, când guvernul — ca scuza faptelor sale — a aruncat în opinia publică afirmațiunea, că noi am fi dușmanii Statului, iar mai târziu, spre a fi consecvent, a dizolvat și Uniunea Maghiară la 6 Iulie 1922. E drept, că deja la 28 Dec. 1922 s'a constituit Partidul Maghiar, tot sub președinția baronului Jósika Samuil, dar în atmosfera ce ne înconjură, mulțumită Partidului liberal, nici acesta nu putea aduce vreo ameliorare a situației noastre.

Tragedia noastră se mai agravase și prin moartea conducătorului înțelept și competent, a baronului Jósika Samuil, la 3 Iulie 1923, accelerată de sigur și de grelele decepții, ce a trebuit să le ispășească, lăsând orfană maghiarimea ardeleană.

Regimul guvernului liberal din 1922—1926.

În momentul, când Adunarea Constituantă s'a întrunit, maghiarimea era stigmatizată, *că este dușmanul României și al națiunii române* și că nu s'a făcut nici-o nedreptate *ci un act de legitimă apărare al intereselor superioare naționale*, când guvernul a împiedecat, — de și cu violență — *întrarea acestor elemente periculoase în parlament.*

Și fiindcă nu mai poți avea bunăvoință față de care ai procedat odată nedrept, *guvernul trebuia să urmeze fatal calea începută.* S'a ajuns, ca încetul cu încetul să creadă și ei în teoria lor, dar în orice caz presupuneau, că nedreptățile suferite ne îndepărtaseră definitiv. După aceste precedente regretabile și sub influența motivelor psihologice ușoare de înțeles, guvernul Brătianu, în toiul puterii sale, își dădea toată silința

să elimineze fără scrupule minoritatea maghiară din viața publică a României Noi.

Prima și incontestabila dovadă a acestuia a fost, că în noua *Constituție*, alcătuită pentru lungi decenii, s'a omis *recunoașterea și asigurarea drepturilor minoritare*, stipulate în convențiunile internaționale, semnate de DI Vaida. Aceasta tendință au arătat-o clar și celelalte legiferări și măsuri luate de guvern. Politica culturală și școlară a guvernului Brătianu o conducea DI Dr. Anghelescu, un medic foarte bogat și foarte ambițios, care tindea să întreacă chiar și succesele realizate de primul politician cultural român, Spiru Haret. A fost și este o fatalitate tragică pentru noi, că acest om, de o voință puternică și influență fără seamăn, a conceput și a stabilit, pentru partidul său și pentru urmași, liniile politice școlare românești, chiar când domnea o atmosferă atât de defavorabilă pentru noi. Această atmosferă dușmănoasă creată artificial a fost înăsprită prin *unii ariviști deadreptul într'o ură împotriva maghiarimei*. Acești domni se arătau foarte abili în inventarea unor minciuni istorice în sarcina noastră, făcând din țânțari un armăsar, în ce privește unele măsuri eronate ale guvernelor din Budapesta, furnizând cele mai ingenioase idei și propuneri Dlui Anghelescu pentru asuprirea mișcărilor culturale „iredente” maghiare. Cu sarcasm amar trebuia să constatăm, că acești parveniți nu se recrutau dintre românii, cari se luptau în timpul regimului ungar fățiș, pentru interesele poporului român — pentru care poate au avut și de suferit, — ci în majoritatea cazurilor dintre acei români, cari în timpul dominațiunii maghiare erau „băeți foarte liniștiți”, sau chiar instrumentele guvernului din Budapesta, cum era de ex. faimosul revizor școlar Nistor, fost colaborator al comisarului regal maghiar Horváth Emil și care sub egida lui Brătianu făcea atâtea mizerii fraților noștri secuși din Odorheiu.

Membrii maghiari ai Adunării Constituante, regretabil, dar nu erau capabili să schimbe sau să țină pe loc cel puțin, această tendință și să amelioreze *atmosfera peste măsură încordată, care ne amenința cu distrugerea complectă a tuturor valorilor noastre*.

Cei doi senatori: *Pál Stefan* și *Fülöp Béla* nu posedau limba și astfel nu puteam aștepta dela ei vreun discurs determinant sau convingător și nici vreo activitate informativă extrapar-

lamentară, nici din cauza vârstniciei lor, iar de altă parte nu erau politicieni pregătiți.

Iar cei trei deputați au ajuns în scurt timp într-o contradicție foarte dăunătoare.

Tiberiu Zima, deși posedă limba și era om activ, dar la începutul carierei sale politice și nici nu era prea cunoscut în Ardealul propriu zis și din cauza conflictelor regretabile ale celor trei deputați maghiari, nu putea desfășura vreo activitate politică fructuoasă, fiind nevoit să se limiteze la soluționarea unor chestiuni de mai puțină importanță și de interes local arădean.

Al doilea deputat era *DI Gheorghe Bernády*, intrarea căruia în Adunarea Constituantă fu înlesnită prin *Ionel Brătianu*, care cunoscând calitățile lui tactice incontestabile, îl considerase ca legătură între partidul său și minoritatea maghiară. Dela *DI Bernády* aștepta *Brătianu* pacificarea maghiarimei ardeleni și realizarea încadrării sale în noul regim. *DI Bernády* se și silea să corespundă așteptărilor legate de activitatea sa și în primul său discurs parlamentar — care a provocat numeroase critici aspre din partea maghiarimei — încercase, să câștige simpatia majorității pe seama sa și a maghiarimei reprezentate prin el și să creeze astfel o atmosferă mai favorabilă nouă în opinia publică românescă. *DI Bernády* avea o vază specială la noi, căci se zvonia, că are încrederea contelui *Ștefan Bethlen* — atunci primministrul Ungariei — care îl cunoștea încă din *Mureș-Turda*, și care — după cum se spunea — îl designase ca viitorul președinte al Partidului Maghiar. Contele *Bethlen* era atunci stăpân pe situație și conducea cu mână sigură politica externă a Ungariei și astăzi este evident deja, că raportul lui *Bernády* avea la bază nu atât o simpatie personală, ci mai bine presupunerea și așteptarea, că raporturile și legăturile acestuia cu *Ionel Brătianu* ar putea înlesni o eventuală armonizare a politicii externe a celor două State.

Ceeace stabilise însă direcția evenimentelor de mai târziu, nu erau aceste planuri chibzuite, ci dispozițiunea și sentimentele maghiarimei, un fapt care documentază suficient nu numai că politica Partidului Maghiar din Ardeal nu era dirijată niciodată dela *Budapesta*, ci totodată și veche axioma, că viața politică depinde mai întotdeauna de elemente imponderabile și că considerentele psihologice pot spulbera și cele mai precise proiecte.

DI Sándor Iosif, celălalt reprezentant parlamentar al ma-

ghiarimei, consecvent trecutului, temperamentului și sentimentelor sale, adoptase — în deplină armonie cu conducătorii oficiali ai Partidului Maghiar — o tactică opusă. El întreținea raporturi personale cu Dl Maniu încă din parlamentul ungar și în discursurile sale parlamentare împotriva guvernului lui Brătianu, în apărarea intereselor generale minoritare și a celor naționale ale maghiarimei, el utiliza metoda și mijloacele de luptă ale Partidului Național românesc din Ardeal, căutând să câștige sprijinul acestuia, pentru realizarea scopurilor sale. Această atitudine curajoasă, de multe ori chiar vehementă a provocat însă — cum era și natural — un puternic resentiment și uneori opoziția unanimă a guvernului.

Nu se poate ști astăzi ce rezultat ar fi avut atitudinea lui Bernády, prin care tindea să câștige încrederea și bunăvoința majorității și căreia îi dădea o însemnătate specială faptul, că în caz de succes ar fi influențat eventual și politica externă a Ungariei. Nu este exclus, că succesul atitudinii sale ar fi îndrumat raporturile celor două State într-o direcție cu totul deosebită de cea de astăzi. Dar numai în cazul, dacă opinia publică românească ar fi putut ști și crede, că prin gura lui Bernády vorbește de fapt *întreaga* maghiarime minoritară și că satisfacerea desideratelor sale ar pacifica *întreaga* maghiarime.

Valoarea istorică a opoziției energice și conștiente a Dlui Sándor Iosif este incontestabilă. Rămâne meritul lui indubitabil că nici o lege — în frunte cu Constituția — care violează drepturile noastre și aduce daune pentru noi, nu putea trece fără protest prin Cameră. Precum nu se știe, care ar fi fost urmările atitudinii Dlui Bernády, la fel nu se știe, ce favoruri am fi obținut, dacă urmând tactica Dlui Sándor Iosif, s'ar fi atașat întreaga maghiarime la Partidul Național Român din Ardeal de sub conducerea Dlui Maniu. Urmând această cale s'ar fi putut făuri eventual și mult pomenita solidaritate ardeleană. Dar și aceasta numai în cazul, dacă *întreaga* maghiarime ar fi urmat fără condițiuni această cale.

Tactica cea mai greșită a fost însă *bifurcația, lupta pe două fronturi*, întrupată de acești doi politicieni ai noștri. Unii preferau această bifurcație, argumentând că e mai bine să avem două bucăți de fier în foc, decât nici una, de fapt însă această tactică dublată în majoritatea cazurilor paralizase complectamente influența și puterea politică a maghiarimei.

Străduințele Dlui Bernády de a „construi un pod“ n'au fost și nici nu puteau fi luate în serios din partea României, când, Dl Sándor Iosif, care se bucura de mare popularitate, i-se opunea fățiș. De altă parte nici pe Dl Sándor Iosif nu-l considerau ca un adversar periculos, văzând că elementele mai moderate ale Partidului, în frunte cu Dl Bernády, candidatul la Președinție, nu se identifică cu atitudinea sa dărză.

În aceste împrejurări politica maghiarimei se împotmolise complet deja în cursul desbaterii Constituției.

Situația era cu atât mai desperată, încât prin moartea lui Jósika Samuil, om cu vederi largi și mare reputație, partidul a rămas fără președinte, Dl Ugron Ștefan primind numai conducerea administrativă a partidului, dar refuzând președinția.

Așa stăteau lucrurile, când s'a pus pe tapet chestiunea candidaturii la președinția a Diui Bernády care se bucura atât de încrederea și simpatia lui Ionel Brătianu, cât și a contelui Bethlen Ștefan. Sándor Iosif se opunea cu toate forțele sale și până la urmă izbutise să distrugă acest plan, ceea ce îi era înlesnit și prin faptul, că Bernády fusese designat în prealabil de sus din ambele părți pentru acest post. Opiniei publice îi place, să aibă iluzia, că este singurul dirijător și nu prea acceptă îndrumări, decât numai dela conducători, pe cari ea îi ridicase pe umerile sale.

Eșecul candidaturii de președinte al D-lui Bernády era primul act conștient și independent al maghiarimei ardeline deșteptate.

Însfârșit, președintele provizoriu : Ugron Ștefan și-a dat seama, că insistarea în candidatura lui Bernády ar duce la descompunerea unității, făurite cu mari dificultăți și la a doua adunare generală, ținută la 14 Dec. 1924 în Brașov, a primit președinția partidului.

Motivele generatoare ale Pactului.

La sfârșitul președinției lui Jósika Samuil și la începutul al celei lui Ștefan Ugron, maghiarimea ajunsese într'o criză psihologică, din care nu se vedea nici o scăpare.

Din Adunarea Constituantă din 1922 eram definitiv excluși, deoarece grupul, pe care voiam să-l trimitem acolo și care — fără discuție — ar fi obținut cel puțin 90 % a voturilor maghiarimei, dacă nu totalitatea voturilor și care ne-ar fi reprezentat corespunzător în parlament, fusese aproape complet respins, prin procedul menționat la 26 Febr. 1922.

Cari intraseră totuși în parlament, în parte nu aveau pregătirea tehnică suficientă, iar de altă parte — și aceasta era cauza adevărată — să străduiau să apere și să valideze interesele reprezentate pe căi și mijloace diametral opuse. Și astfel, în loc să înaintăm, ne împotmoliserăm și ne amenința desbinarea și absorbirea prin cele două partide mari românești — a liberalilor și naționaliștilor — cece ar fi dus desigur la conflicte interne foarte dureroase a maghiarimei.

Conducerea partidului n'a găsit ascultare pentru plângerile și doleanțele sale, nici nu putea valida concepțiile sale prin reprezentanții săi parlamentari. S'au votat legi cu complecta nesocotire a intereselor noastre și fără a fi putut exercita influența cuvenită la redactarea lor.

Stigma mai sus amintită — *acuzățiunea că am fi dușmani ai Statului și în consecință trebuie să fim considerați ca un element îndesiderabil* — se accentuase și s'a infiltrat tot mai intens în opinia publică românească. Noi trebuia să suportăm consecințele dureroase pe toată linia, ceea ce era cu atât mai greu, încât nici organizațiile autonome județene, orașene și comunale n'au funcționat încă, atribuțiunile acestora fiind stabilite numai în 1925 și atunci după ideologia centralistă a guvernului liberal.

Dela 1 Dec. 1918 și până la 19 Martie 1921 — depunerea jurământului episcopilor — un imperativ moral ne obliga să rămânem în pasivitate și să răbdăm pierderea pe rând a pozițiilor noastre. Acum însă nu mai exista acest imperativ și opinia publică a maghiarimei urgita nerăbdător, văzând pierderile de teren neinterupte, o acțiune generatoră de rezultate concrete, pentru ameliorarea soartei sale. Numărul celor, cari cunoșteam atunci aspirațiunile și mijloacele politice românești, era foarte redus, chiar și cotidienele bucureștene numai câțiva puteam urmări din cauza neposedării limbei. Opinia noastră publică n'a văzut deci clar forțele, care sub durata guvernului liberal din 1922—1926 ne au împus o pasivitate de fapt, vedea și simțea însă, că începând cu reforma agrară, continuând cu legea cetățeniei și mai ales prin legile învățământului, guvernul pune în vigoare serii întregi de dispozițiuni, care tind la distrugerea poziției și situației maghiarimei.

Dacă fruntașii maghiarimei nu voiau — dar nici nu puteau să voiască — să se lasă în voia sorții și să rabde, ca pesimis-

mul descurajării să amuțească definitiv vocea noastră și ca maghiarimea de milioane să se înjosească să devină furnizătoarea de voturi a partidelor românești — era timpul să se caute și să se găsească o modalitate, *care să facă posibilă intrarea maghiarimei din România, ca unitate compactă în viața publică românească, pe lângă conservarea intactă a caracterului său* și ocuparea unei poziții, oricât de modeste, de unde apoi să poată exprima cu voce tare scopurile, aspirațiunile, doleanțele și pretențiunile particulare ale acestui popor minoritar, să-și valideze interesele și să-și apere condițiunile de trai și avutul ce-i mai rămăsese.

În atmosfera creată după alegerile din 1922 nu se mai putea spera, ca maghiarimea, singură și bazată numai pe forțele sale proprii, să poată realiza scopul de mai sus.

Astfel, deja prin natura împrejurărilor, se impunea căutarea unor alianțe.

Celelalte minorități nu puteau veni în considerație din acest punct de vedere. Unitate organizată aveau numai *Sașii și Evreii*, dar și dintre aceștia numai Sașii erau reprezentați în parlament. Ambele aceste minorități dobândiseră cu greu câte un loc modest în viața publică românească, dar și acesta, în mare parte prin încetarea legăturilor anterioare cu noi. Deci nu era verosimil, că oricare dintre ele ar fi fost dispusă să asume provocarea antipatiei prin crearea unei alianțe cu noi.

Noi însă *aveam neapărată nevoie, ca opinia publică românească să ia cunoștință odată de noi și să intrăm în viața publică și în primul rând în parlament*. Aceasta necesitate a fost recunoscută atunci la noi de toată lumea, drept *un interes vital*.

La fel simțeau și propovăduiau aceasta și cei doi politicieni Dni Bernády și Sándor Iosif, care în acest timp stăteau în cele două focușuri — mult îndepărtate între ele — ale maghiarimei ardeleni. Primul era atras de alianță cu Partidul Liberal, al doilea cu Partidul Național.

Tendențele celor doi politicieni au rămas însă fără rezultat, negăsind răsunet suficient în opinia noastră publică.

Di Bernády izbutise să convingă opinia noastră publică, că o opoziție dărză față de atotputernicul Ionel Brătianu și atașarea noastră la tabăra adversarilor lui, ar fi riscat, dacă nu chiar o sinucidere în tot cazul o mare primejdie între împrejurările date. Invers, Di Sándor Iosif a putut deștepta mult resentiment

chiar și contra încercării, ca maghiarimea să sprijine cu voturile sale pe Partidul Liberal, care — în afară de alegerile din 1922 și elaborarea Constituției — dăcătuse atât de mult împotriva intereselor maghiarimei.

Astfel stând lucrurile, alianța noastră, cu oricare dintre cele două partide mari românești, nu putea fi acceptată de masa maghiarimei, iar efortarea ar fi dus la destrămarea unității, făurite atât de greu. Trebuieia deci să se caute o altă modalitate.

În aceste timpuri grele ale desorientării și căutării unei directive acceptabile, unii conducători ai maghiarimei ardeleni s'au gândit la generalul Averescu, care în anul 1922 trecuse în opoziție fără vreo micșorare a popularității sale și al cărui guvern — dela depunerea jurământului episcopilor — ne arătase cea mai multă bunăvoință și înțelegere. Reprezentantul lui Averescu, în chestiuni ardeleni, era Dl Goga, care deasemenea a câștigat multă simpatie la noi, sub scurta durată a ministeriatului său.

Această orientare se cadra și cu intențiunile Dlor Averescu și Goga.

Generalul Averescu avea neapărată nevoie de sprijinul unei mase de alegători din Ardeal, pentru a putea obține din nou puterea. Or, Dl. Goga singur nu putea furniza voturile necesare, deoarece majoritatea covârșitoare a românimei ardeleni stătea încă neclintit alături de Dl Maniu. Nu era deci nimic mai învederat, decât câștigarea maghiarimei și Dl Goga, care cunoaște foarte bine mentalitatea noastră, își dădea seamă că în acest fel va dobândi tovarășii de luptă, cari meritau absolută încredere și pe cari poate conta cu siguranță, dacă nu operează cu renegați, ci încheie convențiune cu fruntașii adevărați ai maghiarimei și se angajează la satisfacerea pretențiunilor acesteia, foarte modeste, în raport cu situația, în care ne aflaserăm atunci. Nu se poate contesta însă nici faptul, că Dl Goga și mai ales Generalul Averescu intenționau, prin încheierea unei asemenea convențiuni și soluționarea uneia dintre cele mai importante probleme, nu numai a politicei *interne* ci și a politicei *externe* a României.

Terenul propriu pentru o colaborarea amicală era deci pregătit de o parte prin voința noastră de a intra în viața publică și de a scăpa de stigma de dușmani ai Statului, iar de altă parte de tendița Dlor Averescu și Goga să-și asigure un grup considerabil de alegători. Noi așteptam soluționarea cuvenită și

dreaptă a situației maghiarimei ardelene, iar Dnii Averescu și Goga, un pas important spre consolidarea României Mari.

Împrejurările încheerii Pactului.

Prima propunere o făcuse Partidul Averescan prin Dl Bucșan, subsecretarul de Stat de mai târziu, cumnatul Dlui Goga, prin intermediul Dlui Dionisie Moldovan Dlui Szele Béla, care imediat o transmisese Dlui *Grandpierre Emil*, vice-președintele de atunci al Partidului Maghiar și pe această bază au pornit apoi tratativele personale în vara anului 1923, la care au luat parte din partea partidului poporului la început numai Constantin Bucșan, iar din partea noastră *Grandpierre Emil*, *Stefan Hajdu*, *Szele Béla* și eu.

Tratativele prealabile au decurs favorabil și astfel în a doua jumătate a lunii Octombrie 1923 ne adunaserăm la locuința Dlui Bucșan din București pentru o convorbire de mai multe zile, la care a luat parte și Dl Goga, iar din partea noastră, în afară de cei amintiți Dnii Dr. Gavril Pál, Dr. Géza Ferenczy și Andrei Török.

Bucșan mi-a fost coleg de clasă la liceul din Sibiu, unde stăteam mulți ani dearândul în aceeași bancă și eram foarte buni prietini. Goga studia tot la acest liceu, însă cu doi ani înaintea noastră, se distingea deja atunci prin talentul său excelent, în Cercul nostru de lectură.

La intrunirea de mai sus desbătuserăm deja un text concret, redactat în românește de Dl Bucșan, pe temeiul proiectelor noastre anterioare. Datoria mea era între altele, să controlez identitatea textului român și maghiar și să aplanez diferențele ivite, printr'o redactare corespunzătoare. După discuțiuni nesfârșite, — la care chestiunea Bunurilor Private din Ciuc a cauzat multă dificultate, — în amurgul zilei de 23 Oct. 1923 am căzut de acord în textul românesc și a răsărit deja și soarele, când am ajuns la locuințele noastre.

La amiazi, Dl Negulescu, fost ministru al Instrucției și președintele de mai târziu al Camerei, a dat o masă în onoarea noastră, la care în afară de cei, cari am luat parte la desbateri, a fost prezent și regretatul Coanda, președintele de mai târziu al Senatului. La conversația intimă a mesii ni s'a format convingerea, că avem de a face cu cele mai venerabile personalități ale vieții publice românești, cari de facto sunt conduși de

sincera intențiune de a transforma viața maghiarimei, supusă regimului românesc, într-o formă mult mai avantajoasă.

Plecasem din București cu astfel de sentimente și cu cele mai frumoase speranțe.

Am fost însărcinat de ambele părți, să traduc în ungurește textul român al Pactului, să-l prezint spre semnare prietenilor noștri și apoi să-l readuc la București, pentru a fi semnat de Dnii Bucșan, Goga și în fine de Generalul Averescu.

Mi-am dat toată silința să îndeplinesc cât mai bine această însărcinare și după corectarea greșelilor fatale de copiere și traducere și după ce exemplarele Pactului au fost semnate de Dnii Grandpierre Emil, Stefan Hajdu, Szele Béla și Pál Gavril, cu data de 23 Oct. 1923 — ziua încheerii faptice a Pactului — mă dusei la București cu însărcinarea, să semnez numai împreună cu Dnii Goga și Bucșan și să predau exemplarele noastre în schimbul exemplarelor semnate de ei.

La ratificarea Pactului, care a avut loc la 31 Oct. 1923 la București, în halul Hotelului Athenée Palace, luase parte și Dl Bernády — atunci încă președinte prezumtiv — și la dorința lui am modificat puțin partea referitoare la Palatul Cultural din Târgu-Mureș, făcând și alte modificări favorabile de mai mică importanță.

Pactul abia semnat, Goga o prezentase încă în ziua aceea regretatului Regele Ferdinand și când s'a reîntors dela audiență, mi-a relatat cu entuziasm, că Regele primise Pactul cu viu interes și deosebită simpatie. Citise din cuvânt în cuvânt partea generală introductivă și partea referitoare la chestiuni bisericești și le aproba întru toate. După audiența regală, Goga avea în mod vizibil impresia, că șansele partidului lor de a veni la guvern au crescut considerabil, ceea ce de altă parte era o dovadă incontestabilă, că Regele Ferdinand dorea cu tot sufletul său nobil pacificarea maghiarimei; și de această dorință a Regelui își dădeau seama toți politicianii.

La plecarea mea din București, Dl Goga m'a incredințat să prezint cât mai de vreme un exemplar al Pactului Contelui Bethlen Stefan, Primministrul Ungariei. Din motive tehnice nu am putut satisface această dorință, decât cu câteva luni mai târziu, căci numai la 1 Aprilie ajunsesem să discut chestiunea cu contele Bethlen. Expresia momentană și spontană a acestui desiderat arată, că Dl Goga — și poate și Regele Ferdinand, cu care

vorbise cu câteva minute mai înainte — considerase, că Pactul ar fi potrivit să atenueze încordarea celor două State. Conte Bethlen Stefan era mai puțin optimist. A accentuat, că nu dorește să se amestece în treburile noastre, deoarece noi știm mai bine ce ne doare și în consecință noi singuri suntem chemați a decide asupra modalităților, ce ne pot aduce soluționarea problemelor noastre. El n'are decât să se bucure, dacă prin această convențiune amicală ni se ușurează soarta, dar în ce privește valoarea pactului — cum era și natural — nu se poate pronunța până la ajungerea Generalului Averescu la guvern. În această privință a și avut dreptate, deoarece până la venirea la putere a guvernului Averescan, a mai trebuit să treacă un interval lung și greu de trei ani, în care pactul trecuse prin multe peripecții.

Poetul Goga era foarte abil în a face cât mai intim și cordial raportul părților contractante, întrebuintând cu dibăcie ocaziile și momentele potrivite în acest scop. Ne-am convins de aceasta deja la tratativele la locuința Dlui Bucșan, la 23 Oct. 1923, precum și în ziua următoare la masa oferită de Dl Negulescu. Drept urmare a acestei metode, s'a folosit și de vizita generalului Averescu, făcută la Castelul lui Goga din Ciucia, invitându-ne la o masă, pe ziua de 25 Nov. 1923, pe toți cari luaserăm parte la tratativele pactului. Titlul oficial al invitației era, că generalul Averescu *dorește să cunoască personal personalitățile de conducere ale maghiarimei*. Alegerea invitaților o încredințase Dlui Grandpierre Emil, care înafară de cei menționați, îl mai invitase și pe Dl Bernády. Din partea Partidului Poporului mai luase parte și Dl Petru Groza.

Cu această ocazie preluasem exemplarele semnate de Generalul Averescu, care lângă semnătura sa, făcuse următoarea mențiune: *«Se va urma întocmai.»* Această mențiune era un argument în plus, că ostașul cărunt, a luat într'adevăr în serios și se obligă sincer, să respecte stipulațiunile Pactului încheiat în numele său și aprobat de dânsul și care în acest fel devenise obligator și formal, în întregime, atât pentru el însuși, cât și pentru Partidul său.

La masa dela castelul din Ciucia ne-a salutat Dl Goga, ca stăpânul casei. Dl Grandpierre Emil i-a răspuns în ungurește, apoi generalul Averescu rostise câteva cuvinte călduroase și serioase și la urmă luase cuvântul Bernády, expunând pe larg

ideile și părerile sale în privința raportului românimei cu maghiarimea.

Oricât de prevăzător s'a procedat la aranjarea întâlnirii din 25 Nov. 1923 dela Ciucia ea nu mai putea rămâne în secret, ca celelalte convorbiri; i-s'a răspândit vestea, bineînțeles fără ca cineva, afără de cei inițiați să fi cunoscut esența întâlnirii, sau chiar textul Pactului. Acesta este motivul, că mai târziu presa a botezat convențiunea noastră cu denumirea «*Pactul dela Ciucia*», deși — cum s'a arătat mai sus — el a fost încheiat la București, în ziua de 23 Oct. 1923, iar la Ciucia ne adunaserăm numai pentru confirmarea solemnă a stipulațiunilor cuprinse în el.

În legătură cu întâlnirea dela Ciucia, mai este de menționat, că generalul Averescu ne-a trimis tuturor invitațiilor dela Ciucia câte o fotografie dedicată, ceea ce era o altă dovadă eclatantă, că cel mai mare ostaș al României ne poartă o considerație excepțională nouă, cu cari căzuse de acord în privința unei importante probleme.

Atmosfera amical de intimă dela Ciucia, cu drept cuvânt era succesul personal al Dlui Goga. După masă m-a tras la o parte și-mi spunea intim:

— „Dacă Stefan Tisza ar fi fost capabil să încheie o asemenea transacție cu Românii ardeleni, i-s'ar fi ridicat statue încă în timpul vieții.“

— Dacă conducătorii românilor ardeleni ar fi arătat atâta înțelegere și devotament desinteresat față de interesele superioare ale Statului, cum arătam noi, transacția s'ar fi putut încheia deja atunci, — îi răspunsese eu.

E drept, că am adus sacrificii prin încheierea Pactului, însă eram constrânși la aceasta, spre a asigura liniștea, situația și avutul rămas al poporului nostru și pe baza acestora dezvoltarea sa viitoare.

Textul Pactului.

Subsemnații Octavian Goga și Constantin Bucșan, ca mandatarai ai Partidului Poporului:

Emil Grandpierre, Elemér Gyárfás, Gavril Pál, Stefan Hajdu și Béla Szele, ca mandatarai ai Partidului unguresc; călăuziți de dorința de a uni toate forțele celor două partide, pentru a le pune în serviciul intereselor superioare ale țării, au convenit asupra următoarelor:

1. Partidul unguresc, luând cunoștință de programul Par-

tidului Poporului, adoptat în Congresul dela Sibiu din Decembrie 1922, va da întreg sprijinul său pentru realizarea lui și nu va întreprinde nici o acțiune politică în afară de cadrele acestui program.

2. Partidul Poporului primește desideratele formulate de Partidul unguresc și considerându-le ca parte integritoare a programului său, va sprijini realizarea lor, crezând că este în interesul consolidării și propășirii țării, să asigure tuturor cetățenilor, fără deosebire de religie și naționalitate, condițiunile de trai liber și dezvoltare normală.

3. Deputații și senatorii ambelor partide vor forma o unitate parlamentară.

4. În afară de Parlament, Partidul unguresc își menține organizația, numele și individualitatea.

5. Pentru asigurarea unității de conducere, Partidul unguresc acceptă îndrumările politice, date în cadrele acestei înțelegeri de către Președintele Partidului Poporului.

6. În interesul unei neturburate și cât mai strânse colaborări, Partidul unguresc va fi reprezentat în Comitetul executiv al Partidului Poporului prin 5 delegați.

7. Pe toată durata acestui pact, Partidul Poporului va proceda în deplină înțelegere cu Partidul unguresc, excluzând intervenția altor formațiuni politice, — în chestiunile, cari privesc interesele generale și locale ale minorității ungurești.

8. Pentru cazul, că Partidul Poporului va intra în colaborare și cu alte partide politice, acest pact rămâne neatins.

9. Acest pact este fără termen. El nu va fi denunțat decât în cazul unor fundamentale deosebiri de vederi asupra intereselor Statului român și ale minorității ungurești din România.

Acest pact va intra în vigoare cu ziua de azi. În publicitate nu va fi adus, până la o dată, care se va hotărâ cu învoirea ambelor partide.

Partidul unguresc având misiunea de a lupta pentru realizarea tuturor drepturilor și intereselor minorității maghiare, formulează următoarele desiderate concrete, realizabile în împrejurările actuale :

I.

Listele electorale să fie întregite în așa fel, că să se asigure dreptul de vot pe seama fiecărui cetățean, care întrunește condițiunile de vârstă.

Dacă din cauze tehnice întregirea listelor electorale nu se va putea face până la nouile alegeri, candidatura cetățenilor neintroduși în liste, întrucât indeplinesc condițiunile prevăzute în lege, nu poate fi respinsă.

Excepțiile prevăzute în lege, sa să aplice cu o egală măsură față de toți locuitorii țării, fără deosebire de naționalitate.

2. Pe timpul alegerilor de Cameră și Senat, Partidul Po-

porului și Partidul unguresc se vor sprijini reciproc. Partidul Poporului va susține pe candidatul Partidului unguresc în următoarele circumscripții electorale :

Pentru Senat în circumscripțiile : Arad, Oradea-Mare, Marghita, Ciuc, Cluj, Târgul-Mureș, Odorheiu, Satu-Mare, Timișoara și Treiscaune.

Pentru Cameră în circumscripțiile : Arad, Oradea-Mare, Sălard, Marghita, Săcele, Mercurea Ciucului, Gheorgheni, Târgu-Mureș, Erneul-Mare, Mercurea Nirajului, Odorheiu, Crișturul-Secuesc, Homorod, Satu-Mare, Careii-Mari, Sfântul-Gheorghe, Târgul-Secuesc și Aita-Mare.

În aceste circumscripții persoana candidatului va fi hotărâtă de către Comitetul de conducere al Partidului unguresc. În toate celelalte circumscripții Partidul unguresc va interveni cu toată autoritatea sa, ca alegătorii de naționalitate maghiară să-și dea votul lor pentru candidatul Partidului Poporului.

Mai târziu, după înfăptuirea reformei electorale, când votarea se va face pe liste, în circumscripții, în cari și Partidul unguresc dispune de organizații proprii, lista comună a candidaților se va întocmi, prin bună înțelegere, de către organele autorizate ale ambelor partide. La întocmirea listei de candidați se va avea în vedere mai întâiu valoarea politică a candidaților și numai în al doilea rând se va ține seama și de naționalitatea lor. Totuși, pentru a preîntâmpina viitoarele neînțelegeri, se stabilește de pe acum, ca să se rezerve pentru Partidul unguresc un minim de 18 mandate de deputat și 10 mandate de senator.

3. Reforma electorală să se întemeieze pe principiul reprezentării proporționale a minorităților.

4. Să se precizeze prin lege, toate cazurile de incompatibilitate. Contestarea mandatelor se va judeca de către Curtea de Casație.

II.

1. Bisericele rom. cat., reformate și unitare își vor păstra autonomia, în cadrele dezvoltării lor istorice, rămânând neștirbit dreptul de control al Statului.

Autonomia statusului romano catolic din Ardeal să se întindă și asupra teritoriilor de dincolo de Piatra Craiului. Să se recunoască dreptul de liberă organizare a bisericei reformate din regiunea Pietrii Craiului și al bisericelor luterane maghiare. Autonomia acestora din urmă să fie recunoscută de Stat. Autonomia statusului romano-catolic, lărgită în acest chip, să se respecte și cu ocazia încheierii concordatului.

Toate aceste autonomii să fie consfințite prin lege.

2. Amestecul autorităților administrative în afacerile interne ale comunităților bisericești să fie interzis. Bisericele să poată fi deschise și serviciul divin să fie permis și pe timpul stării de asediu. Orice sentință, prin care se hotărăște destituirea unui

preot, să nu poată fi executată, decât prin autoritatea superioară bisericească.

3. Pentru faptele sau neglijența unei persoane din serviciul bisericei, biserica însăși, școala sau alte instituțiuni, susținute de ea, să nu sufere nici un prejudiciu.

Să se întregască salariile preoților și să se reguleze modalitatea de plată, urmând ca în aceasta privință, preoții unguri să fie puși pe aceeași treaptă ca preoții români.

5. Pentru cazul, că o comunitate bisericească dispare, biserica, școala, cimitirul și orice avere a ei, va trece în lipsă de alte dispozițiuni statutare, asupra organizației superioare bisericești, nici Statul, nici vreo altă confesiune, neavând dreptul de a formula vreo preferențune asupra acestei averi, nici în cazul declarării lor de monumente istorice. În cazurile în cari acest lucru s'a săvârșit, se va restitui starea de mai înainte.

6. Faptul încetării unei comunități bisericești, se poate constata numai de către autoritatea superioară a acestei comunități, conform cu înțelesul statutelor ei.

7. Să se recunoască dreptul bisericelor romano-catolice, reformate, unitare și evanghelice ungurești de a-și impune credincioșii și de a încasa dela acestea impozite cu ajutorul organelor administrative.

8. Și în împrejurările schimbate să se îndeplinească în mod corespunzător obligațiunile patronatului și să se revoace toate ordonanțele, prin cari se interzice împlinirea îndatoririlor patronale.

9. Orice propagandă, care tinde la înstrăinarea averilor mobile și imobile bisericești și școlare, se va pedepsi conform dispozițiunilor Codului Penal.

III.

1. Se va recunoaște dreptul minorităților de rasă, limbă și religie, de a înființa și întreține școli sub controlul direct al Statului, și să li se asigure acestor școli dreptul de publicitate, precum și dreptul de a elibera certificate valabile. Confesiunile să fie libere de a se îngriji de adunarea mijloacelor materiale necesare întreținerii acestor școli, fie și prin impunerea credincioșilor lor și de a fixa taxele școlare.

2. Să se retragă toate ordonanțele, cari ating aceste drepturi, asigurându-se astfel funcționarea neturbată a școalelor confesionale și dreptul lor de publicitate. Partidul unguresc recunoaște fără rezerve dreptul de suprema inspecțiune al Statului și să se oblige să intervie cu toată autoritatea sa, pentru curmarea eventualelor nereguli și abuzuri, constatate prin anchetă obiectivă.

3. Ca o urmare a dreptului de publicitate și a libertății învățământului, bisericilor, corporațiunilor și societăților susținătoare de școli, să li se asigure dreptul de a primi în școalele lor elevi de orice sex, confesiune și naționalitate.

4. În măsura, în care școalele confesionale românești sau altor confesiuni se vor bucura de ajutor din partea Statului, acest ajutor să se acorde cu o egală măsură și școalelor întreținute de confesiunile ungurești.

5. Clădirile școlare, cu întreg inventariul lor, precum și alte așezăminte de cultură, întemeiate și susținute cu banii comunelor sau confesiunilor, corporațiilor și societăților culturale sau de binefacere ungurești, se vor da în posesiunea vechilor proprietari.

6. Credincioșii unei confesiuni să nu poată fi obligați sub nici o formă și în special nici sub forma de prestațiuni, să contribuie pentru scopurile școlare sau bisericești străine de confesiunea lor.

7. Programul de învățământ în școalele confesionale va fi întocmit cu aprobarea Ministerului de Instrucțiune Publică. Limba de predare va fi însă cea hotărâtă de către susținătorul școlii.

8. Dispozițiunile și ordonanțele contrare acestor puncte să se scoată din vigoare.

IV.

1. Averele instituțiilor sociale și a societăților de binefacere, luată pe nedrept, sub orice titlu s'ar fi luat, să fie restituită membrilor sau proprietarilor lor.

Casina din Lugoj, Deva, Brașov, Therezianum din Sibiu etc.

2. Palatul cultural din Târgul-Mureș să fie dat în administrarea unui comitet, din care fac parte ca membri primarul, consilierul cultural, un reprezentant al Ministerului Artelor și 3 membri aleși la propunerea Societății Emke.

Aceeași măsură să se iee și pentru palatul cultural din Arad.

3. Teatrele ungurești, în ființă astăzi, să fie autorizate a funcționa și mai înainte. Cenzura teatrală să fie exercitată exclusiv de către Ministerul Artelor. Teatrul de vară din Cluj să fie lăsat în folosința permanentă a trupelor de teatru ungurești, fiind acestea obligate să plătească o chirie, care să nu treacă peste cheltuelile de amortizare și întreținere a localului.

Pentru problemele artistice maghiare, se va institui o comisiune specială de trei membri, care va funcționa pe lângă Ministerul Artelor, ca organ consultativ.

4. Să se permită aducerea în țară a cărților și altor publicațiuni, cari nu pot fi excepționabile din punct de vedere politic.

5. Să fie restituite după posibilitate, monumentele istorice, statuetele, tablourile de valoare, mutate dela locul lor în urma transformărilor politice. În cazuri, în cari acest lucru nu s'ar mai putea săvârși, ele să fie așezate în muzee, în așa fel, ca sentimentul de pietate să nu fie atins și valoarea lor artistică să fie păstrată.

6. Diplomele tinerilor, cari studiază la universități sau la alte școli superioare din străinătate, să fie nostrificate.

Festivitățile și reprezentațiile aranjate de către comunitățile bisericești sau școlare, cu scopuri bisericești și școlare, vor fi scutite de taxa de petrecere.

Să se aprobe statutele Societății Culturale Emke, cu restituirea ei în toate drepturile.

V.

1. În contactul nemijlocit cu autoritățile administrative locale și medie, cetățenilor de naționalitate maghiară să li se recunoască dreptul de a folosi limba lor în graiu și scris.

2. În teritorii, a căror populațiune se compune cel puțin în 25 % din cetățeni de naționalitate maghiară, să se aplice în oficiile administrative inferioare și mijlocii în număr corespunzător funcționari de naționalitate maghiară sau astfel de funcționari, cari cunosc bine limba, obiceiurile și împrejurările din viața ungurească.

Starea de lucruri de azi, care atinge însăși interesele țării, să înceteze.

3. În orașele și comunele, cu populație maghiară de cel puțin 25 %, numirea localității, anunțurile oficiale și inscripția străzilor și a piețelor, să se facă paralel cu limba Statului și în limba maghiară. Să se retragă toate acele ordonanțe, cari interzic părților să vorbească ungurește în oficii publice, în birourile C. F. R. etc.

În localitățile locuite în majoritate covârșitoare de cetățeni de naționalitate maghiară, numirea localității să rămână cea veche.

4. Legile țării și ordonanțele ministeriale să fie publicate și în limba maghiară.

5. În ținuturile locuite în majoritate covârșitoare de cetățeni de naționalitate maghiară, să se permită întrebuintarea paralelă a limbei maghiare în graiu și scris.

6. Să se restituie autonomia comunală și județeană, cel mai târziu la un an după votarea reformei electorale.

7. În cadrele reformei administrative să se țină seamă și de dorințele aci exprimate ale minorității ungurești.

8. Să se dea asigurări, ca la o eventuală nouă împărțire administrativă și judecătorească, ținuturile locuite în majoritate de cetățeni de naționalitate maghiară, nu vor fi desfăcute și separate în mod meșteșugit, cu scopul de a le majoriza. În aceasta privință să se respecte îndeosebi împărțirea administrativă a ținutului Secuiesc dela sfârșitul anului 1921.

9. Populația maghiară să fie proporțional reprezentată în toate comisiunile administrative.

10. Să se institue Contenciosul Administrativ cu un număr corespunzător de judecători și funcționari unguri.

11. În Ministerul de Interne să se organizeze o secție a Minorităților, în fruntea căreia să fie pus un funcționar de naționalitate maghiară. Funcționarii superiori ai acestei secțiuni să fie numiți dintre minoritari.

12. Pentru afacerile bisericești și școlare ungurești, să se organizeze câte-o secțiune deosebită în Ministerul de Instrucție și în Ministerul Cultelor. Conducerea acestor secțiuni să se încredințeze unor funcționari unguri sau cunoscători ai limbii și împrejurărilor ungurești.

În fiecare Minister să fie aplicat cel puțin un funcționar superior de naționalitate maghiară.

VI.

1. În Justiție contactul nemijlocit între judecători, funcționari și partide, să se facă, după posibilitate, în limba părților.

2. Avocații de naționalitate maghiară, cari și-au luat licența înainte de 1 Ianuarie 1922, vor primi un ultim termen până la 30 Decembrie 1925, pentru a-și însuși limba Statului. În acest răstimp ei vor putea pleda în fața instanțelor judecătorești inferioare și în limba maghiară.

Avocații, cari nici în acest răstimp nu-și vor putea însuși limba română, pentru acest motiv nu vor putea fi șterși din birou. În orice caz, avocații de naționalitate maghiară, nu vor putea să fie supuși unui examen de limbă română.

3. În ținuturi, a căror populațiune se compune cel puțin în a patra parte de cetățeni de naționalitate maghiară, să se aplice în număr corespunzător judecători și funcționari unguri sau cunoscători ai limbei maghiare.

4. Independența judecătorilor să fie garantată printr-o lege specială.

VII.

1. Legea Agrară să fie executată în mod corect și imparțial, revenindu-se asupra abuzurilor săvârșite până acum în această privință.

2. În cadrele Comitetului Agrar să se institue o secțiune specială și cererile de revizuire, date în materie de expropriere de cârmă ardeleni și bănățeni, să fie judecate exclusiv de această secțiune.

3. Circulația imobilelor, rămase scutite definitiv de expropriere, să fie absolut liberă.

4. Chestiunea Bunurilor Private Secuești să fie rezolvată în mod echitabil, în conformitate cu dispozițiunile legii Agrare și până la rezolvarea ei definitivă, să se restituie comunității averea, care nu cade sub expropriere.

5. Munții Sovatei, formând azi proprietatea a 127 comune secuești, să rămână în proprietatea comunelor interesate.

6. O eventuală nouă împărțire administrativă să nu schimbe situația actuală și felul de întrebuințare a averilor județene.

7. Înființarea uniunilor de agricultură, a sindicatelor și a oricăror tovarășii, cu caracter economic, aprobarea statutelor lor, recunoașterea calității lor de persoane juridice, să se facă fără nici o restricțiune numai în baza legilor și ordonanțelor ministeriale în vigoare. Guvernul, în puterea dreptului său de suprema inspecțiune, nu va putea limita sau interzice funcționarea acestor uniuni, decât în cazul, dacă ele calcă legile țării sau chiar propriile lor statute.

8. Înființarea și sporirea de capital a societăților pe acțiuni, dacă cel puțin trei-pătrimi a capitalului sunt din țară și cel puțin trei-pătrimi a membrilor consiliului de administrație sunt cetățeni români, să nu fie condiționate de nici un fel de autorizație, impusă în mod arbitrar, fie de guvern fie de autoritățile administrative, în afară de condițiunile prevăzute de legile industriale și comerciale în vigoare.

9. În viața comercială, ca și în viața particulară – și anume pe hârtii de scrisori, pe firme, pe anunțuri, în registre etc. – întrebuințarea limbei materne să fie absolut liberă.

VIII.

1. Să se reguleze în mod echitabil chestiunea funcționarilor, cari au fost în serviciul Statului și nu au depus jurământul de credință către Statul Român, întrucât de prezent locuiesc în țară și sunt cetățeni români. Ei să fie reprimiți în serviciu, sau dacă întrunesc condițiunile legale, să fie pensionați. Pentru cazul de pensionare, durata serviciului lor să fie considerată ca neîntreruptă. Deasemenea să fie reprimiți funcționarii, cari depunând jurământul mai târziu, din cauză, că nu au învățat românește, au fost concediați, fără o prealabilă cercetare disciplinară.

2. În măsura întoarcerii la viața normală, măsurile excepționale, rechizițiile și închirierea forțată a locuințelor, să înceteze, iar locuințele rechiziționate să fie eliberate.

3. La stabilirea naționalității să se servească însăși declarația cetățeanului.

4. Să se permită purtarea culorilor roșu – alb – verde, cu indicarea emblemei Statului Român.

5. Partidul unguresc se angajează să îndrume propaganda politică a ziarelor, cari stau sub influența sa, în sensul acestor desiderate. Dorește ca aceeași atitudine să fie observată și din partea ziarelor Partidului Poporului.

București, la 23 Ocimvrie 1923.

Dr. Grandpierre Emil m. p.

Octavian Goga m. p.

E. Gyárfás m. p.

C. Bucșan m. p.

Dr. Hajdu István m. p.

Dr. Pál Gábor m. p.

Văzut: Se va urma întocmai

Szele Béla m. p.

Gl. Averescu m. p.

Pactul și partidele politice.

Conform înțelegerii, textul Pactului trebuia ținut riguros în secret. Cu toate acestea am fost siliți să-l facem cunoscut mai multor membri ai conducerii Partidului nostru; situația era la fel și la partea adversă. Totuși, în cursul unei decenii și jumătate, ce a trecut de atunci, mai multe organe de presă, au ajuns să cunoască — fără știința și aprobarea noastră — unele fragmente ale Pactului, iar mai târziu câteva ziare românești l-au reprodus în întregime. Nu mai comit deci vre-o indiscreție, dacă cu ocazia acestor expuneri dau publicității textul autentic al documentului, care astăzi nu mai are decât o însemnătate istorică, deoarece eficacitatea lui încetase deja la 1 Febr. 1926, dar cel mai târziu în Iunie 1927.

Publicarea Pactului se impune nu numai din punct de vedere istoric, dar și din motive de ordin practic, deoarece el invederează — ca un far puternic — situația de atunci a maghiarimei ardelen.

Nici astăzi nu trebuie să aibă nimeni remușcări sau rușine pentru încheierea Pactului. El este expresiunea unor stăruințe cinstite, care urmăreau binele comun al ambelor popoare. Și ca atare, pactul poate servi ca învățătură pentru prezent și ca imbold pentru viitor.

Deși așa numitul Pact dela Ciucia nu mai este astăzi decât un document istoric, este totuși în același timp o dovadă irefutabilă, că cu bunăvoință și o puțin mai clară vedere în viitor poate fi soluționată și cea mai dificilă situație, ca aceea, în care ne aflam atunci. Unele din stipulațiunile Pactului arată starea grea, unde am ajuns în acel timp și de unde izbutiserăm să ne ridicăm de atunci, iar altele fac dovadă, că în 1923 mulți români serioși și mari naționaliști credeau posibilă satisfacerea unor pretențiuni ale noastre, a căror recunoaștere astăzi nici nu-am îndrăzni s'o cerem. Dl. Goga ne oferise și prefecți maghiari în județe maghiare. Noi l-am refuzat categoric, neputând asuma o răspundere așa de grea pentru atitudinea politică a guvernului.

Unele dispozițiuni par a fi drept anacronice astăzi, fără însă să scadă valoarea Pactului sau să arate în culoare defavorabilă pe vreunul dintre părți, căci toate aceste dispozițiuni documentează voință sinceră, ce tindea la înțelegere.

Din partea noastră situația este și mai clară, deoarece

partea introductivă anticipează că acest Pact *«conține desideratele concrete și realizabile între împrejurile date»*, enunțând că *Partidul Maghiar socotește de misiunea sa eluptarea tuturor drepturilor minorității maghiare*.

Astfel, toți cei, care am încheiat Pactul, am asumat și asumăm și astăzi fără înconjur toată răspunderea morală și politică a actelor noastre.

Era și necesară această responsabilitate individuală, căci din motive de ordin practic, Pactul nu putea fi supus în întregime aprobării formale a organelor competente, nici ale Partidului Maghiar și nici ale Partidului Poporului și astfel nu putea fi aprobat formal prin organele statutare ale partidelor interesate.

Spre a evita conflictele personale, semnalate în capitolele precedente, — deși DI Bernády luase parte la ratificare, — ratificarea Pactului de către Partidul Maghiar s'a făcut numai în formă deghizată în felul, că în ședința ținută la 12 Dec. 1923 a comitetului executiv, prin verificarea procesului verbal din 22 Nov. s'a stabilit, că președinția partidului este autorizată să înceapă tratative cu diferite partide românești și *să dea socoteală comitetului executiv în timp util despre rezultatele obținute*. Președintele Ugron avea însă cunoștință despre toate disensiunile noastre și totul se făcuse cu aprobarea dânsului. El însuși nu a semnat pactul, dar printr'o scrisoare adresată Generalului Averescu și-a dat consimțământul și dacă nu mă înșală memoria, îl confirmase și prin o vizită făcută Generalului Averescu.

Toți eram convinși de necesitatea precauțiunii și discreției, căci era evident, că dacă cele două partide mari românești, dar mai ales Partidul Național, succesorul în spe a guvernului, va lua cunoștință de existența Pactului sau chiar de textul aceleuia, va deslănțui o ofensivă atât de aprigă, sub parole șovinite răsunătoare, încât va periclita serios șansele Partidului Poporului de a veni la guvern, or, de aceasta depindea satisfacerea desideratelor noastre și rostul întregului Pact.

Însă, evenimentele creaseră situații, din care s'a aflat sau cel puțin putea presupune existența Pactului. Astfel de exemplu la alegerile suplimentare pentru Cameră, ținute în primavara anului 1925 la Reghinul Săsesc, maghiarimea — la comanda partidului, dată în virtutea Pactului — dăduse voturile sale ca un singur om pentru DI Goga, ceea ce era deciziv pentru soarta alegerii și a provocat un puternic resentiment în cercul

Partidului Național din Ardeal. Iar la alegerile suplimentare pentru Senat, ținute la 24 – 25 Aprilie 1925 la Ciuc, Generalul Averescu sprijinise candidatura mea printr'o proclamație expresă. Prin acest act a făcut imposibilă respingerea candidaturii mele prin mijloace întrebuintate în anul 1922, iar după aceea, când, printr'un furt rușinos de urne, tot candidatul liberal a *»ieșit învingător«*, la dorința expresă a Generalului Averescu, mandatul astfel obținut a fost atacat în cursul validării de către protopopul Dăianu, ce-i drept, destul de timid.

Aceste colaborări au trădat raporturile, care ne-au legat, celor cari erau în curent cu lucrurile dinapoia culiselor politice. După scurt timp, Dl Iosif Sándor a cerut oficial informație dela conducerea Partidului în privința Pactului, care i-a și pus la dispoziție în mod confidențial textul Pactului. Dl Sándor Iosif, a atacat vehement textul Pactului printr'un memoriu de 24 pagini și un supliment de 12 pagini, înaintat la 1 Iunie 1925, precum și verbal la ședința comitetului prezidențial, cerând denunțarea Pactului și orientarea către partidul Dlui Maniu.

Între timp a luat cunoștință despre Pactul și guvernul și Partidul Liberal, și i-și dădea toată silința, să-și tragă foloasele pentru propriul său partid. Dl Tătărescu, atunci subsecretar de Stat la Interne, care în această calitate a stârnit o mare vâlvă în sânul nostru prin declarația făcută în Cluj, la 11 Iunie 1924, că asuprirea maghiarimei nu va înceta, până ce Partidul Maghiar nu destitue pe președintele Ștefan Ugron, vice-președintele Grandpierre Emil și deputatul Sándor Iosif, – tentativă respinsă cu unanimitate disciplinată de către comitetul executiv al Partidului – la un an după această încercare eșuată, referindu-se la convorbirile noastre din toamna anului 1925 despre chestiunea minoritară, m-a invitat să îi fac un memoriu, enumerând desideratele mai principale ale maghiarimei, prin satisfacerea cărora s'ar putea pune la punct chestia minoritară. În urma acestei însărcinări am redactat un memoriu, în care, după o scurtă introducere, am schițat urgența unei prompte soluțiuni și gravitatea prejudiciilor noastre, iar *ca propunere concretă i-am expus toate desideratele noastre, acceptate de Generalul Averescu în Pactul dela Ciucia*, terminând cu aceea, că această expunere formează convingerea mea personală, dar doleanțele exprimate sunt pasibile de modificări și corectări din partea celorlalți conducători ai Partidului Maghiar, pentru că o conven-

țiune nu poate fi încheiată decât numai cu conducerea competentă a Partidului. Memoriul l-am predat Dlui Tătărescu la 24 Sept. 1925, care mi-a mulțumit, fără însă să mai revină vreodată asupra lui. Nu se știe, care a fost motivul, însă fapt este că, fie că-i erau prea oneroase stipulațiunile memoriului, fie că — potrivit atitudinii sale anterioare — nu voia să intre în tratative cu conducerea de atunci a Partidului nostru, nu s'a mai interesat de loc de această chestiune.

Toate aceste tratative ale partidelor, criticile directe și semidirecte, uneltiri și intrigi mai mult sau mai puțin importante, dar mai ales neîmplinirea speranței de a veni la guvern Partidul Averescan, ceea ce se tot amâna de doi ani de zile, au răcit puțin raporturile atât de cordiale dela început și chiar și prietenii noștri, cari luaseră parte activă la încheierea Pactului, au început să aibă diferite temeri. Pentru eliminarea acestora s'a ținut o nouă conferință la Brașov în ziua de 8 Nov. 1925. Cu această ocazie contele Bethlen Gheorghe a ajuns primădată în contact personal cu Partidul Averescan. Procesul verbal al conferinței — pe care contele Bethlen și eu, nici nu l-am mai semnat, căci plecaserăm înaintea de închiderea sa — deja invederează dificultățile ivite, majoritatea cărora nici nu mai puteam să o aplanăm și astfel și reprezentantul Partidului Averescan l-a semnat cu rezervă.

PROCES VERBAL,

dresat la întrunirea reprezentanților Partidului Poporului și a Partidului Maghiar, ținută în ziua de 8 Nov. 1925 la Brașov.

Au fost prezenți :

Din partea Partidului Poporului: Dr. Constantin Bucșan.

Din partea Partidului Maghiar: contele Gheorghe Bethlen, Dr. Géza Ferenczy, Dr. Elemér Gyárfás, Dr. Eugen Nagy, Dr. Gavril Pál, Dr. Béla Szele și Dr. Andrei Török.

Dr. Constantin Bucșan a salutat pe cei prezenți și a expus scopul și interesul întrunirii. În intervalul lung de timp ce a trecut dela încheierea pactului (23 Oct. 1923) au intervenit multe evenimente, atât în legiferare, cât și în viața politică a țării și astfel a devenit necesar să se discute și să se precizeze stările de lucruri a noii situațiuni.

După aceasta au fost examinate stipulațiunile Pactului încheiat la 23 Oct. 1923 la București, urmând ca rezultatele discuțiunilor să fie supuse aprobării președinției ambelor partide.

Partea introductivă.

Ad. 1. Reprezentanții Partidului Maghiar au cerut elucidarea acestui articol și ca cuvintele „afară de limitele acestui program” să fie înlocuite cu cuvintele „tot ce este contrar acestui program.”

După părerea Dlui C. Bucșan, dispozițiunea, că Partidul Maghiar nu începe alte acțiuni politice, se referă exclusiv la aceea, că Partidul sub durata Pactului nu începe acțiuni, întovărașite cu alte partide politice. Dispozițiunea de mai sus nu se referă la nimic altceva. Dealtfel nu are obiecțiuni împotriva acestor corecțiuni.

Ad. 3. La dorința reprezentanților Partidului Maghiar s'a stabilit, că dispozițiunea cuprinsă în acest articol nu se referă decât la deputații și senatorii aleși pe temeiul Pactului.

Reprezentanții Partidului Maghiar mai cer, ca expresiunea „unitate” să fie înlocuită cu expresiunea „singur grup parlamentar”, având înțelesul de „grup unit”.

Dl C. Bucșan este de acord.

Ad. 5. Reprezentanții constată de comun acord, că expresiunea „îndrumările” din textul român al Pactului, a fost tradusă greșit în ungurește cu expresiunea „utasításait”, deoarece corespondentul expresiunii „îndrumările” în ungurește este „utmutatásait”, cum s'a intenționat și s'a și pus corect în textul român. Deci se va corecta în acest sens.

Conform interpretării ce dau acestui cuvânt reprezentanții Partidului Maghiar, expresiunea „îndrumările” are sensul, că Partidul Maghiar nu face în mod unilateral înțelegeri politice cu alte partide.

Ad. 6. Dl C. Bucșan interpretează această dispozițiune în sensul, că Partidul Maghiar nu procedează, în nici o chestiune ce cade înafară de sfera sa, fără ascultarea șefiei Partidului Poporului.

Reprezentanții supun această interpretare deciziei președinției ambelor partide.

Ad. 6. Dl C. Bucșan își exprimă părerea, ca Partidul Maghiar să delege cei cinci membri, cari îl vor prezenta în comitetul de execuție al Partidului Poporului.

Ad. 10. Reprezentanții Partidului Maghiar accentuiază, că după voința originală a părților contractante, Pactul, — deși a fost privit încheiat la 23 Oct. 1923, — va avea eficacitate numai din momentul venirii la guvern al Partidului Poporului. Această obiecțiune este sprijinită prin însăși esența Pactului, doar conține în majoritatea sa covârșitoare stipulațiuni, cari sunt realizabile numai în caz de venire la guvern al Partidului Poporului.

Dl C. Bucșan voinde să evite discuțiunile în această privință, propune să se decidă acum în privința chestiunii intrării în vigoare a Pactului, presupunând, că n'ar exista de loc inci-

dentul invocat de reprezentanții Partidului Maghiar. Mai departe este de părere, ca intrarea în vigoare a Pactului să fie publicată în mod corespunzător, de către conducerea ambelor partide.

Reprezentanții Partidului Maghiar vor supune aceste propuneri deciziei Comitetului Prezidențial al Partidului, iar reprezentanții ambelor partide vor insista la mandații lor, pentru a se decide în privința publicării Pactului.

Reprezentanții de comun acord, cred necesară instituirea unei comisii permanente de fiecare partid, având menirea să dezbată și să soluționeze chestiunile concrete, ce s'ar ivi în legătură cu Pactul.

În acest scop vor face propuneri mandațiilor lor.

Capitolul I.

Reprezentanții Partidului Maghiar, cer să fie trecute în acest capitol următoarele:

a) Revizuirea listelor de cetățenie, întocmite, în multe locuri, superficial și fără vreun control public corespunzător; luarea de măsuri eficace pentru soluționarea urgentă și peste rând a cazurilor dubioase în ce privește apartenența comunală, condițiunea supușeniei. Scutirea certificatelor de cetățenie de taxe prea ridicate și luarea de măsuri, ca prenotarea dreptului de proprietate să nu fie împiedecat de lipsa certificatelor de supușenie, cerute la contractele de achizițiune imobiliară, ci ca ele să poată fi justificate ulterior.

b) Declarațiune principală precisă, că refuzarea jurământului din partea funcționarilor publici, cari serviseră sub regimul maghiar, nu poate constitui un obstacol al dreptului de alegător activ și pasiv.

c) Enunțarea, că poliția de siguranță și agenții săi nu pot valida reclamațiuni împotriva înscrierilor în listele electorale.

Capitolul II.

Ad. 4. Reprezentanții Partidului Maghiar cred necesar să se adauge la acest articol dispozițiunea, că preoții vor primi plată fără considerare de numărul credincioșilor, precum și că protopopiatele vor primi subvențiuni, fără privire la numărul parohiilor lor.

Mai cer următoarele:

a) ca să fie recunoscută, asigurată și ferită de orice intervențiune vexantă a autorităților, libera funcționare a societăților și reuniunilor cu caracter religios și filantropic, cari sunt organizate în sânul diferitelor biserici și parochii și funcționează sub egida lor. Autorităților publice să li se dea instrucțiuni, să nu conturbe întrunirile, conferințele, repetițiile corale, consfăturile etc. cu caracter bisericesc și religios, ale acestor asociațiuni.

b) să nu fie aplicate dispozițiunile, conform cărora tatăl are dreptul să hotărască religia copiilor născuți din căsătorii mixte.

c) ca retribuțiunile legale de pământ ale parohiilor să fie întregite din pământurile de rezervă ale Statului.

d) ca dreptul câștigat și existent de reprezentanță în Senat al Bisericii unitariene să fie menținut, fără restricțiuni.

Capitolul III.

Reprezentanții Partidului Maghiar insistă, ca Partidul Poporului să sprijine cât mai eficace, în cursul desbaterii parlamentare a Legii învățământului, dorința Partidului Maghiar de a nu fi obligatoare pentru școlile maghiare predarea obiectelor în limba română.

Mai predau următoarele desiderate :

a) să fie delegată o comisie mixtă pentru clarificarea situației de drept a școlilor închise și preluate (confiscate) între timp.

b) Să fie revizuită legea bacalaureatului, în conformitate cu spiritul Pactului.

c) Să nu fie onerate comunele și locuitorii lor pentru constituirea școlilor de Stat, nici prin aport în numerar, nici în natură.

Capitolul IV.

Ad. 5. Reprezentanții Partidului Maghiar cer să fie înscris în acest articol și „documentele” (actele publice), precum și că obiectele de artă etc., să fie așezate în muzeele din Ardeal, iar cele din regiunile secuești în Muzel Național Secuesc din Sfântul-Gheorghe.

Reprezentanții Partidului Maghiar cer și revizuirea legii persoanelor juridice.

Capitolul V.

Dl C. Bucșan, înainte de a se începe discuția acestui capitol, premite, că presa a redat eronat discursul Excelenței sale General Averescu ținut în Cameră cu ocazia desbaterii legii pentru unificarea administrației publice. Domnul general, în contradicție cu cele publicate de presă a declarat, că deși legea nu corespunde cerințelor, totuși o votează, dar imediat ce va fi posibil va proceda la facerea corecțiunilor necesare. Acest fapt se poate constata de altfel și din condica oficială a Camerei.

Reprezentanții Partidului Maghiar iau la cunoștință cu încredere această comunicare.

Ad. 5. Reprezentanții Partidului Maghiar, accentuând voința și intențiunea originală generatoare a acestui articol, cer să se stabilească precis și în spiritul acelei intențiuni, în acest articol modul de folosire a limbei în organizațiile legale autonome (limba proceselor verbale, propunerile membrilor, publicațiunile, etc.).

Cer mai departe revizuirea legilor aduse în privința unificării administrației publice, cu validitatea mai intensă a principiului autonom.

Capitolul VI.

Ad. 2. Se stipulează de comun acord, că cu începere dela 1 Ian. 1926, se mai prelungește încă cu doi ani termenul expirat la 31 Dec. 1925.

Capitolul VII.

Reprezentanții Partidului Maghiar cer revizuirea Legii Minelor, în sensul, ca apele minerale să fie scoase de sub eficacitatea acestei legi.

Reprezentanții Partidului Maghiar mai prezintă următoarele desiderate :

a) Sumele de expropriere stabilite jurevalid, să fie ordonate cât mai urgent și din oficiu în numerar și fără luarea declarațiunilor, deoarece terminarea reformei agrare este urgentă de stabilizare.

b) Arendele forțate să fie achitate proprietarilor.

c) Să fie sistate procedurile de expropriere puse în curs fără temei legal, împotriva proprietarilor, cari au mai suferit deja o expropriere terminată definitiv, deoarece, dispozițiunea art. 139 a legii Reformei Agrare nu permite o nouă procedură de expropriere împotriva celor amintiți mai sus.

d) Să fie sistate procedurile pornite împotriva micilor proprietari și în general împotriva proprietarilor de intravilane din unele orașe, sub titlul de ameliorare a lipsei de locuințe, căci aceste proceduri, aducând o micșorare a patrimoniului minimal, sunt în vie contradicție cu spiritul legii agrare, iar în cauzele de expropriere de acest fel deja terminate, să se găsească o modalitate de despăgubire în natură, a celor cari au suferit exproprierea, în conformitate cu dispozițiunile legii.

e) Revizuirea legii pentru Camerele de Comerț și Industrie.

f) Membri de drept ai Camerelor de Agricultură, Comerț și Industrie, precum și a Camerelor de Muncă, ce se vor înființa, să nu aibă decât vot consultativ.

În fine, reprezentanții Partidului Maghiar cer revizuirea tuturor legilor contrare Pactului, cari au fost aduse și se vor mai aduce în viitor, precum și inserarea stipulațiunii, că legile contrare Pactului, aduse sau ce se vor mai aduce, nu pot stăvili validitatea stipulațiunilor din Pact.

După acestea, procesul verbal a fost încheiat la ora 16 ziua 8 Nov. 1925 și a fost semnat de reprezentanți.

Reprezentanții Partidului Maghiar :

ss. Szele Béla

ss. Dr. Pál Gábor

ss. Dr. Ferenczy.

Semnez acest proces verbal cu mențiunea, că discuțiunile ce au avut loc în ziua de 8 Nov. a. c. la Brașov, între reprezentanții Partidului Maghiar și reprezentanții Partidului Poporu-

lui, nu formează modificarea sau întregirea Convențiunei politice încheiate la 23 Oct. 1923, ci numai interpretarea aceleia.
ss. Dr. Bușan.

Pactul încheiat cu Partidul Liberal.

După cum am menționat mai sus, la masa dela Ciucia din 25 Nov. 1923 fusese invitat de șefia de atunci a partidului și astfel luase parte la ratificarea Pactului și D-l Gheorghe Bernády, deși dânsul nu a participat la pregătirea Pactului și n'a figurat între semnatarii aceluia, în nici o fază a tratativelor.

Bernády continua însă să mențină și să cultiveze și după încheierea Pactului orientarea și relațiunile, care le avuse anterior cu Partidul Liberal și Ionel Brătianu.

Nu se poate presupune, că D-l Bernády ar fi comunicat Partidului Liberal conținutul Pactului. Cred că nici nu era necesar aceasta, deoarece Ionel Brătianu avea posibilitate — dacă nu din altă sursă, chiar dela Palat — să afle textul Pactului.

D-l Bernády urgita însă energic pe lângă membrii guvernului liberal, satisfacerea tocmai acelor desiderate, care ne-au fost asigurate de Partidul Averescan prin acest Pact. Așa de ex. am cunoștință, că Episcopatul reformat de dincolo de Piatra Craiului a fost trecut — parțial — în buget, la insistența D-lui Bernády, în ultima perioadă a guvernului Liberal.

Guvernul Liberal vroia însă o legătură mai strânsă cu maghiarimea, nu numai prin satisfacerea unor asemenea desiderate izolate, ci prin încheierea unui *Pact politic general*, după exemplul Pactului nostru. Motivul direct al acestei tendințe era, că înainte de plecarea apropiată a lor, trebuiau să țină alegerile administrative, chiar pe baza legii lor din 1925, or, cu popularitatea lor scăzută, nu puteau spera alegerea partizanilor lor în consiliile din Ardeal, fără sprijinul maghiarimei.

Au pornit deci tratative între D-l Bernády și ministrul Tancred Constantinescu. La aceste tratative președintele Ștetan Ugron a trimis mai târziu și pe contele Teleki Arctur, Dnii Toldalagi Mihail și Pál Árpád, cari au fost toți câștigați de planul D-lor Tancred Constantinescu și Bernády, așa că și președintele Ugron a plecat la București, pentru perfectuarea înțelegerii. Un pact politic totuși nu putea fi încheiat, deoarece prima condițiune — semnătura lui Ionel Brătianu — nu putea fi obținută prin D-l Tancred Constantinescu. Rămâne o chestiune închisă, dacă numai motive tehnice au împiedecat pe Ionel Brătianu, să

se angajeze prin condițiunile stipulate, sau aveau dreptate cei, cari din capul locului au tras la îndoială, că Ion Brătianu ar fi dat vreo autorizațiune pentru aceste tratative.

În orice caz însă, delegației maghiare și Dlui Ugron li s'a spus că semnarea pactului general întârzie numai, iar până atunci să facă un cartel pentru alegerile administrative. Aceasta s'a și făcut cu condițiuni destul de favorabile.

Înainte de semnarea acestui cartel, președintele Ugron a adresat la 1 Febr. 1926 o scrisoare politicoasă Generalului Averescu, în care, fără să ne întrebe pe noi, a denunțat Pactul din 23 Oct. 1923, iar pe noi, făuritorii și semnarii Pactului, ne-a înștiințat prin câte o scrisoare particulară despre cele întâmplate.

Comitetul executiv al Partidului a primit cu oareșicare rezervă cartelul electoral, încheiat cu Partidul Liberal, dar o ratificase totuși. Dl Sándor Iosif protesta energic și propunea colaborarea cu Dl Maniu. Eu deasemenea am desaprobat denunțarea Pactului dela Ciucia, semnalând și în procesul verbal părerea mea contrară. Toate acestea decurseseră însă între noi, dar în afară, conform cartelului, a apărut la 12 Febr. 1926 manifestul partidului, prin care alegătorii maghiari au fost îndrumați să voteze Partidul Liberal și maghiarimea s'a conformat disciplinat la alegerile administrative din 17–20 Febr. Ca rezultat, în 29, dintre 49 orașe ardelenene, a fost aleasă lista, sprijinită de Partidul Maghiar și am intrat în număr corespunzător și în consiliile județene. Dl. Bernády a fost numit mai târziu primar al Târgu-Mureșului la 26 Martie 1926 și astfel, cel puțin în fruntea unui singur municipiu aveam un primar maghiar.

Aceste succese tactice și locale ne-au costat însă scump, — șefia Partidului a rupt unilateral convențiunea politică încheiată la 23 Oct. 1923 cu Partidul Averescan, la care — deși erau multe resentimente — țineam mult, timp de doi ani și jumătate, de care am legat speranțele noastre și dela care am așteptat — nu fără baza — ameliorarea soartei noastre.

Cartelul de alegeri din anul 1926.

Abia la o lună după alegerile administrative, făcute în cartel cu Partidul Liberal, Ionel Brătianu a demisionat la 27 Martie 1926, iar Regele Ferdinand a numit ca primministru la 30 Martie pe generalul Averescu, stabilind totodată ziua alegerilor generale pe 25 Mai. Ministrul de Interne al noului guvern a devenit Dl Goga.

Dl Ugrou, cu simțul său cavaleresc și constituțional, și-a asumat toată răspunderea faptelor săvârșite și ca să scutească Partidul de consecințele defavorabile a aceloră, imediat după publicarea numirii Dlui Averescu ca primministru, printr'o scrisoare adresată la 1 Aprilie Dlui Bethlen Gheorghe, vice-președintele de atunci, a demisionat, motivând acest act al său prin denunțarea precipitată a Pactului Averescan la 1 Febr. 1936. Demisiunea a aranjat-o în așa fel, ca Dlui Bethlen să nu-i fie posibil să refuze însărcinarea.

Concomitent cu comunicarea însărcinării primite dela Ugrou, Dl. Bethlen Gheorghe m'a rugat pe mine și pe Dl. Szele Béla să plecăm după Paști la București, să ne orientăm la membrii noului guvern, cum apreciază ei situația după denunțarea Pactului de către Ugrou, care este atitudinea față de noi și dacă ar fi dispuși după cele întâmplate, să reînnoiască într'o formă oarecare Pactul.

Atmosfera din București nu era plăcută, deoarece denunțarea Pactului, cu puțin înainte de a veni la guvern, crease fără îndoială o situație nefavorabilă nouă. Cu toate acestea motivul, care îndemnase pe Dl. Goga la încheierea Pactului din 23 Oct. 1923, rămăsese nealins. Guvernul avea nevoie de grupe compacte de alegători în Ardeal și chiar tot interesul, să le asigure urgent, din cauza alegerilor apropiate. Am reușit deci fără mari dificultăți, să se considere neîntâmplată scrisoarea lui Ugrou Ștefan din 1 Febr. și să obținem garanția D-lui Goga și a guvernului în privința satisfacerii stipulațiunilor din Pact. Prin aceasta însă însărcinarea noastră era numai parțial rezolvată. Mai trebuia să obținem, ca Dl. Goga și guvernul să renunțe la dispozițiunile din partea introductivă a Pactului, referitoare la colaborarea politică cu Partidul Averescan, care au fost viu combătute de adversarii Pactului și să se fixeze un termen pentru satisfacerea — măcar în parte — a promisiunilor. În scurt timp am putut comunica D-lui Bethlen Gheorghe, că există posibilitate și dispoziție pentru toate acestea și că poate veni la tratative în fond, la care au luat apoi parte și prietenii noștri, cari au colaborat la încheierea Pactului.

Scopul era, să menținem neatins obligațiunile Partidului Averescan, stipulate prin Pact, să obținem satisfacerea unor considerate chiar înainte de alegeri și să ni se asigure numărul corespunzător în reprezentanța parlamentară, fără ca libertatea

de acțiune a acesteia să fie prea mult limitată și astfel să transformăm Pactul politic într'un cartel electoral.

Tratativele s'au mai prelungit câteva zile, căci unele puncte reclamau o examinare mai aprofundată. Chestiunea Bunurilor Private din Ciuc ne-a întârziat și de data aceasta, fiind soluționată în fine, prin formula D-lui Petru Groza.

În sfârșit, în seara zilei de 24 Aprilie, am semnat cartelul de mai jos :

„Partidul Maghiar cunoaște punctul de vedere al Partidului Poporului în chestiunea minoritară, pe care și la definit atât în pactul intervenit între Partidul Poporului și Partidul Maghiar în ziua de 23 Octombrie 1923, cât și în procesul verbal dresat la Brașov în ziua de 8 Nov. 1925. Partidul Maghiar, în speranța, că dorințele cuprinse în actele de mai sus Partidul Poporului este gata să le recunoască și implinească și după venirea lui la putere, este aplicat să încheie un cartel electoral în sensul paragrafului 127 din legea electorală, pentru alegerile ce vor avea loc în Maiu 1926.

Partidul Maghiar declară, că Partidul, deputații și senatorii, cari urmează să fie aleși, sunt gata, pe lângă menținerea întregii libertăți de acțiune, să sprijinească acțiunea guvernului, în vederea consolidării țării, atâta vreme cât activitatea guvernului va fi în armonie cu interesele minorității maghiare.

Partidul Poporului consideră dorințele enumerate în Pactul și Procesul verbal amintite și la guvern, ca programul politicii sale minoritare, în convingerea neschimbată, că interesul consolidării și progresului țării dorește împlinirea dorințelor anumite.

Afară de recunoașterea și împlinirea acestor dorințe, Partidul Poporului mai recunoaște Partidului Maghiar și următoarele dorințe, ca îndreptățite și promise să le satisfacă :

I.

Încă înainte de alegeri, se vor împlini următoarele :

1. Guvernul va provoca, prin o dispoziție, ce se va publica în Monitorul Oficial, la depunerea jurământului pe funcționarii și angajații publici, cari în baza deciziei minist. Nr. 1674 din 28 Iunie 1920 s'au prezentat la servicii, iar pe aceia cari vor presta jurământul, îi va repune în drepturile lor, adică îi va primi în serviciu, sau îi va pensiona în baza legii de pensionare, respective îi va escontenta, cu socotirea timpului de serviciu inclusiv dela întrerupere.

2. Paragraful 30 din legea învățământului particular, nu se va aplica până la ordonanțarea ajutorului de Stat corespunzător diferenței de salar și pentru aceasta se va da imediat ordin de executare. Guvernul va lua în buget și va ordonanța, începând cu anul 1927, un ajutor de Stat corespunzător bisericilor minoritare.

Pentru anul 1926, neputându-se lua, din cauza deficitului bugetar, întreaga sumă ce compete bisericilor, pe baza acestui titlu, guvernul și până atunci va ordonanța din excedentul încasărilor o anumită sumă, care va fi cel puțin de 40 milioane Lei.

3. Soluționarea dreaptă și în conformitate cu dispozițiile legii agrare a Comunității de Avere Particulară din județul Ciuc și restituirea Comunității până la rezolvarea definitivă a acestei chestiuni, a tuturor obiectelor, cari nu cad sub puterea legii de expropriere, pentru a dispune de ele în conformitate cu dispozițiile statutelor și scopurilor sale.

II.

Guvernul recunoaște prin aceasta următoarele principii :

1. Fiecare cetățean român este singur îndreptățit să-și stabilească naționalitatea, fără deosebire de origine, religie și profesie. Situația minorilor o decid părinții sau tutorele.

2. Fiecare părinte sau tutore poate să-și aleagă liber pentru copilul său școala și fiecare copil trebuie să fie primit în aceea școală publică, în care părintele dorește să-l înscrie.

3. Limba de predare a școlii o decide susținătorul ei.

4. Acei cetățeni minoritari, cari întrețin o școală, nu pot să fie obligați să contribuie la construcția și susținerea școlilor de Stat. Deasemenea, acele comune, în cari majoritatea populației susține o școală confesională, nu pot fi obligate să construiască școală de Stat.

III.

După pregătiri prealabile corespunzătoare, în timpul cel mai scurt posibil, se vor mai rezolva următoarele probleme :

1. Scoaterea de sub sechestru a edificiilor aparținând bisericilor romano-catolice și reformate din București și predarea lor statusului romano-catolic, respective diecezei bisericești reformate, cu abrogarea contractelor făcute în timpul sechestrului.

2. Aparținerea celor nouă comune anexate din județul Mureș județului Odorheiului, se va decide din nou, pe baza hotărârei consiliilor comunale a județelor respective.

3. Imobilele expropriate pentru scopurile bisericești, școlii, cimitirului, locurilor de case, arenelor sportive, etc. vor fi lăsate în proprietatea și posesiunea proprietarilor, respective se vor reda acestora, până în momentul când vor fi luate de fapt în folosință pentru scopurile prevăzute în hotărârea de expropriere.

4. Schimbarea urgentă a hârtiilor de Stat maghiare.

5. Rentele de expropriere se vor da din oficiu celor expropriați, fără nici o altă formalitate, în proporție cu încasarea prețului de cumpărare fiind schimbate în numerar în valoare nominală, plătindu-se și până atunci dobânzile legale.

6. Revizuirea legii pentru bacalaureat.

7. Imobilele grevate cu împrumuturi altruiste, se vor lăsa în proprietatea proprietarilor până la deciziunea Curții de Casație.

8. Chestiunile coloniștilor se vor aranja în mod favorabil.

IV.

Numărul deputaților și senatorilor.

În baza celor de mai sus, Partidul Poporului și Partidul Maghiar încheie un cartel electoral, în sensul paragrafului 127 din legea electorală, pentru alegerile din Maiu 1926.

Partidul Poporului sprijină, împreună cu Partidul Maghiar, pe liste comune, candidații de deputați și senatori, liberi desemnați de către Partidul Maghiar, după cum urmează:

Județul Arad : 1 deputat în locul al 4-lea, 1 senator.

Județul Bihor : 2 deputați, în locul al 4-lea și 5-lea, 1 senator.

Județul Brașov : 1 deputat, în locul al 2-lea.

Județul Ciuc : 2 deputați, în locul al 2-lea și 3-lea, 1 senator.

Județul Treiscaune : 2 deputați, în locul al 2-lea și 3-lea, 1 senator.

Județul Cluj : 1 senator.

Județul Mureș : 2 deputați, în locul al 2-lea și 4-lea, 1 senator.

Județul Sătmăr : 1 deputat, în locul al 3-lea, 1 senator.

Județul Sălaj : 1 deputat, în locul al 4-lea, 1 senator.

Județul Timiș : 1 senator.

Județul Odorheiu : 3 deputați, în locul 1, 3 și 4-lea, 1 senator.

Total : 15 deputați și 10 senatori.

Afară de cei 15 deputați și 10 senatori, în județele Ciuc, Odorheiu și Treiscaune, senatorii aleși de către consiliile orășenești, comunale și județene, în total 3 locuri de senatori, sunt ale Partidului Maghiar, locuri pentru cari centrul partidului va face candidări în mod liber, bucurându-se de întregul sprijin al Partidului Poporului.

Partidul Maghiar va sprijini listele Partidului Poporului, în toate județele, din toate puterile.

Cele două partide au căzut de acord asupra listelor comune și pentru alegerile județene, cari vor avea loc tot cu acest prilej, cu aceea, că în listele comune candidații cari vor fi fixați de către Partidul Maghiar, în proporția numerică a populației maghiare și tot în ordinea fixată pentru listele de deputați.

Reprezentanții Partidului Maghiar semnează înțelegerea prezentă cu aceea, că o vor prezenta comitetului executiv convocat pentru ziua de 24 crt. și numai după aprobarea acestuia va deveni obligatorie pentru Partidul Maghiar.

București, la 21 Aprilie 1926.

Dr. conte Bethlen Gheorghe m. p.

Dr. Sebesi Ioan m. p.

Dr. Pál Gábor m. p.

Dr. Szele Béla m. p.

Dr. Gyárfás Elemér m. p.

Octavian Goga m. p.

Constantin Bucșan m. p.

Încheierea cartelului era urgentă pentru guvern, căci abia o lună mai avea până la alegeri, dar și pentru noi, deoarece, pe ziua de 23 Aprilie era convocată la Cluj Comitetul Prezidențial, iar pe 24 Aprilie Comitetul executiv al Partidului, care trebuia să decidă în privința atitudinii noastre la alegeri.

Comitetul executiv ratificase unanim și fără restricțiuni cartelu încheiat, fixând totodată și candidațiunile pentru locurile cuvenite nouă conform cartelului.

Alegerile au decurs în cea mai mare ordine și unanimitate, maghiarimea prezintându-se în grupe compacte la urne. Fără îndoială, desfășurarea și purtarea prin multe locuri a drapelului roșu — alb — verde, după ideile lui Goga, stimulase considerabil dispoziția sufletească a maghiarimei și în tot cazul era o dovadă eclatantă a ameliorării raportului dintre maghiarime și guvern.

Conform cartelului ni s'au asigurat 15 mandate de deputat și 13 de senator, care au și fost aleși, cu excepția mandatului de senator din Satu Mare, al cărui mandat, trebuia să-l cedăm guvernului la cererea sa ulterioară.

Alegătorii noștri, care luaseră parte cu entuziasm la alegeri, precum și membrii grupului parlamentar, cari se prezentaseră la deschiderea parlamentului, puteau spera cu drept cuvânt, că guvernul cavalerului General Averescu, om cu vederi largi și al Ministerului de Interne, Dl Goga, care se arătase atât de loial și înțelegător în cursul tratativelor, va face uitat, ca pe un vis urât, suferințele cauzate de guvernul precedent și va aduce o schimbare radicală în atitudinea față de noi.

Decepții amare.

Nici astăzi nu trag la îndolală, că atât Generalul Averescu, cât și Dl Goga țineau serios la promisiunile făcute și doreau sincer realizarea lor și după izbânda obținută la alegeri cu sprijinul nostru. Baronul Villani, Ministrul Ungariei de atunci, îmi spunea, că Dl Goga revenise și după alegeri la străduințele sale mai largi, accentuate și la ratificarea Pactului și declarase chiar Ministrului Ungariei în mod semi-oficial, că năzuește să extindă convențiunea încheiată cu maghiarimea ardeleană la crearea raporturilor mai amicale între România și Ungaria.

Dl. Goga nu-și dăduse însă seama, că frunzașii Partidului Național nu-i vor ierta nici odată, că prin voturile maghiarimei au rămas în minoritate în Ardeal și că liberalii, ajunși în opo-

ziție, precum și cuziștii, cari au ajuns primadată în parlament sub egida Dlui Goga, îl vor asalta nemilos, sub cele mai vehemente devize șoviniste, spre a-l împiedica să îndeplinească promisiunile făcute nouă.

Cum a condus Dl Averescu alegerile în Vechiul Regat și dacă de fapt s'au comis ilegalități, de care s'au plâns partidele din opoziție, nu puteam să știm. Dar știam, că în Ardeal și cel puțin în regiunile locuite de maghiari, alegerile au fost libere și corecte. Astfel partidele din opoziție nu se puteau plânge împotriva alegerilor din Ardeal. Au fost siliți să schimbe tactica lor. Nu putea ataca nici convențiunea încheiată cu noi, spre a produce resentiment, deoarece și ei înșiși căutau să obțină sprijinul nostru, iar liberalii, cu puțin înainte, la alegerile comunale, au beneficiat chiar de avantajele alianței cu noi. Și-au ales astfel drept țintă al atacurilor pe doi membri ai grupului parlamentar maghiar, aleși pe lista guvernului, pe căruntul Béla Barabás și pe Dl Szele Béla, străduindu-se să facă neplăceri guvernului prin persoanele acestor domni.

Ofensiva împotriva lui Barabás o ducea în Senat unul din cei mai reputați politicieni ai Vechiului Regat, Dl Mironescu, sprijinit de asentimentul întregii opoziții. Necunoscând însă situația noastră, aducea acuze, pe cari le combăteam ușor și astfel, în atmosfera relativ mai liniștită a Senatului, atacul era mai lesne de parat.

La Cameră situația era însă mult mai dificilă și tenziunea mai mare. Aici atacul era dirijat împotriva Dlui Szele Béla de către Dl Valer Pop, actualul ministru, atunci deputat cuzist și Dl Voicu-Nițescu, deputat din Brașov, mai târziu ministru de Justiție al Partidului Național, cari au pornit o ofensivă nemiloasă prin mobilizarea străzii, a tineretului universitar și a presei. Au răscolit articolele de ziare, scrise de Dl Szele Béla în timpul războiului, în anul 1916, și apărute în ziarul „Brassói Lapok”, citându-le și analizându-le din frază în frază; nu se intimidau să amestece chiar și Casa Domnitoare în discuție, stârnind o atmosferă atât de furtunoasă, încât acestuia guvernul nu avea curajul, sau poate nici nu putea, să se opună. Guvernul totuși, pentru a câștiga timp, a transpus examinarea chestiunii înaintea unei comisii, dar nu folosea nici aceasta, căci în fine trebuia să privească cu nepăsare, cum majoritatea anulează mandatul Dlui Szele Béla, unuia dintre făuritorii Pactului.

Partidele din opoziție, jignite simțitor în interesele lor prin încheierea Pactului, au obținut o victorie completă, prin primul lor atac, iar *amiciția maghiarimei cu Partidul Averescan suferise prin aceasta prima știrbitură*. Guvernul — deși tacitmente — trebuia să recunoască, că nu se poate angaja ilimitat la solidaritate împotriva opiniei publice românești, cu atitudinea politică a celor, cu cari s'a aliat. Iar maghiarimea suferise prima decepție, că guvernul — deși exista o convențiune scrisă — nu a luat apărarea unui membru al grupului parlamentar, care a trebuit să sufere anularea mandatului său, pentru o atitudine a sa, pe care se pretindea că o avuse în anul 1916, deci atunci, când nu datora României credință de supușenie.

Cele două mari partide românești din opoziție — pe lângă asistarea activă a cuziștilor și pasivă a celorlalte partide majoritare — continuau să meargă pe drumul început și au făcut tot posibilul să împiedice și mai târziu satisfacerea promisiunilor făcute nouă de guvernul Averescan. Au contestat orice măsură, luată în favorul nostru și prin interpelări făceau imposibilă deja în prealabil, ca doleanțele noastre să fie soluționate pe calea de legiferare, sau chiar pe cale administrativă.

La Ministerul Instrucțiunii au rămas în posturi de conducere și atunci partizanii Dlui Anghelescu, iar la Interne, majoritatea funcționarilor era tot liberalistă. Dacă, din când în când izbutiserăm să stoarcem câte un ordin ministerial sau dispoziție dela Ministerul Instrucțiunii, Dl Petrovici sau chiar dela Dl Goga și acelea au rămas fără rezultat, au dispărut în cursul executării, sau au fost schimbate așa, încât nici nu le mai recunoșteam. Iar dispozițiunile Subsecretarului de Stat, Dlui Bucșan, personal îndatorat nouă, erau pur și simplu sabotate de către funcționarii Ministerului de Interne.

La Ministerul de Finanțe nici odată nu se găsea acoperire pentru ordonanțarea subvențiilor, promise școlilor noastre, deși Dl Goga invitasese în acest scop împreună cu noi la o masă pe miniștrii Instrucțiunii și de Finanțe și acolo împreună cu Dl Groza, s'au străduit să i convingă pentru o mai multă indulgență față de noi.

Câteva luni după deschiderea sesiunii parlamentare, la începutul anului 1927, Guvernul a ajuns la cunoștință boalei mortale a nobilului Rege Ferdinand și evenimentele, la care se putea aștepta, au întunecat problema noastră relativ mai puțin im-

portantă, așa încât până la lunie 1927, când primministrul Averescu a fost pur și simplu înlăturat pe neașteptat dela guvern, abia câteva și relativ neimportante puncte fură realizate dintre promisiunile făcute solemn în scris nouă, după cum o poate constata oricine, care este orientat în viața noastră publică după examinarea atentă a convențiunei noastre.

Din contra — oricât era garantată în scris libertatea de acțiune a grupului nostru parlamentar și oricât de conștienți ne-am și folosit de acest drept sub scurta durată a perioadei parlamentare, — o parte a opiniei noastre publice, agitată fiind în mod intenționat de unii dușmani ai noștri, era gata să ne facă pe noi răspunzători pentru toate dispozițiunile eronate, luate în timp de un an, de guvernul Averescan.

După cartel.

Morbul nemilos al Regelui Ferdinand se apropia rapid către sfârșitul tragic și aceasta incurca socotelile lui Brătianu, care deși cedase guvernul Dlui Averescu pentru câțva timp, să refacă întretimp popularitatea partidului său, dar în timpul schimbării tronului și al instalării regenței, create de el, tot el voia să aibă puterea, pentru a se feri de surprize. Astfel au înlăturat pe Generalul Averescu, fără o demisie formală, au efectuat grăbit nouile zlegeri și au reușit să mai deschidă și noul parlament, cu câteva zile înainte de moartea Regelui Ferdinand. Cu un an înainte, încă nimeni nu se putea aștepta la o asemenea întorsătură a lucrurilor, deoarece și medicii au recunoscut numai târziu seriozitatea boalei, care a răpus pe nobilul Domnitor.

Trebue să precizăm aceste fapte, deoarece este evident, că numai atunci am putea acuza în mod obiectiv pe Generalul Averescu și pe Dl. Goga cu încălcarea cuvântului și nerespectarea promisiunilor lor, dacă ei ar fi știut sau ar fi putut știa, că numai un an vor avea puterea, în care caz, natural, ar fi fost o reacredință amânarea satisfacerii promisiunilor, pe când așa, puteau presupune cu tot dreptul, că după liniștirea și aplanarea pasiunilor excitate prin luptele electorale, vor putea realiza liniștit tot programul lor.

Opinia noastră publică, nu putea însă să urmărească cele, ce se întâmplau în dosul culiselor și vedea numai atât, că guvernul Averescan pleacă, fără să fi realizat schimbarea radicală, ce se aștepta în situația noastră. Nu se cunoștea conținutul Pactului, dar se știa că s'au făcut importante făgăduieli, din care însă nu s'a realizat aproape nimic și că în ultima analiză s'a ușurat numai libertatea de acțiune a partidului. Atacuri vehemente s'au pornit împotriva D-lor Averescu, Goga și partidul lor și chiar *împotriva Pactului*, atacuri care nu ne cruțau nici

pe noi, făuritorii Pactului. Nu-și dădeau însă seama, că fără Pact nici n'ar fi putut să deslănțuiască aceste atacuri și critici, deoarece Pactul ne-a redat posibilitatea activității publice, ceea ce era atât de asuprită de guvernul precedent, încât Partidul nu putea ține nici ședințele cele mai restrânse și necesare.

Decepția amarnică față de oricare înțelegere amicală, era însă numai una din consecințele defavorabile. În același timp o altă orientare puternică — grupul reformator de sub conducerea Dlui Bernády — sugera opiniei noastre publice, că pe temeiul Pactului Averescu și după exemplul sașilor, *trebuie să facem înțelegeri cu fiecare guvern* și având în vedere, că numai aceia pot realiza succese, cari au relațiuni mai strânse cu guvernul și partidul respectiv, *cu schimbarea guvernului trebuie să aibă loc schimbări de sistem și de persoane și în sânul Partidului Maghiar*, în consecință ajungând la guvern Partidul Liberal și conducerea Partidului Maghiar trebuie s'o aibă politicianii noștri cu orientarea liberalistă. Faptul că președintele Ștefan Ugron a demisionat la venirea guvernului Averescan, se părea a fi un precedent pentru această teorie.

Astăzi, când cunoaștem mai bine viața partidelor românești și forțele ce lucrează la schimbarea guvernelor, natural, că rămâne fără importanță această argumentație, dar în 1927 chiar și oameni serioși erau convinși de temeinicia acestei păreri.

Este meritul imutabil al Dlui Bethlen Gheorghe, că a recunoscut imediat pericolul fatal al acestei tendințe și stăpânind modestia sa înăscută, a condus cu mână energică corabia partidului în aceste timpuri critice. I-a venit într'ajutor și împrejurarea, că alegerile din 1927 au fost anunțate la termenul minimal prevăzut în lege și astfel, înainte de ce s'au și pornit discuțiuni în privința atitudinii electorale a partidului, Dl Bethlen încheiase un cartel electoral cu Partidul German, sub semn independent minoritar. Comitetul executiv era silit să accepte tactica de alegeri astfel pregătită de Dl Bethlen, căci toată lumea era nevoită să recunoască — și din motivul lipsei timpului suficient — că o altă orientare politică nu mai poate fi pregătită. Cei, cu orientare liberală, protestau, Dl Bernády a și părăsit partidul, iar unii membri ai grupului său — Dl Albert Bürger, Orbán Balázs etc. — au candidat pe lista liberală împotriva Partidului Maghiar, al cărui grup parlamentar reîntrase în parlament foarte slăbit (1 senator, 8 deputați), de o parte în urmă consecuțiilor exagerate, făcute nemților, de altă parte prin procedeul brutal de alegeri al liberalilor; situația era însă salvată.

În luna Iunie 1927 a căzut definitiv teoria și concepția, că Partidul Maghiar trebuie să se acomodeze în tactica sa electorală și chiar și în conducerea sa personală, guvernelor ce sunt la putere și a învins concepția, care este azi unanim recunoscută, că la *alegerea șefiei partidului și la schimbarea ei even-*

tuală nu pot juca un rol deciziv, decât exclusiv interesele noastre proprii și că stabilirea tacticei noastre electorale trebuie să fie dirijată exclusiv de interesele noastre bine cumpănite dela caz la caz.

Această concepție fu confirmată și prin evenimentele ulterioare și acceptată unanim de opinia noastră publică. Astfel, la un an după aceea, când germanii, la alegerile din 1928 ale Dlui Maniu, au încheiat iar un cartel cu guvernul, Partidul Maghiar a intrat independent în luptă și aceste alegeri fiind relativ cele mai libere, obținuse din propria sa putere 16 mandate de deputați și 6 de senator. Acelaș procedeu am urmat și la alegerile Dlui Iorga din 1931, ale Dlui Vaida din 1932 și ale regretatului Duca din 1933.

Concluziuni.

Încheerea Pactului Averescan din 23 Oct. 1923 a fost dictată de motive de ordin practic și de necesitățile politice. Faptul în sine al încheerii Pactului micșorase simțitor tensiunea, care până atunci paralizase complet orice activitate publică a maghiarimei.

După convingerea mea și cealaltă parte contractantă a luat în serios Pactul, voia sincer să soluționeze problema minorității maghiare, urmărind prin aceasta să obțină totodată și succese de politică externă.

Că guvernul Averescan -- în timpul cât trăia Ionel Brătianu -- nu dispunea de deplinătatea puterii și din acest motiv nu putea valida nici chiar propriile sale concepții și trebuia să plece înainte de a fi realizat promisiunile făcute nouă, a fost un fapt dureros, regretabil și defavorabil, dar nu a compromis în esență concepția și mentalitatea, care a fost generatoarea Pactului.

Ceeace a fost însă într'adevăr foarte dureros și decepționant și ceeace a smuls pentru mult timp încrederea din sufletele maghiarilor în posibilitatea unei înțelegeri amicale, era slăbiciunea și șovăeala Generalului Averescu și mai ales a Dlui Goga și -- să fim sinceri -- chiar timiditatea, de care au făcut dovadă, cu ocazia atacurilor pornite din reacredință împotriva noastră de cele două mari partide românești și continuate sub egida celor mai exagerate devize șoviniste.

Acest procedeu a fost o eroare și din punct de vedere tactic, căci în loc să potolească, a inflăcărat și incurajat și mai mult pe agresori, augmentând odiul pe care voiau sa-l pună în spatele guvernului înaintea opiniei publice românești, pentru încheierea Pactului. Dacă s'ar fi asumat bărbătește răspunderea pentru Pactul încheiat cu noi și l-ar fi motivat și în fața Parlamentului cu aceleași argumente, pe care le invocaseră de atâtea ori înaintea noastră în cerc intim, s'ar fi ușurat și situația lor,

nu s'ar fi discreditat ideea pactului nici în opinia noastră publică și ar fi putut asigura pentru viitor posibilitatea unei colaborări cu consecințe incalculabile.

În orice caz, pactul din 1923 formează pentru noi un prețios capital moral, pe care-l vom putea invoca întotdeauna drept justificare, *că pretențiunile noastre nu sunt irealizabile și că dacă există puțină bunăvoință, se pot face înțelegeri amicale cu noi.*

Modul cum cele două partide mari românești s'au năpustit asupra Pactului, justifică per excellentiam, cât de ușor pot întu-neca interesele de partid interesele superioare ale Statului, iar de altă parte ne-a convins, că alianța noastră cu un singur partid, chiar nu prea puternic, nu este o soluțiune, ci din contra, mărește ura împotriva noastră.

Această tristă experiență a fost motivul care ne-a îndemnat să adresăm propunerea noastră de înțelegere tuturor partidelor cu ocazia discuțiunii la Mesaj din anul 1934 și să cerem delegarea unei comisii mixte pentru examinarea problemelor noastre. Regretăm, că această propunere, ca atâtea altele asemănătoare, a rămas fără răsunet, fapt care nu era greu de înțeles, căci pacificarea noastră, *pe care o reclamă interesul public al Statului și nu »interesul de partid«* nu ar fi însemnat un succes sau o mărire de putere pentru nici un partid.

Decepția opiniei noastre publice, produsă prin naufragiul Pactului, a avut și consecințe bune: a oțelit credința în sine a partidului, a dus la biruință crezul în necesitatea atitudinii independente la alegeri și a luat deja în prealabil gustul unor grupări, să facă dificultăți tactice conducerii Partidului, prin propagarea orientării spre guvernele trecătoare.

Ar fi însă regretabil, dacă decepția suferită s'ar întipări atât de profund în sufletele noastre, încât ar împiedeca, odată și pentru totdeauna orice înțelegere politică româno-maghiară.

O asemenea înțelegere, sunt convins, că este necesară. Ar fi cu atât mai avantajoasă pentru ambele părți, cu cât s'ar încheia mai curând și în cadre cât mai largi.

Toate acestea le-am scris, pentru ca concluziunile, care pot fi trase din istoria Pactului din 1923, să nu fie sperietoare, ci să aibă un efect încurajator și să servească de învățătură, pentru cei pătrunși de o asemenea mentalitate, ajutându-i să încheie în viitor un pact mai durabil și mai perfect, precum era cel din 1923.

Director și redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.

Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂȚILOR LA VOIX DES MINORITÉS DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG } XV.

IULIE
JUILLET
JULI 1937.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 7

Licht- und Schattenbilder aus Jugoslawien.

Von : **Emerich Prokopy.**

*Ein Zeichen der südslawisch-ungarischen
Annäherung.*

Es lässt sich nicht leugnen, dass in Südslawien, besonders aber in der sogenannten Wojwodina, wo infolge der auf die Spitze getriebenen nationalistischen Unduldsamkeit serbischerseits niemand für das Recht der Minderheiten und die Idee der südslawisch-ungarischen Annäherung einzutreten wagte, seit einigen Monaten in einem ganz anderen Ton über das Ungartum und die dortige ungarische Minderheit gesprochen und geschrieben wird, als ehemals.

Für die in diesem Belange eingetretene Wandlung ist auch der von der Generalversammlung der ernannten Stadtvertretung von Szabadka (Subotica) am 31. Mai in der Angelegenheit des „Kossuth Lajos-Fonds“ gefasste Beschluss bezeichnend. In der Generalversammlung beantragte der Stadtpräses (Bürgermeister), dass der noch unter ungarischer Herrschaft zur Errichtung einer Kossuth Lajos-Statue gesammelte Fonds dem allgemeinen Fonds für Unterrichtswesen beigelegt werde. Zum Antrag ergriff zunächst der Obmann der Narodna Odbrana (Nationalverteidigung) und anderer extrem-nationalistischer Vereine das Wort, der vor kurzem noch einer der lautesten Vorkämpfer des unduldsamen südslawischen Nationalismus gewesen war. Lungulov nahm gegen die Annahme des vom Stadtpräses eingereichten Antrages Stellung und erklärte, dass es der Stadt unwürdig wäre und der serbischen Kultur zur Schande gereichte, wenn der insgesamt 15.400 Dinar betragende Fonds für andere Zwecke verwendet

würde. Seine ursprüngliche Bestimmung käme zwar nicht mehr in Frage, doch könne der Fonds nichtsdestoweniger in angemessener Weise für einen anderen Zweck, im Geiste Kossuth's, verwendet werden. Die patriotische, politische und menschliche Grösse Kossuth's könne jeder Nation als leuchtendes Vorbild dienen, u. zw. umsomehr, da er durch seinen Kampf auch dem Leben der Minderheiten eine Richtung gewiesen hat. Insbesondere sind die Serben Kossuth zu Dank verpflichtet, weil er ihre Gleichberechtigung erstritt und allen Nationalitäten das Recht auf freien Gebrauch der Muttersprache sicherte. Den Geist Kossuth's könne demnach die städtische Generalversammlung sich mit Selbstbewusstsein und Selbstachtung zu eigen machen, denn die Grösse Kossuth's wird von der ganzen Welt anerkannt. Er beantrage daher, dass der Fonds auch weiterhin als „Kossuth Lajos Fonds“ verwaltet und sein Ertrag zur Schulung ungarischer Kinder verwendet werde, die im Geiste Kossuth's erzogen, einst für die kulturelle Zusammenarbeit der südslawischen und ungarischen Nation kämpfen und arbeiten werden.

Der folgende Redner, Universitätsprofessor Dr. *Alexa Ivić* befürwortete die Annahme des von Lungulov gestellten Antrages mit der Beifügung des Wunsches, dass der ungarischen Minderheit im Geiste Kossuth's sämtliche ihr gebührenden Rechte gewährt werden mögen. Ivić erklärte überdies, im Anschluss an eine Pensionierungsangelegenheit, dass bei der Besetzung der städtischen Amtsstellen kein Unterschied zwischen Serben, Bunjewatzen und Ungarn gemacht werden dürfe, da letztere ebenfalls steuerzahlende Bürger der Stadt seien und ein unbestreitbares Recht auf die durch das Verfassungsgesetz gewährleistete Gleichberechtigung haben. Die Ungarn wurden bislang von der Verwaltung ausgeschlossen, das Recht und die Billigkeit erheischen jedoch, dass auch der ungarischen Jugend ein angemessener Platz in der städtischen Verwaltung Szabadka's eingeräumt werde. Als Universitätsprofessor habe er die Erfahrung gemacht, dass die ungarischen Hochschüler, namentlich aber die jüngere ungarische Juristengeneration, sich die Staatssprache bereits vollständig angeeignet haben und in diesem Belange keineswegs hinter den südslawischen Studenten zurückstehen.

Unter der Wirkung der Reden Lungulov's und Ivić beschloss die Generalversammlung, den auf den Kossuth-Fonds bezüglichen Antrag des Stadtpräses von der Tagesordnung abzusetzen und

ihn anzuweisen, im Geiste der von Lungulov und Ivić gestellten Anträge der nächsten Generalversammlung der Stadtvertretung einen neuen Vorschlag zu machen.

Ohne der Bedeutsamkeit der beiden bemerkenswerten Reden und des von der Generalversammlung hierauf gefassten Beschlusses zu überschätzen, können wir nicht umhin, unserer Freude darüber Ausdruck zu verleihen, dass nach der vieljährigen unablässigen Drangsalierung, Bedrückung und Entrechtung der ungarischen Minderheit in Südslawien endlich auch die menschliche Stimme der besseren Einsicht und der Billigkeit Gehör fand. Diese erfreuliche Wendung ist unzweifelhaft ein Verdienst des Ministerpräsidenten Stojadinović, der es im Laufe seiner knapp zweijährigen Regierungstätigkeit zuwege gebracht hat, dass wenigstens im öffentlichen Leben und in der Presse der Rassenhass und die fanatische Unduldsamkeit immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurden, die bisher das Leben der entrechteten ungarischen Minderheit verbitterten und geradezu unerträglich machten.

Wo bleibt die Erfüllung der amtlichen Versprechungen ?

In der Maifolge unserer Zeitschrift haben wir über die am 28. April in Belgrad stattgehabten Verhandlungen des Ministerpräsidenten Stojadinović und einiger Regierungsmitglieder mit drei Vertretern der in Südslawien siedelnden ungarischen Minderheit, wie auch über die der ungarischen Minderheit bei dieser Gelegenheit gemachten Regierungszusagen berichtet. Seit diesen Verhandlungen sind volle zwei Monate verstrichen, ohne dass die verheissene Wandlung zum Besseren eingetreten wäre, wie dies auch aus folgenden bezeichnenden Fällen ersichtlich ist.

Ungarischer Volksbildungsverein – unzulässig.

Das Ungartum des im Murgebiet gelegenen Städtchens *Alsólendva* (*Dolnjalendva*) beabsichtige einen ungarischen Volksbildungsverein zu gründen und hatte zu diesem Behufe die nach dem Vorbilde der Satzungen der in der Wojwodina bestehenden ähnlichen Vereine ausgearbeiteten Statuten beim Banalamte eingereicht, das dieselben auch genehmigte. Trotz der Genehmigung hat jedoch das Oberstuhlrichteramt des Bezirkes die konstituierende Generalversammlung des Vereines verboten. („Napló“ und „Uj Hirek“ vom 3. Juni.)

Verbot einer ungarischen Dilettantenvorstellung.

Die Dilettanten der reinungarischen Gemeinde *Szilágyi (Svilojevo)* wurden von der ungarischen Einwohnerschaft der im Baranyaer Dreieck gelegenen Gemeinde *Csúza (Suza)* zur Abhaltung einer ungarischen Operettenvorstellung eingeladen. Die geplante Aufführung, zu der bereits sämtliche Vorbereitungen getroffen waren, wurde indes von der Behörde ohne Begründung verboten. („Uj Hirek“ vom 7. Juni.)

Sprachenprüfung und ihre Folgen. Namensanalyse und andere Beschwerden.

Die Flurwächter der Banater Gemeinde *Bocsár* verzichteten auf ihre Stelle, weil sie vom Prüfungsausschuss des Banalamtes der Donaubanschaft zur Sprachenprüfung nach *Ujvidék (Novisad)* beordert wurden. Die Prüfungstaxe und die sonstigen Gebühren übersteigen 700 Dinar pro Kopf, wozu noch die Reisekosten und die Kosten des Aufenthalts in *Ujvidék* hinzuzurechnen sind. Da aber die Flurwächter diese verhältnismässig sehr hohen Auslagen von ihrem Monatsgehalt von bloss 200 Dinar unmöglich bestreiten konnten, mussten sie auf ihre Stelle verzichten. („Reggeli Ujság“ von 8. Juni.)

Anlässlich der im Gange befindlichen Schuleinschreibungen wird in *Magyarkanizsa (Pavlovgrad)*, *Ujvidék (Novisad)* und anderen Ortschaften die berüchtigte Namensanalyse nach wie vor angewendet. Die Aufnahme vieler ungarischen Kinder in die parallelen Abteilungen der staatlichen Elementarschulen mit wenigstens teilweise ungarischer Unterrichtssprache wird mit der Begründung abgewiesen, dass die betreffenden Kinder keinen kernungarischen Zunamen haben, wobei indes die zumeist serbischen Lehrkräfte auch darnach trachten, die Eltern mittels des wohlbekannten „sanften Druckes“ von der Einschreibung ihrer Kinder in die sogenannten „ungarischen“ Parallelabteilungen abzubringen. All dies aber geschieht in schroffstem Gegensatz zu dem vom Unterrichtsminister den Vertretern der ungarischen Minderheit gegebenen Versprechen, dass die endgültige Abschaffung der Namensanalyse und das Recht auf freie Schulwahl gewährleistet. Laut der zutreffenden Bemerkung eines dortigen Blattes scheint demnach auch die vom Unterrichtsminister zum ersten Male bereits vor den in der Donaubanschaft am 6. Dezember 1936 durchgeführten Gemeindewahlen gemachte Zusage

auf Abschaffung der Namensanalyse bloss ein gewöhnlicher Wahlkniff zur Werbung ungarischer Stimmen gewesen zu sein.

Durch Artikel 7 des Minderheitenvertrages und Artikel 4 der südslawischen Verfassung vom Jahre 1931 wird sämtlichen Bürgern ohne Unterschied der Religion, der Sprache und der Rasse volle Gleichberechtigung gewährleistet. Wie nun der Grundsatz der Rechtsgleichheit in der Praxis angewendet wird, bezeugt u. a. auch die vom Innenminister Korošec auf Grund der ihm durch das Finanzgesetz erteilten Ermächtigung erlassene Verordnung, laut welcher jene, *die ethnisch und der Sprache nach Südslawen sind*, in einer Gemeinde Südslawiens wohnen und an Steuern weniger als 1000 Dinar zahlen, bei dem Ansuchen um Gewährung der Staatsbürgerchaft Gebührenfreiheit geniessen, wogegen die Minderheitszugehörigen die vorgeschriebenen Gebühren unter allen Umständen zu entrichten haben („Obzor“ und „Reggeli Ujság“ vom 9. Juni.)

Das Los ungarischer Kunstdenkmäler.

In den von Ungarn losgetrennten Gebieten wurden die an die ungarische Vergangenheit gemahnenden Kunstdenkmäler bereits in den ersten Monaten der neuen Ordnung zerstört. Dieses Los traf auch das in Zombor errichtete Standbild Rákóczi's, dessen Trümmer nach der Abtragung in den Kellerräumen des Zomborer Stadthauses untergebracht wurden. Nach einem Bericht dortiger Blätter hat nun ein Angestellter des Zomborer Elektrizitätswerkes einzelne Eisen- und Bronzbestandteile des Standbildes gestohlen und als Alteisen verkauft. Sollte das etwa auch eine Art der Pietät und der den Kunstdenkmälern gebührenden Wertschätzung sein?

Die Sensation der südslawischen Innenpolitik: der Zagreber Verfassungsentwurf.

In der zweiten Maihälfte hatte die südslawische Politik eine grosse Sensation. Kroatische Universitätsprofessoren, Gelehrte und Künstler, darunter auch der weltberühmte Bildhauer *Ivan Mestrovic*, hatte einen Entwurf über eine durch die Verhältnisse gebotene Reform der Verfassung ausgearbeitet, der nach ihrem Dafürhalten die Grundlage einer, beide Parteien zufriedenstellenden Lösung der serbo-kroatischen Frage bilden könnte. Der vom Zagreber Universitätsprofessor und gewesenen Bürgermeister der Stadt Zagreb *Dr. Iwan Krbek* textierte Verfassungsent-

wurf wurde in Druck gelegt und als Handschrift dem Prinzregenten Pawle, den beiden anderen Mitgliedern des Regentschaftsrates, den Ministern und anderen politischen Persönlichkeiten zugesendet. Die Vorgeschichte des Entwurfes reicht bis Oktober 1934 zurück, als der Zagreber Erzbischof Dr. Bauer, Iwan Mestrović und der Universitätsprofessor Dr. Bazala der damaligen Regierung Uzonović eine Denkschrift übergaben, in welcher sie die dringliche Wiederherstellung der Herrschaft des Rechtes und des Gesetzes, die sofortige Enthaftung Dr. Maček's und der anderen zu schweren Kerkerstrafen verurteilten kroatischen Patrioten, wie auch die Einführung eines demokratischen Regierungssystems verlangten. Laut einem Aufsatz des Zagreber „Obzor“ vom 9. Juni hat dieser Entwurf seinerzeit nicht nur in Südslawien, sondern auch im Ausland starken Widerhall gefunden, da die öffentliche Meinung in der Erfüllung der im Entwurf erhobenen Forderung die unerlässliche Vorbedingung zur Konsolidierung des Landes erblickte. Der Aktion der Verfasser der Zagreber Denkschrift pflichteten auch die parteilosen Elemente in Zagreb und Belgrad bei. Da jedoch die zuständigen politischen Faktoren damals nicht einmal den geringsten Versuch zur Verhandlung der so überaus wichtigen Frage der staatlichen Einrichtung unternahmen, machten sich Zagreber Intellektuelle mit Zustimmung gewisser Belgrader Kreise an die Ausarbeitung eines Vefassungsentwurfes, der bei den zwischen Belgrad und Zagreb in einem späteren Zeitpunkte einzuleitenden Verhandlungen als Grundlage dienen könnte.

Laut diesem Verfassungsentwurf, der im Laufe der Besprechungen mit den Belgrader Gesinnungsgenossen mehrmals umgearbeitet wurde, sollte das Land in 5, mit weitgehender Selbstverwaltung ausgestattete Banschaften eingeteilt werden. Diese Banschaften wären die folgenden: 1. Serbien mit Südserbien (Mazedonien) und Crnagora (Montenegro), 2. Kroatien-Slawonien und Dalmatien, 3. Bosnien und die Herzegowina, 4. Slowenien und 5. das von Ungarn losgetrennte Gebiet: die sogenannte Wojwodina. Demgegenüber beantragten die Belgrader bloss vier Banschaften, da ihres Erachtens die Wojwodina unter allen Umständen zur serbischen Grossbanschaft gehören müsse. An diesem Gegensatz, wie überhaupt an dem unnachgiebigen Widerstande der Serben gegen eine föderative Einrichtung des Staates scheiterte die weitere Belgrad-Zagreber Zu-

sammenarbeit. Die Belgrader lehnen den Zagreber Verfassungsentwurf entschieden ab, wie dies der Universitätsprofessor *Slobodan Jowanović* den Vertretern der Belgrader Presse ganz eindeutig erklärt hat: „Das war und bleibt auch ihr Entwurf, was schon daraus erhellt, dass er von den Zagrebern allein unterfertigt wurde.“ Der Entwurf wird übrigens auch von den kroatischen Politikern verworfen. Der Führer der Kroaten, Dr. Maček selbst hat vor einem Mitarbeiter der Belgrader „Vreme“ (Folge vom 24. Mai) die ganze Aktion missbilligt und den Entwurf als ein Werk stetig besorgter Patrioten und masslos ehrgeiziger städtischer Herren bezeichnet. „In der Frage einer Vereinbarung – erklärte Maček – vertrete ich einen Standpunkt, dem ein solcher Entwurf keinesfalls als Grundlage dienen kann, und zwar um so weniger, da er nicht von einem zuständigen Faktor: weder vom Volke, noch von irgendeinem anderen verantwortlichen politischen Faktor herrührt“.

Mit dieser entschiedenen Erklärung Maček's dürfte der Zagreber Entwurf, zumindest vorläufig, erledigt sein, dagegen bleibt aber die kroatische Frage auch weiterhin auf der Tagesordnung, als das schwerstwiegende Problem der südslawischen Innenpolitik und des südslawischen Staates.

Einige aufschlussreiche Zahlen aus der Budgetdebatte in der Skupschtina.

Laut dem Voranschlag des Staatshaushaltes für 1937/38 betragen die Personalausgaben in der Höhe von 5 Milliarden Dinar 47 v. H. sämtlicher Ausgaben. Die Zahl der öffentlichen Beamten und Angestellten ist seit 1927 von 175.000 auf 220.000, mithin im Laufe eines Jahrzehntes um 45.000 Köpfe gestiegen. Hieraus ergeben sich vom Gesichtspunkte der ungarischen Minderheit zwei höchst wichtige Schlussfolgerungen. Die ungarische Minderheit in Südslawien beträgt selbst nach der amtlichen Statistik rund $\frac{1}{28}$ -stel der Gesamtbevölkerung, im Verhältnis zu ihrer numerischen Stärke würden ihr daher auf Grund der Billigkeit und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung 8000 staatliche Amtsstellen gebühren. Nimmt man aber zur Anzahl der staatlichen öffentlichen Beamten und Angestellten noch die zumindest 30.000 Beamten und Angestellten der Banschaften, Bezirke, Städte und Gemeinden hinzu, so steht bei einem Stand von insgesamt 250.000 öffentlichen Beamten und Angestellten der ungarischen Minderheit ein unbestreitbares Anrecht auf 9000

Amtsstellen zu. Demgegenüber beträgt die Zahl der in aktiven Diensten noch geduldeten öffentlichen Beamten und Angestellten ungarischer Volkszugehörigkeit kaum 300–350, die zudem, mit wenigen Ausnahmen, bloss in untergeordneten Stellen wirken und sozusagen auf den Aussterbeetat gesetzt sind, was den eigentlichen Masstab und den triftigsten Beweis für die Entrechtung und die fast vollständige Verdrängung des in Südslawien siedelnden Ungartums aus dem öffentlichen Dienst abgibt. Was aber den 5 Milliarden Dinar übersteigenden Betrag der Personalausgaben betrifft, so lässt sich auf Grund vorstehender Angaben feststellen, dass von dieser Riesensumme der durch unverhältnismässige Übersteuerung von den öffentlichen Lasten am schwersten betroffenen ungarischen Minderheit eben infolge der verschwindend geringen Zahl von öffentlichen Beamten und Angestellten ungarischer Volkszugehörigkeit fast nichts zurückerstattet wird, und dass die vom Ungartum in Südslawien gezahlten Steuern und sonstigen Abgaben fast ausschliesslich zur Besoldung andersnationaler und ihm obendrein zumeist noch feindlich gesinnter Beamten und Angestellten verwendet werden. Dieser unhaltbare Zustand fällt dabei umso schwerer ins Gewicht, als die ungarländischen Serben seinerzeit nicht nur im Stande der Gemeindenotare, sondern auch in jenem der Stadt-, Komitats- und Staatsbeamten, ja sogar auch im Offizierskorps des gemeinsamen Heeres und der Honvédtruppe bis hinauf zu den höchsten Stellen und Würden in beträchtlicher Anzahl vertreten waren.

Aus der vom Unterrichtsminister *Stošović* anlässlich der Verhandlung des Voranschlags seines Ministeriums gehaltenen Rede heben wir lediglich die auf die Elementarschulen und deren Lehrpersonal bezüglichen amtlichen Angaben hervor. Demnach gibt es in Südslawien 8590 Elementarschulen, in welchen 30.360 Lehrer und Lehrerinnen wirken. Der ungarischen Minderheit würde daher im Verhältnis zu ihrer $\frac{1}{28}$ -stel der Gesamtbevölkerung ausmachenden Seelenzahl zumindest 307 Elementarschulabteilungen mit wenigstens 1228 Elementarschulklassen zukommen. Statt dessen gibt es laut amtlichem Ausweis bloss 528 ungarische Elementarschulklassen, – was durchschnittlich 4 Klassen auf je eine Abteilung gerechnet – 132 Elementarschulabteilungen entspricht, in welchen jedoch die *überwiegende Mehrheit der Lehrgegenstände in schärfstem Gegensatz zum Ar-*

tikel 9 des Minderheitenvertrages und den Bestimmungen des § 45 des südslowakischen Volksschulgesetzes in der Staatssprache unterrichtet wird. Von den im Bericht des Ministers ausgewiesenen 30.360 Lehrkräften müssten der ungarischen Minderheit im Verhältnis zu ihrer Seelenzahl mindestens 1084 Lehrerstellen zugestanden werden, jenem unhaltbaren Zustande gegenüber, wonach es derzeit kaum mehr als höchstens noch 100 – 130 Lehrkräfte ungarischer Volkszugehörigkeit gibt, während die übrigen in den Klassen der – leider – bloss auf dem Papier bestehenden ungarisch-minderheitlichen Elementarschulabteilungen wirkenden Lehrkräfte serbischer, kroatischer oder slowenischer Nationalität sind und – was die Lage noch erschwert – die ungarische Sprache entweder gar nicht, oder nur ganz unzulänglich beherrschen.

Aus obigen Daten ergibt sich behufs Nutzenanwendung der Schluss, dass sich der Regierung Stojadinović in beiderlei Belangen ein weites Gebiet zur Wiedergutmachung erschliesst, falls sie ihre auch in der Presse verlautbarten amtlichen Versprechungen und die vom Staate im Minderheitenvertrage eingegangen völkerrechtlichen Verpflichtungen wirklich ernst nimmt, wobei noch zu bemerken ist, dass die restlose Anerkennung und Erfüllung der im Minderheitenvertrage der ungarischen Minderheit zugesicherten Rechte eine unerlässliche Voraussetzung der gerade jetzt so häufig erwähnten südslowakisch-ungarischen Annäherung bildet.

Minderheitenpolitische Äusserungen im ungarischen Parlament.

Im Verlauf der Monate Mai und Juni verlauteten im ungarischen Parlament überaus ernste Stimmen über die Beziehungen zu den Nachbarstaaten einesteils, über die verschiedenen Minderheitenfragen andererseits.

Da uns diese Äusserungen besonders nahe berühren, wollen wir einige der bedeutungsvollsten festhalten.

Am 13. Mai hielt im ungarischen Parlament, dessen Vizepräsident *Julius Kornis* eine umfassende Rede, worin er die aussenpolitische Lage besprechend, auf die Lage der in den Nachfolgestaaten lebenden Ungarn hindeutete. Er betonte die

beschwerlichsten Erscheinungen in Rumänien, wie z. B. bei der Erwerbung der Staatsbürgerschaft, die Zustände im Volksbildungswesen, sowie Zurücksetzung, die jüngst vonseiten der Advokatenkammern den Minderheitsadvokaten zugefügt wurde.

Bezüglich der Tschechoslowakei hob Kornis besonders die Missgriffe bei den Volkszählungen hervor. Diese Volkszählung hat die Zahl der ungarischen Einwohner von Kassa künstlich um 20 Prozent gesenkt. Das Staatsbürgergesetz hält gleichfalls Zehntausende von Existenzen in völliger Unsicherheit. Unter 758 Gemeinden, in denen über 20 Prozent Ungarn leben, gibt es in 98 Ortschaften keine einzige ungarische Schule. Die Unterrichtsverwaltung in der Slowakei und in Karpatho-Russland wird von Prag aus zentralistisch verwaltet, damit die ungarische Schulautonomie nicht zur Geltung gelange. Dagegen werde die deutsche Minderheit viel liberaler behandelt, weil ja hinter ihr das mächtige deutsche Imperium steht. Vom ungarischen Geistesleben wird die ungarische Minderheit sozusagen isoliert. Von der Akademie der Wissenschaften angefangen, haben die verschiedensten Organisationen Ungarns alles versucht, um diese geistige Quarantäne, die selbst die ungarischen Mathematikbücher nicht über die Grenze lässt, abzuschaffen, jedoch konnte bisher nichts erreicht werden, obwohl auch die Mitglieder der internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit über diese Zustände geradezu entsetzt waren.

In Jugoslawien wird vor allem die Vereins- und Versammlungsfreiheit der Minderheiten durch drastische Massnahmen geknebelt. Im Jahre 1931 wurde ein Gesetz erbracht, wonach das Ungartum sich überhaupt nicht politisch organisieren dürfe. In den Steuerbemessungskommissionen ist kein einziges ungarisches Mitglied zu finden. Im Jahre 1936 befand sich unter 300 neuernannten Lehrkräften kein einziger ungarischer Lehrer. Abgesehen von der ungerechten Agrarreform, wurde eine 50-Kilometer-Grenzzone geschaffen, innerhalb deren ein den Minderheiten angehörender Staatsbürger kein Grundstück erwerben darf.

Redner wies darauf hin, dass er von den vielen Ungerechtigkeiten nur die krassesten hervorgehoben habe. Trotz dieser ungerechten und schroffen Haltung hegen wir keinen Hass gegen diese Staaten und wir sind bereit, wie dies Aussenminister Kánya im Finanzausschuss erklärte, natürlich als gleichberech-

tigte Partner, uns an den Verhandlungstisch zu setzen, wenn unsere gerechten Ansprüche anerkannt werden. Nur auf diese Weise kann ein wirtschaftliches und für später auch ein politisches Zusammenwirken der Donaustaaten im Interesse des Friedens zustandekommen. Sollten wir uns aber täuschen und sollten diese Zustände weiter andauern, so sind wir gezwungen, die Politik zu befolgen, die uns die Kleine Entente aufzwingt und das Verhältnis mit den uns befreundeten Staaten weiter zu vertiefen, obwohl es im Interesse aller Donaustaaten gelegen wäre, sich zu einem einträchtigen Zusammenwirken zu vereinen, denn es gibt ja zwei Grossmächte, die die Donaustaaten zu ihren Kolonien machen wollen. Auf der einen Seite der deutsche Titan, auf der anderen Seite der russische Koloss. Das Donaubecken wird früher oder später zum Schauplatz des blutigen Zusammenstosses zwischen Panslawismus und Pangermanismus werden, wenn die Donaustaaten sich nicht zusammenfinden können. Gefährlicher als der deutsche Expansionismus ist der Anblick, wie der russische Koloss seinen Griff nach den Donaustaaten ausstreckt.

In derselben Sitzung sprach auch Abgeordneter *Gustav Gratz*. Redner würde es begrüssen, wenn die ungarische Politik durch eine Annäherung an die Nachbarstaaten ergänzt würde, wozu es allerdings notwendig ist, dass die Frage der ungarischen Minderheiten eine befriedigende Lösung finde und dass die Nachbarstaaten die Unabhängigkeit Ungarns nicht nur auf militärischem Gebiete, sondern auch hinsichtlich der mit unserer Staatsform zusammenhängenden Fragen anerkennen. Um eine solche Verständigung herbeizuführen, tut konstruktive Aussenpolitik not, die mit Hilfe der bestehenden Interessengemeinschaften die vorhandenen Interessengegensätze überbrückt.

Weiterhin erklärte Abgeordneter Dr. Gratz, es sei unbedingt nötig, jenes seelische Einvernehmen, dass zu allen Zeiten zwischen der deutschen Minderheit und dem Ungartum bestanden hat, zu bewahren. Das sei umso wichtiger, als gegenwärtig verschiedene Versuche gemacht werden, in der deutschen Minderheit Schlagworte zu verbreiten, die eine Lockerung dieser traditionsmässigen Bindungen nach sich ziehen können. Diese Bemühungen würden wesentlich dadurch erschwert werden, wenn die Regierung und die Gesellschaft auch ihrerseits zeigten würden, dass sie auf die Erhaltung dieser seelischen Bande

Gewicht legen und diesen Interessen zuliebe bereit sind, die kulturellen Ansprüche des vaterländischen Deutschtums zu fördern. Die Regierung, betonte der Redner zum Schlusse seiner vom Hause mit gespanntem Interesse verfolgten Ausführungen, ist in diesem Belange von den besten Absichten erfüllt, begegnet aber im Kreise der ungarischen Gesellschaft noch vielfach Schwierigkeiten, da gewisse gesellschaftliche Faktoren in einem ganz falschen Patriotismus es für ein Verdienst halten, wenn sie die Regierungsmassregeln sabotieren, wo sie doch de facto nur den Boden für die Aufnahme extremer Schlagworte vorbereiten.

Nach den Ausführungen der Abgeordneten Rajniss, Propper und Mezey, ergriff Ministerpräsident *Koloman Darányi* das Wort. Über die Minderheitenfrage äusserte er sich wie folgt:

Die schwebenden Fragen, die zwischen uns und gewissen anderen Staaten noch bestehen, wünschen wir auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen zu lösen und wir sind bereit, alle Vorschläge betreffend die Zusammenarbeit mit den Donaustaaten zu prüfen, jedoch nur unter der Bedingung, dass wir es auf Grund der vollen Gleichberechtigung tun können. Und wenn andererseits der gesetzliche Schutz der ungarischen Minderheiten gewährleistet wird. Ich halte es für notwendig, von dieser Stelle aus nochmals zu betonen, dass ohne befriedigende Regelung des Schicksals der Minderheiten ein normales Verhältnis zwischen Ungarn und der Kleinen Entente nicht zustandekommen kann. Diese Grundsätze der Aussenpolitik und unsere Bereitwilligkeit, mit anderen Staaten zusammenzuwirken, werden meiner Überzeugung nach beweisen, dass Ungarn eine konstruktive Friedenspolitik verfolgt und demgegenüber nichts anderes verlangt, als dass gewisse natürliche Forderungen von jener Seite eine entsprechende Anerkennung finden sollen. Vom Gesichtspunkte der allgemeinen aussenpolitischen Zielsetzungen der Regierung müssen auch die verschiedenen Auffassungen beurteilt werden, die im Zusammenhang mit unserer offiziellen Aussenpolitik im Laufe der allgemeinen Debatte zum Ausdruck gebracht wurden. Ich wünsche der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass meine Erklärungen auch diejenigen Herren Abgeordneten beruhigen werden, die, wie Graf Sigray und Graf Viktor Károlyi, mit besonderem Nachdruck die Wiederherstellung unserer militärischen Gleichberechtigung gefordert und auch die Herren

Abgeordneten Dr. Rupert und Dr. Sulyok, die die Regierung auf die schwierige Lage der ungarischen Minderheiten aufmerksam gemacht haben. In dieser Hinsicht habe ich auch die Herren Abgeordneten Graf Bethlen, Dr. Kornis und Mezey zu beruhigen getrachtet, dass die Besserung der Lage der ungarischen Minderheiten eine ständige Sorge der ungarischen Regierung bildet und auch in der Zukunft bilden wird.

— Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, dass in den vergangenen Jahren die ungarische Regierung wiederholt die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung der Welt auf diese Frage gelenkt, die Wichtigkeit des Minderheitenschutzes betont und auf die unhaltbare Behandlung dieser Fragen durch den Völkerbund hingewiesen hat. Wir haben immer wieder erklärt, dass die Missachtung der Minderheitenverträge und die Behandlung der nationalen Minderheiten in einzelnen Staaten mit der vollen und immer stärkeren Unterdrückung gleichbedeutend ist. Meinerseits gebe ich zu, dass diese Lage nicht bloss die Garantien des Völkerbundes illusorisch macht, sondern auch die Befriedung im Donaubecken verhindert, deren wichtigste Vorbedingung, wie ich es eingehend betont hatte, auf diese Weise vernichtet wird.

Noch eingehender äusserte sich Ministerpräsident Darányi bezüglich der Minderheitenfrage anlässlich der am 14. Mai abgehaltenen Sitzung. Er sagte unter anderem folgendes:

Wir müssen die Weltpolitik auch vom Gesichtswinkel des Schicksals des in der Fremde lebenden Ungartums betrachten und stets vor Augen halten, was in diesem Belange nützen oder schaden könnte. Die Beschwerden unserer in der Fremde lebenden Brüder, ihre wirtschaftliche, kulturelle und politische Unterdrückung gehen uns in erster Reihe und am unmittelbarsten an. Im Laufe der Generaldebatte hat Graf Stefan Bethlen in seiner wirklich herzergreifenden, dramatisch schwungvollen Rede auf die ausserordentliche Bedeutung dieser Frage hingewiesen, und auch Herr Abg. Dr. Kornis hat mit zahlreichen Daten und grosser geistiger Rüstung die ausserordentliche Wichtigkeit dieses Problems hervorgehoben. Auch die Abg. Mezey und Pintér haben mit Fachkenntnis zu diesem Problem Stellung genommen. In dieser Frage gibt es kein schlummerndes Gewissen und Pflicht der ungarischen Regierung ist es, dieses Gewissen stets und allenthalben wachzuhalten. Diese Arbeit

leisten wir hier zu Hause und auch vor den internationalen Instanzen. Die Fürsorge der in der Fremde lebenden ungarischen Staatsbürger ist eine sehr grosse und schwierige Aufgabe. Beruhigend wirkt indessen die Tatsache auf die wir aus vielen Symptomen schliessen können, dass die in unserem Lande herrschenden öffentlichen Zustände die im Ausland lebenden Ungarn mit einer gewissen Beruhigung erfüllen. Es ist auch notwendig, dass hier zu Hause ein solches Regime, ein solcher öffentlicher Geist und eine solche wirtschaftliche Sicherheit herrschen, die eine Anziehungskraft ausüben und uns Achtung verschaffen. Ich muss hier auf die Rolle der im Ausland lebenden Ungarn vom Gesichtspunkt der Propaganda für unsere gerechte Sache und unsere Ziele hinweisen. Ebenso wie die Regierung sorgfältig darüber wacht, dass die Rechte, die tatsächliche Gleichheit und Freiheit der zu den Minderheiten gehörenden Staatsbürger in allen Belangen des Lebens, also auch auf materiellem Gebiet und auch bei der Besteuerung restlos zur Geltung gelangen sollen, muss sie auch dafür sorgen, dass auch die kulturellen Ansprüche unserer Minderheiten in vollem Masse befriedigt werden. Auf diesem Gebiete erschöpft sich, wie Herr Abgeordneter Ladislaus Pintér richtig betont hat, das Verhalten der Regierung nicht ausschliesslich in einer passiven Toleranz, sondern sie schafft durch entsprechende Massnahmen selbst die Bedingungen, die insbesondere auf dem wichtigen Gebiete der Schulen es ermöglichen, dass die Muttersprache der Minderheiten zur Geltung komme. Weder diese Regierung, noch die vorangegangenen Regierungen haben z. B. bezüglich der staatlichen Unterstützung der ungarischen oder nichtungarischen Schulen je einen Unterschied gemacht. Schon die vorangegangene Regierung hat Ende 1935 mit einem Regierungserlass einen einheitlichen Volksschultyp für die staatlichen und die Gemeindevolksschulen der nichtungarischen Gemeinden geschaffen. Sie hat bei den autonomen Schulerhaltern mit Nachdruck den Wunsch vertreten, dass dieser einheitliche Typ auch bei den autonomen konfessionellen Schulen eingeführt werde. Mit der Durchführung dieser Massnahmen wird auch die Diskussion ihren Abschluss finden, die um unsere Minderheiten entstanden ist. Die unter meiner Leitung stehende Regierung ist auf diesem Gebiete noch weiter gegangen, indem sie in dem vorliegenden Staatsvoranschlag eine entsprechende Deckung

dafür verlangt, für die in deutschsprachigen Minderheitenschulen angestellten Lehrer den um einen Monat verlängerten Besuch des Fortbildungslehrkurses zu ermöglichen und der Herr Unterrichtsminister hat hundert solche Lehrer und Lehrerinnen für die Ferienzeit zu diesen Lehrkursen eingeteilt. Auch wird die Regierung auf Staatskosten einen besonderen speziellen Lehrkurs für die Ausbildung der diplomierten, aber noch nicht angestellten Lehrer für die Minderheitenschulen errichten. Mit diesen meinen Ausführungen wünsche ich mit vollem Nachdruck zu beweisen, dass die ungarische Regierung, wenn sie gezwungen ist, die vertragsmässig gewährleisteten Rechte der ungarischen Minderheiten zu reklamieren, selbst sorgfältig darüber wacht, dass hier zu Hause die gegenüber unseren eigenen Minderheiten vertragsmässig übernommenen Pflichten genau eingehalten und alle berechtigten Ansprüche der Minderheiten befriedigt werden. Die ungarische Regierung wacht auch sorgfältig darüber, dass die bei uns lebenden Minderheiten nach keiner Richtung hin das Gefühl haben, als ob sie zweit- oder drittrangige Bürger dieses Landes wären. Sowie die früheren Regierungen, behindert es auch die gegenwärtige Regierung in keiner Weise, dass jeder sich frei zu dieser oder jener Minderheit bekenne.

Es kann ihnen daraus in keiner Beziehung irgendein Nachteil erwachsen, ebenso wie es niemandem vom Nachteil sein kann, dass er einen fremdsprachigen Namen hat. Ich würde in dieser Beziehung auf das strengste vorgehen, wenn konkrete und gerechtfertigte Klagen auftauchen sollten. Aus dieser Stellungnahme der Regierung ergibt sich auch naturgemäss die Tatsache, dass die Regierung jede Aktion – ich verstehe das vom Gesichtspunkte der Minderheiten – aufs entschiedenste verurteilt, die für oder gegen die Namensmagyarisierung Methoden anwendet, die mit den Prinzipien der persönlichen Freiheit und der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit nicht in Einklang gebracht werden können. Das Prinzip der persönlichen Freiheit und Rechtsgleichheit schützt aber nicht nur diejenigen, die an ihren fremdklingenden Namen festhalten, sondern natürlich auch diejenigen die freiwillig ihren Namen magyarisieren wollen, da sie auf diese Weise auch äusserlich zum Ausdruck bringen wollen, dass ihre Muttersprache ungarisch ist. Allein daraus, dass jemand seinen Namen magyarisiert, kann für ihn

weder im öffentlichen Leben, oder in der Fühlungnahme mit den Behörden keinerlei Vorteil erwachsen. Mit Recht kann infolgedessen die Regierung fordern, dass die Frage der Namensmagyarisierung nicht als Mittel der gegen die ungarische Nation gerichteten Agitation benützt werde, einer Agitation, die geeignet ist, das traditionelle gute Verhältnis zwischen dem Ungartum und den heimischen Minderheiten zu stören. Unsere heimischen Minderheiten müssen wissen und fühlen, dass sie eine gemeinsame Mission, gemeinsame Aufgaben mit dem Ungartum haben, und dass im Donaubecken das Pflichtbewusstsein des Selbstschutzes gemeinsam sein muss, wenn die Nation von welcher Richtung immer gefährdet sein sollte.

Die Regierung will die aufrichtige Freundschaft mit dem Deutschen Reich, auf die ich mich in meiner Rede in der Generaldebatte berufen habe, weiter aufrechterhalten und wir sind überzeugt, dass auch das Deutsche Reich ein ähnliches Bestreben zeigt. Gerade deshalb wünschen wir, dass die Möglichkeit jeder schädlichen Agitation ausgeschaltet werde, die geeignet sein könnte, diese guten Beziehungen zwischen beiden Nationen auch nur im geringsten Masse zu stören. Ich halte es für notwendig, zu betonen, dass wenn auch in einzelnen in Deutschland erscheinenden Zeitschriften Tendenzen zu finden sind, die die Frage der in Ungarn lebenden Minderheiten in einer falschen Einstellung behandeln, diese Tendenzen nicht als ein Ausdruck des politischen Willens des Deutschen Reiches und des nationalsozialistischen Staates hingestellt werden können.

Gerade deshalb wird die Regierung auch in Zukunft mit voller Kraft bestrebt sein, jede schädliche Brunnenvergiftung zu vereiteln. Die grosse deutsche Nation und ihre Führer bemühen sich nach unserer Überzeugung um die Sicherung und die Wohlfahrt ihres eigenen Volkes. Ich halte es für richtig, dass wir uns in der Form der Kritik nicht einmengen. Demgegenüber ist es zweifellos, dass die dortige Lebensform unser inneres Leben nach keiner Richtung hin beeinflussen kann. Wir müssen die Arbeit, die im Deutschen Reich geleistet wird, objektiv und nüchtern beurteilen, und gerade darum ist es notwendig, dass wir die Begriffe nicht vermengen und in diesen Fragen streng unterscheiden. Die Fragen, in denen wir nach meiner Auffassung streng distinguieren müssen, sind die folgenden: Die Frage unserer Freundschaft zum Deutschen Reich, die Sache des heimi-

schen Deutschtums, die nationalsozialistische Bewegung und Zeitströmung und die pfeilkreuzlerische Organisation im Inneren unseres Landes. Das sind die Fragen, die vollständig unabhängig voneinander beurteilt werden müssen. Stehen in diesen Fragen die Grenzlinien klar vor uns, so wird das sich an manchen Stellen zeigende Missverständnis sich von selbst zerstreuen und die öffentliche Meinung wird sich beruhigen.

In seinem am 26. Mai erfolgten aussenpolitischen Exposé berührte Aussenminister *Koloman Kánya* ebenfalls die Minderheitenfrage, worüber er sich folgendermassen äusserte:

Ich stelle eine zum Gemeinplatz gewordene Wahrheit fest, indem ich darauf hinweise, dass in der Behandlung der Minderheitenfrage Genf nicht auf der Höhe seiner Aufgaben stehe. Neuestens scheinen nach dem in den abgelaufenen Jahren erreichten Tiefpunkt auf Initiative des Genfer Generalsekretariats die Dreierkommissionen für die in Schwebel befindlichen Minderheitspetitionen ein ernsteres Interesse zu zeigen. Mit begreiflicher Ungeduld erwarten wir, ob trotz der schwerfälligen Genfer Prozedur diese Aktion zu irgendeinem Ergebnis führen werde. Ich glaube nicht besonders betonen zu müssen, dass mich bei dieser Kritik keineswegs Voreingenommenheit leitet, und es würde mir zur grossen Freude gereichen, wenn es gelingen sollte, den „Rekonvaleszenten“ mit Hilfe seiner mächtigen Protektoren wiederherzustellen, bezw. instand zu setzen, dass er wirklich erspriessliche Arbeit leiste.

In Teilfragen eingehend beleuchtete der Aussenminister die Möglichkeiten einer Annäherung an die Staaten der Kleinen Entente. Diesbezüglich sprach er zum Schluss seiner Rede sich folgendermassen aus:

Geehrtes Haus! Ich war bestrebt, auf jene Umstände hinzuweisen, die die in den letzten Jahren eingetretene Besserung der aussenpolitischen Lage Ungarns hervorgerufen haben. Keineswegs wollte ich behaupten oder beweisen, dass wir gegen alle Eventualitäten gesichert sind. Aber ich konnte die Schlussfolgerung aufstellen, dass der Bruch in der Vormachtstellung der Kleinen Entente im Donaubecken die Chancen der Annäherungspolitik verbessert.

In dieser Überzeugung bekräftigte mich die Tatsache, dass Ungarn bis zur äussersten Grenze des Entgegenkommens gegangen ist und in jeder Weise die Verhandlungsbereitschaft der

Staaten der Kleinen Entente zu erringen bestrebt ist. Wohl behaupten viele, dass die Ungarn die Annäherung an schwere Bedingungen knüpfen. Das entspricht der Wahrheit überhaupt nicht. Wir stellen keine Bedingungen, sondern fordern nur, dass die Kleine Entente die Verpflichtungen, die sie vertraglich übernommen hat, einhält. Wir fordern dass unsere, dem Geist und dem Text des Völkerbündpaktes entstammende Souveränität unbedingt und ohne jede Gegenleistung anerkannt werde. Wir klammern uns daran, dass unsere im Dezember 1932 im Prinzip ausgesprochene Gleichberechtigung endlich auch in Praxis verwirklicht werde und auf diesem Gebiete ein Unterschied zwischen uns und anderen Staaten nicht gemacht werde. Wir fordern, dass die Lage unserer Minderheiten, die zu einem zentralen Problem heranwuchs, den Intentionen der bestehenden Verträge entsprechend geregelt werde. Ohne die befriedigende Regelung dieser beiden Fragen kann von ernstern Verhandlungen oder einer Annäherung überhaupt nicht die Rede sein. Wenn überhaupt von ungarischen Bedingungen gesprochen werden könne, so können sich diese nur darauf beziehen, dass unsere eventuelle Annäherung auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiete in jeder Hinsicht den in den römischen Protokollen, sowie Zusatzprotokollen niedergelegten Prinzipien und dem Geist entspreche, in dem sich diese in der letzten Zeit entwickelt haben. Die Stärke unserer Stellung liegt hauptsächlich darin, dass sie auf bestehenden Verträgen beruht, und dass wir vollkommen im klaren darüber sind, dass nach den Jahre hindurch geführten ungarnefeindlichen Kämpfen und Hetzen, die in den Staaten der Kleinen Entente zügellos betrieben worden sind und auch jetzt noch betrieben werden, wir einer Frage gegenüberstehen, die, wenn überhaupt, so nur nach langen und wechselvollen Verhandlungen zur Entscheidung gebracht werden kann. Ich kann das hohe Haus beruhigen, dass wir mit der dazu erforderlichen Hartnäckigkeit und Ausdauer vollständig gerüstet sind.

Geehrtes Haus! Ich habe versucht, die Schwierigkeiten und die Aussichten für die Herstellung normaler Beziehungen mit den Staaten der Kleinen Entente mit der grösstmöglichen Objektivität zu erwägen. Vielleicht habe ich mich allzu lang und allzu ausführlich mit dieser Frage beschäftigt. Ich tat dies, denn nach meiner Ansicht kann die Bedeutung dieses Problems sowohl vom Gesichtspunkte der Zukunft der Donaustaaten, als

des europäischen Friedens nicht genug zum Ausdruck gebracht werden.

Ich schliesse meine Ausführungen mit der Erwartung, dass die Kleine Entente ihr politisches Mass noch nicht verloren habe, und dass sie nicht mehr lange den Kampf gegen die natürliche und durch niemand aufzuhaltende Entwicklung fortsetzen und uns nicht in eine Richtung hineinzwingen werde, die zu befolgen wir uns konsequent gehütet haben, obwohl hiefür weder moralische, noch juridische Hindernisse vorhanden waren.

Es muss aber jedermann einsehen, dass wir für den Fall, dass die Kleine Entente das Zusammenwirken mit ihr nicht ermöglichen wolle, gezwungen sein werden, ohne sie auf dem bisher bewährten Weg vorwärts zu schreiten. Nach welcher Richtung hin immer die Ereignisse reifen mögen, Ungarn wird auch weiterhin seine friedlichen Ziele mit friedlichen Mitteln verfolgen und darauf vertrauen, dass seine aufrichtige Friedenspolitik, wenn auch nach vielen Hindernissen und Rückfällen, endlich doch Verständnis finden werde. Ich bitte, den Etat anzunehmen.

*

Auch das Oberhaus beschäftigte sich mit der Minderheitenfrage.

Dr. Konrad Heckenberger hielt am 2. Juli eine grosse Rede, in der er auch auf die Frage des ungarländischen Deutschtums zu sprechen kam. Er führte hierüber aus:

— Nun werde ich mir erlauben, in kurzen Worten auch auf die deutsche Frage zu reflektieren.

— Die deutsche Frage kann bei uns einerseits wegen der Kurzsichtigkeit einzelner, anderseits aber auch wegen der Hetzarbeit anderer nicht zum Ruhepunkt gelangen. Der Herr Kultusminister hat im verflossenen Jahr nach gründlicher Beratung mit den dazu berufenen Faktoren, wie auch mit den Interessierten eine Schulverordnung herausgegeben. Im Sinne dieser Verordnung müssen nach Wunsch der Eltern ausser dem Unterricht in der ungarischen Sprache mehrere Gegenstände auch in der deutschen Sprache unterrichtet werden, damit auf diese Weise sowohl die ungarischen, als auch die deutschen Wünsche befriedigt werden. Wir können nämlich die Respektierung der sprachlichen Rechte der magyarischen Minderheiten nur dann fordern, wenn wir die berechtigten sprachlichen Wün-

sche der Minderheiten hierzulande erfüllen. Wir müssen die Angriffe jener Journalisten und jener Blätter gegen den Minister zurückweisen, die nicht weiter sehen, als ihre Nase reicht, die diese Probleme nicht kennen und die sich um die Leiden der magyarischen Minderheiten nicht kümmern . . .

— Ich lese in den Blättern, dass in mehreren Ortschaften, so auch in Soroksár, wo die Schulverordnung vom Volke einmal schon angenommen wurde, die Lehrer das Volk von neuem befragen und hiedurch Unruhe stiften. Wenn die diesbezüglichen Blättermeldungen der Tatsache entsprechen sollten, so ersuche ich den Herrn Kultusminister, gegen diese Herren, die in ihrer Unwissenheit die Verfügungen des Ministers vereiteln wollen, am schärfsten vorzugehen. Anstatt solcher Machenschaften sollten sie vielmehr bestrebt sein, die Jugend in deutscher Sprache in jener Treue zum Vaterlande zu erziehen, mit der auch die Väter dem Vaterlande ergeben waren.

Nach diesen Erklärungen Dr. Heckenbergers, die vom Hause mit grosser Aufmerksamkeit angehört wurden, schildert er — mit Berufung auf das „Neue Sonntagsblatt“ — die Quertreibereien von Dr. Huss und Dr. Basch gegen Dr. Gratz, gegen den U. D. V. und deren Leitung und fordert die ungarische Öffentlichkeit auf, Dr. Gratz und den U. D. V. in ihrem Bestreben zu unterstützen.

Hernach ergriff der reformierte Bischof *Dr. Ladislaus Ravasz* das Wort zu einer Rede, in der er sich auch über die magyarischen Minderheiten ausliess. Er sagte hierüber:

— Unzweifelbar besteht die Notwendigkeit, dass zwischen den 9 Millionen Ungarn, die im Mutterlande leben, eine seelische und kulturelle Einheit bestehe. — Sodann fuhr er über das ungarländische Deutschtum fort:

— Ebenso wie der ungarische Staat sich auf das entschiedenste gegen das Bestreben wehren muss, das ungarische Deutschtum in die politische Einheit des Deutschen Reiches einzuschalten, müssen wir, die wir die deutsche Kultur, die deutsche Sprache und den deutschen Geist schätzen, die Voraussetzungen schaffen, dass die ungarländischen Deutschen die Segnungen der grossen deutschen Kultur geniessen können. Das ist auch die moralische und rechtliche Voraussetzung dafür, dass wir dasselbe Recht für unsere in den Nachfolgestaaten lebenden Brüder fordern.

Kultusminister *Dr. Hóman* reflektierte auf beide Reden und erklärte, dass magyarische Kinder in Minderheitenschulen nicht geschickt werden können und dass den deutschen, kroatischen und rumänischen Kindern ausser dem Unterricht in der Staatssprache auch der Unterricht in der Muttersprache gesichert werde.

Die Volksgruppen des Nationalitätenkongresses.

Das Juliheft der in Wien erscheinenden Zeitschrift „Nation und Staat“, dessen vorzüglicher Redakteur Baron von Uexküll ist, bringt einen interessanten Aufsatz über die Volksgruppen des Nationalitätenkongresses. Zweck dieses Aufsatzes ist Orientierung Derjenigen, die dem in London abzuhaltenden Nationalitätenkongress beiwohnen, beziehungsweise sich für die Nationalitätenfrage interessieren. Ausser einer zahlenmässigen Übersicht der als Nationalitäten geltenden Volksgruppen in Europa und deren Verhältniszahl zu den Mehrheitsvölkern schildert der Aufsatz einige hervortretende Züge einzelner Gruppen.

Nachfolgend geben wir die Tabelle zur Erläuterung der Proportionszahl der Nationalitäten zu den Mehrheitsvölkern und den über die ungarischen Gruppen geschriebenen Teil wieder.

	Anteil des staatsfüh- renden Volkes	Zahl der „nationalen Minder- heiten“	Anteil dieser
Tschechoslowakei (V.-Z. 1930)	66·24 %	4,972.932	33·76 %
Polen (V.-Z. 1931)	68·4 „	9,484.027	31·6 „
Jugoslawien (V.-Z. 1921),			
Serben und Kroaten	74·4 „	2,045.678	17·1 „
Slowenen	8·5 „		
Ungarn (V.-Z. 1930)	92·1 „	687.207	7·9 „
Rumänien (V.-Z. 1930)	73 „	4,785.000	27 „
Bulgarien (V. Z. 1926)	81·3 „	1,023.386	18·7 „
Litauen (V.-Z. 1923 und 1925)	80·6 „	418.670	19·4 „
Estland (V.-Z. 1934)	87·2 „	129.208	11·8 „
Lettland (V.-Z. 1935)	73·5 „	505.088	26·5 „
Griechenland (V.-Z. 1928)	92·8 „	445.161	7·2 „
Albanien (V.-Z. 1930, Schätzung)	92·3 „	78.000	7·7 „
Italien (V.-Z. 1921)	98 „	800.179	2 „

Ein national einheitlicheres Gepräge bieten :

	Anteil des staatsführenden Volkes	Zahl der „nationalen Minderheiten“	Anteil dieser
Deutsches Reich (V.-Z. 1925)	97·95 %	630.989 ¹⁾ 648.408 ²⁾	1·01 % 1·04 „
Danzig (V.-Z. 1923)	95 „	18.237	5 „
Österreich (V.-Z. 1934)	97·4 „	175.686	2·6 „

Als Nationalitätenstaaten erklären sich in der Verfassung die folgenden drei national gemischten Staaten :

	Anteil des Mehrheitsvolkes	Zahl der anderen Völkern	Anteil dieser
Schweiz (V.-Z. 1930), Deutsche	71·9 %	1,142.086	28·1 %
Finnland (V.-Z. 1930), Finnen	89·4 „	358.491	10·6 „
Sowjetunion (V.-Z. 1926), Grossrussen	53·1 „	69,226.791	46·9 „

Die Magyaren sind durchweg erst durch die Friedensverträge zu Minderheiten geworden ; bis dahin gab es ausserhalb des Königreiches Ungarn nur gegen 80.000 Csángós in der Moldau und gegen 10.000 in der Bukowina, die vor einigen Jahrhunderten aus dem Szeklerland dorthin ausgewandert waren. Erst der Vertrag von Trianon hat nennenswerte magyarsche Minderheiten geschaffen. Magyaren gibt es nach den amtlichen Volkszählungsergebnissen in folgenden Staaten :

Ungarn (1930)	8,001.112 = 75·5 %
Tschechoslowakei (1930)	719.569 = 6·8 „
Jugoslawien (1921)	472.409 = 4·4 „
Rumänien (1930)	1,387.668 = 13·1 „
Österreich (1934)	18.076 = 0·2 „
	10,598.834

Die stärkste magyarische Volksgruppe ist also die in Rumänien, die selbst ihre Zahl mit 1,924.000 berechnet. Der grösste Anteil, nämlich 1,353.675 nach den amtlichen Volkszählungsangaben, entfällt auf Siebenbürgen, wo sie 24·4 % der Bevölkerung ausmachen. Die Magyaren in Siebenbürgen sind eine stärkere Volksgruppe etwa als die Esten, Slowenen und Albaner. Mehr als einmal haben sie in der Weltgeschichte eine Rolle gespielt. Einen König wie Matthias Corvinus zählten

¹⁾ Mit nichtdeutscher Muttersprache.

²⁾ Doppelte Muttersprache.

sie zu den Ihrigen, ebenso wie die protestantischen Vorkämpfer für die Glaubensfreiheit, wie Tököly und Rákóczi sowie einen Gábor Bethlen, der sich mit den Schweden verbündete. Die protestantischen Magyaren Siebenbürgens standen mit ihren Glaubensgenossen in Schottland, in den Niederlanden und in Schweden in engster Verbindung, liessen dort ihre Seelsorger ausbilden, und auch heute noch stehen Reformierte und Unitarier in der angelsächsischen Welt mit ihren magyarischen Glaubensbrüdern in Siebenbürgen in Beziehung. Aus Siebenbürgen stammte ein Csoma, der erste Tibetforscher, der die erste tibetanische Grammatik in englischer Sprache schrieb, dann zwei grosse ungarische Dichter, die den historischen Roman unter dem Einfluss Sir Walter Scotts pflegten: Baron Nikolaus Jósika und Baron Sigmund Kemény, der „Shakespeare des Romans“. Auf heute rumänischem Gebiet liegen die Geburtsstätte des einen, die Todesstätte des andern grössten ungarischen Dichters, des „Shakespeare der Ballade“ Johann Arany und des Freiheitssängers Alexander Petöfi. Die ungarische Volksgruppe in Rumänien umfasst heute sowohl den siebenbürgischen Adeligen, der durch die Agrarreform enteignet wurde, ebenso wie den Städter und den kleinen Landwirt, den Nachkommen des ehemaligen magyarischen Herrenstandes in Siebenbürgen ebenso wie den des freien, bäuerlichen Szeklerstandes.

Die Magyaren in der Tschechoslowakei sind zum grössten Teil ausgesprochene Grenzminderheit, da sie an der durch den Trianoner Vertrag geschaffenen Grenze leben. Aber abgesehen von diesem fruchtbaren Grenzsaum wohnen sie in der ganzen Slowakei verstreut und bilden eine handels- und gewerbstätige Schicht in den Städten. Während die Volkszählung von 1919 in der Slowakei allein 811.228 Magyaren auswies, werden nach der Volkszählung von 1930 in der ganzen Republik nur mehr 719.569 Magyaren gezählt, hievon 592.337 in der Slowakei (17.79 % der dortigen Gesamtbevölkerung) und 115.805 in Karpathenrussland (15.96 %). Oberungarn war der Schauplatz grosser Glaubenskämpfe: Hier schlossen sich Magyaren der Reformation an und gründeten protestantische Lehranstalten, von hier aus aber leitete Peter Pázmány die Gegenreformation ein und gründete in Tyrnau eine Universität vor mehr als 300 Jahren, die später nach Pest verlegt wurde. Drei grosse ungarische Dichter entstammen Gebieten, die heute zur Slowakei gehören:

der Verfasser hunderter historischer Romane Maurus Jókai, der Schöpfer des grössten ungarischen Dramas, der „Tragödie des Menschen“, Emmerich v. Madách, und der lebenswürdige Maler seiner slowakischen Landsleute, Koloman Mikszáth.

Die Magyaren in Südslawien sind mehr mit der Landwirtschaft verknüpft als die in der Slowakei und in Rumänien. Sowohl stark enteignete Grossgrundbesitzer als auch landwirtschaftliche Arbeiter umfassen sie, wohlhabende Bauern ebenso wie ein städtisches Bürgertum. Ihre Zahl, die die Volkszählung 1921 mit 472.409 angab, wird von ihnen als zu niedrig angesehen.

Le problème minoritaire et le parti national-chrétien.

Le chef du parti national-chrétien, M. A. C. Cuza, vient de publier, sous sa propre signature, un communiqué dans lequel il prend une nouvelle attitude envers les minorités.

M. Cuza déclare que c'est une calomnie et un mensonge que son parti serait l'ennemi de toutes les minorités, même des chrétiens, et plus spécialement des minorités catholiques.

„Le parti national-chrétien est un parti de ralliement de tous les chrétiens contre le danger juif. Comment pourrait-il lutter contre les chrétiens et laisser s'étendre chez nous aussi ce danger ?

„Nous sollicitons donc tous nos frères chrétiens, surtout les honorables prêtres, de s'unir avec nous dans la lutte difficile que nous menons.

„La discorde parmi les chrétiens peut nous être fatale. Rappelons-nous seulement ce qui s'est passé avec la Russie orthodoxe. Regardons ce qui se passe actuellement dans l'Espagne catholique et martyre.

„C'est uniquement par notre rassemblement fraternel autour de la Sainte-Croix que nous pouvons encore trouver notre salut.

„Chrétiens, de toutes les confessions, unissez-vous !”

Les adversaires politiques de M. Cuza, notamment les nationaux-paysans, critiquent cette nouvelle attitude du leader antisemite et nationaliste roumain. Il se serait proclamé ami des

chrétiens et surtout des catholiques, pour une raison de pratique et immédiate: ces jours-ci doivent avoir lieu, dans le département de Bacau, en Moldavie, des élections. Or, parmi les électeurs, il y a un certain nombre de Hongrois catholiques — les Ciangais. Afin d'obtenir leurs voix, M. Cuza apporte cette correction à son programme. De nationaliste qu'il était, il se transforme en chrétien. La formule „la Roumanie aux Roumains" se transforme ainsi en formule „la Roumanie aux Roumains et aux minorités ethniques chrétiennes".

Le fait que cette nouvelle déclaration ne porte que la signature de M. Cuza est interprété comme une indication que des dissensions existeraient entre lui et M. Octavian Goga, l'autre chef du même parti.

Die nationale Verteilung der Beamten der Komitats-Verwal- tung in Siebenbürgen zu Ende des Jahres 1936.

Von: **Dr. Árpád Kovács**

Referent der Minderheitensektion der Ungarischen Landespartei.

In der Ausgabe der Druckerei „Lumina“ in Cluj (Klausenburg) erschien im Jahrbuch der Gemeinverwaltung für 1937 (Calendarul Administrativ pe anul 1937) das Vorwort des Verfassers Dr. Ilie Oana, worin er seine Leser aufmerksam macht, es sei ihm zwar gelungen, die Namens- und Rangliste der Administrationsbeamten Siebenbürgens, ohne Angabe ihrer Nationalität, ihrer Zahl, noch sonstiger Daten zusammenzustellen, doch sei diese Arbeit nicht vollkommen genau. Dies vor Augen haltend, haben wir bei der Ausarbeitung unserer Aufgabe stets die Daten des Administrations-Jahrbuches der Neagu-Druckerei in Sighişoara (Schässburg) mit obigen verglichen, wobei es sich herausstellte, dass dort, wo die Angaben des einen Jahrbuches fehlerhaft waren, diese sich auch im anderen wiederholten.

Beide Jahrbücher registrieren die städtischen Verwaltungsbeamten in so oberflächlicher Weise, dass wir vorläufig nur die auf die Komitatsbeamten bezugnehmenden Daten aufarbeiten können. Mangelhaft ist auch die Namensliste der Kreisärzte, Tierärzte und der Beamten der Bezirke. Die Nationalitätensta-

tistik dieser haben wir dennoch zusammengestellt, wollen sie aber nicht bei der Endsumme mitrechnen, da ja die Ärzte genau genommen nicht als Beamte gelten. Diese sich ergebenden Mängel möglichst ausschaltend wollen wir hervorheben, dass die Namensliste der Beamten in den Komitats-Zentralen, besonders der Oberstuhlrichter, Stuhlrichter und Notäre in beiden Jahrbüchern fast vollkommen ist und die Grundlage unserer vorliegenden Arbeit sich eben aus dieser Beamtenkategorie ergibt.

Um die Nationalität der Komitatsbeamten zu erkennen, haben wir in erster Reihe aus der Namensliste alle Beamten zusammengeschrieben, aus deren Namen nicht mit voller Bestimmtheit festzustellen war, dass sie rumänischer Abstammung sind. Bei dieser absichtlich vereinfachten Überprüfung erhielten wir nun eine Namensliste, die entweder im Vor- oder im Zunamen erkennen liess, dass deren Träger eventuell zu Minderheiten gehören. Nun verschafften wir uns im Wege von Erkundigung über jeden einzelnen Beamten mittelbare Daten zur Feststellung der nationalen Zugehörigkeit, wonach wir eine Registrierung der nationalen Verteilung der Verwaltungsbeamten erhielten, die wir für das Ungartum als über alle Erwartung betrübend finden müssen. Auf den grossen Lärm der rumänischen Presse über die angeblich grosse Zahl der ungarischen Beamten hatten wir nämlich vorausgesetzt, er sei nicht gerade überall ein blinder Lärm und die Zahl der ungarischen Beamten stimme mindestens in einigen Zweigen der Verwaltung mit der Verhältniszahl der Bevölkerung überein. Diese gutmütige Voraussetzung war leider unbegründet, denn an manchen Orten zeigt sich auch in der Gemeinverwaltung eine so grosse ethnische Überproportion zugunsten der Rumänen, sodass dem Ungartum in mehreren Beamtenfächern schon der „*numerus nullus*“ zufiel.

Laut der verfassten Tabelle sind von sämtlichen Notären in Siebenbürgen (1683) nur 13·54 Prozent Ungarn (228), trotzdem nach der „amtlichen“ Volkszählung die Bevölkerungsstatistik des Ungartums 24·4 Prozent beträgt, sodass beinahe um hundert Prozent weniger ungarische Gemeindenotäre (*notar comunal și cercual*) tätig sind, als der Bevölkerungsproportion gemäss dem Ungartum zukäme. Im Falle einer billigen Prozentualverteilung müssten in Siebenbürgen 410 ungarische Gemeindenotäre angestellt sein. Die Zahl der deutschen Notäre (143) erreicht fast die Grenze ihrer völkischen Verhältniszahl (9·8 Prozent). Bei der Bevölkerungsprozentzahl der sonstigen Nationalitäten (7·9 Prozent) ist die Zahl der Notäre sonstiger Nationalität 70, (4·16 Prozent). Aus diesem Missverhältnis geht hervor, dass obwohl dem Bevölkerungsprozentsatz gemäss (57·9 Prozent) dem Rumänentum in Siebenbürgen nur 974 rumänische Notäre ge-

bührten, in Wirklichkeit 1242 rumänische Notäre (77·91 Prozent) angestellt sind.

Die Proportion der Stuhlrichter erweist sich als noch ungünstiger. Von den insgesamt 167 Oberstuhlrichtern in Siebenbürgen (pretor) sind bloss 8 Nichtrumänen, darunter 5 Ungarn (2·99 Prozent), 3 Deutsche (1·80 Prozent), die übrigen 159 Oberstuhlrichter sind alle Rumänen (95·21 Prozent). Die nationale Verteilung der Stuhlrichter (secretar de plasa) ist kaum um einen Schatten günstiger, da von 156 Stuhlrichtern 136 rumänische (87·18 Prozent), 12 ungarische (7·69 Prozent), 6 deutsche (3·85 Prozent) und zwei (1·28 Prozent) anderer Nationalität zugehörige Stuhlrichter sind.

Bei Überprüfung der nationalen Verteilung der Administrationsbeamten können wir ausserdem feststellen, dass unter den Beamten niedrigen Ranges noch hie und da, in höheren Rangstufen aber nicht einmal ausnahmsweise Minderheitsangehörige zu finden sind. So sind unter den in Zentralämtern eingeteilten ungarischen Beamten, niedrigeren Ranges zwar um hundert Prozent weniger vorzufinden, als dem Bevölkerungsprozentsatz entsprechen würde und dieses Missverhältnis lässt sich auch greifbar machen, da von 831 zugeteilten Beamten 104 Ungarn sind (12·51 Prozent), 48 Deutsche (5·78 Prozent) und 21 sonstiger Nationalität, während 79·18 Prozent, das heisst 658 rumänische zugeteilte Beamte tätig sind, gegenüber der 57·9 Prozent betragenden Verhältniszahl der rumänischen Bevölkerung. Hervorstechend ist auch, dass von 210 leitenden Beamten in Zentralämtern (şef funcţionar) 85·24 Prozent d. h. 179 Rumänen sind, während ausser 15 Deutschen (7·14 Prozent) bloss 12 Ungarn (5·71 Prozent) und 4 sonstiger Nationalität (1·91 Prozent) vorzufinden sind.

Das vorhandene Missverhältnis wird noch bemerkbarer, wenn wir die nationale Zugehörigkeit der sechs in wichtigsten leitenden Stellen befindlichen Beamten ins Auge fassen. In den 23 siebenbürgischen Komitaten befinden sich insgesamt 138 Oberbeamte (Vizegespan, Obernotär, Obergeringenieur, Oberarzt, Obertierarzt und Oberfiskal), von denen nur 6 Ungarn sind (4·35 Prozent) u. zw. 3 Obertierärzte, 2 Obergeringenieure und ein einziger Obernotär. *Ungarischen Vizegespan, Oberarzt und Oberfiskal gibt es in Siebenbürgen überhaupt keinen.* Demgegenüber sind von 138 Oberbeamten 120 Rumänen (86·96 Prozent), da nur 9 deutsche (6·52 Prozent) und 3 zu sonstiger Nationalität gehörige (2·17 Prozent) ausser den 6 ungarischen Oberbeamten in Siebenbürgen sind.

Betrachten wir nun die tabellarische Veranschaulichung der Nationalitätenverteilung unter den Oberbeamten :

Nationale Verteilung der Komitats Zentral-Oberbeamten :

		D a v o n				
Amt		zusammen	rumän.	ungar.	deutsch	sonstige
Vizegespan (Subprefect)	in absoluter Zahl von Hundert	23 100	23 100	. .	. .	. .
Obernotär (Secr. general)	in absoluter Zahl von Hundert	23 100	19 82.61	1 4.35	3 13.04	. .
Oberingenieur (Inginer şef)	in absoluter Zahl von Hundert	23 100	17 73.91	2 8.70	3 13.04	1 4.35
Oberarzt (Medic şef)	in absoluter Zahl von Hundert	23 100	23 100	. .	. .	. .
Obertierarzt (Med. vet. şef)	in absol. Zahl von Hundert	23 100	15 65.22	3 13.04	3 13.04	2 8.70
Oberfiskal (Conten şef)	in absoluter Zahl von Hundert	23 100	23 100	. .	. .	. .
Zusammen	in absoluter Zahl von Hundert	138 100	120 86.96	6 4.35	9 6.52	3 2.17

Als Endsumme ergibt sich, dass von 3047 Beamten in den Zentralämtern, Stuhlrichtern und Notären 77.91 Prozent Rumänen (2374), 11.85 Prozent Ungarn (361), 7.06 Prozent Deutsche (215) und 3.18 Prozent zu sonstiger Nationalität gehörige Beamte sind.

Danach scheint es überflüssig Worte darüber zu verlieren, wie irrig und böse die Einstellung der rumänischen Presse ist, womit die äusserst lenkbare rumänische öffentliche Meinung glauben gemacht wird, die ungarische Beamtschaft sei in der Überzahl. Vorliegende Studie soll nicht durch politische Kommentare aufgebauscht werden, doch drängt sich uns unwillkürlich die Feststellung auf, dass der *numerus valachicus* selbst die Gerechtigkeit des *numerus hungaricus* fordert.

Nach Berechnung der gesammelten Daten zeigt sich folgendes Detailliertes-Ergebnis :

Nationale Verteilung der Administrationsbeamten in den Komitaten Siebenbürgens zu Ende des Jahres 1936.

I. In Zentraldienst:

Komitat	Zahl der leitenden Beamten	D a v o n				Zahl der zugeteilten Beamten	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Alba de jos	11	9	.	1	1	30	30	.	.	.
Arad	12	12	.	.	.	43	31	10	2	.
Bihor	9	9	.	.	.	62	49	11	1	1
Braşov	8	7	1	.	.	36	26	5	5	.
Caraş	11	11	.	.	.	33	30	1	1	1
Ciuc	8	4	3	1	.	33	23	10	.	.
Cojocna	10	9	1	.	.	42	32	6	3	1
Făgăraş	9	7	1	1	.	24	14	6	2	2
Hunedoara	8	8	.	.	.	45	41	3	1	.
Maramureş	10	8	1	1	.	30	20	5	2	3
Mureş-Turda	8	8	.	.	.	33	23	8	1	1
Năsăud	9	6	.	3	.	35	27	1	6	1
Odorheiu	8	4	1	2	1	29	19	6	2	2
Sălaj	9	8	1	.	.	41	36	4	1	.
Sălmar	10	9	1	.	.	37	31	5	1	.
Severin	10	9	.	1	.	31	31	.	.	.
Sibiu	9	9	.	.	.	21	14	1	4	2
Someş	7	7	.	.	.	44	38	6	.	.
Târnava-Mare	8	5	.	3	.	46	35	2	9	.
Târnava-Mică	8	6	.	1	1	29	24	2	1	2
Timiş-Torontal	10	10	.	.	.	54	46	2	3	3
Treiscaune	10	8	2	.	.	19	13	5	1	.
Turda	8	6	.	1	1	34	25	5	2	2
Zusamm. { abs. Zahl 210 179 12 15 4 831 658 104 48 21										
{ in % 100 85.24 5.71 7.14 1.91 100 79.18 12.51 5.78 2.53										

II. In äusserem Dienst:

A) Kreis-Oberstuhlrichter und Stuhlrichter:

Komitat	Zahl der Oberstuhlrichter	D a v o n				Zahl der Stuhlrichter	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Alba de jos	8	8	.	.	.	8	7	.	1	.
Arad	10	10	.	.	.	8	8	.	.	.
Bihor	12	12	.	.	.	12	10	1	1	.
Braşov	3	3	.	.	.	3	3	.	.	.
Caraş	6	6	.	.	.	4	4	.	.	.
Ciuc	5	4	1	.	.	5	3	.	.	2
Cojocna	9	9	.	.	.	9	5	3	1	.
Făgăraş	3	3	.	.	.	3	3	.	.	.
Hunedoara	12	11	1	.	.	12	12	.	.	.
Maramureş	4	4	.	.	.	4	4	.	.	.

Komitat	Zahl der Oberstuhl- richter	D a v o n				Zahl der Stuhlrichter	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Mureş-Turda	10	8	1	1	.	9	5	2	2	.
Năsăud	6	6	.	.	.	6	6	.	.	.
Odorheiu	5	5	.	.	.	4	4	.	.	.
Sălaj	10	10	.	.	.	10	9	1	.	.
Sătmar	8	8	.	.	.	7	6	1	.	.
Severin	8	8	.	.	.	7	6	1	.	.
Sibiu	6	6	.	.	.	6	6	.	.	.
Someş	7	7	.	.	.	6	5	.	1	.
Târnava-Mare	5	2	1	2	.	5	5	.	.	.
Târnava-Mică	5	5	.	.	.	5	4	1	.	.
Timiş-Torontal	13	12	1	.	.	11	11	.	.	.
Treiscaune	5	5	.	.	.	5	4	1	.	.
Turda	7	7	.	.	.	7	6	1	.	.
Zusamm. { abs. Zahl 167 159 5 3 . 156 136 12 6 2										
{ in % 100 95.21 2.99 1.80 . 100 87.18 7.69 3.85 1.28										

B) Kreis-Tierärzte und Beamte :

Komitat	Zahl der Tierärzte	D a v o n				Zahl der Beamten	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Alba de jos	7	4	1	2	.	8	7	1	.	.
Arad	9	1	4	.	4	8	5	1	1	1
Bihor	12	6	1	1	4	14	10	2	1	1
Braşov	5	3	2	.	.	4	4	.	.	.
Caraş	6	3	1	1	1	5	4	.	.	1
Ciuc	5	1	3	1	.	3	1	2	.	.
Cojocna	10	9	.	1	.	6	4	2	.	.
Făgăraş	3	2	.	.	1	1	.	.	1	.
Hunedoara	12	7	2	2	1	6	6	.	.	.
Maramureş	4	2	.	1	1	4	3	1	.	.
Mureş-Turda	10	4	1	5	.	3	1	2	.	.
Năsăud	5	3	.	1	1	4	3	.	1	.
Odorheiu	5	1	.	3	1	3	2	1	.	.
Sălaj	10	4	3	.	3	15	14	1	.	.
Sătmar	8	3	.	.	5	8	6	.	1	1
Severin	9	3	2	2	2	4	4	.	.	.
Sibiu	7	2	1	4	.	2	1	1	.	.
Someş	7	3	2	.	2	3	3	.	.	.
Târnava-Mare	5	1	.	4	.	2	1	.	1	.
Târnava-Mică	5	3	1	.	1	4	4	.	.	.
Timiş-Torontal	16	7	2	5	2	14	8	1	3	2
Treiscaune	4	1	.	2	1	3	2	1	.	.
Turda	7	5	.	.	2	6	6	.	.	.
Zusamm. { abs. Zahl 171 78 26 35 32 130 99 16 9 6										
{ in % 100 45.62 15.20 20.47 18.71 100 76.15 12.31 6.92 4.62										

C) Kreisärzte und Notäre :

Komitat	Zahl der Kreisärzte	D a v o n				Zahl der Notäre	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Alba de jos	13	10	1	1	1	66	60	6	.	.
Arad	18	14	.	3	1	111	83	14	12	2
Bihor	30	16	3	1	10	142	111	20	2	9
Braşov	13	12	1	.	.	39	23	6	10	.
Caraş	13	10	1	2	.	55	47	4	4	.
Ciuc	13	3	7	.	3	47	25	19	2	1
Cojocna	24	20	2	.	2	56	45	6	.	5
Făgăraş	11	8	.	2	1	49	38	5	5	1
Hunedoara	24	20	.	2	2	91	80	8	2	1
Maramureş	10	4	1	1	4	33	23	4	.	6
Mureş-Turda	21	14	4	1	2	79	51	23	2	3
Năsăud	10	6	.	2	2	51	32	5	8	6
Odorheiu	8	3	1	1	3	50	36	11	1	2
Sălaj	20	6	2	1	11	102	79	10	2	11
Sătmar	16	5	3	2	6	75	69	1	.	5
Severin	16	12	2	.	2	67	52	11	3	1
Sibiu	14	11	.	2	1	81	70	1	10	.
Someş	10	6	2	.	2	64	50	5	1	8
Târnava-Mare	13	9	1	3	.	79	52	7	20	.
Târnava-Mică	12	5	2	2	3	62	40	13	8	1
Timiş-Torontal	28	11	.	9	8	178	112	10	50	6
Treiscaune	8	1	4	.	3	57	32	24	.	1
Turda	11	7	2	.	2	49	32	15	1	1

Zusamm. { abs. Zahl 356 213 39 35 69 1683 1242 228 143 70
in % 100 59.83 10.96 9.83 19.38 100 73.80 13.54 8.50 4.16

Gesamtzahl der Zentralbeamten und Stuhlrichter :

Komitat	Zentralbeam- ten	D a v o n				Stuhlrichter	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Alba de jos	41	39	.	1	1	16	15	.	1	.
Arad	55	43	10	2	.	18	18	.	.	.
Bihor	71	58	11	1	1	24	22	1	1	.
Braşov	44	33	6	5	.	6	6	.	.	.
Caraş	44	41	1	1	1	10	10	.	.	.
Ciuc	41	27	13	1	.	10	7	1	.	2
Cojocna	52	41	7	3	1	18	14	3	1	.
Făgăraş	33	21	7	3	2	6	6	.	.	.
Hunedoara	53	49	3	1	.	24	23	1	.	.
Maramureş	40	28	6	3	3	8	8	.	.	.
Mureş-Turda	41	31	8	1	1	19	13	3	3	.
Năsăud	44	33	1	9	1	12	12	.	.	.
Odorheiu	37	23	7	4	3	9	9	.	.	.
Sălaj	50	44	5	1	.	20	19	1	.	.

Komitat	Zentralbeam- ten	D a v o n				Stuhlrichter	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Sătmar	47	40	6	1	.	15	14	1	.	.
Severin	41	40	.	1	.	15	14	1	.	.
Sibiu	30	23	1	4	2	12	12	.	.	.
Someş	51	45	6	.	.	13	12	.	1	.
Târnava-Mare	54	40	2	12	.	10	7	1	2	.
Târnava-Mică	37	30	2	2	3	10	9	1	2	.
Timiş-Torontal	64	56	2	3	3	24	23	1	.	.
Treiscaune	29	21	7	1	.	10	9	1	.	.
Turda	42	31	5	3	3	14	13	1	.	.
Zusa.m. { abs.Zahl 1041	837	116	63	25	323	295	17	9	2	
{ in % 100	80.41	11.14	6.05	2.40	100	91.33	5.26	2.79	0.62	

Summierungstabelle der nationalen Verteilung der Komitats-Zentralbeamten, Stuhlrichter und Gemeindenotäre:

Komitat	Gesamtzahl der Beamten	D a v o n			
		rumänisch	ungarisch	deutsch	sonstige
Alba de jos	123	114	6	2	1
Arad	184	144	24	14	2
Bihor	237	191	32	4	10
Braşov	89	62	12	15	.
Caraş	109	98	5	5	1
Cluc	98	59	33	3	3
Cojocna	126	100	16	4	6
Făgăraş	88	65	12	8	3
Hunedoara	168	152	12	3	1
Maramureş	81	59	10	3	9
Mureş-Turda	139	95	34	6	4
Năsăud	107	77	6	17	7
Odorheiu	96	68	18	5	5
Sălaj	172	142	16	3	11
Sătmar	137	123	8	1	5
Severin	123	106	12	4	1
Sibiu	123	105	2	14	2
Someş	128	107	11	2	8
Târnava-Mare	143	99	10	34	.
Târnava-Mică	109	79	16	10	4
Timiş-Torontal	266	191	13	53	9
Treiscaune	96	62	32	1	1
Turda	105	76	21	4	4
Zusammen	3047	2374	361	215	97
In Prozenten	100	77.91	11.85	7.06	3.18
Bevölkers - Verhältnis- zahl laut Daten der Volks- zählung von 1930 in Pro- zentenziffern:	100	57.90	24.40	9.80	7.90

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG } XV.

AUGUST
AOUT
AUGUST } 1937.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 8

XIII^{me} Congrès des Minorités.

Le 13^e Congrès annuel des Minorités nationales d'Europe a eu lieu en juillet, mais à Londres cette fois-ci.

Les représentants des 40 millions de minoritaires européens, qui se sont rencontrés déjà à Vienne, à Berne et à Genève, ne s'étaient encore jamais trouvés réunis dans un Etat victorieux. Le fait donc que la capitale d'un des plus grands de ceux-ci ait été choisie cette année, n'est pas sans intérêt.

Ce sont les grandes puissances victorieuses qui ont jeté dans le monde les idées de l'égalité des nations. Elles ne se sont pas bornées à redistribuer les territoires en Europe : elles ont voulu montrer, par l'établissement des traités de minorités, leurs intentions de traiter humainement les populations que la nouvelle carte de l'Europe allait contraindre de vivre sous la domination étrangère.

Ces mêmes Puissances ont assumé la garantie des droits fixés dans les traités de minorités, en confiant au Conseil de la S. d. N. le soin d'y veiller.

Or, — il n'est plus guère besoin de le répéter ici — les traités de minorités n'ont jamais été respectés. Au contraire, l'oppression des groupes minoritaires s'est accrue de mois en mois.

Le choix de Londres cette année par les congressistes est ainsi fort significatif. Les représentants des minorités ont entendu rappeler aux gérants des traités de minorités l'existence et la validité de ces traités.

Des pays vainqueurs, l'Angleterre est sans doute le plus propice pour un tel rappel. L'indéfectible libéralisme de son peuple est à lui seul une garantie à ce propos. Le peuple anglais,

d'autre part, aime le respect de la parole donnée et les minorités doivent pouvoir compter sur son appui puisqu'elles ne demandent que la simple application d'obligations contractuelles. Les représentants des minorités ne pouvaient mieux choisir que Londres pour leur réunion et l'on comprendra que l'opinion publique minoritaire ait suivi avec beaucoup d'attention la réunion des 14 et 15 juillet dernier.

*

Le Congrès fut ouvert par son président, M. le Dr. Zalozieckyj, Sénateur de Bucarest, représentant des minorités russes de Roumanie. La parole fut ensuite donnée à *Lord Willoughby Dickinson* qui, après un bref hommage rendu à la mémoire du *Dr. Ewald Ammende*, pronça le discours suivant :

„L'Angleterre a, cette année, l'avantage d'être visitée par beaucoup de peuples de diverses nationalités. Après le Couronnement, un nombre imposant de conférences internationales a eu lieu dans ce pays, dont la tâche et le devoir est toujours d'adoucir et de réconcilier les divergences internationales. Aucune tâche n'est plus importante que celle à laquelle nous nous trouvons attachés en ce moment. La question minoritaire n'est pas nouvelle. En 1878 déjà se posa la question de la protection des minorités chrétiennes dans l'empire Turc. En 1919, de nouvelles démarches furent nécessaires pour la protection de ces minorités, qui avaient été transférées contre leur volonté par la rectification des frontières. Une protection définie de quelque façon dut être imaginée à l'usage des minorités soumises à une domination étrangère d'autre race, langue, etc. C'est ainsi que furent conclus les traités de minorités, lesquels ne concernaient pas seulement les minorités à proprement parler, mais présentait un grand intérêt pour le règlement général de la situation européenne. Lorsqu'ils furent l'objet d'abandon ou de désaffection, le règlement des traités de paix de Versailles en reçut un sérieux contrecoup. La déclaration du Gouvernement polonais à Genève, il y a un certain temps, provoqua un malaise. En second lieu, les Traités de Minorités n'étaient pas sans valeur pour les Etats intéressés, au sein desquels des groupes importants distincts par la race, la langue, etc., pouvaient être des sujets de trouble grave pour la majorité. C'est pourquoi les majorités furent invitées à accepter certaines obligations, capables

d'empêcher le retour de la guerre. Les traités de minorités faisaient partie intégrante du règlement de la paix et constituaient une assurance contre la guerre. Les majorités étaient appelées à faire quelques légers sacrifices de souveraineté. Ces restrictions demandées aux majorités consistaient dans l'obligation aux minorités de permettre d'envoyer leurs enfants dans leurs propres écoles, d'honorer Dieu à la façon de leurs ancêtres.

Le peuple anglais parut étonné qu'il pût surgir des difficultés dans le fonctionnement du système. Il est pourtant vrai que les majorités au pouvoir passèrent outre ces traités. Les conséquences en furent souvent, non seulement comiques mais tragiques. Lorsque je visitais l'Est de l'Europe, il y a quelque temps, j'ai trouvé des petits Allemands qui chantaient „Eine feste Burg ist unser Gott“ en langue slave. Les pierres tombales des Autrichiens tombés dans le Tyrol du Sud étaient gravées en italien. En Roumanie, des domestiques hongrois s'efforçaient de s'exprimer en allemand, ne connaissant pas le roumain et ayant reçu l'interdiction de parler hongrois.

L'existence des peuples ordinaires est faite de petites choses. Mais ce sont de petites choses qui font la paix ou la guerre. Au reste, les plaintes minoritaires ne restent pas confinées à ces vécilles. Dans les services publics, bureaux de poste, chemins de fer, etc., les minoritaires pâtissent de mille manières. Une amélioration de la situation n'est possible que par la pleine acceptation de l'esprit qui est à la base des traités. La responsabilité en incombe aux gouvernements intéressés et à la Société des Nations.

La Société des Nations a échoué jusqu'ici. Sa tâche n'est pas seulement d'empêcher une agression, mais aussi de favoriser la paix. A cette fin, elle aurait pu agir dans beaucoup de domaines, par exemple par des rectifications de frontières, des répartitions de matières premières, etc. Si la Société des Nations avait résolument affronté le problème minoritaire, ce problème serait peut être résolu aujourd'hui. Il n'y a aucune raison pour que les minorités ne puissent pas vivre en paix avec leurs majorités. Ce qu'il faut pour cela, c'est de la générosité et de la tolérance de la part de celles-ci. Nous ne pouvons pas faire qu'il n'y ait plus de minorités. Il y aura toujours un cinquième des habitants de l'Europe soumis

à une règle autre que la leur. Mais la paix du monde dépendra du contentement de ces minorités. Vous êtes réunis pour cela. Vous êtes les architectes du futur palais de la paix."

Le deuxième orateur du Congrès fut le *Lt. Colonel d'Estrange Malone*, l'expert bien connu des questions ukrainiennes. Voici les principaux passages de son discours :

"L'invitation qu'on m'a faite de prendre la parole devant cette assemblée m'honore beaucoup. Je n'ai d'autre qualification pour cela que celle d'avoir suivi la question ukrainienne dès 1918 et de m'être également intéressé aux problèmes minoritaires dans plusieurs parties de l'Europe.

Dans son discours inaugural, le président a décrit les groupes minoritaires et montré combien est important le problème qui s'y rattache. Je suppose que vous attendez particulièrement de moi que je vous parle de l'attitude de la Grande-Bretagne. Si vous voulez connaître l'attitude officielle de celle-ci, c'est évidemment le Foreign Office que vous devriez approcher, ne pouvant parler moi-même qu'à titre purement individuel et privé. Ce que j'ai à dire ne sont que les déductions d'une observation longue et soutenue de ces problèmes...

Je sais que ce problème est très important pour l'Angleterre, non parce qu'il nous concerne directement, mais parce qu'il met en danger la paix du monde.

Devant les frontières injustes de Versailles, les auteurs des traités envisagèrent les difficultés qui pouvaient surgir à propos des minorités et ils voulurent y parer. C'est pourquoi les Traités de Minorités furent signés et que l'on y fit entrer de solennelles obligations.

Ces traités furent élaborés avec soin pour assurer la liberté et la justice aux peuples vivant sous la domination étrangère. S'ils avaient été respectés, les populations minoritaires auraient pu vivre de façon satisfaisante, jouissant d'un plein droit de citoyenneté, tout comme les Ukrainiens, les Polonais, les Tchèques et d'autres au Canada et en Amérique.

Mais comment ces traités ont-ils été exécutés ? Nous ne pouvons fermer les yeux devant cette évidence que les choses en Europe — considérées principalement du point de vue des minorités — ne se sont pas améliorées. Au contraire, dans la majorité écrasante des cas, elles n'ont fait qu'empirer d'année en année. Au début, il y avait au moins la velléité

de respecter les traités. Mais ceux-ci, maintenant, sont ignorés presque partout...

Avant qu'il fût question que l'Allemagne et l'Italie abandonnassent la S. d. N., une Puissance de l'Europe Orientale fit une déclaration à Genève, devant l'Assemblée réunie le 13 septembre 1934, pour répudier ses obligations concernant les minorités. Je suis heureux de rappeler que le Ministre des Affaires anglaises de cette époque blâma sévèrement cette détermination.

Ce n'est pas à vous, représentants des minorités, que j'ai besoin de dire ce qui se passe dans toutes les parties de l'Europe. Il y a des minorités, c'est vrai, qui n'ont pas de graves raisons de se plaindre, mais elles sont vraiment, c'est le cas de le dire, en minorité... Pour les autres, toutes les manifestations de leur vie culturelle: écoles, langue, religion, presse, sont soumises à des restrictions de toutes sortes. Pouvez-vous imaginer des pays où la base de l'éducation est donnée dans une langue étrangère? Où les enfants n'entendent pas un seul mot prononcé dans leur langue maternelle...

Dans beaucoup d'endroits, l'intolérance se manifeste également dans la sphère de la religion...

Mais ce ne sont pas seulement dans leur vie culturelle que les minorités sont opprimées. Des lois ingénieuses permettent d'exercer sur elles une pression économique, qui grève leur travail, leurs coopératives et leur standard de vie en général.

Nous nous trouvons réellement en face d'une tentative de dénationaliser les minorités, de faire entrer en elles le sentiment qu'elles sont d'une race inférieure et digne de mépris. Un tel traitement a précisément pour effet inévitable de provoquer un sentiment opposé et de faire naître chez les minorités le vœu d'un rattachement à la mèrepatrie, à laquelle elles ont unies inséparablement par les liens de l'histoire, de la culture et de la langue.

Il ne faut pas oublier que ce problème met en jeu des millions de personnes en Europe. Dans certains pays, les minorités forment le tiers de la population totale.

Tchécoslovaquie	de 35 %
Pologne	31 "
Roumanie	28 "
Lettonie	26 "
Yougoslavie	17 "
Lithuanie	16 "

En bornant là cette énumération, je pose donc la question, la suprême question à laquelle ce Congrès doit répondre : qu'attendez vous, que pouvons-nous vous donner ?

Vous avez parcouru quelques centaines de kilomètres, plusieurs centaines de kilomètres.

Est-ce un hommage que vous avez voulu rendre à la réputation dont a toujours joui la Grande-Bretagne, de soutien sincère de la justice et de champion des opprimés ?

Attendez-vous de nous quelque action ?

Toutes les nations, y compris la Grande-Bretagne et spécialement les signataires des Traités de Minorités : Grande-Bretagne, Amérique, France, Italie et Japon, doivent être blâmées pour ne pas avoir imposé le respect de ces traités, avant que n'éclatât le volcan du nationalisme, parce que cette vague de nationalisme est due pour une large part à la tentative de supprimer les nationalités. Mais si la Grande-Bretagne doit accepter sa part de blâme, il m'est agréable de vous rappeler qu'elle a été, parmi toutes les Puissances, celle qui fut à la tête à Genève pour la défense des droits minoritaires.

Aucune autre Puissance, officiellement ou non, n'a fait autant qu'elle dans ce domaine.

Dans aucun autre pays des membres du Parlement et d'autres personnes distinguées se sont occupés autant de cette question, ni même formulé autant de pétitions et de protestations, lesquelles ont joué, je suis fier de le dire, une part importante dans la résistance à l'oppression des minorités.

Officiellement également, les délégués britanniques à la Société des Nations ont été à l'avant-garde. Je ne puis trouver aucun souvenir d'un délégué au Conseil de la Ligue qui ait usé de termes plus forts que ceux employés par lord Cecil, lorsqu'il qualifia le traitement infligé par la Pologne aux Ukrainiens „d'offligeant pour la conscience et l'opinion de l'humanité civilisée“.

L'autorité de la Ligue en tant qu'autorité universelle a

subi un rude échec. Rien ne permet d'envisager qu'elle puisse être restaurée pour le moment et rien ne pourrait en tout cas être fait dans ce sens sans le retour de l'Allemagne et de l'Italie.

Une ligue qui n'a pas réussi à aider l'Abyssinie ou l'Espagne ne peut pas faire beaucoup pour les minorités...

D'ailleurs, nous ne pouvons pas aujourd'hui contraindre des pays à adopter telle ou telle attitude envers une classe ou une partie de leur population.

Il ne doit y avoir sur ce point aucun malentendu : le peuple britannique n'enverra pas un corps expéditionnaire pour obliger une nation quelconque à remplir ses engagements envers les minorités. Si la Grande-Bretagne ne peut obtenir des autres nations qu'elles soutiennent ses protestations à Genève, on ne peut imaginer qu'elle puisse obtenir de ces nations un appui pour de telles expéditions punitives.

La situation est aujourd'hui extrêmement critique. Chaque question minoritaire constitue un problème particulier et il sera probablement mieux d'examiner ces problèmes un à un, en commençant par les plus urgents.

Vous êtes venus ici parce que vous réalisez probablement que si les Grandes Puissances, avec leur force économique, financière et militaire, admettent que quelque chose doit être faite, on trouvera bien quelque moyen d'action.

Le but de ce Congrès est d'appeler l'opinion publique de toute l'Europe sur les dangers latents. Ce Congrès doit être un grave avertissement aux Grandes Puissances, la Grande-Bretagne y comprise, un avertissement que les questions minoritaires doivent être étudiées d'urgence et réglées immédiatement. Les problèmes minoritaires déterminèrent pour une part importante la conflagration de 1914. S'ils ne sont pas réglés aujourd'hui, la paix de l'Europe et même la paix du monde sera sérieusement menacée. Et une nouvelle guerre marquera la fin de la culture, non seulement des minorités, mais de toute l'humanité."

*

Au nom des minorités, M. le Professeur M. Kurtischinsky, le député Baron Jean Jósika, M. Hasselblatt, le jurisconsulte des Allemands vivant hors du Reich, M. le Dr. H. Rutha, député allemand au Parlement de Prague, M. H. Kohner, député de la

Pologne, M. Z. Pelenskyj, représentant des minorités ukrainiennes, le pasteur Stankiewicz (au nom des Russes blancs), tinrent plusieurs discours sur la question minoritaire, considérée dans son ensemble, en Europe. Don Antonio de Labayen, représentant les minorités basques, s'en prit à l'Allemagne à propos des événements d'Espagne. Il fut interrompu par le président, qui lui rappela le règlement du Congrès interdisant les attaques contre un gouvernement.

Après cet incident, à la suite duquel les Basques se retirèrent du Congrès, les résolutions suivantes furent votées à l'unanimité :

Le Congrès des Nationalités européennes a traité en détail, au cours de sa XIII^e réunion annuelle qui eut lieu à Londres, de la question de la protection internationale des minorités et il est arrivé à la conclusion que les garanties données par la Société des Nations pour la protection internationale des minorités a été pratiquement inexistante l'année dernière également. Le Congrès fait cette constatation à son grand regret, car c'est pour cette raison parmi les autres que la suppression légale et effective de la base d'existence des minorités a marqué un nouveau progrès.

Le Congrès maintient son point de vue selon lequel le problème des Nationalités doit trouver sa solution à l'intérieur de chaque Etat. Le Congrès a également la conviction que de telles solutions à l'intérieur de chaque Etat peuvent être trouvées au moyen des engagements pris par les Etats soumis à la loi internationale et par la protection internationale des minorités qui s'y rattache, si cette protection joue convenablement, de telle sorte que le problème minoritaire perdrait en grande partie de son activité toujours plus grande et dangereuse.

Pour cette raison le Congrès, dans l'intérêt des peuples qu'il représente groupant 40 millions d'âmes, aussi bien que dans l'intérêt de la paix entre nations en général, en appelle de façon pressante à tous les membres du Conseil de la Société des Nations et particulièrement à la Grande-Bretagne, pour qu'il soit fait en sorte que les droits minoritaires deviennent une réalité et qu'en liaison avec la Société des Nations les droits minoritaires internationaux et la protection internationale des minorités soient effectivement organisés et appliqués.

Pour ce qui est des voies et des moyens pour atteindre ce but, le Congrès se réfère aux réclamations de base faites

unanimentement par toutes les minorités nationales et portant sur l'activité et la réforme de la Société des Nations.

Le problème des nationalités fait partiè de ceux dont la solution déterminera dans une large mesure le destin de l'Europe et la réponse à la question de la paix ou de la guerre.

Si la Société des Nations doit être mise à même de remplir sa tâche qui est de préserver et de renforcer la paix du monde, elle doit faire aboutir dans le plus bref délai possible un règlement du problème des nationalités permettant de sauvegarder les droits les plus élémentaires des minorités européennes.

Il sera également nécessaire d'examiner dans un avenir immédiat et de les améliorer dans leur ensemble, les dispositions des conventions minoritaires relatives aux droits des nationalités, en leur assurant une procedure effective.

Pour cette raison, le Congrès demande de la façon la plus pressante que la réforme de la Société des Nations ne laisse pas de côté le problème des minorités.

Le Congrès estime en particulier que l'obligation pour la Société des Nations de fournir telles garanties à toutes les minorités européennes, devrait être incorporée dans le Covenant de la Ligue.

Pour mener à bien ces tâches qui devraient être ainsi incorporées dans le Covenant de la Ligue, ce Covenant devrait prévoir la création d'une Commission permanente qui veillerait que les droits minoritaires soient respectés, accepterait et étudierait les rapports à ce sujet, soumettrait des propositions et des suggestions au Conseil de la Ligue.

Le Congrès des Nationalités européennes demande que comme seul moyen de mettre sur pied une organisation compréhensive des minorités européennes, il soit consulté et invité à collaborer à l'examen préliminaire des mesures de réforme pour la protection des minorités.

*

2me Résolution.

Le Congrès conjure les minorités nationales européennes de ne pas se laisser troubler et décourager par la paupérisation spirituelle et matérielle à laquelle elles sont vouées de par la méfiance naissante et le redoublement de cruauté de la lutte contre leurs efforts naturels et légitimes en faveur de leurs caractéristiques nationales. Toutes les minorités doivent se

cramponner à cette idée que leur cause est destinée à vaincre, parce qu'elle est celle de la justice et de la vie elle-même. Ils peuvent être assurés que la constance de leurs revendications pour une réorganisation à l'intérieur de leurs Etats soumis à la loi internationale ne les servira pas seulement eux-mêmes, mais à une date plus lointaine assurera également une base saine, légale et permanente, permettant à la paix de s'établir dans les Etats dont ils sont sujets.

Le Congrès enregistre avec satisfaction que les liens d'amitié entre les groupes nationaux est demeuré intact à travers les difficultés du temps, en dépit des différences de caractère et de situation et il exprime le vœu que ce lien sera considéré comme une preuve du fait que la tolérance mutuelle et le respect entre des nations différentes ne constituent pas une utopie.

Dans ce lieu, le Congrès voit la confirmation du fait que la route prise par lui et qu'il a suivi sans dévier depuis le début, est la bonne.

•

M. Ben Riley, M. P., ainsi que plusieurs membres du Parlement anglais, ont offert à la *House of Commons* un thé en l'honneur des congressistes. Une conférence privée eut lieu ensuite, dans la salle 12 du même bâtiment, sous la présidence de M. Ben Riley. Ce député ayant exprimé, dans son discours inaugural, le vœu que la Conférence ne soit pas rendue publique, les journaux n'en ont pas parlé et nous ne ferons point ici exception.

Nous dirons seulement que de nombreuses questions furent posées par des membres de la *House of Commons*, auxquelles répondirent les discours de MM. G. Szüllő, Baron Jósika, M. Rutha, G. Köver et Zalozieckj.

Puis les congressistes se séparèrent, chacun emportant le sentiment que du bon travail avait été accompli pour la cause qui leur est chère.

Die für die Minderheiten nachteiligen Bestimmungen des südslawischen Konkordats.

Von: **Emmerich Prokopy.**

Die in der Frage des Konkordats besonders während dessen Verhandlung in der Skupschtina entstandenen innerpolitischen Verwicklungen, die sich infolge des scharfen Gegensatzes zwischen der Regierung und der serbisch pravoslavischen Kirche zu einer wahren Machtfraße zuspitzten, haben in der ganzen Welt lebhaftes Aufsehen erregt. Die Presse hat sich wochenlang sehr eingehend mit dieser in so manchen Belangen höchst interessanten und für die innere Ordnung und Konsolidierung Südslawiens überaus wichtigen kirchenpolitischen Frage befasst, dabei jedoch jene Bestimmungen des Konkordats ganz unbeachtet gelassen, von denen gewisse Rechte und Interessen der in Südslawien lebenden nationalen Minderheiten unmittelbar und weitgehend betroffen werden.

Was nun die für die ungarischen und deutschen Minderheitszugehörigen gleichermaßen nachteiligen Bestimmungen des Konkordats betrifft, so ist hierüber, auf Grund des Konkordatextes, in grossen Zügen folgendes zu bemerken.

Nach der in Artikel 10 des Konkordats enthaltenen und an sich richtigen Bestimmung „müssen die Seelsorger der von sprachlichen Minderheiten bewohnten Pfarrgemeinden *ausser der Sprache der Gläubigen* auch der Staatssprache kundig sein“, während nach der Bestimmung des Artikels 11 „die den nationalen Minderheiten angehörigen römisch katholischen Gläubigen hinsichtlich des Gebrauchs ihrer Muttersprache in der Liturgie, beim Glaubensunterricht und in den kirchlichen Vereinen keinesfalls nachteiliger behandelt werden dürfen, als jene Katholiken südslawischer (sic!) Nationalität, die in den Staaten der mit den in Südslawien siedelnden Minderheiten stamm- und sprachverwandten Nationen leben“.

Absatz 2 des 11. Artikels enthält zudem noch folgende verpflichtende Erklärung des Heiligen Stuhles: „Da die südslawische Regierung diese für die in Südslawien ansässigen Minderheiten günstige Bestimmung ohne Verzögerung ange-

nommen hat, erklärt der Heilige Stuhl, dass er in Übereinstimmung mit jenen Grundsätzen, zu denen er sich bezüglich des Gebrauchs der Muttersprache im Seelsorgerdienst, im Glaubensunterricht und im Leben der katholischen Organisationen stets bekannt hat, *bei den in Zukunft abzuschliessenden Konkordaten bestrebt sein wird*, in diese entsprechende Bestimmungen zum Schutze der südslawischen Minderheiten aufzunehmen.“ Zur Ergänzung dieser Vereinbarung und zur Beschwichtigung der auch dem 2. Absatz des 11. Artikels bekämpfenden pravoslavischen Kirche und der sie unterstützenden Oppositionsparteien brachte Ministerpräsident Stojadinović in seinem an den Präsidenten der Skupschtina gerichteten Schreiben vom 8. Juli dem Parlamente die in der Note der Belgrader apostolischen Nuntiatur vom 27. April 1937, Zahl 19.567, enthaltene Erklärung zur Kenntnis, wonach „der Heilige Stuhl für die Kuratgeistlichkeit um den Gebrauch der Volkssprache im Seelsorgerdienst, im Glaubensunterricht und im Leben der katholischen Organisationen auch in jenen Staaten ansuchen wird, wo südslawische Minderheiten leben und mit welchen er keine Konkordatsverhandlungen führt.“

Wie hieraus ersichtlich, war die südslawische Regierung, ganz ohne Rücksicht auf die einschlägigen und verpflichtenden Bestimmungen des Minderheitenvertrages, nur unter der Bedingung bereit, die sprachlichen Rechte der in Südslawien siedelnden minderheitszugehörigen röm. kath. Gläubigen auf dem übrigens recht engbegrenzten Gebiet des kirchlichen Lebens anzuerkennen, wenn seinerseits der Heilige Stuhl sich verpflichtet, die ähnlichen Rechte und Interessen der in fremden Staaten wohnenden südslawischen Minderheiten zumindest in demselben Masse zu beschützen.

Davon abgesehen könnte Artikel 11 samt obiger Ergänzung, wie auch die auf die Sprachkenntnisse der Seelsorger bezügliche Bestimmung des Artikels 10 zumindest im Prinzip als recht und billig gelten, vorausgesetzt, dass die im Gebiete des früheren Kroatien-Slawonien und in der Draubanschaft ansässigen und auch im kirchlichen Leben ihrer sprachlichen und sonstigen Minderheitenrechte gänzlich beraubten 80.000 Katholiken ungarischer Volkszugehörigkeit im Geiste dieser Konkordatsbestimmungen je eher zu den bislang so schmerzlich entbehrten ungarischen oder wenigstens der ungarischen Sprache kundigen

Geistlichen, zu ungarischer Predigt, zu ungarischen Gesangsbüchern, ungarischen Vereinen und Büchereien usw. gelangen könnten und falls überdies die Wirksamkeit und die praktische Anwendbarkeit der beiden Artikel nicht durch die Bestimmungen der Artikel 24 und 28 ganz unmöglich gemacht würden.

Nach Artikel 24 des Konkordats können nämlich die kirchlichen Behörden zwar mit Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Mittelschulseminarien und Bildungsanstalten für Geistliche errichten und erhalten, doch hat in diesen Lehranstalten der Unterricht in der Staatssprache zu erfolgen, mit Ausnahme der scholastischen Philosophie und der theologischen Lehrgegenstände, die nach wie vor in lateinischer Sprache unterrichtet werden. Durch diese Bestimmung wird also der bisherige rechtswidrige Zustand gleichsam legalisiert und sollte sie durch die Ratifikation des Konkordats rechtsgiltig werden, so werden dadurch die zusammen mehr als 800.000 römisch katholischen Ungarn und Deutschen sogar der blossen Möglichkeit beraubt, noch jemals auf eigene Kosten konfessionelle Mittelschulseminarien und Bildungsanstalten für Geistliche mit ungarischer, beziehungsweise deutscher Unterrichtssprache errichten zu können. Mangels solcher Lehranstalten ist es aber ein Ding der Unmöglichkeit, für die Erziehung und Ausbildung von Geistlichen vorzusorgen, die den in Artikel 10 und 11 des Konkordats in Bezug auf den Gebrauch der Minderheitensprachen in der Liturgie und überhaupt im Seelsorgerdienst, im Religionsunterricht und in den kirchlichen Vereinen vorgeschriebenen Bedingungen voll und ganz entsprechen könnten.

Diese Rechtsberaubung wird noch durch die ganz ähnliche Bestimmung des Artikels 28 vervollständigt. Hiernach „wird der Charakter und die Gesetzlichkeit der bereits bestehenden und unter der Leitung und Aufsicht der Bischöfe, kirchlichen Orden und Kongregationen stehenden konfessionellen Schulen anerkannt und zugleich die Errichtung neuer ähnlicher konfessioneller Lehranstalten gestattet“, jedoch nur unter der Bedingung, dass *in diesen Schulen der Unterricht ausschliesslich in süd-slawischer (!) Sprache erteilt werden muss*. Hiezu ist zu bemerken, dass die „auf die bereits bestehenden konfessionellen Schulen“ bezügliche Bestimmung obigen Artikels sich keinesfalls auf konfessionelle Schulen mit ungarischer oder deutscher Unterrichtssprache beziehen kann, u. z. aus dem einfachen Grunde,

weil diese Lehranstalten schon zu Beginn der neuen Herrschaft, in den Jahren 1919 und 1920, bei gleichzeitiger und ohne jede Entschädigung vollzogener Beschlagnahme sämtlicher Schulgebäude und überhaupt des ganzen Schulvermögens verstaatlicht wurden. Was aber die vollständige Ausmerzung der ungarischen und deutschen Unterrichtssprache aus den neu zu errichtenden konfessionellen Schulen betrifft, so bildet dies eine ebensolche flagrante Verletzung des Artikels 8 des Minderheitenvertrages, wie die durch Artikel 28 bestimmte restlose Ausschaltung der minderheitlichen Unterrichtssprache aus sämtlichen Seminarien und Bildungsanstalten für Geistliche. Artikel 8 des Minderheitenvertrages bestimmt nämlich, „dass die ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten angehörigen südslawischen (S. H. S.) Staatsbürger das Recht haben, *auf ihre eigenen Kosten religiöse, soziale oder Wohltätigkeitsanstalten, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen, mit dem Recht, in diesen Anstalten ihre eigene Sprache frei gebrauchen zu können*“.

Das Konkordat weicht hier also von der völkerrechtlichen Grundlage dieser im Minderheitenvertrag festgelegten Bestimmung ab, die „durch keinerlei Gesetz, Verordnung oder behördliche Verfügung abgeändert werden kann“, und gibt dadurch die sprachlichen Rechte und die damit zusammenhängenden sonstigen Interessen der ungarischen und deutschen Minderheit im Schulunterricht und in der Erziehung und Ausbildung der Geistlichen auf, was u. a. die für beide Minderheiten verhängnisvolle Folge nach sich ziehen wird, dass die Slawisierung durch Schule und Kirche nunmehr mit noch grösserem Eifer und Erfolg betrieben werden wird.

Diesem Ziele dienen übrigens auch die in der „Anlage“ zum Konkordat enthaltenen und auf die Erweiterung des Rechtes der altslawischen Messsprache (Glagolica) bezüglichen Bestimmungen, deren Anwendung vornehmlich dort grosse Zwistigkeiten und beständige Wirren hervorrufen wird, wo die Gläubigen der r. katholischen Kirche verschiedenen Nationalitäten angehören, ganz besonders aber dort, wo die relative oder absolute slawische Mehrheit der Kirchengemeinden ihren zahlenmässigen Vorteil zur schonungslosen Majorisierung der ungarischen und deutschen Minderheit missbrauchen wird.

Das Konkordat – so wie es ist – bedeutet demnach für

die nationalen Minderheiten in Südslowenien keinesfalls die Verheissung und die Gewähr einer ungestörten Fortentwicklung und der Besserung ihrer Lage. Es ist vielmehr, ganz im Gegenteil, ein wahres Danaidengeschenk, von dem insbesondere die ungarische Minderheit eine günstige Wendung ihres schweren Loses leider nicht erhoffen kann.

Une critique roumaine sur le régime des terres dans la Dobroudja du Sud.

Le „Dobroudjanski Glas“, organe de la minorité bulgare en Roumanie, paraissant à Dobritsch (Bazargic) écrit :

„Le président de l'organisation du parti radical-paysan du département de Caliacra, M. le Dr. Pacuraru, nous a remis la déclaration suivante de la part de son chef, M. Grégoire Junian :

„Faites savoir à la population de votre département, que pour moi, l'interdiction pour une partie des citoyens roumains d'acheter des terres, constitue non seulement une injustice évidente, mais aussi une illégalité monstrueuse.

„Après les élections, je me rendrai dans le département de Caliacra et j'irai de village en village pour dire à ces braves citoyens quelle injustice on a commis par l'adoption de la loi sur la préemption“.

„M. le Dr. Pacuraru a ajouté à ces déclarations :

„M. Junian ne voulait pas admettre que la modification de l'art. 18 de la loi sur la réforme agraire put être appliquée de la manière que je lui ai expliquée. Mais lorsqu'il est venu à Silistra pour prendre part au procès des paysans bulgares, il a dû se convaincre, à sa grande surprise, que c'était exact“.

Nous devons ajouter, que M. Grégoire Junian est un juriste roumain réputé, ancien ministre de justice. Ses paroles ont une grande valeur morale et il est à espérer que la disposition sur la préemption, qui ne s'applique que dans la Dobroudja du Sud et exclusivement contre la minorité bulgare, sera bientôt abrogée, étant évidemment contraire à toute notion du droit.

Daten zur Geschichte der Volksminderheiten in der Stadt Temesvar.

Von : **Stefan Becsky.**

Die Bevölkerung der Stadt Temesvar bestand nach den Angaben der Volkszählung vom Jahre 1930, laut Dr. Sabin Manuila, dem Chef des staatlichen Statistischen Amtes aus folgenden Elementen: Rumänen 24.225, Deutsche 27.782, Ungarn 27.562, Juden, Serben und Sonstige 11.876, die Gesamtbevölkerung der Stadt beläuft sich also auf 91.445 Seelen. Im Prozentsatz ausgedrückt gestalten sich diese Daten: 26·5 % sind Rumänen, 30·4 % Deutsche, 30·2 % Ungarn, 12·9 % Juden, Serben und sonstiger Nationalität.

In Anbetracht dessen, dass neuere amtliche statistische Daten den Seelenzuwachs der einzelnen Nationalitäten bis September 1933 nicht unterstützen, diese aber in der Prozentualverteilung keine erhebliche Verschiebung hervorrufen können, wodurch meine kleine Studie beeinflusst werden könnte, habe ich im Folgenden die Prozentwerte auf den September des Jahres 1933 verlegt.

Im September 1933 stand an der Spitze der Stadt noch der, dem Prinzip einer, der Bürgerschaft verhältnismässig entsprechenden Vertretung gewählte Stadtrat. Damals waren die Theorien des „*numerus valachicus*“, „*numerus proportionalis*“ und „*numerus nullus*“ noch gärende Begriffe und äusserten sich erst darin, dass einzelne, noch von Angehörigen der Volksminderheiten eingenommene Positionen tunlichst Mehrheitsangehörigen übergeben wurden. Die damalige Stadtleitung verlangte teils zur Klärung der Lage, teils behufs Regelung der Beziehungen der Angestellten zur Stadt, von den städtischen Betrieben und Sektionen die Daten bezüglich der Angestellten.

Die erbetenen Angaben waren folgende:

1. Vor- und Zuname.
2. Seit wann steht er im Dienste der Stadt.
3. Ist die Anstellung definitiv und wenn ja, seit wann.
4. Welche Anstellung bekleidet er.
5. Wie hoch ist der Monatsgehalt.
6. Wie die Abzüge.
7. Nationalität.
8. Familienstand.
9. Geniesst er Naturalwohnung.
10. Bemerkungen.

Aus den eingelaufenen Angaben können wir höchst interessante Folgerungen ziehen, die den nachstehenden Tabellen entsprechend auch erwähnt werden.

Es sei betont, dass in den ausgewiesenen Daten nur die Angestellten und nicht die Beamten angeführt sind, mit denen die Studie sich gar nicht befasst.

Auf Grund des verfügbaren Materials sind die Daten nachfolgender 21 Sektionen, respektive Betriebe verarbeitet.

TABELLE I.

über jene Angestellten, Facharbeiter und Arbeiter, die im September 1933 in Dienste der Stadt Temesvar standen.

Lauf. Zahl	Benennung der Sektion resp. des Betriebes	Zahl der Angestellten der Nationalität nach						der Anstellung nach		Zusammen
		rumänisch	deutsch	ungarisch	jüdisch	serbisch	sonstige	provisor.	definitiv	
1.	Gebührenbemessungsamt, Exekutionsdienst	25	6	2	—	—	—	16	17	33
2.	Pfandhaus	—	1	—	—	—	—	1	—	1
3.	Landwirtschaftsamt	18	—	3	—	—	—	21	—	21
4.	Städt. Bad und Strandbad . . .	3	—	1	—	—	—	3	1	4
5.	Städtische Bibliothek	3	—	—	—	—	—	2	1	3
6.	Städt. Leichenbestattung . . .	9	9	2	—	1	—	15	6	21
7.	Städtisches Holzlager	30	3	10	—	—	—	42	1	43
8.	Städtisches Steinlager	53	21	28	1	3	—	104	2	106
9.	Städtische Gärtnerei	19	19	23	—	3	—	59	5	64
10.	Städt. Milchzent. (Molkerei) . .	26	5	2	—	1	—	34	—	34
11.	Städtische Schlachthaus	13	2	4	—	1	1	5	16	21
12.	Städtische Ziegelei	45	3	21	—	—	2	—	71	71
13.	Städtische Gasfabrik	22	6	12	—	—	—	28	12	40
14.	Städt. Forstamt (in Tincova) . .	3	—	—	—	—	—	3	—	3
15.	Städt. Elektrizitätswerk	71	42	53	—	—	—	110	56	166
16.	Städtisches Theater	5	—	—	—	—	—	5	—	5
17.	Städt. elektr. Strassenbahn . . .	195	72	63	—	—	4	119	215	334
18.	Städtisches Reinigungsamt . . .	179	5	21	—	1	2	208	—	208
19.	Städt. Feuersicherungsamt . . .	48	6	10	—	—	2	36	30	66
20.	Städt. Wasserleitungs- und Kanalisationsunternehmung . .	114	66	112	3	2	4	261	40	301
21.	Städtisches Weisenhaus	12	1	1	—	—	—	13	1	14
Zusammen		893	267	368	4	12	15	1085	474	1559
in %		57.2	17.2	23.6	0.25	0.75	1	68	32	100

Folglich kann festgestellt werden, dass schon zu jener Zeit, als die ethnische Abstammung noch nicht die offen verkündete Bedingung zur städtischen Anstellung war, unter den städtischen Angestellten mehr als die zweifache Anzahl der, dem rumänischen Bevölkerungs-Prozentsatz entsprechenden Verhältniszahl registriert sind. Kennzeichnend ist auch der Unterschied im Zahlenverhältnis des Ungarntums und Deutschtums.

Um tiefdringende Folgerungen ziehen zu können, müssen wir auch beobachten, wann die Angestellten ihren Dienst antraten, resp. welche Dauer ihre Anstellung bis September 1933 bei der Stadt ausmachte.

Zur klaren Übersicht der Tabellen gelten für die einzelnen Sektionen und Betriebe in römischen Zahlen dieselben Ziffern, wie in obiger Tabelle die Reihenzahlen angegeben sind.

TABELLE II.

Über den Zeitraum des Dienstes der Angestellten bei den städtischen Amtssektionen, respektive Betrieben
bis September 1933.

Betrieb	Art der An- stellung	Z e i t r a u m d e r A n s t e l l u n g												Laut Qualität der Anstellung	Zusammen
		bis 1903		von 1904 bis 1913		von 1914 bis 1918		von 1919 bis 1925		von 1926 bis 1930		von 1931 bis 1933			
		rumänisch	deutsch	ungarisch	sonstige	rumänisch	deutsch	ungarisch	sonstige	rumänisch	deutsch	ungarisch	sonstige		
I.	provis.	—	—	—	—	1	—	1	—	2	2	—	—	6	16
	definit.	—	—	1	—	—	—	1	—	8	1	—	—	—	17
II.	provis.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	definit.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
III.	provis.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	—
	definit.	—	—	—	—	—	—	—	3	7	—	—	—	—	21
IV.	provis.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	definit.	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	2	4
V.	provis.	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—
	definit.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VI.	provis.	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	4	3
	definit.	—	—	—	—	—	—	—	—	4	3	1	—	—	15
VII.	provis.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
	definit.	—	—	—	—	—	—	1	—	1	3	9	—	6	21
VIII.	provis.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	definit.	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	42	43
	provis.	—	—	—	—	—	—	1	6	5	5	16	4	104	—
	definit.	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2	106
IX.	provis.	1	—	—	—	—	—	—	—	2	2	17	2	59	—
	definit.	—	1	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	5	64

[illegible]

Mithin waren zum Zeitpunkt der festgelegten Daten, in 1933 Angestellte mit 30-jähriger, oder längerer Dienstzeit 1 Rumäne, 7 Deutsche, 1 Slovane und nur 4 Ungarn, was mit Hinblick auf die gegenwärtig modische Theorie soviel bedeutet, dass dem Ungartum sein zahlenmässig derzeit gebührender Platz nicht zukam.

Aus dem Zeitraum 1904–1913, also in 1933 mit 20 bis 30 jähriger Dienstzeit verfügende städtische Angestellte waren 14 Rumänen, 32 Deutsche, 36 Ungarn und 2 sonstiger Nationalität. Offensichtlich ist mithin die seitens der Rumänen ebenso wie seitens der Deutschen häufig wiederholte Klage unbegründet, die verkündet, sie würden unterdrückt und aus der Verwaltung verdrängt. Dies beobachten wir bei Untersuchung des nationalen Gefüges der langjährigen Angestellten der Stadt Temesvar ebenso, wie anderwärts.

Noch spannender ist die Überprüfung des Angestelltenregisters vom Zeitraum 1914–1918, die auch im Jahre 1933 noch im Dienst der Stadt standen. Unter diesen waren mit 15–20-jähriger Dienstzeit 9 Rumänen, 14 Deutsche, 15 Ungarn und 2 sonstiger Nationalität. Der Weltkrieg hatte Ungarn und Rumänien einander als feindliche Staaten gegenübergestellt und im gleichen Zeitraum gelangten in städtischen Dienst um vielfach mehr Rumänen, als der Verhältniszahl der Bevölkerung entspräche.

In den darauffolgenden Perioden hob sich die Zahl der Angestellten rumänischer Nationalität sprunghaft, sodass vor dem Regierungsantritt der liberalen Partei in 1933 die Zahl der Angestellten rumänischer Nationalität um mehr als das zweifache des völkischen Verhältnisprozentes höher war. Von den noch vorhandenen Minderheitsangestellten wurden danach die provisorischen entlassen, später unter dem Vorwand nicht bestandener Sprachenprüfung entliess man auch jene, deren Anstellung definitiv war.

Im heutigen Gefüge der städtischen Angestellten finden wir nur mehr sporadisch ungarische Nationsangehörige, während die Deutschen dadurch, dass sie sich in der städtischen Interimarkommission bei der Stadtleitung beteiligen, zur Belohnung den Grossteil ihrer eingenommenen Anstellungen beibehalten konnten.

Heute, da sogar bei den Privatunternehmungen die Verdrängung der Minderheitsangehörigen mit allen verfügbaren Mitteln beginnt, in einer Stadt, wie Temesvar, deren Bewohner zu 73·5 % Minderheitsangehörige und 26·5 % Rumänen sind, scheint es fast Anachronismus, sich mit der Lage der städtischen Angestellten vor vier Jahren zu befassen. Steht doch vielen tausend Minderheitsfamilien bei den Privatunternehmungen der baldige Verlust ihres täglichen Brotes bevor!

Les intérêts nationaux dans la zone des frontières.

Dans un éditorial, le journal „Universul“ écrit :

„A la suite des recommandations du Grand Etat-Major de l'armée, une disposition avait été prise de transférer de la zone de la frontière dans l'intérieur du pays, les fonctionnaires minoritaires de toute origine ethnique et de les remplacer par des fonctionnaires d'origine roumaine”.

Cette mesure est approuvée par le journal, mais elle ne lui paraît pas suffisante. D'autres mesures encore plus rigoureuses seraient nécessaires :

„Pareillement à la roumanisation de l'appareil de l'Etat — écrit l'„Universul” — nous devons organiser d'une manière solide la colonisation par des éléments roumains des zones de frontières où, les décades dernières, se sont introduit les éléments étrangers, hongrois, juifs, ruthènes et bulgares.

„L'infiltration tardive de ces éléments et leurs tendances de pénétration et de domination économique a créé dans la zone des frontières une situation anormale du point de vue ethnique et économique.

„C'est pourquoi le rétablissement de l'équilibre ethnique et économique s'impose, par la colonisation des Roumains dans des conditions qui puissent leur assurer la stabilité et le développement”.

L'argument invoqué d'une infiltration récente, dans les dernières décades de la domination roumaine, des éléments étrangers et minoritaires dans les zones roumaines des frontières prête à discussion. Depuis la guerre, en effet, les Bulgares de la Dobroudja, contrairement à l'assertion de l'„Universul”, émigrent en masse.

Les dernières élections et le problème minoritaire.

Le correspondant particulier de „La Parole Bulgare” a écrit pour son quotidien paraissant à Sofia, l'article suivant.

Une des imprécations qu'on trouve répétée avec insistance dans la presse du gouvernement à l'adresse du parti national-paysan, c'est d'avoir profité lors des élections récentes, des voix de certains éléments situés en dehors du parti, et d'avoir de la sorte créé une situation artificielle. Englouti par le travail

immense et fatigant qu'il a à effectuer pour le redressement de l'Etat dans tous les domaines, le parti au pouvoir aurait négligé l'activité électorale.

Les nationaux-paysans auraient tout fait pour obtenir les voix les plus douteuses. Les résultats dont ils se vantent ne seraient que l'expression de la „coalition comunisto-socialisto-minoritaire”, ou du „cartel des nationaux-paysans avec les minorités et les éléments de l'anarchie”.

De toutes les voix obtenues, par les nationaux-paysans et qui s'élèvent à 30 % des voix exprimées, on devrait déduire celles des socialistes, du „front populaire ou plutôt communiste”, des juifs, des autres minoritaires, des „éléments de l'anarchie”; il ne resterait pour le parti paysan proprement dit que moins de 20 % des voix exprimées. D'où l'on veut tirer la conclusion que les nationaux-paysans ne sont pas le parti le plus fort et la prétention de gouverner le pays qu'ils formulent, n'est donc pas fondée.

Il y a certainement un peu de vérité dans l'affirmation, qu'un certain nombre des voix, données aux listes paysannes, appartiennent aux éléments des catégories ci-dessus.

En ce qui concerne les minorités, le parti national-paysan ne les attire pas pour la première fois. Au début du mois de juillet dernier, dans un discours prononcé en Transylvanie, M. Andrei Popovici, ancien ministre et ami intime de M. Maniu, avait touché au problème minoritaire d'une manière qui était de nature à susciter les espérances les plus justifiées des minorités pour l'avenir. „Les minoritaires sont des citoyens roumains et de cette situation découle la conséquence naturelle qu'ils sont égaux devant la loi, sans distinction d'origine ethnique. Si les décisions d'Alba Julia ne peuvent être immédiatement réalisées, elles doivent cependant devenir une réalité. Relativement au problème des minorités, le parti national-paysan reste sans broncher sur la position des décisions de 1918 (d'Alba Julia)”. Commentant favorablement ces déclarations, qui promettaient la reprise d'une attitude un peu délaissée, le „Lupta” les trouvait entièrement justifiées: „plus de 5 millions de minoritaires habitent le pays. C'est une réalité qu'on ne peut pas ignorer. Ces minoritaires vivent et se développent dans les cadres légaux de l'Etat roumain et entendent rester des citoyens fidèles au pays. Les nationalistes voudraient les supprimer. Les démocrates pour-

suivent le relèvement du niveau moral et matériel de la collectivité roumaine au niveau de la vie des minorités ethniques".

Si dans certains départements des accords ont pu être réalisés entre le parti national-paysan et certains représentants des minorités, un autre fait est venu rappeler à ceux-ci que la situation est sensiblement plus compliquée. L'accusation du parti libéral, répétée également par les partis de droite, M. Vajda-Voévode y compris, que les nationaux-paysans ont été élus avec les voix des minoritaires, a trouvé un démenti lors des élections municipales de Braşov, l'ancien Kronstadt.

Tous les partis politiques roumains participant aux élections — les nationaux-libéraux, les nationaux-paysans, les nationaux-chrétiens, le „Front roumain et la dissidence national-libérale de M. Georges Bratiano, pour la première fois, se sont coalisés et ont opposé une seule liste aux quatre listes des allemands et des hongrois, qui jusqu'à présent ont toujours eu la majorité dans le Conseil municipal de Braşov, ville allemande et en parti hongroise. La campagne avait été très vive, toutes les autorités lui accordaient leur concours, y comprise les militaires. Les allemands et les hongrois se sont présentés avec quatre listes, inconciliablement hostiles l'une à l'autre. Le résultat a été un désastre pour eux et un vrai triomphe pour la liste roumaine commune. Pour la première fois depuis la guerre, le Conseil municipal de Braşov sera composé par des Roumains, à l'exclusion des allemands qui y ont jusqu'à présent toujours eu la majorité ou l'unanimité.

Les conséquences de ce résultat seront incalculables pour les relations entre les minorités et la majorité. Le cas de Braşov ne sera qu'un commencement, la constitution d'„un front national roumain“ permanent contre „les tendances conquérantes des minorités“. Le président du Sénat, M. Al. Lapédatu, qui est l'initiateur de la constitution de cette entente, ou de ce qu'il a nommé „le miracle de Braşov“, affirme que „tous les milieux roumains de partout ont été vivement impressionnés par le succès remporté“. „Toute la presse, sans distinction de couleur politique, a tenu à relever et à commenter l'acte politique de Braşov, en l'indiquant comme un exemple à suivre pour toutes les autres villes se trouvant dans une situation analogue“.

La presse hostile au nationalisme à outrance, pour des raisons spéciales cette fois, a donné elle-même son approbation

à la coalition antiminoritaire de Braşov. C'est parce que les Allemands en Roumanie, depuis un certain temps, subissant l'influence de leur patrie d'origine, ont de fortes sympathies national-socialistes et collaborent parfois avec le parti national-chrétien roumain. Or, l'„Adevêrul“, le „Dimineatza“ et le „Lupta“ ne cachent pas leur aversion contre ces courants politiques.

M. Lapédatu, à cause de sa qualité officielle, a parlé avec une grande prudence. „Je ne suis pas et je ne serais pas l'homme à contester les droits des minoritaires à être considérés comme des citoyens de l'Etat roumain, dans l'administration locale. Je suis convaincu qu'il y a parmi eux des éléments très bons et capables d'effectuer cette tâche. Notre idéal aurait été et est encore, la constitution pour les élections départementales de listes des citoyens, représentant toutes les classes sociales, les catégories professionnelles et les croyances politiques de notre vie publique. Si cette idée n'a pas été réalisée, la responsabilité en incombe aux minorités, qui ont toujours formulé des prétentions exagérées et des tendances visiblement contraires à nos intérêts nationaux“. Mais déjà le manifeste lancé à la veille des élections parlait d'une action qui se propose „de conquérir et de dominer les villes“. C'est ce qui sera fait en réalité.

Dans une interview accordé le lendemain de la „victoire“, M. Vajda parlait du triomphe de la doctrine „valachiste“, qui s'impose à tous les partis, petites rivières qui doivent se déverser dans le grand fleuve nationaliste de son „Front roumain“.

Le cas de Braşov a cependant suscité des inquiétudes très vives dans tous les milieux minoritaires. Le front commun de tous les partis politiques roumains constitue, pour la presse minoritaire, l'indication de nouvelles mesures concertées qui vont aggraver davantage une situation déjà assez difficile. Quelle sera l'attitude future devant cette menace, qui est une réalité indéniable ? Va-t-on réagir par la constitution d'un bloc de toutes les minorités, comme on en avait projeté la formation autrefois, toujours à la fin d'un gouvernement libéral antiminoritaire prononcé ? Portera-t-on le problème minoritaire, surtout sous son aspect économique, le plus grave et menaçant devant des forums étrangers, à Genève ou ailleurs ? On discute encore, on cherche une issue, mais ce qui est certain, c'est que les relations entre la population majoritaire et les minorités se sont subitement tendues.

I,

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919 – 1920.

Von: Dr. jur., Dr. rer. pol. **Hermann Raschhofer.**

In der Ausgabe des *«Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin»* erschien eine äusserst spannende Datensammlung, bearbeitet von Dr. Hermann Raschhofer, betitelt *«Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919 – 1920.»*

In diesem Werk finden wir in französischem Originaltext und in deutscher Übersetzung jene elf Denkschriften, welche die tschechoslowakische Delegation der Friedenskonferenz vorlegte und deren grösster Teil Eduard Benes, der gegenwärtige Präsident der Republik verfasst hatte. Diese Denkschriften klärten die massgebenden Persönlichkeiten der Friedenskonferenz über folgende Punkte auf:

Memorandum No. I. Die Tschechoslowaken. Ihre Geschichte und ihre Zivilisation. Ihr Kampf und ihre Arbeit. Ihre Bedeutung in der Welt. No. II. Die territorialen Forderungen der tschechoslowakischen Republik. No. III. Das Problem der Deutschen in Böhmen. No. IV. Das Problem des Teschener Schlesiens. No. IVa. Memorandum über die Lage in Schlesien. No. V. Die Slowakei. Das in der Slowakei beanspruchte Gebiet. No. VI. Das Problem der Ruthenen Ungarns. No. VII. Die Lausitzer Wenden. No. VIII. Das tschechische Oberschlesien (Gegend von Ratibor). No. IX. Das Problem des Glatzer Gebietes. No. X. Problem der Berichtigung der tschechoslowakischen und österreichischen Grenzen. No. XI. Die tschechoslowakische Republik und ihr Recht auf Ersatz der Kriegsschäden.

Von diesen Denkschriften erschien bisher bloss die No. III. in deutscher Sprache, sodass Diejenigen, die die französische Sprache nicht kundig sind, die nun erschienene deutsche Übersetzung mit grossem Interesse begrüessen werden, zumal jetzt von der politischen Daseinsberechtigung der tschechoslowakischen Republik und deren moralischer Basis so viel gesprochen wird.

Dr. Hermann Raschhofer trachtet im Vorwort seines Werkes die Denkschriften zu kennzeichnen. Wir meinen jedoch, unser Leserkreis kann sich viel besser über die Zielsetzung und den Charakter der Denkschriften orientieren, wenn wir aus einer derselben wörtliche Zitate anführen. Am meisten mag unsere Leser interessieren, mit welcher Begründung die Schöpfer des tschechoslowakischen Staates auch solche Gebiete beanspruchten, deren Bewohner Ungarn waren. Diese Begründung finden wir nachfolgend im Punkt c) der Denkschrift III.:

c) Politische Bedeutung der für die Slowakei geforderten Grenzen.

Aus dem vorgehenden Exposé geht hervor, dass die tschechoslowakische Republik gewisse zum Teil magyarische Gebiete der Slowakei in Anspruch nimmt.

Wir gründen diese Forderungen auf folgende Überlegungen:

1. Ein grosser Teil dieser magyarischen Bevölkerung ist überall in der Slowakei verstreut infolge des masslosen Magyarisierungssystems der magyarischen Regierung. Dieses System bestand in der bewussten Kolonisierung vorzüglich der städtischen Zentren, um in der Folge durch diese Zentren die ganze Gegend zu beherrschen. Heute sind diese Mittelpunkte der Magyarisierung unglücklicherweise bestimmt, in das slowakische Gebiet einbezogen zu werden.

2. Die Annexion dieser Gebiete wird in einem sehr grossen Masse durch die Tatsache aufgehoben, dass eine fast gleich grosse Zahl von Slowaken, die entweder in Streusiedlung oder selbst in Masse in gewissen magyarischen Städten und vor allem rund um Budapest wohnen, notwendigerweise den Magyaren überlassen werden müssen.

3. Das von den Tschechoslowaken beanspruchte Gebiet bildet eine geographische Einheit. Dieses Gebiet ist im Norden begrenzt durch die hohen Berge der Tatra und der Karpathen, im Westen durch die March, im Süden durch die Donau von Pressburg bis Waitzen, wo sich der Fluss nach dem Süden wendet.

Die Donaugrenze ist für die tschechoslowakische Republik eine lebenswichtige Frage. Sie kann nicht Gegenstand irgendwelcher Konzessionen sein und man kann nicht einmal darüber mit den Magyaren diskutieren. Vor allem nimmt die Stadt Press-

burg selbst eine besondere Stellung ein. Die Mehrheit der Bevölkerung ist, obwohl sich die Stadt auf ungarischem Gebiet befindet, unzweifelhaft deutsch. Die Slowaken sind dort im Verhältnis zu den Magyaren und Deutschen in der Minderheit. Aber der ganze Stadtrand und das umgebende Land sind slowakisch. Die Stadt war jahrhundertlang eine slowakische Stad. Sie wurde stets als die Hauptstadt der Slowakei betrachtet. Sie wurde einst entnationalisiert und ist heute in derselben Lage wie die Städte Prag oder Pilsen, die vor wenigen Jahrzehnten deutsch waren und heute die beiden grössten tschechischen Städte sind. Ihre ethnische und politische Lage war in der Tat künstlich und durch Gewalt aufrechterhalten worden. Pressburg befindet sich in derselben Lage.

4. Die allgemeine Frage der Donaugrenze stellt sich folgendermassen dar:

Es ist die einzig mögliche, natürliche Grenze zwischen Ungarn und der Slowakei in diesen beiden Gebieten. Jede andere Grenze würde zwangsläufig wegen ihrer Ungenauigkeit eine ständige Quelle von Streitigkeiten, Begehrlichkeiten und Provokationen von der einen oder der anderen Seite sein.

Aber, und das ist wesentlich, mit dieser Grenze wird die tschechoslowakische Republik ein wirklicher Donaustaat. Das hat unschätzbare politische und wirtschaftliche Folgen. Es versetzt diesen Staat in eine besondere Lage gegenüber Grossrumänien, gegenüber Jugoslawien, ohne von Ungarn und Deutsch-Österreich zu sprechen. Ohne die Donaugrenze ist der tschechoslowakische Staat einer Grundlage beraubt, die für seine zukünftige Stellung in Mitteleuropa unentbehrlich ist, der Kraft, deren er bedarf, um sich (bei allem Respekt vor den Prinzipien der Gerechtigkeit und des Rechts) politisch und wirtschaftlich gegenüber den Deutschen und den Magyaren und selbst gegenüber seinen anderen Nachbarn zu behaupten. Die Donau ist für den tschechoslowakischen Staat eine der Säulen, die sein ganzes politisches und wirtschaftliches Gebäude tragen.

Ein Zugang zur Donau an diesem oder jenem Punkt kann ihm nicht genügen. Der tschechoslowakische Staat muss wirklich ein Donaustaat sein. Das wird seine Lebenskraft sein, das wird ihm seine wahre Bedeutung gegen Osten geben, wie die gebirgigen Grenzen Böhmens ihm seine wirkliche Physiognomie im Westen gegenüber Deutschland verleihen.

5. Man könnte mehr oder weniger dasselbe für die Grenze sagen, die von den Bergen Matra, Bükk und Hegyalja gebildet wird¹⁾. Die südöstliche Grenze der Slowakei wäre anderwärts schwierig zu ziehen, weil man keine natürliche Grenze finden würde. In diesen Gebieten der südöstlichen Slowakei wohnen die Magyaren in geschlossenen Massen; dort würde die Einverleibung dieser Gebiete in den tschechoslowakischen Staat dem Nationalitätenprinzip entgegengesetzt erscheinen.

Wir anerkennen dies und überlassen es denen, die an der Entscheidung dieser Frage interessiert sind, zu urteilen, unter Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten, die für eine Nation wie die Slowaken hier bestehen. Jahrhundertlang sind diese slowakischen Gebiete brutalen Gewalttätigkeiten ausgeliefert gewesen. Schliesslich ist es den Magyaren gelungen, im grossen Masstab das slowakische Element daraus zu vertreiben. Wenn wir dieses Gebiet zurückverlangen, so ist das eine Wiedergutmachung, die uns seit langem geschuldet wird²⁾.

6. Wir haben an anderer Stelle, gelegentlich der Frage der Deutschen in Böhmen auseinandergesetzt, dass das Regime, das wir auf die nationalen Minderheiten in der tschechoslowakischen Republik anwenden würden, ein Regime allergrösster Freiheit sein wird; alle Rechte, die die freie Entwicklung jeder Nationalität gewährleisten, würden ebenso den Magyaren wie den Deutschen gewährt. Im übrigen wird der wesentliche Charakter des tschechoslowakischen Staates der einer wahren Inkarnation der modernen Demokratie sein.

Man muss im übrigen hinzufügen, dass eine sehr grosse Zahl, vielleicht eine sehr grosse Mehrheit der Magyaren, das slowakische Gebiet am Tage der endgültigen Bestätigung der tschechoslowakischen Herrschaft in der Slowakei durch die Friedenskonferenz verlassen wird.

¹⁾ (Gemäss handschriftlicher Änderung: „die bei den Bergen Matra, Bükk und Hegyalja verläuft.)

²⁾ Siehe ein besonderes Memorandum, das der Frage der Slowakei und der Grenzziehung gewidmet ist (Mem. Nr. 5).

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

} XV.

SEPTEMBRIE - OCTOMBRIE
SEPTEMBRE - OCTOBRE
SEPTEMBER - OKTOBER

1937.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER

} 9-10

Problema proporționalității etnice în barourile României.

De: **Dr. Emeric Mikó** și **Dr. Oliver Szilágyi**.

Cel mai sfânt drept al societății este dreptul la muncă. Restrângerea, deformarea, modificarea nefirească și egoistă de orice natură a acestui drept poate atrage și atrage consecințe nebănuite, deoarece este vorba despre mai mult, decât de o restrângere a proprietății private, care se manifestă prin instituția exproprierii fără contravaloare. Desconsiderând faptul că dreptul la muncă înseamnă pentru milioanele de oameni singura posibilitate de traiu, acesta este o condiție esențială, prealabilă a libertății umane și însăși a posibilității de-a putea deveni om și însăși a vieții demne de om. Este o plagă fatală a unei societăți, dacă admite, ca acest drept sfânt să devină prada fără apărare a criteriilor contra naturii, a impedimentelor artificiale și a interesului particular învelit în togile patriotice, deoarece prin aceasta deschide drumul vârtejelor, ale căror putere de răsturnare vertiginoasă este imensă și incalculabilă.

Aceasta o știe și Secția Minoritară a Partidului, când între altele a pus-o pe ordinea de zi, tratând o problemă în cadrul căreia vrea să-și dea socoteala despre atacurile, cari s'au îndreptat și se îndreaptă în contra dreptului la muncă al celei mai elite profesiuni libere, al avocaturii. Este deobște cunoscut, că așa zisele elemente patriotice și naționaliste din țară au pornit o luptă continuă, care durează mai mult de doi ani și jumătate, în contra avocaților proveniți din maghiarime și în general din alte minorități.

Ne găsim deci de o zi pe alta în fața excluderii proiectate a minorității maghiare dintr-o carieră liberă, care a dăruit clasei de mijloc a naționalităților de dinainte de războiu, cele mai valoroase, cele mai independente elemente, ca să nu invocăm un alt exemplu, decât pe al dlui Iuliu Maniu, totdeodată o știm prea bine că această tendință de excludere și de privațiune de drepturi nu se oprește la cadrele barourilor, cari în cazul de față și au asumat numai rolul de dubioasa glorie de a porni cu bunul exemplu înainte.

Aceasta o arată moțiunea Congresului Asociațiilor profesiunilor libere din țară, ținută la București, la 16 Mai 1937 cu o săptămână după Congresul Uniunii Avocaților, care adoptă întru toate moțiunea adusă cu o săptămână înainte de Congresul Avocaților, concepută în spiritul exclusivismului de rasă. Punerea în practică a acestor moțiuni, ar însemna că numai românul de origine etnică ar putea să devină liberprofesionist. Deci ne găsim în fața acelei simptome generale și întristătoare că asociațiile de interes profesional nu numai că s'au abătut de drumul inițial al intereselor profesionale contrar cu normele lor de organizare, ci s'au abătut și de dispozițiile categorice ale Constituției din 1923 și în urma exemplelor din străinătate, dar pe acestea întrecându-le în multe, solicită luarea unor astfel de măsuri, iar ici-colo se apucă de unele încercări chiar și pe terenul vieții practice, ale căror consecințe economice, sociale și de politica externă și minoritară nu pot fi prevăzute deocamdată.

Chestiunea proporționalității etnice din România este deja o problemă europeană. De aceasta s'a ocupat deja Camera Comunelor din Anglia, precum și presa din Germania, chiar și Societatea Națiunilor, se cuvine, ca și noi, interesații în primul rând, a căror pâinea și existența este periclitată prin introducerea respective prin octroiul proporționalității etnice sau, ceea ce corespunde mai bine adevărului, al numărului etnic totalitar, să ne ocupăm de aceasta în mod demn de importanța cauzei.

I.

Istoricul problemei până la Congresul din București ținut la 9 Mai a. c. este cuprins în Nr. 2—3 din luna Februarie—Martie a. c. al Buletinului Uniunii, organul oficial al Uniunii Avocaților.

Din această revistă aflăm că situația elementului românesc în barouri a figurat deja în ordinea de zi a Congresului din

1935 la Târgu-Mureș. Spre a reține un adevăr istoric, constatăm, că în ordinea de zi a congresului din Târgu-Mureș, chestiunea aceasta a fost pusă în ultimul moment prin surpriză. Ne amintim foarte bine că dl. Periețeanu, președintele Uniunii n'a admis nici o discuție contradictorie la expunerea dlui P. Pogonatu, decanul baroului din Iași, pe motivul că chestiunea n'a figurat în ordinea de zi a congresului dela început. Contrar cu aceasta, s'a anunțat din scaunul preșidențial moțiunea, conform căreia Uniunea Avocaților spre a pregăti această chestiune va cere avizul barourilor.

După aceasta, Uniunea prin circulara No. 829 din 1936 s'a adresat barourilor cu următoarele întrebări:

1. Proportionalitatea elementului etnic național în baroul respectiv față cu celelalte elemente, adică care este numărul avocaților români creștini și al celor de alte naționalități sau credințe.

2. Care sunt după acel barou mijloacele eficace, pentruca pe căi legiuite, să se ajungă la stabilirea unei proporționalități raționale, care să asigure preponderența elementului etnic național în barouri.

Barourile au fost rugate, ca să primească eventualele obiecțiuni ale colegilor minoritari, ca Uniunea Avocaților să aibă un tablou complet și clar despre întreaga problemă și ca să fie în măsură să înfățișeze un expozeu cât mai obiectiv forurilor competente.

Până în ziua congresului, fixată în 1936, numai opt barouri au dat răspuns, astfel că Uniunea a fost nevoită să amâne ținerea Congresului și a emis o circulară nouă de urgență sub No. 1890 din 21 Septemvrie 1936. În urma acesteia, a obținut răspunsul în total al 34 barouri, așa că termenul Congresului a putut fi fixat. Totdeodată s'a trimis barourilor cu convocarea discursul rostit de dl. Istrate Micescu, decanul baroului Ilfov, în ședința din 13 Decemvrie 1936 a Consiliului General al Uniunii și care reoglindește foarte interesant punctul de vedere acceptat de conducerea Uniunii în prezia Congresului și care totdeodată este un fenomen trist, că cum au devenit adepții proporționalității etnice sub influența elementelor, cari concurează și se supralicitează în adorația lor de rasă în decursul câtorva luni, adepții infocați ai exclusivismului etnic.

În această cuvântare, trimisă barourilor Dl. Micescu accen-

tuază că proporționalitatea etnică nu poate fi principiu, deoarece Uniunea trebuie să fie preocupată de proporția elementului românesc, iar nu de pretențiile elementelor străine bazate pe numărul lor proporțional, *«când vorbesc de drepturi în România, conștiința mea refuză de a concepe alte drepturi decât ale Românilor.»* A vorbi în altfel înseamnă, ca să mă exprim în termen de profesie, a confunda interesele clientului cu ale adversarului, a uita pentru cine pledăm, a nu ști de ce parte a barei trebuie să stăm. „Prin urmare în căutarea unui principiu, unei temelii pentru edificiul etnic al baroului român, să proclamăm principial drepturile elementului românesc în aceste barouri, fără a ne ocupa de soarta elementelor străine.”

„Faptul că actualmente sunt și elemente străine de neamul nostru în barourile noastre, reprezintă o perioadă tranzitorie a cărei durată trebuie scurtată nu eternizată. A discuta proporția ca și cum ar fi vorba de un principiu, înseamnă de a renunța la discuție, de vreme ce aducem în principiu că străinii în țară pot să aibă drepturi în anumite proporții.”

„Ori atunci chestia devine extrem de gravă. Cum, ori cine se naște pe pământul României, din orice neam de oameni s'ar trage, are drepturi ?

Ar însemna că dreptul să se reducă la o operațiune de constatare a ceea ce este, în loc să rămână ceea ce e însăși rațiunea lui de a fi, o adevărată operațiune de transformare „ceea ce este în ceea ce trebuie să fie”.

„Urmăriți cu tot curajul și cu toată dârzenia ceea ce trebuie să fie: Barourile curat românești.”

Insufletește de cuvântarea dlui Micescu au mai răspuns circularii 20 de barouri, așa că până în ziua ședinței Consiliului General din 21 Februarie au înaintat 54 barouri răspunsurile lor Uniunii și dat fiind că în țară sunt în total 66 barouri, numai 12 barouri n'au dat nici un răspuns.

În ședința din 21 Februarie, dl. președinte Periețeanu, rezumând rezultatele obținute, constată că din cele 54 barouri 35 s'au pronunțat în mod categoric pentru românizare și anume următoarele barouri :

Arad, Argeș, Bacău, Baia, Botoșani, Brașov, Buzău, Caliacra, Constanța, Covurlui, Dolj, Dorohoi, Durostor, Făgăraș, Fălciu, Hotin, Hunedoara, Ialomița, Iași, Ilfov, Lăpușna, Lugoj, Muscel, Oradea, Prahova, Putna, Romanați, Sălaj, Sighișoara,

Tecuci, Teleorman, Timișoara, Tutova, Vaslui și Vlașca. 14 barouri n'au dat răspuns categoric: *Alba, Bucovina, Caraș, Cluj, Maramureș, Mureș, Satu-Mare, Sibiu, Someș, Rădăuți, Roman, Tighina, Turda și Vâlcea.* Au protestat în mod categoric 5 barouri: *Bălți, Cetatea Albă, Ciuc, Olt, Odorheiu.*

La această clasificare avem următoarele de adăugat: Botoșani este înșirat între acelea, cari au fost pe lângă românizare. Este adevărat că s'a înaintat un memoriu cu 46 iscălituri, care propune oprirea înscrierii minorităților în barou, dar totdeodată un avocat român și-a înaintat opinia separată, iar 25 avocați evrei sunt în contra românizării, deci acest barou aparține între acelea, cari n'au dat un răspuns hotărât pentru românizare. Dacă baroul Mureș, unde la fel figurează două memorii, îl înșirăm în categoria acelor, cari n'au dat un răspuns categoric și aci susținătorii memoriului minoritarilor au fost în majoritate, atunci trebuie să înșirăm și Botoșani în această categorie.

Față de aceasta baroul Caraș este înșirat în categoria acelor, cari nu s'a pronunțat categoric pentru românizare, ori acest barou cere pentru trecut „*numerus proportionalis*” și „*numerus nullus*” pentru viitor, ceeace este un răspuns destul de categoric pentru românizare. Luând în considerare aceste două barouri, raportul de 35 : 14 rămâne același. Ulterior, conform Nr.-ului 4—5 din Aprilie, Mai al Buletinului Uniunii a mai sosit răspunsul a cinci barouri. Barourile Brăila și R.-Sărat se pronunță pentru *numerus nullus* adecă pentru românizarea completă, până ce barourile Cahul și Gorj nu dau un răspuns categoric, iar baroul Soroca a protestat în contra românizării.

Dacă mai adăogăm la acesta proporție că șapte barouri n'au răspuns, foarte verosimil din motivul că n'au putut cădea de acord, deci românizarea a avut adversari, față de 37 barouri, cari solicită românizarea stau 29 contra, cari n'au dat răspuns, sau au dat un răspuns evaziv sau chiar au protestat în contra românizării.

Dl. președinte Periețeanu însă a expus la Congresul Avocaților punctul de vedere al barourilor altcum, ca la ședința din 21 Februarie al Consiliului General. Aci a relevat barourile Cluj, Rădăuți, Roman și Turda, ca unele cari solicită românizarea, despre cari în Februarie a vorbit că n'au dat un răspuns categoric. De aceia a protestat dl. Dobrescu, fostul vicepreșe-

dinte al Uniunii, la Congresul Avocaților democrați în contra faptului că moțiunile barourilor se interpretează contrar înțele-sului lor original.

În primul rând, să examinăm problema în raport cu toată țara. Cum glăsuesc moțiunile acelor șase barouri, cari au fost în contra românzării ?

Baroul *Bălți* în cele opt propuneri ale sale propune, ca „pentru fiecare județ în parte să se fixeze un număr fix de ad-vocați în raport cu numărul populației fără distincție de religie sau originea etnică.” „Românizarea barourilor pe baza princi-piului ‚originei etnice‘ este lipsită de baza legală.”

Conform baroului din *Cetatea Albă*: „În cadrul constitu-ției nu se poate discuta sub nici o formă și sub nici un motiv românizarea barourilor.”

Baroul din *Miercurea-Ciuc* a dat următorul răspuns : „Prob-lema preponderenței elementului etnic pur românesc în barouri este în contrazicere cu Constituția țării și cu legea pentru Or-ganizarea Corpului de avocați. Problema pusă la ordinea zilei fiind în realitate inexistentă nu numai în baroul Miercurea-Ciuc, dar în toate barourile, respingem ideia de a delibera asupra chestiunii elementului etnic în barouri.”

Baroul *Odorhei*: Respinge ideia ca în barouri organele autonome ale avocaturii să se introducă politica artificială a uni-formizării etnice. Cu atât mai mult respinge proiectul concret privitor la realizarea acestei idei, protestând în mod solemn și energic împotriva oricărei încercări prezente sau viitoare, con-trare constituției, normelor egalității de drept ale independenței avocaților și atribuțiunilor autonome ale barourilor.”

Baroul *Olt* declară : „Față cu dispozițiunile cuprinse în le-gea pentru organizarea corpului de avocați, constituția țării și tratatele de pace încheiate între România și principalele puteri aliate și acosiate, nu se poate soluționa problema asigurării preponderenței elementului etnic pur național.”

Baroul *Soroca* : „Consideră că, criza din barouri nu se da-torește elementului minoritar, ci crizei economice. Înființarea unei proporționalități pentru elementul etnic minoritar este în contradicție cu constituția și legile țării, contrazice sentimentului de mândrie românesc, care nu admite recunoașterea unei inferio-rități ce ar trebui apărută prin mijloace degradatoare și șovine.”

Aceste șase opinii separate stau ca o insulă în potopul mișcărilor extremiste, pentru ale căror tratări nu numai că n'avem spațiu, dar deoarece repetă lozinci identice, o găsim de prisos. Numai incidental invocăm unele fenomene exaltatoare chiar din acestea, dintre cari mișcarea baroului *Ilfov*, de sub conducerea dlui Istrate Micescu, o găsim cea mai radicală, care în adunarea sa din 7 Februarie 1937 a hotărât numai atât: „Conștiința națională a baroului de *Ilfov* nu concepe în România drepturile decât pentru Români.“ Mai moderații solicită „*numerus proportionalis*“, majoritatea însă oprirea imediată a înscrierii minoritarilor conform baroului din *Fălciu* pe 10, baroului din *Baia* pe 15 ani, conform baroului din *Hotin* pe timp nedeterminat, conform barourilor *Iași*, *Romanași*, *Tecuci*, *Vaslui*, *Vlașca*, *Constanța* pe veci. Baroul *Tutova* declară în mod fățiș, că în România, numai românii de origine pot exercita profesia de avocat (Mișcarea votată de Adun. Gen. delib. din 7 Febr. 1937). Baroul din *Dolj* ar dori să extindă „*numerus nullus*“ și pe facultățile de drept din țară. Pe trecut, barourile din *Alba* și *Arad* solicită introducerea examenului de limbă, în mod vădit stimulate de rezultatele examenelor de limbă repetate și experimentate de aproape pe teritoriul acestor barouri, cari au rărit rândurile funcționarilor publici minoritari. Natural pe lângă atâtea propuneri contrare Constituției se ivește și problema modificării Constituției, solicitată de către baroul *Buzău*.

Nu continuăm înșirările, deoarece pe noi ne interesează mai de aproape atitudinea celor 20 barouri ardeleni, dintre cari 10 au pronunțat categoric pentru românizare: *Arad*, *Brașov*, *Caraș*, *Făgăraș*, *Hunedoara*, *Lugoș*, *Oradea*, *Sălaj*, *Sighișoara*, *Timișoara*. La aceasta înșirare trebuie să remarcăm că avocații unguri din *Treiscaune* aparținând Brașovului au acceptat proporționalitatea cu aceea motivare expresă, că o proporționalitate stabilită în mod just crează pentru ei o situație mult mai favorabilă celei prezente. Iar opiniile separate ale avocaților minoritari din *Oradea*, conform relatărilor confratelui Dr. Soós Ștefan, n'au fost luate în considerare de către Uniune. Iar baroul din *Arad* s'a ferit să aducă problema înaintea adunării generale, unde s'ar fi pronunțat foarte ușor împotriva românizării forțate, așa că opinia exprimată de acest barou nu este decât opinia consiliului compus din șapte membri, neechivalentă cu mișcarea unei adunări generale. Opt barouri n'au dat răspuns

categoric : *Alba, Cluj, Maramureș, Mureș, Satumare, Sibiu, Someș, Turda*, iar două s'au pronunțat în contra : *Ciuc și Odorheiu*.

Deci în *Ardeal față de 10 barouri, cari pretind românizarea, stau 10 barouri, cari n'au dat un răspuns categoric sau sunt în contra românizării*. Punctul de vedere al barourilor este următorul :

Alba : Constată că elementul etnic românesc indică o continuă creștere, atingând azi o proporție de 71·3 % români, față cu 29 % minoritari. Propune pentru viitor o pregătire teoretică și practică cât mai serioasă, stagiul și examen de avocat, la examenul de avocat să se țină seamă în mod deosebit de posedarea perfectă a limbei române, asigurarea unei severe morale profesionale și excluderea aceloră, cari manifestă o atitudine anticonstituțională sau contra Statului.

Arad : (Numai propunerile consiliului baroului) Consideră că nu este oportun ca problema românizării barourilor să fie adusă în discuția adunării generale, deoarece aceasta trebuie rezolvată pe calea legiferării. Propune o verificare riguroasă a actelor, în baza cărora s'au făcut înscrierile, să fie eliminați cari în timpul preluării imperiului român au fost călăii poporului român, cari fac parte din organizațiuni subversive, comuniste, francmasonerie și revizioniste, sau au apărut pe aceia cari au făcut parte din aceste organizații și cari nu se împacă cu stăpânirea românească. Avocații minoritari să fie supuși unui examen de cunoașterea limbii române.

Brașov : În unanimitate (?) s'a pronunțat pentru principiul proporționalității etnice.

Caraș : „Numerus nullus“ pentru viitor și „numerus proportionalis“ pentru trecut.

Cluj : Constată ca o necesitate preponderența elementului etnic românesc, mai departe că din cauza scăderii condițiilor de studiu teoretic, a stagiului efectiv, numărul avocaților a crescut vertiginos. Pentru viitor propune limitarea numărului avocaților, lărgirea autonomiei barourilor în sensul ca să poată exercita drept discrețional de selecționare cu ocazia înscrierilor în barou, un sistem de studii teoretice mai sever, stagiul efectiv și mai îndelungat, legiferarea unui cod al eticei și onoarei profesionale și a conduitei particulare a membrilor din barou.

Făgăraș : Să se introducă principiul proporționalității etnice respectându-se drepturile câștigate, o cât mai largă autonomie

a barourilor, trebuie ridicat și prestigiul moral și profesional al corpului, măsurile de selecționare trebuie să înceapă la facultate, introducerea examenului de admitere în Corp și aplicarea codului moralei profesionale.

Hunedoara: Pentru ca elementul etnic național românesc să aibă preponderența în barouri și spre a împiedeca supra-popularea barourilor, propune limitarea numărului avocaților, lărgirea autonomiei barourilor, o pregătire profesională printr'un sistem de studii teoretice mai sever, o disciplinare a membrilor pe terenul activității publice și a vieții particulare, respectarea drepturilor câștigate, restrângerea atribuțiunilor notarilor publici.

Lugoj: Spre a asigura preponderența elementului românesc accentuează necesitatea dreptului de selecționare al barourilor, asigurarea speșelor avocaților, ridicarea moralei profesionale, desființarea instituției notarilor publici, ridicarea drepturilor notarilor comunali de a redacta acte de notariat, extinderea legii autentificării actelor pe întreg teritoriul țării.

Maramureș: Păstrarea caracterului național al barourilor înțelege prin aplicarea strictă a legii avocaților. Preponderența elementului etnic românesc o așteaptă dela creșterea tineretului din punctul de vedere moral și religios.

Ciuc: Moțiunea baroului, prin care protestează în contra proporționalității, am expus-o mai sus.

Mureș: Baroul n'a adus o moțiune unică, deoarece avocații minoritari au fost în majoritate, decanul n'a admis la vot moțiunea susținută de minoritari, ci a înaintat-o Uniunii precum și moțiunea avocaților români. (V. raportul dlui Dr. A. Baciuc în ședința cons. gen. din 21 Febr. 1937.)

În sensul moțiunii avocaților minoritari problema proporționalității etnice pusă la ordinea de zi este contrară Constituției și nu poate forma obiectul unei hotărâri legale.

Avocații români creștini pornesc dela ideea, că România-Mare s'a constituit în urma jertfei de sânge a Românilor și nu poate dura decât atâta timp, cât îl conduc românii de origine etnică. „Faptul de a fi născut pe teritoriul acestei țări, nu-i poate conferi drepturi de conducere decât aceuia, care aparține elementului etnic național.” Numai acest element român creștin poate fi deplin pentru curățenia morală și regenerarea prestigiului profesional al baroului românesc. De aceea propun modificarea actualei legi a avocaților, în sensul că sufragiul pentru

conducerea baroului, consiliului de disciplină, pentru consiliul general al avocaților, aparține numai avocaților români creștini, să stabilească numărul maximal al avocaților, să se lărgască autonomia barourilor spre a putea opri accesul elementelor nesigure sub raport patriotic și național. Frecvența regulată a cursurilor să fie obligatorie pe facultăți, exercitarea stagiului să fie efectivă, în urma căruia se va da un examen de avocat. Nostrificarea diplomelor universităților străine să fie oprită, unde dreptul se tratează contrar concepțiunilor dreptului românesc sau unde se alimentează ura în contra țării. Dorește o severă disciplinare a membrilor Corpului. Pe urmă, supunerea tuturor avocaților la un examen de limba română și la altul de a pleda.

Odorheiu: Moțiunea de protest din acest barou am expus-o mai sus.

Oradea: În interesul realizării principiilor generale stabilite și de celelalte barouri propune următoarele: Limitarea numărului avocaților repartizat pe localități în raport cu numărul populației, a importanței factorilor economici, a stării sociale și materiale. Înălțuntru acestui număr limitat stabilit pe barouri să se aplice proporționalitatea etnică potrivită după populația întregii țări. Să fie acordat barourilor drept discrețional de selecționare cu ocaziunea înscrierilor în barou. Selecționarea să fie obținută prin studiile juridice și examenul de avocat, prin controlul sever al eticei avocațiale. Avocații după 35 ani de activitate profesională să fie pensionați, tariful minimal să fie aplicat riguros, taxele de timbru să fie efinite, sistemul de notariat să fie unificat prin extinderea sistemului din Vechiul Regat.

Sălaj: Conducerea baroului să fie asigurată pentru elementul etnic național, baroul stă pe principiul drepturilor câștigate, în consecință nici o măsură restrictivă nu se poate aplica nici față de membrii actuali ai barourilor, nici față de studenții în drept, actualmente înscriși la o universitate din țară. Proporționalitatea se va aplica după numărul total al avocaților din întreaga țară și nu deosebit după fiecare barou.

Satu-Mare: Constată de o legitimă îndreptățire a elementului etnic național de a conduce în mod efectiv baroul din Satu-Mare. Nemulțumirile ce există în barouri nu sunt de ordin politic, ci sunt de ordin economic și financiar, prin urmare curmarea acestor nemulțumiri se poate face cu asemenea măsuri economice și financiare, cu toate că n'ar avea nici o obiec-

fiune, dacă pentru ajutorarea elementului etnic național din barouri se vor lua măsuri de îmbunătățire, acestea însă fără vătămarea drepturilor asigurate prin legile tuturor conaționalilor de altă origine etnică. Dorește: abrogarea legilor notarilor publici și extinderea sistemului din Vechiul-Regat, abrogarea dreptului notarilor comunali să redacteze acte de notariat, abrogarea dispozițiilor din procedura civilă ardeleană privitoare la judecătoriile de arbitri, urmând ca aceste instanțe să funcționeze sub auspiciile directe ale barourilor, ridicarea dotării fondului de asistență judiciară gratuită, crearea obligatorie de serviciu conțencios pe lângă instituțiunile publice cum sunt: Camera de Comerț și Industrie, Camera de Agricultură, Camera de Muncă, Casele de Asigurări Sociale, Administrații Financiare, sindicalizarea obligatorie a membrilor diferitelor barouri, abrogarea tuturor dispozițiunilor de modificare a legii pentru Organizarea Corpului de Avocați, restabilindu-se în totul situația creată prin legea din 28 Decembrie 1931 cu respectarea drepturilor câștigate.

Sibiu: Constată că în ce privește baroul Sibiu, românizarea lui și păstrarea caracterului său românesc nu reclamă măsuri speciale. Nu este nici drept, nici oportun de a restrânge dreptul celor ce aparțin minorităților istorice din Transilvania de a fi înscrși în barouri ca avocați și stagiați. Având în vedere că problema evreiască se pune în mod acut și în barouri, este de părere că trebuie suspendate înscrierile de avocați și stagiați ai evreilor în barouri până când se va ajunge la proporția etnică pe țară, ce rezultă după recensământul din 1931. Găsește de necesar ca și comuniștii să fie declarați nedemni pentru a putea fi înscrși în barouri.

Sighișoara: Pentru asigurarea preponderenței românești, legea avocaților trebuie să fie modificată în sensul că numărul avocaților să fie limitat, decanul baroului nu poate fi ales decât dintre avocații de origine etnică românească, numărul avocaților minoritari în barouri să fie proporțional cu numărul populației minoritare pe țară, să se lărgască autonomia barourilor, acordându-li-se puteri discreționare de selecționare cu ocazia înscrierilor și schimbarea condițiunilor generale de admisibilitate în Corp, iar până la legiferare propune introducerea unui examen de limba română pentru toți avocații și avocați stagiați minoritari și radierea tuturor, cari nu exercită profesiunea în mod efectiv.

Someș: Constată că în decurs de câțiva ani în baroul Someș, elementul românesc a câștigat preponderența, iar minoritarii dispar din zi în zi. Drepturile câștigate ale minoritarilor nu se pot altera nici pe cale legislativă, în ce privește viitorul să se pună stavilă la invadarea profesiunii de avocat din partea elementelor slabe și nepregătite. Românizarea barourilor este garantată prin evoluția naturală și firească.

Timișoara: Baroul pretinde în interesul preponderenței elementului etnic românesc modificarea legii avocaților în sensul, ca legile modificatoare să fie abrogate, doctoratul și examenul de avocat să fie obligator, avocații să fie pensionați după 35 ani de activitate, sindicalizarea obligatorie la actele de notariat, cine primește o pensie de orice fel să nu poată fi avocat, avocatura clandestină să fie stărpită, notarii comunali să nu poată redacta acte de notariat.

Turda: În interesul asigurării preponderenței elementului românesc, solicită modificarea legii avocaților în sensul ca între condițiunile de primire în barou să fie și cunoașterea limbii române, să se introducă examenul de avocat, cei cari au obținut diplome în străinătate să facă efectiv un examen de licență sau de doctorat în țară, numărul avocaților să fie limitat, autonomia barourilor să fie lărgită, nivelul pregătirii profesionale să fie ridicat, etica profesională să fie supusă unui control sever, iar activitatea publică și conduita particulară a avocaților să fie disciplinată.

Dacă aruncăm o privire asupra răspunsurilor înaintate de către barourile ardelene Uniunii, la întrebările puse de aceasta, îndată o putem observa că intoleranța șovinistă a luat în Ardeal numai ici-colo proporțiile șovinismului regățean. Barourile s'au abținut în general spre a manifesta în mod fățiș românizarea forțată și între acelea, cari n'au dat un răspuns categoric, mai multe, astfel în cea mai largă măsură baroul din Satu-Mare, a înțeles să asigure drepturile minoritarilor. Propunerile barourilor în general le putem împărți în trei categorii, după interesul, care le-a sugestionat. Propunerile sugestionate *de interesul public* sunt acelea, cari solicită exercitarea efectivă a stagiului, ridicarea nivelului pregătirii profesionale precum și tendințele spre respectarea tarifului minimal avocațial și stărpirea avocaturii clandestine. *Egoismul profesional* se manifestă în acele propuneri, cari tind la o limitare artificială a numărului avocaților, la o

îngreunare a înscrierii în Corp peste măsura interesului public, la extinderea pe toată țara a unor legi, ca de exemplu legea autentificării actelor din Vechiul-Regat, la sporirea ocaziilor de lucru și la restrângerea activității altor profesii în favoarea avocaturii. Dar peste tot *egoismul naționalist* predomină majoritatea dezideratelor, chiar și atunci, când barourilor le-ar place să le învălească într'o haină mai acceptabilă a apărării intereselor profesionale, ca de exemplu lărgirea autonomiei barourilor în ce privește înscrierea membrilor, cari în atmosfera de azi încărcată de intoleranța naționalistă, precum o arată și activitatea desfășurată de baroul Ilfov în ultimii doi ani încă sub eficacitatea legii avocaților actuale, poate conduce foarte ușor la respingerea totală a stagiilor minoritari, la sabotarea rezolvării petițiilor de înscriere și astfel la excluderea totală a elementului minoritar. Iar în ce privește supunerea unui examen de limba română a avocaților minoritari, cari mai mult de un deceniu și jumătate își dezvoltă activitatea lor profesională în fața instanțelor românești în limba română, atât oral cât și în scris, sau cari au obținut diplomele lor dela facultățile de drept din țară, trebuie s'o considerăm ca absurdă, deoarece aceasta ar însemna o atare dezavuare a activității instanțelor judiciare precum și a diplomelor eliberate dela facultăți, pe care nici prestigiul și demnitatea țării n'ar putea admite și tolera.

Nu putem omite nici faptul evidențiat în atâtea moțiuni, opinii, studii în legătură cu aceasta problemă, că ridicarea problemei proporționalității etnice se îndreaptă în primul rând împotriva avocaților evrei, cari într'adevăr au invadat majoritatea barourilor peste numărul proporțional al populației evreiești. Baroul din Sibiu face distincția evidentă între minoritățile istorice și neistorice, înțelegând sub acestea evrei.

Că barourile din Ardeal au stat pe un punct de vedere mai moderat în raport cu restul țării, s'a dovedit și în ședința din 21 Februarie a Consiliului General al Uniunii, când dl. Dr. A. Dragomir, decanul baroului din Cluj a rezumat în următoarele punctul de vedere ardelean, la care au aderat afară de unul toate barourile: În primul rând, numărul avocaților să fie limitat și fiecare barou să fixeze separat numărul maximal al membrilor. Între aceste limite, preponderența elementului românesc să fie asigurată și până ce elementul românesc nu ajunge la majoritate, înscrierea altor elemente poate fi suspendată. După ce ele-

mentul românesc a ajuns la preponderență, înscrierea altor elemente poate fi admisă și prioritatea să fie asigurată minorităților autohtoni, așa Ungurilor și Sașilor. Evreii pot avea loc în barou numai în al treilea rând. În aceeași ședință dl. Dr. G. Oșianu, decanul baroului din Satu-Mare a declarat și a accentuat că nu este de acord întru toate cu dl. Dr. Dragomir. A declarat fățiș, că dacă azi s'ar arăta disproporționalitate etnică în barouri, cauza este că *«minoritarii astăzi nu sunt admiși nici în justiție, nici în armată, nicăeri»*. „Întreprinderile industriale comerciale, care sunt în mâna minoritariilor, totuși au avocați români“. Dacă se legiferează în sensul că se restrânge drepturile avocaților minoritari, va fi o reacție în sensul că și clientela minoritară, văzând că conaționalii lor sunt persecutați, nu vor mai lua avocații, cari pretind românizarea. Iar avocații minoritari vor fi determinați, exact ca și Românii sub stăpânirea ungurească, să se pregătească cât mai bine, așa că proporționalitatea etnică va avea întocmai efectul contrar celui dorit. După dl. Dr. G. Oșianu a vorbit dl. Dr. Czeglédy Nicolae, delegatul baroului Oradea, declarând că bogățiile naturale ale României sunt suficiente pentru hrănirea întregii populații și nu este nevoie de limitarea artificială a dreptului la muncă. România a fost întotdeauna patria democrației și a stat într'o rudenie spirituală cu democrațiile mari din Apus și Nord. Dacă părăsește drumul democrației, va avea mai multă pagubă, decât folos.

Aceasta atitudine moderată însă, în mod regretabil s'a arătat de-ar fi avut numai caracter provincial în ritmul evenimentelor de mai târziu. Ne aducem cu toții aminte, marea parte a delegaților minoritari cari au fost împiedecați de către elemente străine de barouri, ca să pătrundă în sala Congresului ținut la 9 Mai 1937. Astfel punctul de vedere al avocaților unguri a putut fi expus de către dl. senator Dr. Gyárfás Elemer numai în fața congresului paralel al avocaților români neadmiși în sala Congresului, unde elementele progresiste ale avocaților români au însușit întru toate doleanțele minorităților, în spiritul democrației curate și a înțelegerii reciproce a popoarelor. Totdeodată însă Congresul oficial a adus următoarea moțiune:

1. „Barourile vor avea o componență totalitară românească autohtonă.

2. În vederea realizării și asigurării alcătuirii românești a Barourilor se va proceda de îndată la verificarea tuturor înscrie-

rilor în Barouri, procedându-se la ștergerea din tablouri a tuturor celor a căror înscriere urmează să fie considerată inexistentă, din lipsa condițiilor esențiale la înscriere.

3. Comisiunea Permanentă a Uniunii Avocaților este împuternicită să fixeze normele de realizare a hotărârii acestui Congres.

4. Hotărârile Comisiunii Permanente vor fi obligatorii și executorii imediat pentru toate barourile din țară.

5. Consiliile barourilor cari nu se vor conforma vor fi dizolvate."

Aceasta moțiune este oglinda cea mai fidelă unde am ajuns și cu toate că dela aducerea moțiunii nu s'a luat nici o măsură practică decizivă cu efect general, dar nu suntem pesimiști când declarăm că nu vedem nici un semn că ambiția naționalistă ar fi pierdut ceva din vehemența sa originală. Din contră, simptome sporadice, dar serioase, ne somează, ca să studiem întreaga problemă în amănunte, ca lupta ce se va da pentru existența noastră de om și de intelectual, să nu ne găsească nepregătiți.

La examinarea acestei probleme trebuie ca în primul rând să declarăm, că nu protestăm în contra unei mișcări sociale, care vrea să vadă cât mai mulți avocați români în barouri. Problema astfel concepută ar fi una pur demografică și socială, care nu ne-ar privi pe noi și am fi incompetenți, ca să ne amestecăm. Ceeace însă trebuie s'o împiedecăm, probabilitatea înfiorătoare că fiii intelectuali ai minorității noastre după eliminarea lor din funcțiile publice, să fie eliminați acum și din carierele profesiunilor libere așa și din avocatură, deoarece aceasta posibilitate are repercusiuni imense asupra întregii vieții noastre de minoritar, deoarece în acel caz instituțiile noastre minoritare precum și conaționalii noștri pot rămâne în fața instanțelor fără nici o apărare. Este suficient, ca să relev cazul concret al procesului pornit în urma transcrierii averii Ordinului Premonstratensilor din Oradea în favoarea Statului, când avocatul român în urma presiunii sociale a fost nevoit să se retragă din proces. Nici în viitor, nu prea se poate crede că față de o activitate de talia d-lui prof. Ghibu, în urma căreia s'au transcris averile unor comunități religioase maghiare în favoarea Statului, să se găsească avocat român, care să susțină interesele minoritare. Nu ne putem lipsi deci de avocați unguri și trebuie să credem,

că în sfârșit considerațiunile mai bune, ce se manifestă față de noi ici-colo și azi vor birui, ținem însă de necesar, ca să manifestăm și noi o atitudine cerută de împrejurări.

II.

După cunoașterea istoricului problemei, se pune întrebarea : este oare justificat punctul de vedere susținut de curente de extrema dreaptă ? Oare avocații minoritari reprezintă de fapt o preponderență în barouri ? Spre a-și motiva părerea, extrema dreaptă afirmă, că avocații români trăesc în cea mai mare miserie, deoarece numărul mare al avocaților minoritari îi privează de posibilitățile de câștig.

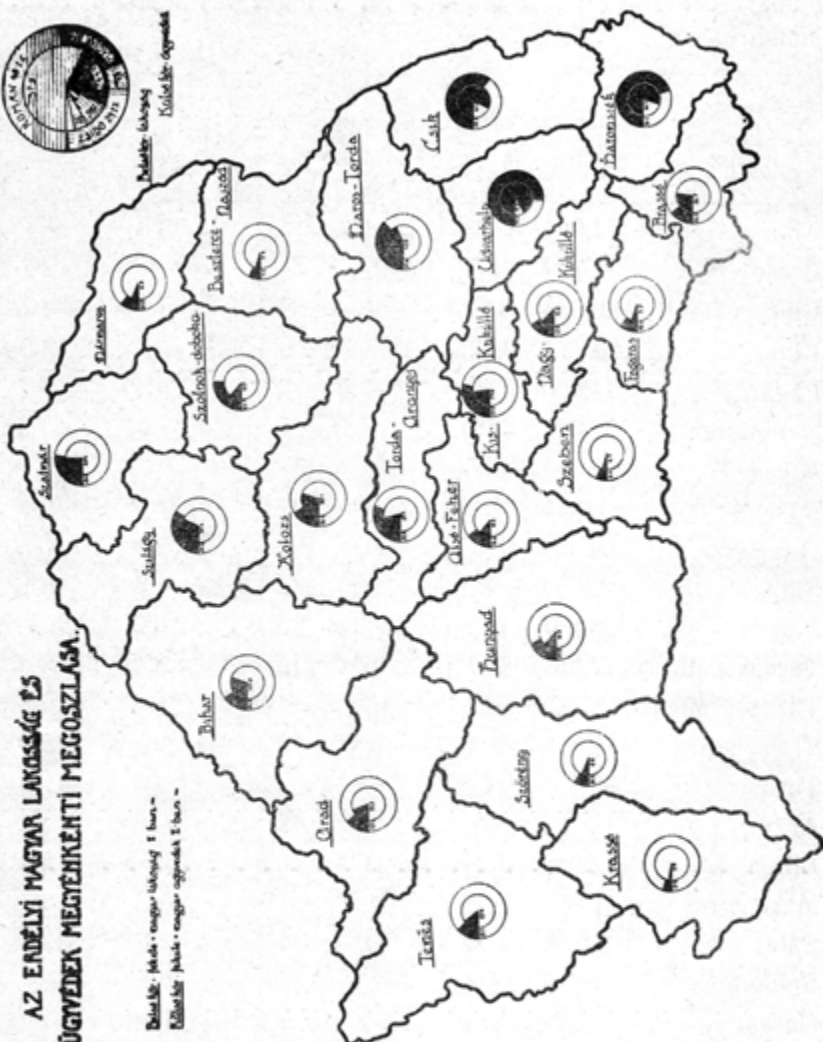
Înainte de toate, să vedem întru cât corespunde adevărului afirmația, că avocații minoritari iau pâinea avocaților români ? Este deobște cunoscut că păturile largi sociale și îndeosebi cele maghiare, în credința că avocații români în urma legăturilor lor personale pot proceda cu mai mare rezultat, cea mai mare parte a cetățenilor minoritari stau în legătură cu avocații români, le încredințează lor și cauzele cele mai mărunte. În schimb, este cu totul firesc, că românul nu recurge numai în mod sporadic și ocazional la avocatul minoritar. Aceasta nu necesită nici o probă, avem a face cu fapte de notorietate publică, este suficient, ca să invocăm declarațiile făcute de dl. Dr. Oșianu decanul din Satu-Mare în ședința Consiliului General al Uniunii din 21 Februarie 1937 și pe cari le-am expus mai sus.

Argumentul al doilea ar fi, că barourile sunt invadate de avocații minoritari, cari iau locul Românilor. Pe noi ne interesează în primul rând situația din Ardeal și de aceea ne ocupăm de aceasta mai pe larg. Deoarece cel mai bun cunoscător al acestei probleme este dl. coleg Dr. Arpad Kiss din București, dovezile noastre le grupăm în baza datelor din 1936 culese de D-sa și vom reproduce tabelul și harta lui explicativă.

Înainte de toate, trebuie să știm, că conform recensământului oficial, maghiarii fac 24.4 % din populația Ardealului. Deci chiar dacă am accepta principiul, că numărul avocaților unguri n'ar putea să depășească numărul proporțional al populației, numărul lor ar putea să se ridice la 24.4 % în raport cu numărul total al avocaților de pe teritoriul Ardealului. *Față de aceasta, numărul avocaților unguri în raport cu numărul avo-*

caților ardeleni face 20·47 ‰. Este deci evident, că nu atinge numărul proporțional al populației. Situația pe județe este următoarea.

Județul	Populația maghiară		Avocații maghiari		Proporția avocaților maghiare	
	în cifre	în ‰	în cifre	în ‰	mai mare în ‰	mai mic în ‰
Alba	24.021	11·3	13	14·6	3·3	—
Brașov	44.728	26·7	16	14	—	12·2
Ciuc	120.536	82·2	31	59·5	—	22·7
Cluj	100.712	30·1	49	16·4	—	13·8
Făgăraș	4.756	5·5	4	10·8	5·3	— ¹
Hunedoara	37.562	11·3	19	17·5	—	6·2
Mureș	123.240	42·6	49	37·6	—	5
Năsăud	7.536	5·3	4	7·3	2·0	—
Odorheiu	119.300	91·8	44	75·5	—	16·3
Sibiu	9.094	4·7	6	6·4	1·7	—
Someș	33.897	15·5	19	25·7	10·2	—
Târnava-Mare	17.466	11·8	9	15	3·2	—
Târnava-Mică	35.272	23·6	14	14·6	—	9
Treiscaune	109.371	80·7	45	70·1	—	10·6
Turda	39.305	21·5	20	32·8	—	11·3
Arad	82.385	19·5	32	12·1	—	7·4
Bihor	152.942	30·0	41	14·5	—	15·5
Maramureș	11.181	6·9	6	11·2	4·3	—
Sălaj	107.738	31·4	33	34·2	2·8	—
Satmare	74.830	25·4	36	25·9	0·2	—
Caraș	5.039	2·5	2	5·1	2·6	—
Severin	15.823	5·6	7	8·3	1·7	—
Timiș-Torontal	76.941	15·4	41	12·1	—	1·7



Din datele de mai sus iese la iveală că numărul avocaților unguri în cele mai multe locuri, indeosebi în județele cu o populație maghiară covârșitoare, rămâne mult în urma cifrei proporționale a populației. Așa în județele: Brașov, Ciuc, Cluj, Mureș, Odorheiu, Târnava-Mică, Târnava-Mare, Treiscaune, Arad, Bihor și Timiș-Torontal. Iar acolo, unde numărul proporțional depășește întrucâtva numărul proporțional al populației maghiare

(d. e. Făgăraș, Caraș, Sibiu, Maramureș) este vorba de un număr minimal de avocați, așa că ar fi ridicol a o invoca ca argument în favoarea românizării.

În mod regretabil, nu ne stau la dispoziție datele referitoare la repartizarea avocaților maghiari după vârstă. Publicăm însă tabloul de mai jos, din care rezultă că românizarea barourilor pășește înainte cu elan și disproporția în defavoarea maghiarimii va fi și mai bătătoare la ochi în decursul câtorva ani. Tabloul de mai jos arată numărul și procentul avocaților români și unguri înscrși în ultimii 10 ani în barourile ardeleni conform datelor dlui Dr. Arpad Kiss, publicate în Revista „Hitel” No. 1. din 1937.

	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
S'au înscris în total avocați :	96	85	247	104	116	133	244	127	101	45
Români din aceștia %	65 67.7	62 72.9	145 58.7	65 62.5	84 72.7	83 62.4	150 61.4	69 54.3	60 59.4	30 66.6
Unguri din aceștia %	17 17.7	14 16.4	43 17.4	17 16.3	16 15.0	17 12.7	31 12.7	14 11.0	16 15.8	9 20.0

Se poate vedea din aceasta că față de proporția de 24.4 % a populației maghiare, media numărului proporțional al tinerilor maghiari este 15.5 %, până ce față de numărul proporțional de 57.9 % al populației române, numărul tinerilor avocați români face 63.86 %.

Datele de mai sus arată elocvent că nu este și nici nu poate fi vorba că avocații unguri ar ocupa loc peste numărul proporțional al populației în barouri. Pentru a dovedi, că acest număr proporțional este diminuat din cauza situației faptice, nu trebuie să invocăm altceva, decât aceea că, de ani de-a rândul minoritarul nu este numit în funcțiile publice, decât în cazuri foarte rare și excepționale. Chiar soarta funcționarilor minoritari rămași este foarte dubioasă, deoarece sunt amenințați de primejdia concedierii fără nici o pensie sau indemnizație finală.

În urma protecției muncii naționale la întreprinderile particulare, plasarea ungurului minoritar se face în condițiuni tot mai grele, astfel siliți de împrejurări, titații sunt nevoiți să imbrățișeze cariera singură potrivită capacității lor intelectuale, unica posibilitate, care până în prezent a rămas liberă, avocatura. Din datele statistice, publicate de dl. Dr. Arpad Kovács în

Revista „Magyar Kisebbség” (Minoritatea Maghiara) No. 4 și 5—6 din 1937 rezultă că în Ardeal

dintre 98 consilieri de Curte au fost români 83 și 3 unguri (3·06 %),

dintre 269 judecători de Tribunal 241 români și 13 unguri (4·8 %),

dintre 375 judecători de Ocoale 294 români și 40 unguri (10·6 %),

dintre 2125 funcționari judecătorești 1745 români și 233 unguri (10·9 %).

Pentru aceasta, chiar dacă ar fi adevărată teza aspirațiilor naționaliste extreme, că elementul minoritar în barouri crește mereu, aceasta situație ar fi foarte naturală, deoarece în fața elementului românesc nu se găsesc acele bariere. Titrări sunt primiți în administrație, justiție, comerț, finanțe. Față de aceasta, pentru titrări proveniți din minoritatea maghiară, rămâne o singură carieră, avocatura. De aceea, datele statistice de mai sus nu pot fi dătătoare de măsură nici pentru stabilirea numărului proporțional al titraților, deoarece față de numărul total al titraților minoritari, figurează numai o parte infimă din numărul titraților români, cari exercită profesiunea de avocat, deci aceste date pot fi judecate numai cu considerare la aceasta împrejurare. Astfel datele invocate și spicuite după plac spre a întări teza extremei drepte, nu pot fi considerate ca serioase, deoarece după o cercetare temeinică, ni-se par a justifica tocmai teza contrară.

III.

Nu putem trece sub tăcere nici un moment că moțiunea Congresului ținut la 9 Mai 1937 ne-a creat fără îndoială o situație gravă, ale căror consecințe pot fi prevăzute și atârână peste capul nostru ca o sentință amenințătoare. În sensul art. 122 din legea pentru Organizarea Corpului de Avocați, moțiunile Congresului au caracter executoriu, chiar urmează să fie executate din partea organelor încredințate cu acestea pe lângă sancțiunile și pedepsele prevăzute. Oricărui împrejurări să fie datorată existența acestei moțiuni, noi stăm în fața unei moțiuni, care este executorie, deci trebuie să ne dăm seama că ce trebuie să facem și de toate posibilitățile, cari ar feri sutele dintre conaționalii noștri intelectuali de sabia lui Damocles. Trebuie să constatăm cu tristete, că căile de remediu juridic se

arată din primul moment insuficiente. În contra mișcărilor adunărilor generale ale barourilor și Congresului Uniunii nu există nici o cale de atac prevăzută în legea de organizare a Corpului. Rezultatele alegerilor din barouri pot fi judecate în recurs de Comisia Permanentă a Uniunii, dar nu putem spera, să câștigăm lupia argumentelor juridice în ce privește compunerea consiliilor în fața acestui organ având ca adversari pe oratorii elocvenți ai curentului naționalist, cari își permit orice rabulistică sucită. Nici legea contenciosului administrativ nu ne oferă mai multe posibilități. Aceasta lege în mod corespunzător cu dispozițiile referitoare din Constituție vrea să apere în mod suficient individul lezat în drepturile sale prin actele ilegale ale autorităților publice. În cazul concret, avocații împiedecați în exercițiul chemării lor, precum și cei eliminați numai pentru originea lor maghiară ar fi astfel de indivizi lezați în drepturile lor. Dar pe această cale nu prea avem ce căuta. Făuritorul distins și nobil al legii avocaților, mult regretatul C. Naumescu, președintele Uniunii vizând în primul rând interesele avocaturii ca profesiune, a vrut să vadă un Corp independent de orice ingerință externă. Evident nu s'a gândit că aceasta autonomie a Uniunii Avocaților va crea situații similare celei de azi. Având în vedere spiritul acestei legi și înalta Curte de Casație s'a pronunțat deja în sensul că Uniunea Avocaților nu poate fi considerată de autoritate publică, la care ar referi dispozițiile legii contenciosului administrativ, așa că actele ei nu sunt atacabile în contencios.

Se pune deci întrebarea că dacă mișcările contrare Constituției, evoluției generale juridice și dreptului natural al omului la muncă, călăuzite de pornirile egoismului rasist, arată rezultate deja până în prezent, cari periclitează interesele noastre vitale, fără că ar fi suferit vreo limitare serioasă sau sancțiune, fără ca factorii guvernamentali avizați la timp ar fi intervenit în mod energetic, că oare n'ar trebui să recurgem chiar acum la ultima rațiune, la mijlocul drastic al plângerii către Societatea Națiunilor? Se poate stabili că dintre toate plângerile, pe cari le-am înaintat vreodată Societății Națiunilor, n'a fost nici una așa de importantă și vitală, ca problema proporționalității etnice, mai bine zis a numărului toalar românesc din barouri și a prejudiciilor rezultate din aceasta. *Am arătat pe larg și este evident, că aici nu este vorba numai de pâinea de toate zilele a cinci-șase sute intelectuali și a familiilor lor, ci și de faptul,*

că instituțiile minorității noastre și conaționalii noștri vor fi lipșiți de apărarea drepturilor lor în orele critice.

Cu toate acestea nu trebuie să uităm, că calea la Geneva se duce prin București și numai atunci suntem nevoiți să pășim pe calea accidentată a Genevei, dacă aici acasă am făcut totul la factorii competenți pentru o intervenție energică, nu numai în interesul nostru, ci în interesul liniștei publice a țării întregi, spre a potoli agitațiunile fără margini îndreptate în contra noastră, ca să putem odată discuta într-o atmosferă mai obiectivă și mai bine cunoscătoare a adevărului problemele noastre profesionale. Altcum și expunerea coautorului prezentului studiu Dr. Mikó Emeric, apărută în No. 3 al revistei „Hitel” din 1936 sub titlul „Plângerile minorității maghiare înaintea Societății Națiunilor”, concludă, ca să nu recurgem la Geneva, decât în cazul extrem, spre a remedia un prejudiciu, care periclitează chiar pâinea noastră de toate zilele, dar în caz de necesitate cu cea mai mare energie și prudență.

Am avut toată străduința, ca să Vă fac cunoscută aceasta problemă în cele mai mici amănunte, deoarece aceasta problemă nu este numai una de studiu, ci o problemă vitală a întregii maghiarimi din România! Partidul Maghiar trebuie să fie straja fiecărei probleme minoritare maghiare, astfel și a problemei de trai a sutelor de familii maghiare, când politicianismul pune în primejdie și pâinea aceea redusă a conaționalilor maghiari. Ceasul înfăptuirilor a bătut de mult și sper că vremurile și mai grele ce vor putea urma, nu vor găsi pe conaționalii noștri avocați, nepregătiți și cu suflet neamăsurat importanței evenimentelor.

„Richtlinien“ nationaler Gerechtigkeit als Staatsgrundsatz.

Heute, da vonseiten der Klein-Entente-Staaten wieder das Trachten nach einer Lösung der Minderheitenfrage, einer der wichtigsten Probleme des Donaubeckens, auflebt, erscheint es begreiflich, dass einer unserer Leser uns den Vorwurf machte, wir hätten im vergangenen Frühjahr versäumt, unseren Lesern das amtliche communiqué im Wortlaut bekanntzugeben,

welches die tschechoslowakische Regierung veröffentlichte und worin deren Prinzipien bezüglich der Minderheitenpolitik niedergelegt sind.

Dieser Mahnung wollen wir bereitwillig Genüge tun, indem wir nachfolgend die genannte Kundgebung vollinhaltlich wiedergeben :

„In dem guten Bestreben, zum gegenseitigen Verständnis in den nationalen Beziehungen der Republik und zur Beseitigung all dessen beizutragen, was die Bevölkerung des Staates auf diesem Kreuzungsweg der nationalen Interessen in Mitteleuropa entfremden könnte, hat die tschechoslowakische Regierung den gegenwärtigen Stand der Minderheitenpolitik in der Tschechoslowakischen Republik geprüft und anknüpfend an die Tradition der tschechoslowakischen demokratischen Minderheitenpolitik, ihre weiteren Richtlinien festgelegt.

Ganz besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmet die Regierung der wirtschaftlichen Situation jener Gebiete, die von der Weltkrise einiger Zweige der Industrieproduktion betroffen sind. Durch ein Zusammentreffen von Umständen sind diese Gebiete überwiegend von unseren Mitbürgern deutscher Sprache bewohnt. In der Tatsache, dass der Grossteil der der Industrieproduktion gewährten staatlichen Garantien deutschen Unternehmungen bewilligt wurde, liegt der Beweis, dass es nichts Illoyaleres geben kann, als die Regierung des Mangels an Fürsorge für die deutsche Wirtschaft zu beschuldigen.

Die Regierung investiert in die öffentlichen Arbeiten und Bauten in allen Staatsgebieten gleichmässig nach den Bedürfnissen und wird darauf achten, dass überall, also auch in den von Deutschen bewohnten Gebieten, in erster Reihe ortsansässige Unternehmer und Arbeiter beschäftigt werden. Den vergebenden Zentralbehörden wird die strenge Kontrolle über alle ihnen unterstellten Organe auch in dem Sinne auferlegt, dass diesem Prinzip der wirtschaftlichen Gerechtigkeit in vollem Umfange Genüge getan werde. Die Regierung macht insbesondere alle Organe auf die persönliche Verantwortung für die Erfüllung dieser Instruktion und auf die Folgen aufmerksam, welche sich aus der Ausserachtlassung dieses dienstlichen Auftrages ergeben würden.

Die Regierung wird bei der Durchführung der Massnahmen der sozialen Fürsorge und der sozialen Hygiene nicht bloss

auf die Bevölkerungszahl, sondern auch auf die Höhe der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken Rücksicht nehmen.

Auf dem Gebiete der sozialen und hygienischen Jugendfürsorge wird die Regierung – wie bisher – darauf achten, dass mit der Leitung der Jugendfürsorgen Angehörige des eigenen Volkes betraut werden und sich bemühen, dass die Fürsorge-Institutionen gesichert und weiter ausgebaut werden.

Für die Aufnahme von Kräften in die Staatsdienste hat die Verfassungsurkunde der Tschechoslowakischen Republik im zweiten Absatz des § 128 die prinzipielle Richtlinie aufgestellt, als sie erklärte, dass der Unterschied in der Konfession, im Glauben, im Bekenntnis und in der Sprache keinem Staatsbürger in der Tschechoslowakischen Republik in den Grenzen der allgemeinen Gesetze hinderlich ist, insbesondere was den Eintritt in den öffentlichen Dienst, Ämtern und Würden betrifft.

Neben diesem verfassungsmässigen Grundsatz anerkennt die Regierung gleichermaßen dauernde Gültigkeit dem Grundsatz, den sie einerseits zu ihrem eigenen gemacht hat und der gleichzeitig ein von den zuständigen internationalen Faktoren angenommener Grundsatz ist, dass nämlich die bedingungslose Loyalität zum Staate die selbstverständliche Voraussetzung des Rechtes der nationalen Minderheiten ist.

Die Regierung kann objektiv konstatieren, dass sich die sittliche Kraft der tschechoslowakischen Staatlichkeit je weiter um so voller auch in der Richtung der schöpferischen Zusammenarbeit der Nationalitäten bewährt.

Diese Tatsache wie auch die sich immer mehr verbreitende Kenntnis der Amtssprache ermöglicht der Regierung, einen weiteren Schritt in der Aufnahme von Angehörigen der nationalen Minderheiten in die Staatsdienste zu machen und in immer grösserem Masse auf die nicht allein allgemeinen Qualifikations- und regionalen Interessen, sondern auch auf die Interessen der Minderheiten in der Richtung einer gerechten Proportionalität Rücksicht zu nehmen.

Die sprachlichen Bedürfnisse der nationalen Minderheiten im Verkehr mit den öffentlichen Behörden und Organen sind in dem bis zu äusserst durchführbaren Masse durch das verfassungsmässige Sprachengesetz gesichert. Die Regierung erachtet es als ein selbstverständliches Gebot der politischen Moral und Klugheit, dass die Gesetze der Republik auf alle Sektoren der

öffentlichen Verwaltung vorbehaltlos erfüllt werden. Zu der Sprachenverordnung über die Korrespondenz der Bezirks- und einiger anderer Behörden mit Gemeinden, deren überwiegende Bevölkerungsmehrheit anderssprachig ist, hat die Regierung Massnahmen getroffen, dass zu den in der Amtssprache abgefassten Zuschriften ohne besonderes Ansuchen und unentgeltlich Übersetzungen in der Sprache der nationalen Minderheit der Gemeinde beigelegt werden.

Die Regierung ist bereit, das Ausmass der Sprachenprüfungen nach den tatsächlichen Bedürfnissen mit Rücksicht auf die Verwendung des Bewerbs im öffentlichen Dienst zu regeln und zur Ausgabe diesbezüglicher Behelfe beizutragen.

Der Regierungsentwurf des Staatsvoranschlages wird der Ausdruck der Entschlossenheit der tschechoslowakischen Regierung sein, dass die staatliche Politik der demokratischen Republik es als ihre grosse politische und moralische Ausgabe erachtet, bis zu ihren äussersten finanziellen Möglichkeiten die Bildung zu fördern, welche die schöne Tradition des tschechischen und des slowakischen Volkes ist, wie auch, und zwar im Geiste der gebührenden Proportionalität die Bildung ihrer Mitbürger und anderssprachigen Nationalitäten, also nicht nur der Deutschen und der Ungarn, sondern aller nationalen Minderheiten. Die Regierung zieht auch die Mitbürger der polnischen Nationalität in Betracht. Da nunmehr in unsere Minderheitenpolitik auf diesem Gebiete keinerlei Einflüsse des Auslandes eingreifen, können wir im Einvernehmen mit unseren Mitbürgern polnischer Nationalität im Geiste der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit das lösen, was eine Lösung vielleicht erfordert.

In der Schulorganisation ist bereits in besonders bedeutungsvoller Weise die Rücksichtnahme auf die kulturellen Bedürfnisse der einzelnen Nationalitäten geltend gemacht worden und die Regierung verschliesst sich keineswegs einer möglichen weiteren Vertiefung im Rahmen der bisherigen Organisationen. Wo sich in der Selbstverwaltung vom Standpunkte der Interessen der nationalen oder der Minderheiten-Gruppen Mängel zeigen, wird sich die Regierung um deren Beseitigung bemühen.

Die Regierung hält konsequent an den Grundsätzen der streng gerechten Minderheitenpolitik fest und wird sie den Interessen des Staates und der nationalen Minderheiten entsprechend entfalten und anpassen.“

Les conversations se poursuivront entre le gouvernement de Budapest et les Etats de la Petite Entente.

Budapest, 1-er septembre (Havas). — Le communiqué publié à Sinaïa à l'issue de la conférence du Conseil permanent de la Petite Entente a causé une certaine déception. Impressionnée par les commentaires allemands favorables, ainsi que par les informations publiées sur les conversations du ministre de Hongrie à Bucarest avec MM. Antonesco, Stoyadinovitch et Krofta, l'opinion hongroise s'attendait à un résultat tangible au moins dans la question du réarmement hongrois. Les journaux publient le communiqué sans l'accompagner de commentaires. Ce n'est que dans les titres de certains journaux qu'on remarque que la conférence n'a pas apporté de décision dans les questions les plus importantes. On peut souligner cependant que tous les journaux s'abstiennent des attaques qu'on avait coutumes de diriger contre la Petite Entente à l'issue de précédentes conférences de son Conseil permanent et qu'on cherche visiblement à éviter toutes les manifestations de presse hostiles à l'amélioration de l'atmosphère entre la Hongrie et ses voisins.

On pense en effet à Budapest que le résultat négatif de la conférence dans la question du réarmement hongrois ne signifie aucunement la rupture des conversations entre la Hongrie et les Etats de la Petite Entente. On souligne au contraire qu'elles seront poursuivies et on émet l'espoir qu'elles pourront facilement aboutir dans un avenir plus ou moins proche à des résultats susceptibles de donner satisfaction à tous les partenaires.

Budapest, 1-er sept. (A. T. Hongroise). — Le rédacteur diplomatique de l'Agence Télégraphique Hongroise écrit : Du côté hongrois, on ne veut pas douter que les Etats de la Petite Entente, dans le règlement de leurs rapports avec la Hongrie, soient guidés par une bonne volonté, mais on indique que la normalisation de ces rapports est possible seulement en écartant les obstacles véritables qui entravent encore toujours ce rapprochement. Il s'agit de la question des minorités qui doit être réglée d'une façon satisfaisante et conformément à

l'esprit des traités en vigueur. C'est une condition indispensable non seulement au rapprochement, mais aussi à l'aplanissement de la voie vers ce rapprochement.

Si les Etats de la Petite Entente désirent certaines garanties en connexion de l'égalité des droits de la Hongrie dans la question du réarmement, la Hongrie est prête à donner ces garanties qui sont simplement de forme, car il s'agit d'un droit évident.

Prague, 2 sept. (Ceteka). — Le ministre des affaires étrangères, M. Krofta, rentrant de Sinaïa à Prague, a fait des déclarations devant le représentant de l'Agence Télégraphique Tchécoslovaque à Kosice.

M. Krofta a précisé que la Petite Entente, mettant au premier plan ses efforts tendant à assurer la paix et la collaboration internationale dans l'esprit de la SDN, attache un grand prix aux déclarations de MM. Hull et Van Zeeland.

Parmi les questions relatives à l'Europe Centrale, la question hongroise a occupé le conseil permanent. La bonne volonté des représentants de la Petite Entente à l'égard de cette question a été réconfirmée, mais on a pu constater d'une manière indubitable que les trois Etats de la Petite Entente ne veulent régler leurs rapports politiques avec la Hongrie qu'en plein accord réciproque, selon le principe de leur pacte organique. La question de l'entente avec la Hongrie sera reprise en détail à Genève au cours des délibérations en septembre.

Belgrade, 1-er septembre (DNB). — Commentant les entretiens que le ministre de Hongrie, M. de Bárdossy a eu avec les trois ministres des affaires étrangères des Etats de la Petite Entente à Sinaïa, le „Vréme“ écrit notamment : „Les rapports entre la Petite Entente et la Hongrie sont sortis de la période d'inertie. L'atmosphère entre la Petite Entente et la Hongrie s'est beaucoup améliorée. La politique de M. Stoyadinovitch qui vise à établir de bonnes relations avec tous les Etats voisins, ainsi que la politique de ses collègues des Etats de la Petite Entente, rendrait possible la normalisation complète des rapports entre la Petite Entente et la Hongrie.“

Le président du Conseil roumain a abordé le problème des minorités.

Le président du Conseil, M. Tataresco, accompagné du ministre de la Défense Nationale et du ministre de l'Air et de la Marine, est arrivé, ce matin à Oradea Mare en tournée d'inspection. A cette occasion, il a prononcé un discours dans lequel il a dit, entre autres :

„Nous proclamons de nouveau notre désir de paix et notre vif désir de vivre en amitié avec ceux que les vicissitudes de l'histoire ont placé dans le passé sur la voie de la grande mécontente. Nous déclarons à cette occasion que nous sommes prêts à collaborer avec eux pour la consolidation et la défense de la paix et pour l'organisation dans cette région de l'Europe d'une communauté fondée sur le respect du droit et l'harmonie des intérêts. Nous tendons une main amicale à tous ceux qui partagent ces convictions et ces sentiments et à tous ceux qui sont animés du même désir de paix et de collaboration. Parlant dans une ville ayant une importante population minoritaire, je tiens à déclarer que nous voulons consolider nos rapports de cohabitation normale et de confiance mutuelle avec les minorités à jamais englobées dans notre Etat national et que l'histoire a situées depuis des siècles dans l'intérieur des frontières appartenant à notre peuple.

Animés du souffle du temps où nous vivons et dans le cadre de nos lois issues de l'équité et de la justice, nous désirons assurer à ces minorités toutes les conditions nécessaires pour leur libre développement. Quant aux malentendus et aux difficultés surgissant naturellement dans les rapports entre la majorité et les minorités, ils pourront toujours être résolus dans l'atmosphère créée par l'esprit le plus large d'entente et de conciliation. Mais, bénéficiant de ce traitement, les minorités ont le devoir de n'oublier en aucune circonstance qu'elles doivent remplir toutes leurs obligations qu'elles ont envers l'Etat roumain et que la première obligation est de faire siens tous les intérêts et toutes les aspirations de cet Etat qui au prix des sacrifices leur garantit leur langue, leur culte et leur prospérité.“

(Rador. 9. oct.)

Déclarations de M. Stoyadinovitch sur le concordat.

Le président du Conseil et ministre des Affaires Etrangères, M. Stoyadinovitch, a fait, devant les représentants de la presse, la déclaration suivante concernant la question du concordat : „Puisque il a été adopté par la Chambre, le projet de loi comportant ratification du concordat devait être présenté au Sénat pour être discuté. Mais, déjà le 23 juillet, c'est-à-dire le jour de la ratification du concordat par la Chambre, j'ai déclaré que nous tous nous devons souhaiter que le concordat passât dans la meilleure et la plus conciliante atmosphère dans le peuple. J'ai ajouté également que par l'adoption du concordat la paix confessionnelle dans le pays ne doit pas être troublée. En terminant, je souligne que le gouvernement royal ne présentera pas immédiatement le concordat devant le Sénat. En ce qui concerne le concordat, les circonstances ne se modifieront que le jour où je modifierai mon point de vue exposé il y a deux mois. Restant fidèle à ce point de vue, le gouvernement royal ne présentera pas au Sénat le concordat aux fins de discussion et de ratification.”

(Avala, 9 oct.)

Le problème minoritaire et le parti du „Front roumain“.

Dans un discours prononcé à Bucarest, un leader du parti, M. G. Angelesco, ancien ministre, a polémisé avec M. Mihalaké et M. Junian au sujet de la politique minoritaire qu'ils ont préconisée.

Le gouvernement actuel s'en va, a-t-il déclaré et le pays a besoin d'un nouveau gouvernement d'autorité et d'affirmation de l'élément roumain dans la direction politique et économique du pays. Nous ne nous demandons pas ce qu'il y a à faire avec les cinq millions de minoritaires qui se trouvent dans le pays — on doit plutôt se demander ce qui est à faire avec les 15 millions de Roumains. Nous devons nous demander ce qui est à faire avec les dizaines de milliers de jeunes gens, que nous avons enlevés aux villages, qui ont étudié dans les écoles et qui ne trouvent maintenant de places à cause des minoritaires. En Roumains, voilà à quoi nous pensons : quoi faire avec les nôtres. Quant aux minoritaires et aux Juifs, s'ils ont le droit de rester dans le pays, qu'ils s'encadrent dans toutes les classes sociales et non seulement dans la classe dirigeante et exploitant le travail des Roumains. Du nombre de cinq millions de minoritaires, presque deux millions n'ont pas le droit de rester dans

le pays, puisqu'ils ne sont pas nés ici et n'ont pas vécu dans le pays.

Les étrangers de chez nous se sont enrichi par les gouvernements. Faisons donc œuvre de gouvernement au profit de Roumains et renversons la pyramide sociale avec le sommet en bas. En pareil cas, nous aurons à penser aux 15 millions de Roumains et non pas aux 5.000.000 de minoritaires.

M. Angelesco a fait la constatation que l'action du „Front roumain” en faveur du travail roumain porte déjà ses fruits et les capitalistes étrangers ont commencé à chercher les ouvriers et les fonctionnaires Roumains, en remplacement des minoritaires, qu'ils chassent de leurs entreprises.

Mais ce faisant, on ne se demande pas qu'est ce que doivent faire les minoritaires, privés ainsi de leurs moyens de subsistance et de la possibilité de travail.

Une mesure contre les minorités.

Le ministre du Commerce et de l'Industrie, M. Valeri Pop, a publié une lettre circulaire adressée à toutes les sociétés industrielles et commerciales, les invitant à augmenter le nombre de leurs employés roumains. La lettre est adressée à 72 entreprises de commerce dans le Banat et la Bucovine, où les minorités non-roumaines sont très importantes. Le ministre veut qu'au moins 50 % des employés soient des Roumains purs. Les industriels sont invités de répondre à la requête du ministre jusqu'au premier octobre. La lettre circulaire a éveillé une grande inquiétude parmi les minorités.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Kardos Béla dr.: „Possibilities of peaceful change in the present trends of assimilation, dissimilation, reassimilation” („Über die Möglichkeiten einer friedlichen Änderung gegenwärtiger Assimilations-, Dissimilations- und Rückassimilationsbestrebungen.“) 24 Textseiten, 6 Karten, 3 statistische Tabellen.

(Vorgelegt als 9. ungarische Gedenknote dem „Kongress für internationale Studien”, 10. Tagung, Paris, 8. Juni–3. Juli 1937).

Der Verfasser untersucht die Frage: wie ist auf friedlichem Wege eine möglichste Verringerung der grossen Reibungsflächen zwischen nachbarlich wohnenden Nationalitäten zu erzielen? Er kommt dabei zum Ergebnis, dass die friedliche, sich selbst überlassene Entwicklung von selbst die Tendenz hat, die

Reibungsflächen zwischen verschiedenen Nationalitäten auf ein Minimum zu verringern. Seine Ansicht stützt der Autor auf reichliches statistisches und historisches Material über die Nationalitäten der Schweiz und der Slowakei.

- In der Schweiz hat sich der Staat seit jeher jeder einseitigen Begünstigung, jeder künstlichen oder gewaltsamen Regelung der Interessen der dort lebenden Nationalitäten enthalten. Ja, darüber hinaus garantiert der Bund durch besondere Bestimmungen alle Voraussetzungen der friedlich-natürlichen Entwicklung. Und die Geschichte zeigt, dass diese Entwicklung zu einer beispielgebenden Verringerung aller Reibungsflächen zwischen den verschiedenen Nationalitäten auf ein Minimum geführt hat. Weiter, dass dieser Zustand, einmal erreicht, sich als ausserordentlich stabil und als wahre Sicherung des inneren Friedens erwiesen hat. Die Verringerung der Reibungsfläche erfolgt auf die Weise, dass die Sprachgrenze durch gegenseitige Assimilation eine möglichst einfache Gestalt annimmt, Sprachinseln gegenseitig aufgesaugt werden u. ä. m. Es wird so ein natürlicher, schmerzloser Ausgleich erreicht, bei dem sich keine Partei zu beklagen hat.

Einen ähnlichen Verlauf hat der Ausgleichsprozess in der Slowakei bis zum Umsturz genommen. Entgegen den Behauptungen tschechischer Nationalisten haben die Forschungen des russischen Professors Petrov erwiesen, dass die ungarisch-slowakische Sprachgrenze seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sich nicht mehr geändert hat. Ferner zeigt das reichlich erhaltene statistische Material, dass während des ungarischen Regimes weit mehr ungarische Gemeinden slawisiert wurden als umgekehrt. Es handelt sich dabei beiderseits um versprengte Volksteile, die von dem umgebenden Mehrheitsvolk auf natürlichem Wege allmählich aufgesaugt wurden. Kardos zeigt diese Entwicklung, die die von ihm aufgestellten Gesetze vollauf bestätigt, an Hand von übersichtlichen Kartenskizzen und statistischen Aufstellungen. Die von selbst erfolgte Reduktion der Reibungsflächen und die Stabilität der schliesslich erreichten Verhältnisse sind der beste Beweis, dass während des ungarischen Regimes die friedlich-natürliche Entwicklung der Beziehungen zwischen den zwei Nationalitäten durch keine gewaltsamen Eingriffe gestört wurde.

Das Bild änderte sich mit einem Schlage nach dem Re-

gimewechsel. Nunmehr wurden die tschechoslowakischen Interessen von staatswegen einseitig, auf Kosten der übrigen Nationalitäten gefördert. Die Entnationalisierung der Magyaren wird mit den bedenklichsten Mitteln betrieben, während die ausgleichende Assimilation der Slowaken durch künstliche Eingriffe, wie Schul-, Wahl-, Agrarpolitik, Kolonisation, Ernennung statt Wahl von Korporationen und Funktionären etc., hintertrieben wird. Die Konsequenzen dieser Unterbindung der natürlichen Entwicklung ist ein enormes Anwachsen der nationalen Reibungsflächen, was nicht zuletzt Hass, Neid, Feindschaft und Unfrieden zur Folge hat. Die durch die Eingriffe des tschechoslowakischen Staates bewirkten gewaltsamen Änderungen in den Beziehungen der Nationalitäten zueinander, die künstliche Vergrößerung der Reibungsflächen werden vom Verfasser wiederum an sorgfältig ausgearbeiteten Karten veranschaulicht.

Die aus seinen Untersuchungen gewonnenen Einsichten verwertet der Verfasser in Form von praktischen Vorschlägen. Da die Assimilation nun einmal als natürlicher Prozess nicht ausgeschaltet werden kann, so soll wenigstens, meint der Verfasser, die Verringerung der rassischen Reibungsflächen der Natur selbst überlassen und durch staatliche Eingriffe weder gefördert noch gehemmt werden. Jede Art staatlicher Hilfe soll solchen nationalen Verbänden entzogen werden, deren Ziel es ist, in geschlossene Siedlungsgebiete von Minoritäten mit gewaltsamen Mitteln einzudringen. Neben den Rechten des Individuums sollen auch kollektive Rechte der Nationalitäten (Kulturautonomie, Personenkataster etc.) anerkannt werden. Nach dem Muster der weitgehend autonomen Schweizer Kantonen, Distrikte und Gemeinden soll die Staatsgewalt auch in Zentraleuropa dezentralisiert und vor allem die allzu rasch wachsenden zentraleuropäischen Hauptstädte ihrer diktatorischen Übermacht über alle übrigen Teile des Landes entkleidet werden.

Die fieberhafte, künstlich-gewaltsame Vergrößerung der Reibungsflächen zwischen benachbarten Nationalitäten, wie sie von zentraleuropäischen Staaten gegenwärtig vielfach gefördert wird, vermindert die Aussichten des wahren Friedens und man kann dem Vorschlage des Verfassers nur zustimmen, dass im Interesse des Friedens alles geschehen sollte, was die Reibungsflächen auf friedlichem Wege vermindert. *Béla v. Juhos.*

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

XV.

NOVEMBRIE-DECEMBRIE
NOVEMBRE-DECEMBRE
NOVEMBER-DEZEMBER

1937.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER

11-12

La Presse Roumaine et les Réunions Hongroises.

Pendant les années dernières, la question des minorités a gagné du terrain plus que jamais auparavant dans la presse roumaine. Cependant on ne discute pas sérieusement les problèmes minoritaires, mais on charge des attaques ininterrompues contre les minorités. On eût pensé par conséquent que la presse roumaine inonderait la grande réunion de Sft.-Gheorghe de ses correspondants, afin de voir et d'entendre de plus près les manifestations du peuple hongrois. Cependant seulement le „Curentul“ envoya son correspondant au grand Meeting et celui-ci était naturellement incapable de s'acquitter seul de ce travail fatigant et complexe. Cette indifférence dira-t-on, nous dispense de traiter les manifestations de la presse roumaine à fond, car malheureusement cette indolence prouve, qu'il n'y s'agit point de rapports cherchant d'obtenir des notions objectives et profondes, mais d'informations, soit dans l'intérêt d'une fraction politique, soit dans celui d'une certaine presse, ou, en mettant les choses au mieux, de comptes rendus dans l'intérêt de certaines tendances nationalistes universelles, dont la mission professionnelle pour ainsi dire est de chercher à découvrir tout ce qui soit de condamnable et de ne voir jamais, même par hasard au courant du grand Meeting, le moindre trait favorable aux minorités, ou important dans l'intérêt de la paix intérieure de l'État Roumain. Aucun des personnages, qui se firent entendre en rapport avec le Meeting, n'a reconnu l'importance de la question minoritaire dans la politique de l'État. On est encore aujourd'hui de l'avis que la question des minorités ne regarde que la police ou le procureur, ou bien sert comme instrument aux ambitieux, à l'aide duquel on fera carrière, ou obtiendra un

mandat aux élections. Le plus bienveillant parmi ces rédacteurs est encore M. Pamfil Șeicaru, car il nous apprend que la question entière n'est qu'un „Morbis minoritatis“, c'est à dire une maladie psychique des masses, attisée et excitée par les bénéficiaires de la politique minoritaire.

Or, les journalistes roumains ne se montrèrent pas à Sft.-Gheorghe, ne suivirent pas les discussions, ne virent pas nos masses. Encore une expérience amère ! Les meilleurs représentants de la minorité Hongroise travaillent depuis des mois, produisent des discours d'un niveau académique, des études éclaircissantes, comme s'ils attendaient à s'adresser à l'opinion du monde entier, le Président du Parti Hongrois compose son discours avec toutes les précautions du diplomate, qui veut être juste sans offenser, franc et sincère, sans semer des complications, — le comité exécutif du Parti énumère les griefs de la minorité Hongroise avec tout le soin, toute la scrupulosité dû à son peuple, pesant bien l'effet de chaque parole, — à quoi bon mentir, quand il fallait dire la vérité — et voici le résultat de ce dévouement, de ces soins exténuants, de cette attitude consciencieuse : quelques phrases banales, sans poids dans la presse Roumaine, s'égosillant à répéter des attributs triviaux, des accusations usées. Triste résultat !

Cependant nous devons répondre à ces manifestations de la Presse. Car l'opinion publique Roumaine ne sait pas ce que nous savons, il est convaincu de la vérité de ces „accusations“, jurant de ce qu'il en est ainsi et il n'y existe que quelques Roumains très prudents et très intelligents, qui voient dans la minorité autre chose, que les ennemis du pays, qu'une masse irrédente et détruisante avec laquelle on devrait en finir au plus vite possible, si on pouvait.

Et pourtant, nous ne voulons pas renoncer à l'espoir, qu'un jour la Presse Roumaine, elle aussi nous prêtera l'oreille. Nous ne fatiguerons pas, nous ne perdrons pas courage, car notre intérêt vital est d'éclaircir, de tâcher de juger correctement les faits.

La Grande Réunion de Sft.-Gheorghe attira toutes les régions de la société minoritaire hongroise. Il serait faux de maintenir, que la classe moyenne surtout s'était rendu au Meeting, car aussi les industriels des villes et les menus propriétaires des villages étaient accourus. Aujourd'hui il n'est

plus un privilège dans le cadre de la minorité hongroise d'appartenir à la classe moyenne autant que l'industriel des villes ne personifie plus le patron capitaliste, c'est la classe moyenne minoritaire qui range aujourd'hui plus du côté du prolétariat que de la bourgeoisie aisée. Et pourtant, malgré l'intérêt unanime et la confiance de ces masses hétérogènes devant le travail et les conducteurs du Parti — la Presse gouvernementale de la Transylvanie en tira la conclusion, que „la Tyrannie des magnats y avait mis en scène sa comédie particulière“.

Un représentant de l'occident s'étonnerait pas mal à voir qu'ici, depuis plus de vingt ans, on vomit des imprécations contre une élite de la société Hongroise Transylvanienne, parcequ'elle aussi s'est mise à la tête des mouvements politiques des Hongrois, qui ont dû subir le sort minoritaire. Il en est comme si on voudrait effaroucher les anciennes familles Hongroises, qui participent dans les luttes de leur nation, qui selon leurs traditions prennent part dans les affaires publiques.

Qui oserait accuser la politique Anglaise de tendances tyranniques, parce que l'aristocratie Anglaise, fidèle à son devoir historique prend part dans la vie politique et parce que les membres de cette aristocratie s'empressent d'atteindre des positions les plus actives ? Des aristocrates Anglais ont des sièges dans les bancs des partis des ouvriers, tandisque des conducteurs d'ouvriers deviennent des aristocrates dans la politique. Qui est ce qui aurait l'audace de stigmatiser la duchesse d'Atholl, député du Labour Party, d'être un coureur de mandats, s'efforçant à faire carrière ? Ou bien de l'accuser d'aspirations tyranniques, puisqu'elle ne veut plus rester dans son château pour passer son temps à donner des ordres à ses lacquais ? D'ailleurs nous ne voyons que cinq ou six magnats maghiars dans la vie publique de la Transylvanie.

Plus conforme à la vérité est un article qui constate que la classe moyenne, qui se constitue d'anciens employés d'État de propriétaires moyens, d'intellectuels des villes, s'est emparée de la direction de la minorité Hongroise de la Transylvanie. Nous nous demandons, avec quelle joie maligne ce même journaliste condamnerait la classe moyenne de Transylvanie, eût-elle abandonné le peuple Hongrois après le changement d'empire, si, supposons cette classe n'avait eu autre but, que de sauver au milieu des orages des années passées, tout ce qu'elle aurait

pu sauver, ne s'inquiétant guère d'autre chose, que sournoisement de ses propres intérêts égoïstes ?

Il est fait, qu'il n'y a devoir de plus ingrat et de plus risqué, que de faire la politique des minorités Hongroises. Que de fois plus profitable de rester chez soi paisiblement, de faire témoignage en devant de M. le Préteur et de M. le notaire, qu'on ne prend aucun part aux actions agitateurs, de ce qu'on reste passif pendant les travaux exténuants du Parti Hongrois pendant les élections, de documenter par son attitude, qu'on s'était accommodé avec les circonstances — de se procurer un certificat qui se prouvera utile devant la commission des contributions, à l'occasion de la livraison du tabac et de la repartition des semailles.

Une génération lâche, digne de son sort aurait agi ainsi. La classe moyenne Hongroise de Transylvanie cependant fit son choix : dans l'époque de la réforme agraire, des restrictions des droits et des autorisations, lorsque l'évoquement de soupçons ou un ressentiment de la part des autorités suffisait à toucher des existences, — cette classe moyenne prit sur soi le devoir amer de la politique et ne laissa pas arriver, que la minorité Hongroise se perdit dans les abîmes de l'impuissance et de l'abandon, qui s'étaient ouverts par suite de la catastrophe nationale et épocale, dans laquelle une nation dominante se transforma en un peuple minoritaire. Il est donc naturel que l'aristocratie Transylvanienne y dut participer. Aujourd'hui la différence entre le magnat et le simple fils du peuple n'est pas si grande qu'aux temps passés de la richesse, le destin minoritaire les frappe tous les deux également, on dirait même que le magnat en souffre davantage et étant plus cultivé, plus sensible, il éprouve plus amèrement l'injustice. D'ailleurs, sa chute venait de plus haut que celle de nous autres. Je me demande souvent, qu'est ce que c'était que la tyrannie des magnats et celle de la classe moyenne ? Traduit dans le style de tous les jours, on pourrait désigner l'idée par le mot : intérêt. Quel est alors l'intérêt qui les amène à conduire la politique minoritaire ?

Une minorité n'a aucune influence sur la politique des finances du pays, ni sur son système de production, elle ne règle pas les salaires des ouvriers. Elle n'a non seulement pas une seule position dirigeante mais elle a même très peu de représentants dans les corporations d'intérêts économiques, dans la

Chambre de Travaux, dans la Chambre de Commerce et de l'Industrie, dans la Chambre Agronomique, ou collident les intérêts de classe. Eh bien, après cela, qu'on me dise enfin nettement, quels sont les intérêts feudales, où est le règne féodal ? Quel est l'avantage de classe dont s'assure le Parti Hongrois par le simple fait, que l'intelligence y joue le rôle principal ? Or, c'est justement cette société des intelligents qui avait réussi à faire l'équilibre dans la minorité Hongroise Transylvannienne, c'est elle qui, malgré la grande misère du paysan Hongrois et du chaumage de l'ouvrier dans les villes empêche ceux-ci de se jeter dans les bras des mouvements bolchévistes, les sauvant ainsi du pouvoir châtiant de l'État. C'est elle encore, qui empêcha l'accroissement des tendances ultra-droites dans les rangs de la minorité, ne permettant pas que la lutte démocratique de la minorité fut relevée ou défigurée en conséquence d'une imitation non-motivée de la totalité.

Nul part aucune trace indiquant qu'une idéologie disparue et surannée domine encore cette politique minoritaire ! Les apparitions et les disparitions des idéologies n'ont jamais été aussi relatives, que de nos jours et si la thèse tient bon, que Marx lui-même ne serait plus marxiste aujourd'hui, il tient bon aussi que c'est bien ceux, qui jettent une société minoritaire comme un butin aux pieds des classes, ou qui se laissent se diviser par des différentes idéologies actuelles, qui rendent hommage à des idéologies surannées et non pas ceux qui, en reconnaissant la grande idée de la solidarité nationale, s'efforcent à réunir cette minorité en devant des courants qui les menacent de dehors et en devant des forces intérieures qui souvent essayent le „divide et impera“.

La calomnie selon laquelle le Parti Hongrois cède aux directions qui viennent de dehors, sont non moins incontestablement contradictoires. Cela veut dire en autre termes que le gouvernement Hongrois, ou plutôt les courants révisionnistes en Hongrie dirigent le Parti. Jamais aucune preuve n'en existait dans les dernières vingt ans, personne n'a jamais produit une telle preuve et c'est la Presse Roumaine elle-même, qui avec une unité admirable a récemment contesté cette insinuation, constatant que le Parti Hongrois avait bravé obstinément les exhortations d'au-delà de la frontière, dans lesquelles on leur conseilla de ne pas gâter certaines négociations réconciliatoires avec des

demandes obstinées, rebelles et des décisions provocateurs. Si tout ce qu'on a écrit depuis des années en ce que le Parti Hongrois exécutait les ordres reçues de Budapest était vrai, peut-on croire logiquement, qu'on s'opposerait à ces instructions au moment même où peut être ont lieu des discussions politiques, qui peuvent amener un changement résolutoire dans la politique du gouvernement Roumain, jusqu'ici peu favorable à la minorité Hongroise ? On penserait que la minorité Hongroise qui a si souvent expérimenté les dommages d'une propagande bruyante et parfois irresponsable, est devenu tout à coup plus revisioniste que les facteurs Hongrois eux-mêmes ? Peut on s'imaginer que ce Parti, s'il eut été mené à la lisière jusqu'ici, s'opposerait aux ordres de Budapest au moment où on allait venir à son secours ?

La presse roumaine trouva beaucoup à critiquer dans le discours du président Georges Bethlen. Ce discours, cependant, ne fut publié que dans des extraits très fragmentaires ainsi qu'il n'y est pas même question d'appréciation objective. Je vous demande — qu'aurait pu dire autre chose le président, quand il donna un coup d'oeil rétrospectif à l'histoire des derniers quatre ans ? Personne ne peut maintenir, que ces quatre ans auraient produit des moments réconfortants pour les hongrois de Roumanie. Il est évident, que pas un des publicistes roumains n'a lu les discours que M. Konrad Henlein, le président du parti Allemand dans les Sudètes tenait ces dernières années. Si l'on comparait, n'importe quel des discours de Henlein avec celui que Georges Bethlen eut prononcé à l'inauguration de l'assemblée de Sft.-Gheorghe, les murmures de révolte s'apaiseraient aussitôt et le président du parti hongrois de Roumanie, même recevrait-il de bonnes notes de la part des journaux roumains. Il est non moins évident, que les journalistes roumains d'aujourd'hui ne connaissent pas les discours que les conducteurs de jadis des roumains Transsylvaniens prononcèrent dans la Hongrie d'avant guerre. J'ai l'honneur de régistrer ci dessous un fragment du discours, que Ladislav Goldis fit devant l'assemblée générale du comitat d'Arad le 30 septembre 1912 :

„En vain sont les lois scolaires et celles du Congrua, à l'aide desquelles vous avez fait des deniers de Judas du trésor de l'état, tendant à terroriser nos instituteurs et nos prêtres par des actes de violence. Chaque fois que vous forcez l'enfant roumain

à chanter le : „Que Dieu bénisse les hongrois“ la douleur fera tréssaillir son coeur, il éprouvera encore d'avantage qu'il ne peut lui même chanter le „Réveille toi Roumain, de tes rêves,“ - et chaque fois que l'on forcera l'instituteur et le prêtre roumain à se déconvrir devan' les insignes détestés de l'idée nationale de Hongrie, la haine fortifiera leur amour pour leur nation et ils entendront de plus en plus fort la voix intérieure, qui leur chuchote la consolation, qu'un jour viendra l'heure de la revanche.”

La question est : peut on juger le discours de Bethlen comme impatient, dangereux pour l'état, surtout quand on le compare avec les invectives de Goldis ? Jamais politicien hongrois n'aurait songé à insulter d'un style aussi offensif, tout ce qui blesserait les sentiments de la nation roumaine, que ce discours de Goldis.

D'ailleurs ce n'est pas seulement le prèsidnt Bethlen, qui s'est fait coupable de réprimander la politique injuste et blessante concernant les minorités. M. M. Michalache, Madgearu, Iunian de l'opposition et même M. Dinu Bratianu, le prèsidnt du parti du gouvernement, ont protesté contre la tendance nationaliste qui menace notre existence. M. Iunian comme M. Dinu Bratianu ont bien averti le gouvernement de ne pas chercher de déposer les minorités : M. Dinu Bratianu tâchait d'excuser le parti libéral, disant que celui-ci, n'avait pas l'intention de proclamer la guerre aux nationalités, ni aux confessions, tandisque M. Iunian indiqua la vue étroite d'une politique qui traite cinq millions de sujets en ennemis. Je demande : Est-ce que celui qui est touché de plus près de cette politique, c'est à dire, le prèsidnt du parti hongrois, n'est il pas obligé lui aussi, de protester contre l'avancement du totalisme national ?

On reproche au prèsidnt du parti hongrois, d'avoir déclaré la chose inouïe, qu'il était bien disposé pour accepter la main droite de paix, mais qu'il souhaitait que l'on négocie avec lui en partis dont les droits sont égaux. Il est incontestable, que l'époque nationaliste, où *«tout est permis»*, a déjà tellement paralysé la mentalité de ceux, qui donnent le ton dans la nation dominante, que l'on le qualifie comme une condition inacceptable, comme une exigence audacieuse, quand une minorité ose à accensuer son égalité. Personne ne se souvient plus du fait, que le nouveau *système de droit* des minorités est basé sur l'*égalité*

de droit des minorités, que la liberté nationale parfaite pour tous les peuples de ce pays fut proclamée à Alba-Iulia, que la constitution offre une égalité absolue à chaque sujet roumain, sans différence de nationalité. L'idéologie pan-roumaine, avec laquelle on a réussi de remplir l'âme des intelligents de Roumaine, est devenue très puissante. Cependant, il n'est pas le mérite de Bethlen d'avoir découvert l'égalité des nations dominantes et celle des minorités. Ce fut Masaryk, qui eut caractérisé ainsi les relations entre la majorité et les minorités : „Gleiche unter Gleichen und Freie unter Freien“, c'est à dire : des égaux parmi les égaux et des libres parmi les libres. Konrad Henlein, dans un discours, prononcé à Leitmeritz, un de ces jours, dit les mots suivants dans l'intérêt de l'accentuation de cette égalité : „La volonté non-seulement d'un seul peuple, mais celle de tous les peuples, doit se faire valoir dans l'état. On ne peut parler que *des peuples* au pluriel.“ Voilà Henlein, qui a placé la politique minoritaire déjà sur une base, où il ne s'agit plus de minorité, mais de „peuple d'état.“ Il en suit, que lorsque Bethlen souligne qu'avec nous aussi, on ne peut discuter de paix et d'entendement, que lorsque on nous traite en parti égal, il n'a prononcé rien de révoltant. Il y reste même très en arrière de Henlein.

On fut très indigné, parceque Bethlen dans son discours d'inauguration eut fixé, que les hongrois de Transsylvanie se regardent en communauté culturelle absolue avec la totalité des hongrois, n'importe dans quel pays ils vivent. Cette indignation n'est pas fondée. Personne n'y peut voir de l'irrédentisme, ni du révisionisme, ne soit-ce que de malveillance intentionnée. La communauté nationale au-dessus de l'état, est aujourd'hui une thèse acceptée non seulement dans la littérature minoritaire, non seulement dans les décisions du congrès des minoritaires, mais dans les nations dominantes mêmes, sans préjudice à la loyauté et la fidélité vis à vis de l'état. Nous voyons par exemple, que les polonais, les tcheques, les allemands, se réunissent à peu près tous les ans au congrès des polonais, des tcheques et les allemands de la terre. Là bas on avait proclamé à plusieurs reprises l'unité nationale et culturelle des fragments nationaux dispersés dans les différents pays. Inutile à mentionner ici, que le socialisme national allemand a déclaré que le contact des minorités allemands avec le pays d'origine doit être beaucoup

plus reserré qu'un simple contact culturel et pourtant les cercles nationalistes roumains s'enthousiasment pour le socialisme national, en même temps critiquant d'un ton indigné les déclarations plus modestes de Bethlen. Il en est clairement visible, que nous ne nous trouvons pas en face d'une question principielle, mais simplement en face d'un préjudice contre la minorité hongroise. D'ailleurs, si les organes nationalistes roumains trouvent qu'il est injuste que les nationalités dispersées dans les différents pays, gardent leur caractère et leur culture national, comment expliquera-t-on, que l'état roumain a voté plus de cent millions lei en faveur des écoles roumaines en Grèce et en Bulgarie et encore, pourquoi s'est-il entendu avec la Yougoslavie sur une convention bilatérale scolaire? Nous ne pouvons pas reconnaître que ce, que la Roumanie exige pour les minorités Roumaines dans d'autres pays, soit interdit pour la minorité hongroise.

Une accusation se répétant perpétuellement dans les journaux roumains est, que „le parti des magnats“ voudrait ramener le passé, qu'il déplore ce passé et les actions de l'empire roumain, et qu'il voudrait remettre dans son ancien état, ce qui a été causé par l'expropriation. Ce sont des maintiens, qui jusqu'ici n'ont pas été prouvés dans la presse, par aucune date. Nous prions respectueusement les politiciens et les publicistes qui ont intentés cette accusation contre le parti hongrois, de vouloir bien nous présenter une seule phrase dans les luttes menées par les politiciens minoritaires hongrois pendant quinze ans, dans laquelle quiconque aurait demandé l'annulation de l'expropriation, ou la restauration des terres enlevées, comme faisant part du programme de la politique minoritaire. Jamais, pas un seul des politiciens n'a fait une chose pareille, malgré qu'il y aurait pas peu de chose à critiquer à l'égard de l'expropriation. La réforme agraire ne fut pas exécutée sous les mêmes conditions en Transsylvanie, que dans les autres parties du pays, surtout dans l'ancien royaume. Á la course de la réforme agraire on donnait des titres d'une valeur minimale en échange des terres expropriées (2000 Lei, c'est à dire 50 fr. Suisse par hectare) ces titres notaient alors un tiers de leur valeur à la bourse, aujourd'hui ils ne valent même pas la moitié. Qui oserait contester, que cela signifia une perte, souvent prodigieuse, de la fortune nationale de la minorité hongroise. Un petit nombre des

cultivateurs hongrois sans terre partipa des terrains distribués ceux qui en eurent part furent le plus souvent des colonistes roumains, des institutions et des bénéficiaires de la vie politique roumaine. Personne ne se doute, que ces offenses ont provoqué des critiques.

Il va sans dire qu'on avait reproché le parti hongrois, à cause du procès des optants, malgré que les optants furent exclusivement sujets hongrois, avec lesquels le parti hongrois n'eut aucun rapport, malgré qu'il ne s'était jamais prononcé sur ce sujet, mais qui tout de même, ne put s'opposer aux optants, qui croyaient dans la légalité de leur revendications, d'autant plus, que suivant le contrat des minorités, les optants peuvent garder leurs biens immobiliers. Nous répétons quand même : jamais et dans aucune forme nous n'avons exprimé notre opinion là dessus. De même qu'il est faux de prétendre, que les conducteurs du parti hongrois déplorent le passé et sonhaitent son retour. Enfin, on ne peut pas demander aux différentes classes et régions des hongrois en Transsylvanie, de ne pas songer affectueusement au passé où ils jouèrent le rôle principal dans la Transsylvanie. Nous ne croyons pas, qu'un Roumain nous demanderait une telle chose, d'autant moins, qu'auparavant les roumains de Transsylvanie regrettèrent constamment le fait, que dans la place de cette Transsylvanie s'étendait la Dacie il y a 1500 ans, ils appelaient la Transsylvanie : Dacia superioara, donc comment pourrait on incriminer, que les hongrois n'ont pas encore oublié le passé aujourd'hui. Au contraire, ils mériteraient le mépris du monde entier, si après 20 ans, ils s'étaient appropriés d'une mentalité byzantine, qui est capable de nier le passé, ou de l'oublier. Le fait est, que dans la politique minoritaire on ne fait pas mention de ce passé, on le défend, au plus. Nous ne parlons jamais du passé, mais du présent. Cette politique de minorité ne renonce pas à demander la réparation des nombreuses injustices, la restitution de ses institutions publiques, l'obtention d'un part des postes de fonctionnaires. Quand même : l'essence de sa propagande est de garder ce qu'on possède. Le comte Georges de Bethlen prononça une fois que „la politique minoritaire roumaine est fondée sur le principe de l'enlèvement“. Pour le moment, nous serions très contents, si l'application pratique de cette politique cessait. La tendance de regagner les biens, n'est pas un péché tellement grave, comme le journal

du parti du gouvernement „Națiunea Românească“, tâche d'accuser les conducteurs des hongrois. Les églises gréco-catholiques de Transsylvanie sont rentrées en possession des terres expropriées de leurs institutions en vertu d'une loi particulière. Est ce que l'égalité devant la loi n'exigerait elle pas, qu'il en soit de même avec les institutions culturelles des minorités ? On était allé si loin à l'égard de l'expropriation des institutions culturelles hongroises, qu'on avait exproprié non seulement les terres episcopales et celles des écoles, mais aussi les terres de l'école d'agriculture à Algyógy. Voici une école d'agriculture sans terres. C'est caractéristique pour la mesure d'équité de la politique minoritaire.

Le résumé de la critique sur le congrès du parti hongrois à Sft-Gheorghe de la part de la presse roumaine est, que les demandes sont injustes. Nous sommes prêts à soumettre la proposition résolutoire votée à n'importe quels juristes neutres, minoritaires ou internationaux: afin de constater, si elle contient une seule demande injuste ou mensongère. Nous sommes prêts aussi à confronter la proposition résolutoire du congrès avec les maintiens de la presse roumaine, selon laquelle la Roumanie aurait satisfait la convention minoritaire internationale en entier, — et de prendre la responsabilité, que cela n'est pas conforme aux faits. Nous ne croyons pas, qu'il existe une compétence, qui certifierait le respect de la convention, si nous lui soumettions, que nos écoles ne reçoivent pas de subvention d'état, si nous lui apprenions comment les municipes et les départements ont écorné ou complètement suspendu le soutien matériel de nos institutions, dans quelle mesure on réduisit le nombre de nos écoles d'état primaires, comment travaillaient depuis quatre ans les conseils interimaire nommés dans l'administration avec l'exclusion des minorités à Cluj, Oradea, Arad, Sălaj, Târgu-Mureș etc., comment on avait interdit les inscriptions des maisons de commerce en hongrois et cetera. La presse roumaine dénote ce qui s'était passé à Sft-Gheorghe d'être une excitation sans pareil. Cependant l'excitation n'est pas notre rôle, c'est le privilège d'un part de la presse roumaine. Hélas! le public Roumain ne sait pas même contrôler la vérité de ce qu'on écrit de nous, car la désorientation à l'égard de la vie des minorités est désespérante. Examinons par exemple ce que maintient la presse roumaine du

parti hongrois, qui, dit-elle exige que les fonctionnaires minoritaires ne sachent pas la langue roumaine. Jamais, sous aucune forme, le parti hongrois n'avait fait mention d'une chose pareille. De qui demanderait il de ne pas savoir le roumain ? Selon la statistique officielle, il n'y a que 11'85 % d'hongrois parmi les fonctionnaires de l'administration, dont le nombre diminue de plus en plus. Au contraire : nous offrons la nouvelle génération hongroise, qui parle déjà parfaitement le roumain, au service publique, mais on ne veut pas d'eux. Ce que nous avons demandé en effet, c'était que le fonctionnaire connaisse, à part de la langue officielle la langue du peuple au milieu duquel il travaille et qu'il en soit fini avec l'anomalie, que des personnes de l'administration qui ont affaire avec le peuple, comme le notaire, le gendarme, l'exécuteur, le médecin communal, le médecin de la caisse d'assurance ouvrière, ne sachent pas un mot de la langue des minorités. Est-ce que c'est une demande audacieuse ?

L'opinion publique hongrois fut extrêmement étonné de la série des articles publiée dans le journal démocratique „Lumea Românească“, laquelle répand des sentiments d'animosité contre le parti hongrois. Il est difficile à comprendre, pourquoi un organe démocratique tâche de noircir continuellement un parti minoritaire. Nous voudrions bien qu'il nous dise une fois nettement, quel est le chapitre du programme du parti hongrois, qui s'oppose au principes proclamés par la démocratie roumaine. Nous nous souvenons ici des luttes du parti bourgeois radical de l'époque hongroise et nous constatons, que ce parti s'était rangé du côté du parti national roumain, en pleine armure, malgré que quelques uns des articles du programme de celui ci comme par exemple l'éducation confessionnelle s'opposèrent au radicalisme bourgeois. Ce parti, en défense du parti national roumain, comme nous nous souvenons parfaitement, stigmatisa d'un ton tranchant ceux des politiciens roumains, qui s'abritèrent dans l'ombre des gouvernements hongrois. Auprès de cela nous voyons aujourd'hui, que ces journaux démocratiques roumains caressent affectueusement vis-à-vis du parti indépendant hongrois les menus fragments de partis hongrois, qui s'empressent de se faire valoir dans le grand soleil de la grâce gouvernementale et qui, au moment même, où les rayons de ce soleil cessent de les éclairer, — disparaissent ou se perdent.

Le „Lumea Românească“ maintient que Georges Bethlen désire la dictature dans la minorité hongroise, ce qui est une assertion tout à fait ridicule. Aujourd'hui le système autoritaire est très à la mode. Ces empires autoritaires, qui se présentent évidemment sous la forme de dictatures, se maintiennent par la force des bayonnettes et celle des prisons. Ce n'est pas là qu'il faut chercher une véritable autorité. Autorité, signifie une influence et une supériorité morale. L'autorité et le pouvoir, sont deux choses entièrement différentes. Georges Bethlen ne représente pas la dictature, mais la force autoritaire dans son sens pure, puisqu'il ne dispose d'aucun pouvoir, il ne peut ni punir, ni récompenser, il n'a pas de gendarmes, pas de camps de concentration et pourtant, chaque fois que les masses minoritaires sont obligées de se déclarer, elles se déclarent auprès de lui. La meilleure preuve en est la série d'élections de parlement, où la liste indépendante du parti hongrois réussit toujours dans une proportion que permet une élection pure ou la terreur électorale. Tandis qu'un petit groupe politique hongrois, dont les journaux démocratiques s'enthousiasment, parvint une seule fois à faire entrer trois de ses membres dans le parlement, à l'occasion, où, sous l'influence du pouvoir, on leur fit place dans la liste du parti gouvernemental. Il ne manque pas d'humeur, quand on tient à assertir, qu'on eut éloigné du congrès du parti hongrois, ceux qui ne „firent pas hommage“ à Bethlen. On n'eut éloigné personne et dans aucune manière. La vérité est, que le groupe ouvrier ultra-gauche s'était adressé au parti hongrois avec la prière, que trois de ses délégués puissent avoir la parole au congrès. Le comité exécutif du parti hongrois s'opposa à cette demande.

Ce fut, cependant un va sans dire, le congrès d'un parti ne s'assemblant jamais, que pour ses membres à lui, où des membres d'un autre parti ne peuvent pas se manifester. C'est l'usage partout au monde.

Au congrès du parti socialiste français, jamais membre d'un autre parti, ne peut avoir la parole, ne soit-ce que quelqu'un veuille faire de l'embarras ou du scandale et pourtant, personne n'a jamais songé à dénoncer le parti socialiste français d'être une formation dictatoire. Il est vrai, que le parti hongrois se regarde comme l'organe de la minorité hongroise entière de Roumanie. Cependant cela ne veut pas dire qu'à ses congrès,

il serait obligé de faire parvenir un rôle à ceux, qui ont l'habitude de nier tout franchement et agressivement, que le parti est l'asile de chaque minoritaire hongrois. La conception des dictateurs vers les démocraties est : Je te refuse les droits d'après mes principes mais j'exige des droits de toi selon ton principe ! Il est impossible de faire ce jeu dans une vie dure de minoritaires. „Lumea Românească“ avait chaudement appuyé l'assemblée de la jeunesse hongroise à Târgu Mureș, espérant que la jeunesse s'y armera contre le parti hongrois. Eh bien, — la jeunesse ultra-gauche et celle de caractère ultra-droite participèrent toutes les deux à cette réunion, il faut noter d'ailleurs, qu'il n'existe que très peu de ces derniers deux — mais pas une seule voix ne se fit entendre contre le parti. Nous demandons de nouveau : est-ce que le devoir d'un organe démocratique est-il de soulever l'opinion publique de la majorité contre un parti de minorité ? Démocratie veut dire : self-government. Il en suit, que le droit élémentaire de la minorité hongroise est d'élire ses conducteurs soi-même. La démocratie est : discussion. À ce congrès les discussions furent aussi libres qu'en Angleterre. „Lumea Românească“ se contredit. D'abord elle écrit, que Bethlen veut la dictature, plus tard elle note avec une joie maligne, que le délégué André Szabó développa l'opinion, que le parti ne représentait pas assez énergiquement les intérêts de la minorité. N'est il pas caractéristique pour la direction démocratique du parti, que cela pouvait être dit aussi ouvertement ?

Et pourquoi la presse roumaine applaude-t-elle à cette reproche, lorsque à chaque autre occasion elle stigmatisa les tactiques plus modestes du parti comme agitations contre l'état roumain. L'ancien chef de cabinet, M. Alexandre Vaida lui-même se moqua une fois, disant, que les politiciens des nationalités de l'ancienne Hongrie menèrent une lutte mainte fois plus courageuse, pleins de désir de se battre.

Malheur à notre politique minoritaire cependant, si elle entrainait à cette raillerie et essayait d'imiter les politiciens des anciens nationalités de Hongrie. Alors ce fut l'époque romantique, aujourd'hui nous vivons dans l'âge de l'intolérance et du totalisme national, où il n'est pas honteux de demander, qu'on exclue le travail minoritaire de l'économie privée même. Ce qui fut, pendant le libéralisme de l'époque ci-nommée, un jeu politique, est aujourd'hui un péché, qui doit être sévèrement puni.

Aujourd'hui le politicien minoritaire risque non seulement sa peau mais aussi les intérêts de sa nation, lorsqu'il s'oublie et voudrait imiter les héros d'une époque politique libre.

Nous regardons d'un oeil fixe l'accusation de la presse roumaine, selon laquelle le „parti des comtes“ néglige les intérêts des hongrois des villages. Il y en a qui disent, que le point de vue de la population villageoise est exubérant dans le travail du parti, tandisqu'il ne prend pas assez en considération les régions des villes. Ni l'un, ni l'autre n'approche la vérité. Le parti hongrois, est, comme développa le sénateur Elemér Gyárfás, le parti de toutes les classes et tâche de répandre l'harmonie entre elles. Les expériences ont justifié la sagacité de cette conception. Il est évident dans nos jours, que la lutte des classes dans le sort minoritaire ne mène à rien, par raison, que les classes minoritaires ne peuvent jamais lutter contre les diverses classes économiques de la majorité. Ils luttent toujours contre les membres de leur propre nation et pendant tout le temps, ils sont encore de plus touchés par le surplus de griefs qui pèsent lourdement sur toutes les classes minoritaires, par la simple raison, qu'ils appartiennent à la minorité. Lorsque, dans nos jours les peuples majoritaires eux mêmes se sont décidés à reviser les luttes des classes, il serait un pêché damnable si les minorités se divisaient en classes. Cela ne veut pas dire, que l'ouvrier ou le patron minoritaire ne s'organise pas dans son métier on qu'il ne joigne dans des syndicats communs même avec ses collègues d'autres nationalités. Mais il ne mène pas une lutte de classes contre ses frères nationaux.

Les luttes parlementaires de plus de dix ans ont prouvé, que le député minoritaire, en présence d'un projet de loi quelconque, mais d'une importance vitale, s'interposa pour les intérêts de cette classe minoritaire en question, même quand cette classe fut étrangère à ses sentiments individuels, tandisque les députés roumains, même quand ils furent membres de la même classe, ne prononcèrent pas un mot dans l'intérêt de ce projet. Le sentiment et le point de vue national était plus fort chez les députés de la majorité, que la solidarité de classe. Ne serions nous pas des insensés, si nous aussi, oublions qu'avant tout, c'est notre situation nationale minoritaire, qui doit nous conduire, puisque nos adversaires se font guider du même sentiment contre nous. Est-il nécessaire de faire autre preuve,

que celle de la campagne pour la protection du travail national, laquelle voulait, comme on sait bien, limiter par ordre suprême le droit libre du travail des ouvriers et des fonctionnaires privés minoritaires et dans laquelle ce furent l'attitude énergique et la complainte à Genève du „parti des magnats“, qui réussirent à sauver pour le moment cette liberté ouvrière et non pas les partis roumains nommés démocratiques, ni les partis ouvriers roumains ? On ne peut maintenir que le repoussement „de la défense du travail national“ sert les intérêts des comtes. Le comte vend son blé, sans égard au chauvinisme, au contraire, au moment que l'ouvrier des villes perd son endroit de travail il rentre dans son village et les salaires deviennent meilleur marché chez lui et voilà, il agit quand même dans un intérêt qui était en opposition du sien. Il a prouvé plus clair que nul autre argument, qu'il ne se laisse pas guider par son intérêt de classe, parcequ'il a reconnu justement, que l'ouvrier hongrois est l'objet d'offenses, non pas parcequ'il est ouvrier, mais parcequ'il est hongrois. Cela explique aussi le phénomène, qu'on ne peut pas revêtir d'aucune théorie, — qu'au même temps, que les membres du gouvernement parlent d'une prospérité et d'une floraison économique sans pareil, la manifestation du ministre Valère Pop le 31 octobre 1937, menace des milliers et des milliers d'ouvriers et de fonctionnaires privés minoritaires de la perte de leur pain et le gouvernement s'entend avec l'industrie, que dorénavant les postes s'évacuant en conséquence de mort ou de mise en pension, ou d'agrandissement d'exploitation, — seront remplis exclusivement par des ouvriers de race roumaine. On ne peut pas dire, n'est ce pas, que dans la vie économique de la Roumanie, l'intérêt de classe est dominant ? Il est évident, qu'ici ce sont surtout les intérêts nationaux qui font rage et qu'en vue de ceux-ci, il faut que nous nous réfugions sous la protection de la communauté que nous offre une minorité nationale et qu'il faut conduire cette minorité de sorte, que dans ses rangs l'harmonie sociale et non pas la haine de classe soit souveraine.

Aujourd'hui la minorité hongroise a fait la triste expérience, qu'elle ne trouve plus de protection professionnelle, même en dedans des organisations professionnelles. „Universul“ a mis en opposition l'organisation professionnelle contre l'organisation du parti hongrois, — quoique, si l'on pense logiquement, les deux conceptions dans leur essence ne son pas en opposition.

Mais, ce même „Universul“ demande au nom de l'omnipotence nationale, que les industriels et les commerçants roumains s'organisent à part et qu'ils ne laissent pas entrer les minorités dans leur milieu. Or, toutes nos organisations professionnelles, créées en vertu de loi, ou par la société, sont aujourd'hui au service du nationalisme. Il n'existe pas un seul représentant de minorité à la tête des directions des chambres industrielles, commerciales ou avocatoires, on est en train de les exclure aussi des commissions. Les chambres professionnelles sont aujourd'hui les portes-parole les plus intolérants du numerus clausus, on n'a réussi à faire élire un seul sénateur minoritaire, de chambre professionnelle ; ces chambres sont représentées dans les conseils municipaux ou communaux exclusivement par des roumains. Si l'industriel hongrois s'organisait à part, ce mouvement serait immédiatement stigmatisé comme irrédentiste. Il y en a eu déjà d'exemples. On veut étouffer absolument en lui la conscience minoritaire, ainsi, que pour le moment, on ne peut pas compter sur la possibilité d'organiser les hongrois à part suivant les métiers et sur une base nationale.

Les commentaires de la presse roumaine, quant au discours de M. Elemér Gyárfás, sont aussi entièrement faux. On croirait que le sénateur demandait l'autarquie économique, dans le sens, que les hongrois tournent le dos à l'industrie et le commerce roumain et se séparent complètement. Quelque usée que soit la comparaison, on ne peut s'empêcher de se rappeler du conte du loup et de l'agneau. Ce ne sont pas les hongrois, qui ont commencé à se séparer, mais c'est la presse nationaliste roumaine. Le mot : *«la Roumanie aux roumains»*, comprend en lui-même l'isolation des minorités dans tous les terrains d'existence. Le grand mot : *«Protection du travail»* renferme en soi notre exclusion du travail productif économique, ce qui est le but de certaines tendances extrêmes constatées chez M. Elemér Gyárfás. Or, ce ne sont pas nous, qui avons pour but l'autarquie vis-à-vis des roumains, mais c'est l'opinion publique roumaine, qui commet le péché de vouloir nous exclure de la circulation du sang économique. M. Elemér Gyárfás, nous indique comme *moyen de défense* en face de cette tendance : Séparation, contre séparation, approvisionnement de soi-même contre approvisionnement de soi-même, assistance intérieure, au lieu de l'assistance extérieure refusée. Pas d'offensive, mais de défensive, assistance

réci-proque, la protection des biens et des revenus nationaux minoritaires. C'est là où nous force la lutte, que l'on a mise en œuvre, même à l'égard de la vie économique, contre les minorités. Bongré, ou malgré, le peuple hongrois est obligé de se réfugier sous la protection de son organe politique minoritaire, en face des mesures inégales, puisqu'il ne reçoit pas d'assistance d'autrui. Quand l'organisation minoritaire lui conseille : tâches toi aussi, d'être solidaire avec ton confrère minoritaire, soutiens-le, allie-toi avec lui : est-ce une offensive contre le peuple roumain ? On s'empresse de dénoter le souhait de Gyárfás, que la société hongroise ne soutienne, que les banques de caractère hongrois, comme un grand crime. Le fait est, cependant, que les banques roumaines ne reçoivent pas de crédit de réescompte, récemment, que sous la condition, que cet argent soit placé exclusivement, parmi des roumains. Il est donc évident, qu'il faut organiser le crédit minoritaire. C'est, hélas ! plutôt un désir modeste pour le moment, qu'une autarkie effective. Le libéralisme économique, qui, aux temps des hongrois, laissa prospérer les banques roumaines sans contrôle, qui offra un crédit de réescompte généreux à ces banques, a disparu de nos temps, — Il n'y a ni capital, ni liberté d'opération économique. Hélas ! on ne peut même parler sérieusement d'un approvisionnement de soi-même économique de la minorité hongroise. Il est un crime de prononcer le bien foncier hongrois existant, d'être un trésor national. Mais cela n'est-il pas un va sans dire, quand il n'est presque pas du tout possible d'acheter de terres hongroises, quand il est établi par la loi, quels sont les instituts, qui sont autorisés à donner du crédit hypothécaire agricole. Ce n'est que l'ivresse nationaliste, qui est capable de considérer l'aspiration vers des alliances de consommation, ou l'achat des machines d'agriculture, comme des actions agressives. L'approvisionnement de soi-même minoritaire ne refuse pas le concours avec le peuple dominant, mais il est obligé d'expé-rimenter, parce que l'agitation roumaine aujourd'hui refuse à agir ensemble avec les minorités. Nous lisons journellement les vanteries orgueilleuses comme celle-ci : dans telle ou telle entreprise il n'existe pas un seul minoritaire, chacun des employés est roumain ! Quant à la blasphémie, selon laquelle le congrès de Sft.-Gheorghe aurait eu un caractère révisioniste, que la motion prise serait été scandaleuse, qu'il fut pénétré d'un esprit de dépit et de provocation, qu'un attentat

dangereux à l'état, qui doit être sévèrement puni, y fut commis, que les hongrois sont des parasites dans ce monde — nous n'abordons même pas la question. Il est déplorablement caractéristique pour la manière superficielle et manquant d'entendement, dont on se défait du grand problème des nations minoritaires, qu'on répond à la manifestation d'une nation minoritaire, comptant un million et demi d'âmes, si grandiose, si solennelle, préparée avec tant de soin consciencieux et dont la direction fut irréprochable et disciplinée, — par des attaques tellement irresponsables. Une menue question de parti, ou une discussion politique personnelle seront jugées avec meilleure information, que le conseil d'une durée de deux jours, organisé par la minorité la plus nombreuse de Roumanie.

Il est infiniment regrettable, qu'il ne s'est pas trouvée une seule voix dans le publicisme roumain, qui aurait révélée que son auteur s'était enfin pénétré dans la question minoritaire et cherchait d'en juger du point de vue de vouloir construire un organisme sain de l'État Roumain et qui aurait demandé: qui sommes nous donc, qu'est-ce que c'est que nous voulons et quels sont nos droits? Il n'y fut qu'un seul publiciste remarquable, qui nous honora d'un premier București. Ce fut le député M. Pamfil Șeicaru, le directeur du Curentul. Un jour était, où nous crûmes, que ce journaliste très doué réalisera le rapprochement de l'opinion publique Roumain de notre cause. Il avait reçu chez lui, ce fut en 1930, si nous ne nous trompons pas, le groupe parlementaire hongrois, afin de faire leur connaissance. L'auteur de ces lignes y était aussi. Il était très étonné de voir, que dans la bibliothèque énorme de cet homme extraordinairement instruit, il ne se trouva pas un seul œuvre traitant de la question des minorités. Récemment on voit encore scintiller ici et là une étincelle de bienveillance dans son organe, dans notre égard; cette bienveillance, quand même, est incapable de gagner de vigueur, dans l'atmosphère nationaliste d'aujourd'hui et elle doit même reculer devant un correspondant quelconque de province, qui lui envoie un article sur un attentat dangereux à l'état, commis dans tel ou tel village par un paysan hongrois, qui avait adressé le notaire en hongrois et que celui-ci aussi, lui avait répondu en hongrois. Voilà, pourquoi même un publiciste des qualités d'un Pamfil Șeicaru n'a pu s'élever au-dessus de l'horizon, qui lui est dicté par l'esprit de l'époque nationaliste.

Il ne peut pas s'opposer à l'opinion publique, que lui aussi, depuis des années, aide à se développer. Son premier-București : „morbis minoritatis“ est une preuve dépressive, que même de la part des valeurs les plus forts de l'intelligence roumaine, nous ne voyons pas un signe d'entendement réconfortant. Ils prennent les fables accusateurs pour de l'argent comptant, comme celle, selon laquelle un délégué secret de Hongrie serait apparu au congrès, qui aurait exhorté les Messieurs hongrois de Transylvanie, de se ménager, mais ceux-ci ne suivèrent pas le conseil, parceque pour eux la maladie minoritaire est un capital d'élections qui leur fait de quoi vivre. M. Pamfil Șeicaru eut mal compris les fragments du voyage de L. Németh en Roumanie, quand il raille du „morbis minoritatis“. Celui qui ne passe pas sa vie en qualité de minoritaire, ne comprendra jamais la maladie des minorités. Ni Ladislav Németh, ni Pamfil Șeicaru. Il est bien possible, que c'est en effet une maladie, mais c'est une maladie, que personne ne veut guérir. G. B. Shaw a dit, que le minoritaire est comme un homme, qui souffre du cancer : il ne s'occupe de rien que de sa maladie. Cependant, ce n'est pas sa faute, ni celle de son état de minoritaire. C'est la faute des mesures de la part des autorités, des actions sociales, des irritations de la presse, qui lui font sentir à chaque pas, qu'il est minoritaire. Le „morbis minoritatis“ demande une étude soigneuse et une thérapie conforme à la diagnose. Voici la Suisse, qui ne s'est pas défait de la question des 40.000 Rétoroumains avec de l'ironie, ou en les dénotant suspects de vouloir chasser des mandats, — mais en élevant la langue d'un peuple aussi petit en la quatrième langue officielle de l'état. Je me figure très bien, comment nos chauvinistes méprisent la Suisse insensée et pourtant, nous sommes de l'avis, que la Suisse est devenu plus forte et non pas plus faible par le fait, que 40.000 de ses sujets ne souffrent plus du morbus minoritatis. Lorsque le minoritaire Transsylvanien est rappelé sans cesse, de ce qu'il est de la minorité, soit-ce que lorsqu'il entre dans un bureau politique, ou qu'il tâche d'obtenir un poste dans une fabrique, ou lorsqu'il veut inscrire son enfant dans une école confessionnelle, ou qu'il est obligé de pétitionner jusqu'au ministère, quand il veut organiser une représentation d'amateurs, il est clair, qu'il éprouve l'état de sa minorité comme une maladie. Nous ne voulons pas indiquer ici les contradictions in-

térieures de l'article, puisque ces réflexions n'ont pas pour but de rendre les contrastes existants encore plus tranchants, au contraire, ils ont pour but de gagner des amis. Mais nous voudrions, qu'il se trouve un homme, comme M. Pamfil Şeicaru, qui ait le courage de dire: J'en ai assez du jugement superficiel! Pénétrons plus profondément dans ce morbus minoritatis, parcequ'il est une impossibilité, que des millions d'hommes se sentent malades, parceque quelques „chasseurs de mandat“ ne veulent pas les laisser vivre tranquillement. Malheureusement, il n'y en eut pas un tel homme jusqu'à présent.

Der Numerus valachicus vor dem Genfer Dreierkomitee.

Bekanntlich entschloss sich die rumänische Regierung nicht dazu, den Numerus valachicus in Form eines Gesetzes oder eines königlichen Dekrets einzuführen, wohl aber hat der Handelsminister Valer Pop an die Industriellen der Minderheitengebiete ein Kundschreiben gerichtet. Er legte es den Leitern der Wirtschaftsbetriebe nahe, die völkische Zusammensetzung der Betriebsleitung, der Angestellten- und Arbeiterschaft dem für ganz Rumänien errechneten zahlenmässigen Verhältnis der Nationalitäten zugunsten des staatsführenden Volkes durch Hineinnahme von Blutsrumänen anzupassen.

Dieses Rundschreiben, das freilich keine amtliche Vorschrift darstellt, sondern einen sehr autoritativen Rat, war kürzlich Gegenstand von Verhandlungen im Völkerbund. Ende September hatte die ungarische Partei Rumäniens eine Eingabe an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet, die sich auf das Kundschreiben bezog. Trotzdem dem Rundschreiben, wie erwähnt, der Charakter einer amtlichen Vorschrift fehlte, wurde in richtiger Erkenntnis des Umfanges der drohenden Gefahr für die Minderheiten dieser Petition der Dringlichkeitscharakter zugebilligt und dementsprechend hat dann der sogleich eingesetzte Dreierausschuss, bestehend aus dem französischen Aussenminister Delbos, dem schwedischen Aussenminister Sandler und dem Staatssekretär im britischen Aussenministerium Lord Cranborne, wie in Genf bekannt wurde, sogleich ein Schreiben an den dort anwesenden rumänischen Aussenminister gerichtet und

diesen um Stellungnahme ersucht. Eine solche erfolgte auch alsbald und zweifellos in einem Sinne, der es dem Dreierkomitee ermöglichte, schon im Oktober das Verfahren abzuschliessen und in Kenntnisnahme der rumänischen Erklärung, das Rundschreiben werde keine Folgen haben und habe im übrigen nur den Charakter einer Empfehlung getragen, davon abzusehen, den Völkerbundrat mit der Petition zu befassen.

Nur in ganz seltenen Fällen hat der Völkerbund so schnell und so erfolgreich gearbeitet. Im Hinblick auf das berechtigte Interesse an der Verhandlung und an dem Verhandlungsgegenstand bringen wir nachstehend den in der November-Nummer des offiziellen Organs des Völkerbundes veröffentlichten Schlussbericht.

Lettre des Représentants de la France, du Royaume-Uni
et de la Suède,
Paris, le 22 Oct. 1937.

Monsieur le Secrétaire Général,

En vertu de la résolution du Conseil du 25 Octobre 1920, Un Comité des Minorités, composé des Représentants de la France, du Royaume Uni et de la Suède, a été appelé à prendre connaissance d'une circulaire du Ministère de l'Industrie et du Commerce de Roumanie, envoyée aux industriels de la Transylvanie, du Banat et de la Bucovine et concernant le personnel des entreprises commerciales et industrielles des minorités de ces régions.

Le Comité, prenant acte de la communication du Gouvernement roumain, d'où il résulte que la circulaire, qui n'avait d'ailleurs, que le caractère d'une recommandation, n'aura pas de suite, n'a pas estimé nécessaire de porter la question devant le Conseil.

La résolution du Conseil en date du 13 Juin 1929, paragraphe 4 a), prévoit que, lorsque les membres d'un Comité de Minorités auront clos l'examen d'une question sans en demander l'inscription à l'ordre du jour du Conseil, ils communiqueront par lettre le résultat de cet examen aux autres membres du Conseil, pour leur information. Nous avons donc l'honneur de vous prier de bien vouloir communiquer le contenu de la présente lettre, à titre d'information, aux membres du Conseil.

Le Comité a été informé que le Gouvernement roumain, conformément au paragraphe 5, de la résolution du Conseil du

13 juin 1929, donnait son assentiment à la publication de cette lettre de clôture au Journal Officiel.

Veulliez agréer, etc. . . .

(signé) Le Représentant de la France :
Ivon Delbos.

Le Représentant du Royaume-Uni :
H. Lloyd Thomas.

Le Représentant de la Suède
K. I. Westmann.

Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes bezüglich der Durchführung der Verfügungen des § 4 a der Resolution des Rates vom 13. Juni 1929 und veröffentlicht im „Journal Officiel“ auf Grund des § 5 derselben Resolution.

C. 523. 1937. I.

Schreiben des Minderheitenkomitees, bestehend aus den Vertretern Frankreichs, des Vereinigten Königreiches und Schwedens, welches berufen wurde, um Kenntnis zu nehmen von einem Rundschreiben des Industrie- und Handelsministers von Rumänien an die Industriellen von Siebenbürgen, des Banats und der Bukowina, betreffend das Personal von Handels- und Industrieunternehmungen der Minderheiten dieser Gebiete.

Paris, den 22. Oktober 1937.

Auf Grund der Resolution des Rates vom 25. Oktober 1920 ist ein Minderheitenkomitee, bestehend aus den Vertretern Frankreichs, des Vereinigten Königreiches und Schwedens, berufen worden, um Kenntnis zu nehmen von einem Rundschreiben des Industrie- und Handelsministers von Rumänien an die Industriellen von Siebenbürgen, des Banats und der Bukowina, betreffend das Personal von Handels- und Industrieunternehmungen der Minderheiten dieser Gebiete.

Das Komitee hat nach Kenntnisnahme einer Mitteilung der rumänischen Regierung, aus der hervorgeht, dass das Rundschreiben, welches im übrigen nur den Charakter einer Empfehlung trug, keine Folgen haben wird, es nicht für notwendig erachtet, die Angelegenheit dem Rate vorzutragen.

Die Resolution des Rates vom 13. Juni 1929, § 4 a, sieht vor, dass, wenn die Glieder eines Minderheitenkomitees die Untersuchung einer Frage abgeschlossen haben, ohne deren Ein-

tragung in die Tagesordnung des Rates zu beantragen, sie das Resultat dieser Untersuchung den anderen Ratsgliedern schriftlich zu deren Information mitteilen. Wir haben daher die Ehre, Sie zu bitten, den Inhalt des vorliegenden Schreibens zwecks Information den Ratsgliedern mitzuteilen.

Das Komitee wurde unterrichtet, dass die rumänische Regierung, entsprechend dem § 5 der Resolution des Rates vom 13. Juni 1929, ihr Einverständnis zur Veröffentlichung dieses abschliessenden Schreibens im „Journal Officiel“ erteilt hat.

Gezeichnet :

Der Vertreter Frankreichs :

Yvon Delbos

Der Vertreter des Vereinigten Königreiches :

H. Lloyd Thomas

Der Vertreter Schwedens :

K. J. Westman

(„Journal Officiel“ des Völkerbundes vom November 1937, S. 836.)

Deutsch-polnische Minderheiten- erklärung.

Das Deutsche Nachrichtenbüro veröffentlichte
das nachstehende Communiqué :

Die deutsche und die polnische Regierung haben die Lage der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland in einer freundschaftlichen Aussprache behandelt. Sie sind übereinstimmend der Überzeugung, dass die Behandlung dieser Minderheiten für die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen von grosser Bedeutung ist, und dass in jedem der beiden Länder das Wohlergehen der Minderheit um so sicherer gewährleistet werden kann, wenn die Gewissheit besteht, dass in dem anderen Land nach den gleichen Grundsätzen verfahren wird. Zu ihrer Genugtuung haben die beiden Regierungen feststellen können, dass jeder der beiden Staaten im Rahmen seiner Souveränität für die Behandlung der genannten Minderheiten nachstehende Grundsätze als massgebend ansieht :

1. Die gegenseitige Achtung deutschen und polnischen Volkstums verbietet von selbst jeden Versuch, die Minderheit

zwangsweise zu assimilieren, die Zugehörigkeit zu ihr in Frage zu stellen oder das Bekenntnis zu ihr zu behindern. Insbesondere wird auf die jugendlichen Angehörigen der Minderheit keinerlei Druck ausgeübt werden, um sie ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit zu entfremden.

2. Die Angehörigen der Minderheit haben das Recht auf freien Gebrauch ihrer Sprache in Wort und Schrift sowohl in ihren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen wie in der Presse und in öffentlichen Versammlungen. Den Angehörigen der Minderheit werden aus der Pflege ihrer Muttersprache und der Bräuche ihres Volkstums sowohl im öffentlichen wie im privaten Leben keine Nachteile erwachsen.

3. Das Recht der Angehörigen der Minderheit, sich zu Vereinigungen, auch zu solchen kultureller und wirtschaftlicher Art, zusammenzuschliessen, wird gewährleistet.

Die Minderheit darf Schulen in ihrer Muttersprache erhalten und errichten.

4. Auf kirchlichem Gebiet wird den Angehörigen der Minderheit die Pflege ihres religiösen Lebens in ihrer Muttersprache und die kirchliche Organisation gewährt. In die bestehenden Beziehungen auf dem Gebiet des Bekenntnisses und der karitativen Betätigung wird nicht eingegriffen werden.

5. Die Angehörigen der Minderheit dürfen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit in der Wahl oder bei der Ausübung eines Berufes oder einer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht behindert oder benachteiligt werden. Sie geniessen auf wirtschaftlichem Gebiet die gleichen Rechte wie die Angehörigen des Staatsvolkes, insbesondere hinsichtlich des Besitzes oder Erwerbes von Grundstücken.

Die vorstehenden Grundsätze sollen in keiner Weise die Pflicht der Angehörigen der Minderheit zur uneingeschränkten Loyalität gegenüber dem Staat, dem sie angehören, berühren. Sie sind in dem Bestreben festgesetzt worden, der Minderheit gerechte Daseinsverhältnisse und ein harmonisches Zusammenleben mit dem Staatsvolk zu gewährleisten, was zur fortschreitenden Festigung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen beitragen wird.

Die Führer des Polenbundes bei Reichskanzler Adolf Hitler

Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet weiter: „Aus Anlass der heute veröffentlichten Erklärung der deutschen Regierung

über die Behandlung der polnischen Minderheit in Deutschland empfing der Führer und Reichskanzler die Herren Dr. Jan Kaczmarek, Stefan Szczepaniak und Dr. Bruno von Openkowski als Vertreter des Bundes der Polen in Deutschland.

Der Führer und Reichskanzler machte hierbei folgende Ausführungen :

„Die übereinstimmende deutsch-polnische Erklärung über den Schutz der beiderseitigen fremden Volksgruppen, die heute von beiden Ländern veröffentlicht wird, soll die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern verbessern und festigen. Die praktische Ausführung der in dieser Erklärung enthaltenen Richtlinien kann wesentlich zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

Das Bestreben der Reichsregierung geht dahin, das Zusammenleben der polnischen Volksgruppe mit dem deutschen Staatsvolk harmonisch und innerlich friedlich zu gestalten.

Ich stelle fest, dass der Wille der Reichsregierung, jedem Reichsbürger Brot und Arbeit zu verschaffen, auch gegenüber den Angehörigen der polnischen Volksgruppe besteht und durchgeführt ist. In der Zeit grosser Arbeitslosigkeit und grosser Entbehrungen, denen Angehörige der deutschen Volksgruppen in Europa noch vielfach ausgesetzt sind, nimmt die polnische Volksgruppe an dem wirtschaftlichen Aufstieg des Reiches in vollem Umfange teil. Gleiche Fortschritte sind in der kulturellen Betätigung der polnischen Volksgruppe gemacht worden, die ihre vielseitigen organisatorischen Einrichtungen und neuerdings die Errichtung einer weiteren höheren polnischen Schule in Deutschland beweisen. Die Polen in Deutschland müssen aber stets dessen eingedenk sein, dass der Gewährung von Schutzrechten die loyale Erfüllung der dem Staate schuldigen Pflichten und der Gehorsam gegen die Gesetze gleichwertig gegenüberstehen.

Der Schutz der deutschen Volksgruppe in Polen, vor allem in ihrem Recht auf Arbeit und Verbleib auf ihrer angestammten Scholle wird auch zur Sicherung der polnischen Volksgruppe in Deutschland beitragen.

Das hohe Ziel des Paktes, den ich seinerzeit mit dem grossen polnischen Staatschef Josef Pilsudski geschlossen habe, wird durch diese gemeinsame deutsch-polnische Erklärung zur Minderheitenfrage seiner Verwirklichung nähergerückt“.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundes der Polen in Deutschland, Dr. Kaczmarek, gab namens der in Deutschland lebenden Polen deren Dank und Freude über den Empfang und die Worte des Reichskanzlers Ausdruck und versicherte den Reichskanzler der vollsten Loyalität der polnischen Volksgruppe gegenüber dem Reich und seinem grossen Führer.

Im Laufe der sich hieran anschliessenden Unterhaltung machte der Reichskanzler davon Mitteilung, dass er die Freilassung einer Anzahl in Haft befindlichen Angehörigen der polnischen Volksgruppe in Deutschland, die in ihrer polnischen Betätigung mit den deutschen Gesetzen in Widerspruch geraten sind, angeordnet habe.

Der Reichskanzler empfing ferner den polnischen Botschafter in Berlin, Exzellenz Lipski. In der Unterhaltung mit dem Botschafter gab der Reichskanzler seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass es gelungen sei, nunmehr auf dem für die deutsch-polnischen Beziehungen besonders bedeutungsvollen Gebiet der Minderheiten eine Einigung zu erzielen, wodurch der Beweis erbracht sei, dass die deutsch-polnische Erklärung vom 21. Januar 1934 und der darin vorgesehene Weg der unmittelbaren Verständigung sich nach wie vor bewähre. Bei der Unterhaltung wurde zugleich festgestellt, dass die deutsch-polnischen Beziehungen durch die Danziger Fragen nicht gestört werden sollen.

Die Vertreter der deutschen Volksgruppe bei Staatspräsident Ignacy Mościcki.

Die PAT veröffentlichte, ebenfalls unter dem 5. November, die nachstehende Mitteilung: Im Zusammenhang mit der heute veröffentlichten Erklärung der polnischen Regierung, betreffend die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen, empfing der Herr Staatspräsident die Senatoren Hasbach und Wiesner sowie Herrn Dr. Kohnert als Vertreter der deutschen Minderheit in Polen. Der Empfang fand um 18:30 Uhr auf dem Jagdschloss in Weichsel statt.

Der Herr Staatspräsident gab seiner Befriedigung über die in beiden Staaten veröffentlichte Erklärung Ausdruck, die im Geiste der Verständigung vom 26. Januar 1934 gehalten ist, und versicherte, dass die deutsche Minderheit in Polen, die sich in voller Loyalität gegenüber dem polnischen Staate und der

Verfassung verhalte, weiter auf eine wohlwollende Behandlung ihrer Interessen im Rahmen der Gesetze rechnen könne.

Nach den Ausführungen des Herrn Staatspräsidenten gaben die Senatoren kurze Erklärungen ab.

Senator Wiesner sagte:

„Im Namen und im Auftrage der deutschen Volksgruppe in Polen danken wir Ihnen, Herr Staatspräsident, für die uns soeben verkündete Erklärung. Wir begrüßen diese Erklärung mit besonderer Zufriedenheit aus dem Munde des Herrn Staatspräsidenten, aus dem über alle Meinungen stehenden Führer der Geschicke unseres Landes. Wir sind uns dessen bewusst, dass dies der erste Schritt zu einer weitgehenden Verständigung der beiden Völker ist und dass noch viel Arbeit vor uns liegt, soll dieses Verständigungswerk dauernd und von Erfolg begleitet sein. Mit dieser Erklärung wird von uns die starke Spannung genommen, die auf uns allen in den letzten Monaten lastete. Wir hoffen, dass der Geist der Verständigung und der Wertschätzung beiderseitigen Volkstums alle durchdringen und dass diese von so grossem Willen getragene Erklärung auch überall in die praktische Tat umgesetzt werden wird. Wir Deutschen bringen diesen Willen mit und wollen weiter in treuer Pflichterfüllung zum Staat und zu unserem Volkstum stehen“.

Die Erklärung von Senator Hasbach hatte folgenden Wortlauf:

„Hoch zu verehrender Herr Staatspräsident!

Die uns soeben zur Kenntnis gegebene Deklaration begrüßen wir als Vertreter der Deutschen in Polen mit aufrichtigem Dank. In dieser Stunde wollen wir nicht die Sorgen vortragen, die unendlich schwer auf uns lasten. Sie sind von uns durch Wort und Schrift der Regierung zur Kenntnis gegeben worden. Wir nehmen vom heutigen Empfang die Hoffnung mit, dass von nun ab die Erledigung dieser Fragen im Geiste der Deklaration erfolgt. Wir geben deshalb unserer Zuversicht Ausdruck, dass dieser Entschluss Ihrer Regierung den Weg eröffnet für das harmonische Zusammenleben zwischen dem polnischen Volke und den Staatsbürgern deutscher Nationalität. Das ist das Ziel, das wir seit je angestrebt haben.

Nehmen Sie bitte, Herr Präsident, in dieser Stunde von historischer Bedeutung aus unserem Munde die feierliche Erklärung, dass wir Deutschen uns voll und ganz als aufrichtige

Bürger der Republik und uns mit ihrem Schicksal verbunden fühlen".

Der polnische Staatspräsident empfing den deutschen Botschafter in Warschau, Herrn von Moltke. In der Unterhaltung mit dem Botschafter gab der Staatspräsident seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass es gelungen sei, nunmehr auf dem für die deutsch-polnischen Beziehungen besonders bedeutungsvollen Gebiet der Minderheiten eine Einigung zu erzielen.

Ein weiteres polnisches Gymnasium in Deutschland.

Kurz vor dem endgültigen Abschluss der Verhandlungen über die Minderheitendeklarationen veröffentlichten die Blätter der polnischen Minderheit in Deutschland die Mitteilung, dass die deutschen Behörden die Eröffnung eines privaten polnischen Gymnasiums in Marienwerder genehmigt haben. Die Eröffnung erfolgte am 10. November.

Die offiziöse PAT gibt diese Meldung wieder und bemerkt:

„Auf diese Weise sind die langjährigen Bemühungen des Polenbundes in Deutschland, ein zweites polnisches Gymnasium in Deutschland zu schaffen, gekrönt worden. Das Gymnasium in Marienwerder ist dank gemeinsamen Anstrengungen der polnischen Bevölkerung in ganz Deutschland errichtet worden".

Der rumänisch-tschechoslowakische Minderheitenvertrag.

Das rumänische Amtsblatt „Monitorul Oficial" No. 265, Seite 8915 veröffentlichte in seiner Folge vom 16. November 1937 das von der Tschechoslowakei und Rumänien am 22. Oktober 1936 unterzeichnete Abkommen, das sich auf die kulturellen und Schulfragen der gegenseitigen Minderheiten der beiden Staaten bezieht und die am 21. Jänner 1930 in Bukarest unterzeichneten Erklärungen ergänzt. Die Tschechoslowakei ist verpflichtet, in allen Gemeinden, wo es wenigstens 30 schulpflichtige Kinder rumänischer Muttersprache

Le traité minoritaire roumano-tchécoslovaque.

Le journal officiel roumain, le „Monitorul Oficial" No. 265 page 8915 a publié dans son numéro du 16 novemb. 1937 l'accord signé le 22 octobre 1936 par les délégués de la Tchécoslovaquie et de la Roumanie, accord qui se rapporte aux questions scolaires et intellectuelles des minorités réciproques des deux Etats et complète les déclarations signées à Prague le 21 janvier 1930 et à Bucarest le 1^e mars 1930. La République tchécoslovaque est tenue de créer une école publique roumaine dans chaque commune où habitent au

gibt, öffentliche Schulen mit rumänischer Unterrichtssprache zu errichten und umgekehrt. In diesen Schulen wird die Staatsprache nur von der dritten Klasse an in wöchentlich vier Stunden unterrichtet. Die Lehrkräfte müssen vorschriftsgemäss zwar Bürger des betreffenden Staates sein, doch so lange, bis entsprechende eigene Staatsbürger nicht zur Verfügung stehen, muss den Bürgern der anderen vertragschliessenden Partei der Unterricht gestattet werden, vorausgesetzt, dass sie im eigenen Lande die erforderliche Befähigung erlangt haben und sich eines guten Leumundes erfreuen. Ihr Gehalt hat dem der übrigen Lehrer zu entsprechen. Innerhalb fünf Jahren müssen sie eine Ergänzungsprüfung ablegen aus der Sprache, Geographie und Geschichte jenes Staates, auf dessen Gebiet die betreffende Schule liegt. Behufs Sicherstellung des erforderlichen Lehrpersonals sind entsprechend befähigte Professoren an eine oder mehrere Lehrerbildungsanstalten des betreffenden Staates zu ernennen zum Unterricht der Minderheitssprache und Literatur und womöglich auch des Gesanges. Die Professoren müssen Bürger des betreffenden Staates sein. Sollten solche Professoren nicht zur Verfügung stehen, sind Bürger des anderen Staates anzustellen. Jene vorzüglichen Schüler die sich für den Lehrerberuf und den Unterricht in den Minderheitenschulen vorbereiten, sind von den vertragschliessenden Staaten zu unterstützen. Um die vorbereitende Erziehung der Schüler sicherzustellen, soll in

mindest 30 enfants astreints à la scolarité et ayant le roumain comme langue maternelle, et inversement. Dans ces écoles, la langue de l'Etat ne devra être enseignée qu'à partir de la troisième classe et à raison de quatre heures par semaine. Suivant la règle, les instituteurs doivent, à la vérité, être citoyens de l'Etat respectif, mais en attendant que l'on dispose de ressortissants du pays aptes à remplir ces fonctions, les citoyens de l'autre partie contractante seront admis à enseigner, à condition qu'ils possèdent les qualifications correspondantes dans leur propre patrie et qu'aucune objection grave ne puisse être formulée contre leur emploi. Leur traitement devra correspondre à celui des autres instituteurs. Ils seront tenus de passer dans un délai de cinq ans un examen sur la langue, l'histoire et la géographie de l'Etat sur le territoire duquel est située l'école où ils enseignent. Afin d'assurer le recrutement du personnel approprié, des professeurs possédant les qualifications requises devront être nommés pour l'enseignement de la langue et de la littérature minoritaires et si possible du chant en cette langue, dans une ou plusieurs écoles normales. Ces professeurs devront être citoyens de l'Etat respectif. Au cas où l'on ne disposerait pas de professeurs réalisant cette condition, on devra employer des ressortissants de l'autre Etat. Les élèves qui feront des progrès remarquables et qui se destineront à l'enseignement dans les écoles minoritaires, bénéficieront de l'aide

den vier Klassen einer Bürgerschule oder einer Mittelschule die rumänische, bzw. die tschechische Sprache unterrichtet werden. Die vertragschließenden Staaten haben auch dafür zu sorgen, dass die Minderheitsschulen mit den erforderlichen Lese- und Handbüchern, wie auch mit allen Lehrmitteln versehen werden, und es ist sogar zulässig, dass sie diese mit vorheriger Zustimmung der Behörden auch aus dem anderen Staate beziehen können. In jenen Gemeinden, wo dies durch die Verteilung der Einwohnerschaft geographische Schwierigkeiten oder Verkehrshindernisse unmöglich gemacht wird, sind Lehrkurse mit rumänischer, bzw. tschechischer Unterrichtssprache abzuhalten, die die wichtigen Lehrgegenstände des Lehrplanes für Elementarschulen umfassen. Die auf die Errichtung von rumänischen, bzw. tschechischen oder slowakischen privaten Elementarschulen bezüglichen Gesuche sind wohlwollend zu erledigen.

Diese Vereinbarungen gewähren den 44.000 Tschechen und Slowaken in Rumänien und den 14.000 Rumänen in der Tschechei solche Rechte, deren Anerkennung das fast eine Million Seelen zählende Ungarn in der Tschechoslowakei und die über anderthalb Millionen Ungarn in Rumänien bislang vergeblich angefordert haben.

des Etats signataires. Dans le but d'assurer la préparation de ces élèves, l'enseignement de la langue roumaine, ou respectivement tchèque, devra être organisé soit dans une école secondaire soit dans une école normale. Les Etats signataires devront aussi pourvoir à ce que les livres de lecture et manuels nécessaires ainsi que le matériel scolaire approprié soient à la disposition des écoles minoritaires et devront même se les procurer dans l'autre Etat avec l'assentiment préalable de l'autorité scolaire. Dans les communes où la création de semblables écoles est rendue impossible par la répartition de la population, par des difficultés géographiques ou par l'absence de moyens de communication, devront être organisés des cours en langue roumaine, respectivement tchèque, s'étendant aux matières essentielles de l'enseignement élémentaire. Les pétitions relatives à l'établissement d'écoles élémentaires privées roumaines, respectivement tchécoslovaques, seront examinées avec bienveillance.

Cet accord assure aux 14.170 Roumains de Tchécoslovaquie et aux 44.000 Tchèques et Slovaques de Roumanie des droits que réclament en vain les minorités hongroises de Tchécoslovaquie et de Roumanie, fortes, la première de un million d'âmes et la seconde de un million et demi.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

10 Jahre Zeitschrift «Nation und Staat.»

Die in Wien im Verlage von W. Braumüller erscheinende Monatsschrift des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa eröffnete mit ihrem Oktoberheft ihren 11. Jahrgang. Während ihres zehnjährigen Bestehens hat sich die Zeitschrift sowohl in der deutschen, als auch in der nichtdeutschen Welt, sofern sich diese für das Nationalitätenproblem interessiert, eine geachtete Stellung erobert.

In unermüdlicher Arbeit hat die Zeitschrift sich bemüht, die Bahn für eine dauerhafte, gerechte Lösung des Nationalitätenproblems geistig zu ebnen. Mehr und mehr hat sie sich zu dem Sammelpunkt entwickelt, in welchem die Gedanken, die sich die deutschen Volksgruppen in Europa über die Minderheitenfrage machen, ihre Zusammenfassung und publizistische Darstellung finden.

Nicht zuletzt dank ihrer immer besonnenen Haltung vermochte die Zeitschrift den deutschen Volksgruppen und darüber hinaus auch den nationalen Minderheiten anderen Volkstums wertvolle Dienste zu leisten.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Die Wahlergebnisse der Ungarischen Landespartei in Rumänien bei den Kammerwahlen in den Jahren 1928, 1931, 1932, 1933 und 1937.

	1928	‰	1931	‰	1932	‰	1933	‰	1937	‰
1. Alba	2866	7.68	3200	8.31	3098	8.14	3054	8.22	3231	8.12
2. Arad	11132	12.94	11513	13.04	10545	11.93	10206	11.35	10897	12.06
3. Bihor	16159	19.33	12562	16.14	10987	14.70	7604	10.55	8309	9.95
4. Năsăud	1097	4.11	1319	5.08	854	3.30	749	2.94	1003	3.48
5. Braşov	4893	12.27	4201	15.14	4041	13.81	4263	14.65	5.94	16.27
6. Ciuc	18223	78.57	9772	46.60	11512	53.10	8882	40.56	13334	53.07
7. Făgăraş	—	—	736	4.13	515	2.84	502	2.68	414	2.15
8. Treiscaune	17492	76.14	12140	49.99	11030	50.37	10607	43.58	13596	55.48
9. Hunedoara	3198	5.02	3274	5.03	3851	6.06	2757	4.53	3081	4.89
10. Târnava-mică	5247	18.70	4904	17.80	4156	14.82	3609	13.20	2491	10.03
11. Cojocna	9761	19.14	9428	20.93	7379	18.41	7641	18.73	9450	20.86
12. Caraş	—	—	—	—	924	2.00	623	1.39	603	1.35
13. Mureş	12091	26.28	12847	26.83	13669	30.75	10494	24.40	11276	26.49
14. Maramureş	1244	5.71	870	3.82	1266	5.59	773	3.23	905	3.41
15. Târnava-mare	2421	7.88	2257	7.65	2057	6.81	2178	7.09	2572	7.78
16. Sămar	11502	24.60	8734	16.74	9124	17.62	6435	13.48	6249	13.64
17. Sibiu	1036	2.85	1143	3.20	1058	3.00	1022	2.77	1249	3.20
18. Sălaj	16812	27.99	10765	17.18	13828	21.80	14333	23.63	11029	19.22
19. Şomeş	4772	12.21	4337	11.51	2832	7.78	2334	6.96	4043	10.48
20. Severin	1964	3.92	1840	3.75	2137	4.08	2189	4.15	2461	4.56
21. Timiş-Torontal	10032	9.42	14491	13.86	10534	9.96	9431	9.18	10581	9.70
22. Turda-Arieş	5036	16.06	4669	15.11	4795	16.41	5062	17.49	5663	18.25
23. Odoheiu	15751	70.85	4001	18.88	11718	51.53	4814	21.10	8398	34.97
	172729		139003		141910		119562		136139	

CUPRINSUL – SOMMAIRE – INHALT :

	Seite
(Quod licet Jovi	1
IDie nationale Zugehörigkeit der Richter, Staatsanwälte und sonstigen Angestellten des Justizfaches in Siebenbürgen am 1. November 1936. Zusammen gestellt von : Dr. Árpád Kovács	4
IDie Ausschliessung von vierzehn Schülern aus dem ungarischen röm. kath. Gimnasium von Timișoara wegen des nicht-ungarischen Klanges ihrer Namen	12
Wie sich zwei Geschichtsschreiber über uns äussern	13
IInteressante Verfügungen des jugoslawischen Konkordates /Autour du Concordat en Yougoslavie	14
ILa minorité bulgare en Roumanie est loyale	15
ILe procès des 367 paysans de Dobroudja	16
INotrufe aus Deutschland	19
IDie Angelegenheit der Ruthenen aus der Bukowina vor dem Senat	20
IDie zwölf Punkte der „Acțiunea Patriotică“	22
IDie Regierung Stojadinović und die ungarische Minderheit. Von : Emmerich Prokopy	25
IÜbersicht der Nationalitäten und der wirtschaftlichen Lage in der Hauptstadt des Banates. Bekanntgabe und Kritik der Studie von Professor C. Stoicanescu. Von : Dr. Georg Páll	33
IDie Debatte in der Kammer über das Theatergesetz. Rede des Abg. Josef Willer am 26. Februar	36
ILa Tchecoslovaquie et les minorités	57
INationalisation de la frontière roumano-hongroise	62
IUne pétition de la minorité ukrainienne à Genève	63
	64

Prima incercare. Pactul Partidului Maghiar cu Partidul Averescan. Precedentele, motivele încheerii, textul, modificările, consecințele, desfacerea și concluziunile lui. De: E. Gyárfás, senator	65
Licht- und Schattenbilder aus Jugoslawien. Von: Emmerich Prokopy	117
Minderheitenpolitische Äusserungen im ungarischen Parlament	125
Die Volksgruppen des Nationalitätenkongresses	137
Le problème minoritaire et le parti national chrétien	140
Die nationale Verteilung der Beamten der Komitats-Verwaltung in Siebenbürgen zu Ende des Jahres 1936. Von: Dr. Árpád Kovács	141
XIII ^{me} Congrès des Minorités	149
Die für die Minderheiten nachteiligen Bestimmungen des südslewischen Konkordats. Von: Emmerich Prokopy	159
Une critique roumaine sur le régime des terres dans la Dobroudja du Sud	163
Daten zur Geschichte der Volksminderheiten in der Stadt Temesvar. Von: Stefan Becsky	164
Les intérêts nationaux dans la zone des frontières	169
Les dernières élections et le problème minoritaire	169
Problema proporționalității etnice în barourile României. De: Dr. Emeric Mikó și Dr. Oliver Szilágyi	177
„Richtlinien“ nationaler Gerechtigkeit als Staatsgrundsatz	198
Les conversations se poursuivront entre le gouvernement de Budapest et les Etats de la Petite Entente	202
Le président du Conseil roumain a abordé le problème des minorités	204
Déclarations de M. Stoyadinovitch sur le concordat	205
Le problème minoritaire et le parti du „Front roumain“	205
Une mesure contre les minorités	206
La Presse Roumaine et les Réunions Hongroises	209
Der Numerus-valachicus vor dem Genfer Dreierkomitee	229
Deutsch-polnische Minderheitenerklärung	232
Der rumänisch-tschechoslowakische Minderheitenvertrag	237
Le traité minoritaire roumano-tchécoslovaque	237

Urteile.

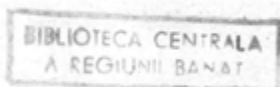
Das Schicksal der Immobilien des Premonstratenser-Ordens	27
Ein schwer verurteilter Redakteur	29
Zwei Székler wegen ihres Gesanges verurteilt.	29

Bücher und Zeitschriften.

Schicksalsfragen der deutschen Volksgruppen	30
Dr. Stefan Csekey: Der deutsche Führerstaat	32
Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919 - 1920. Von: Dr. jur., Dr. rer. pol. Hermann Raschhofer	173
Kardos Béla dr.: „Possibilities of peaceful change in the present trends of assimilation, dissimilation, reassimilation“	206
10 Jahre Zeitschrift „Nation und Staat“	240

Statistische Mitteilungen.

Die Wahlergebnisse der Ungarischen Landespartei in Rumänien bei den Kammerwahlen in den Jahren 1928, 1931, 1932, 1933 und 1937	240
--	-----



Das Schicksal der in diesem Jahre verstorbenen
 die schwer verunglückten Personen
 Zwei weitere waren durch Unfälle gestorben.

Die in diesem Jahre verstorbenen Personen waren:

1. Ein junger Mann, der am 1. März 1891 verstarb.

2. Ein junger Mann, der am 1. April 1891 verstarb.

3. Ein junger Mann, der am 1. Mai 1891 verstarb.

4. Ein junger Mann, der am 1. Juni 1891 verstarb.

5. Ein junger Mann, der am 1. Juli 1891 verstarb.

6. Ein junger Mann, der am 1. August 1891 verstarb.

7. Ein junger Mann, der am 1. September 1891 verstarb.

8. Ein junger Mann, der am 1. Oktober 1891 verstarb.

9. Ein junger Mann, der am 1. November 1891 verstarb.

10. Ein junger Mann, der am 1. Dezember 1891 verstarb.

11. Ein junger Mann, der am 1. Januar 1892 verstarb.

12. Ein junger Mann, der am 1. Februar 1892 verstarb.

13. Ein junger Mann, der am 1. März 1892 verstarb.

14. Ein junger Mann, der am 1. April 1892 verstarb.

15. Ein junger Mann, der am 1. Mai 1892 verstarb.

16. Ein junger Mann, der am 1. Juni 1892 verstarb.

17. Ein junger Mann, der am 1. Juli 1892 verstarb.

18. Ein junger Mann, der am 1. August 1892 verstarb.

19. Ein junger Mann, der am 1. September 1892 verstarb.

20. Ein junger Mann, der am 1. Oktober 1892 verstarb.

21. Ein junger Mann, der am 1. November 1892 verstarb.

22. Ein junger Mann, der am 1. Dezember 1892 verstarb.

23. Ein junger Mann, der am 1. Januar 1893 verstarb.

24. Ein junger Mann, der am 1. Februar 1893 verstarb.

25. Ein junger Mann, der am 1. März 1893 verstarb.

26. Ein junger Mann, der am 1. April 1893 verstarb.

27. Ein junger Mann, der am 1. Mai 1893 verstarb.

28. Ein junger Mann, der am 1. Juni 1893 verstarb.

29. Ein junger Mann, der am 1. Juli 1893 verstarb.

30. Ein junger Mann, der am 1. August 1893 verstarb.

